



PRINTED
IN GERMANY

IRAK

+++++Die Pentagon-Protokolle+++++



**Über 100 000 Tote
und immer noch
kein Frieden.
War es das wert?**

Österreich € 4,10
Schweiz sfr 7,10
Belgien € 4,30
Dänemark skr 41,-
Finnland € 6,40
Frankreich € 4,90
Griechenland € 5,50
Großbritannien £ 4,75
Hongkong HK\$ 75,-
Italien € 4,90
Japan (inkl. Tax) Yen 1.628,-
Malta € 5,40
Norwegen NOK 57,-
Polen (ISSN 00387452) ZL 27,-
Portugal (cont.) € 4,90
Schweden skr 58,-
Slowakei € 6,10
Slowenien € 5,10
Spanien € 4,90
Spanien / Katar € 5,10
Thailand Baht 430,-
Tschech. Republik Kč 170,-
Türkei TL 13,-
Ungarn Ft. 1.500,-

Hausmitteilung

25. Oktober 2010

Betr.: Titel, Unsterblichkeit, SPIEGEL WISSEN

Genau 391832 Dokumente mussten geprüft und ausgewertet werden, neun SPIEGEL-Redakteure waren über Wochen mit den Recherchen für die Titelgeschichte zum Krieg im Irak beschäftigt. Bei den Dokumenten handelt es sich um Berichte US-amerikanischer Soldaten, die eine detaillierte Beschreibung der blutigen Wirklichkeit erlauben. Die Internetplattform WikiLeaks hat sie jetzt ins Netz gestellt, wie im Juli bereits Zehntausende Dokumente über die Lage in Afghanistan; SPIEGEL-Redakteure haben sie ebenso wie Kollegen der „New York Times“, des Londoner „Guardian“ und anderer ausländischer Medien vorab analysiert. „Sie offenbarten die Hilflosigkeit der Amerikaner“, sagt Redakteur Holger Stark, 40.



SCOTT NELSON / DER SPIEGEL

Smoltczyk (2. v. l.) in Bagdad

Das US Verteidigungsministerium rief die Journalisten in der vergangenen Woche dazu auf, nicht mit WikiLeaks zu kooperieren und von einer Veröffentlichung abzusehen. Die Redaktion des SPIEGEL aber hält die neuen Dokumente für eine unverzichtbare Quelle, um den Krieg zu bewerten; wie bei ihrer Berichterstattung über Afghanistan achtet sie darauf, keine Menschen zu gefährden, und nennt etwa die Namen von Informanten der US-Streitkräfte

und ihrer Alliierten nicht. Die Bilanz der Kriegsjahre fällt zwiespältig aus: Saddam Hussein ist gestürzt, seine Tyrannei beendet, die Iraker können ihre Regierung wählen – doch die Demokratie ist labil und die Gewalt allgegenwärtig. Bei seinen Recherchen in Bagdad wurde dem SPIEGEL-Korrespondenten Alexander Smoltczyk, 51, gleich deutlich gemacht, womit er rechnen müsse: Im Hotel sollte er beim Check-in seine Blutgruppe angeben. Der Tourismusminister trug ihm später auf, die Deutschen zu grüßen und nach Bagdad einzuladen, er persönlich garantiere für ihre Sicherheit. Smoltczyk: „Er meinte es ernst, aber es wird noch dauern, bis die Stadt von Terrorismus auf Tourismus umgestellt haben wird“ (Seite 106).

Auf die Suche nach dem Geheimnis der Unsterblichkeit begab sich SPIEGEL-Redakteur Philip Bethge, 43. Er traf die US-Amerikanerin Brooke Greenberg, die Medizinerin verblüfft: Die 17-Jährige verharrt körperlich und geistig auf dem Stand eines Babys. Zunächst war sie zurückhaltend, später streckte sie dem Redakteur ihre Ärmchen entgegen und ließ sich hochheben. „Sie war federleicht“, sagt Bethge, „es ist nicht zu begreifen, dass sie sich über die gesamte Zeit kaum verändert hat“ (Seite 172). Dem Thema Zeit in seinen unterschiedlichsten Facetten widmet sich das neue Heft der Reihe SPIEGEL WISSEN. Redakteure sowie der Schauspieler Mario Adorf, 80, und der Schriftsteller Peter Glaser, 53, schreiben über „Mehr Zeit – Vom richtigen Umgang mit einem kostbaren Gut“; so lautet der Titel des Hefts, das am Dienstag erscheint und 7,50 Euro kostet.



Die nächste SPIEGEL-Ausgabe wird wegen Allerheiligen bereits am Samstag, dem 30. Oktober, verkauft und den Abonnenten zugestellt.

Titel

Die dunkle Bilanz des Irak-Kriegs 106
 Amerikas Frontberichte aus dem Reich
 des gestürzten Saddam Hussein 112

Deutschland

Panorama: SPD und Grüne fordern Hartz-IV-
 Änderungen / Politiker rügen RTL-II-Reihe
 „Tatort Internet“ / Integrationskurse sind
 überlaufen 17
Währungsunion: Angela Merkels
 Kehrtwende schockiert ihre Verbündeten
 im In- und Ausland 22
Koalition: Der Burgfrieden der Regierung
 ist zerbrochen 26
Bundeswehr: Den Streitkräften steht eine
 radikale Reform bevor 28
CSU: Parteichef Horst Seehofer verunsichert
 mit seinen Vorstößen die Basis 30
Grüne: Fraktionschefin Renate Künast will
 die Hauptstadt regieren 32
 In Berlin befürchtet Bürgermeister
 Klaus Wowereit Stuttgarter Verhältnisse 34
Diplomaten: Eine Historikerkommission hält
 das Auswärtige Amt für mitschuldig am
 Holocaust 36
 SPIEGEL-Gespräch mit dem Historiker
 Eckart Conze zu den
 Verstrickungen der NS-Diplomaten 40
Gesundheit: Sind Kinder zu dick,
 liegt das oft an den Eltern 52
Verbraucher: Versicherer und Energieversorger
 unterlaufen richterliche Urteile 58
Landwirtschaft: Großinvestoren kaufen
 riesige Ackerflächen in Ostdeutschland 60

Gesellschaft

Szene: Bildband über den Nahost-Konflikt /
 Indonesischer Rentner lebendig begraben 67
 Eine Meldung und ihre Geschichte – über die
 Internetsucht eines italienischen Mafiakillers ... 68
Migration: Wie Armutsflüchtlinge aus
 afrikanischen Dörfern illegal in
 Europa arbeiten und so die Wirtschaft
 in ihrer Heimat ankurbeln 72
Ortstermin: In Berlin-Grunewald erinnert
 sich ein deutscher Flugpionier
 an eine Begegnung mit Adolf Hitler 79

Wirtschaft

Trends: Mehr Macht für Porsche und Piëch
 bei VW / Streiks bei Tank & Rast? / Steuer-CD
 mit zweifelhaften Daten 80
Industriepolitik: Deutschlands Konzerne
 fürchten den Ausverkauf 82
 Wie die französische Regierung und
 Alstom das Monopol des TGV im Eurotunnel
 verteidigen 84
Staatsfinanzen: Interview mit dem
 bayerischen Finanzminister Georg Fahrenschon
 über die Steuerpläne der CSU 86
Affären: Hamburgs Finanzsenator im
 Zwielicht 88
Verkehr: Trotz Schlichtungsgesprächen
 sieht die Landesregierung
 keine Alternative zu Stuttgart 21 91
Rohstoffe: Deutsche Unternehmen
 profitieren von Kinderarbeit auf usbekischen
 Baumwollfeldern 92

Ausland

Panorama: Die Jagd auf den bosnisch-
 serbischen Kriegsverbrecher Ratko Mladić /
 „Kanaken“-Partei mobilisiert Schweden gegen
 rechts / Die neue Generation der Taliban 95

Gefährliche Wende beim Euro

Seite 22



Sarkozy, Merkel

In trauriger Eintracht mit Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy gab Kanzlerin Angela Merkel die geplante Verschärfung der Stabilitätskriterien auf – und schürt so die Zweifel am Euro. Sind die Europäer unfähig, die richtigen Konsequenzen aus der Krise ihrer Währung zu ziehen? Die FDP reagiert entsetzt, die bisherigen Verbündeten fühlen sich im Stich gelassen.

Wer ist das nächste Übernahme-Opfer?

Seite 82

Hochtief wehrt sich gegen die feindliche Übernahme, andere Konzerne fürchten, sie könnten das nächste Opfer werden: Deutschland droht eine Übernahmewelle. Ausländischen Konzernen wird die Eroberung leichtgemacht.

Kinder mit Kummerspeck

Seite 52

Viele Kinder sind übermäßig dick. Es reicht nicht, ihnen mehr Sport und weniger Essen zu verordnen. Denn sie essen zu viel, weil es ihnen nicht gutgeht – was häufig auch an den Eltern liegt. Eine Therapie hilft da mehr als eine Diät.

Hitlers Diplomaten

Seiten 36, 40

Vier Jahre hat eine Historikerkommission die Mitschuld des Auswärtigen Amts am Holocaust untersucht. Die Diplomaten hätten die NS-Gewaltspolitik „zu jeder Zeit mitgetragen“, so Kommissionsleiter Eckart Conze im SPIEGEL-Gespräch.



Außenminister Ribbentrop, Diplomaten 1940



Irak: Bilanz eines Kriegs

Seiten 106, 112

Fast 400 000 Berichte aus dem Alltag des Irak-Kriegs, veröffentlicht im Internet, bieten eine Chronik des Grauens: Ratlos sehen US-Soldaten zu, wie sich die kaum befreiten Iraker gegenseitig bekriegen.

Frankreichs Wut

Seite 130

Die Protestaktionen in Frankreich richten sich nicht nur gegen eine unsoziale Rentenreform. Sie zielen auch auf einen ungeliebten Präsidenten, dessen abgehalfterte Regierung und prangern die Demontage des Sozialstaats an.

Die Wahrheit über den Schnupfen

Seite 182

Nicht die Schnupfenviren machen die Erkältung zur Qual, sondern der Körper selbst. Husten und Niesen sind eine Folge der Abwehrschlacht gegen die an sich harmlosen Erreger. Wer sein Immunsystem stärkt, vergrößert nur die Pein.

Heldenepos eines Überlebenden

Seite 144

Nur wenige Rockmusiker haben so exzessiv gelebt wie Keith Richards. Doch der Gitarrist der Rolling Stones hat alle Krisen, Affären und Drogen überstanden – selbst die Hassliebe zu Mick Jagger. Nun hat Richards seine Memoiren geschrieben, das Heldenepos eines Überlebenden.



Jagger, Richards 1981

- Russland:** SPIEGEL-Gespräch mit Russlands Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow über die Beziehungen zur Nato und die europäische Raketenabwehr 123
Essay: Der Kampf der Franzosen gegen die Rentenreform und gegen ihren Präsidenten 130
Global Village: Der ideale Gastarbeiter aus dem anatolischen Hochland 132

Sport

- Szene:** Ringarzt Walter Wagner über Gefahren und Verantwortung bei Boxkämpfen / Eine Geste des Fußballstars Mesut Özil sorgt für Irritationen 135
Fußball: Ein früherer Bundesligaprofi ist Angeklagter im größten Kokainprozess Deutschlands 136

Kultur

- Szene:** Der Rapper Harris über seinen Integrations-Song „Nur ein Augenblick“ / Meisterwerke des Color Field Painting in Berlin 142
Legenden: Drogen, Ruhm und Wahn – Keith Richards, Heldenfigur des Rock'n'Roll, hat seine Memoiren geschrieben 144
Einspruch: Ferdinand von Schirach zu den Prozessen gegen Verena Becker und Jörg Kachelmann 152
Bestseller 156
Schriftsteller: SPIEGEL-Gespräch mit Feridun Zaimoglu über seine türkischen Eltern, seine schwierige Schulzeit in München und die Sarrazin-Debatte 158
Essay: Autor Peter Schneider über die Deutschen und ihr Missverhältnis zur Schuld 164
Literaturkritik: Frédéric Beigbeders Familiengeschichte „Ein französischer Roman“ 168

Wissenschaft · Technik

- Prisma:** Frauen überleben schwere Unfälle häufiger als Männer / Hunde als Therapeuten autistischer Kinder 170
Biologie: Das Mädchen, das nicht altert – Forscher auf der Spur ewigen Lebens 172
Geschichte: Wie grausam waren die Strafen im Mittelalter wirklich? 178
Ethik: Erbguttests an Embryonen sind fast überall erlaubt – vor allem in katholischen Ländern 180
Medizin: Warum ein starkes Immunsystem eine Erkältung nur schlimmer macht 182

Medien

- Trends:** Jauch-Nachfolger Steffen Hallaschka über seine Ambitionen bei „Stern TV“ / Datenleck bei Bauer 185
Boulevard: Hat ein „Bild“-Journalist Otfried Fischer mit einem Sex-Video unter Druck gesetzt? 186
Verlage: Eine peinliche Affäre bringt Konstantin Neven DuMont in Bedrängnis 188

- Briefe** 10
Impressum 190
Leserservice 190
Nachruf Loki Schmidt 192
Register 194
Personalien 196
Hohlspiegel/Rückspiegel 198

Titelbild: Foto Yannis Behrakis / Reuters



SPiegel 42/2010

„Herr Guttenberg ist nach Polit-Erfahrung und Amtszeit ein Greenhorn. Die Union sollte ihn jetzt nicht verschleißen, denn sie braucht ihn noch – für übermorgen!“

Alf Tondern aus München zum Titel „Die fabelhaften Guttenbergs – Paarlauf ins Kanzleramt“

Person vor Programm

Nr. 42/2010, Titel: Die fabelhaften Guttenbergs – Paarlauf ins Kanzleramt

Guttenberg ist für mich kein glaubwürdiger Erneuerer der deutschen Politik, sondern der meistüberschätzte Politiker Deutschlands. Mit Hilfe seiner zugegeben telegenen Ehefrau und des Großteils der deutschen Medien – wozu leider nun auch der SPIEGEL gehört – hat er es geschafft, die Öffentlichkeit einzulullen.

Köln Paul W. Häuser

Solange der Bürger den Eindruck hat, dass viele Politiker nur um der eigenen Macht willen agieren, werden Leute wie Guttenberg zu Recht gefeiert werden.

Wachtberg (NRDRH.-WESTF.) Theo Heuser

In Ihrem Artikel wird behauptet, meine erste Frau Christiane von Ribbentrop habe die Familie „früh im Stich gelassen“ und sei „mit Adolf Henkel von Ribbentrop durchgebrannt“. Dies entspricht nicht der Wahrheit. Wir haben uns einvernehmlich getrennt, wurden dann geschieden und sind bis heute in enger Freundschaft verbunden. Die Erziehung unserer Söhne wurde gemeinsam verantwortet. Meine erste Frau hat Adolf von Ribbentrop erst Jahre später kennengelernt, und ich bin Taufpate des aus dieser Ehe geborenen ersten Sohnes.

Guttenberg Enoch Freiherr zu Guttenberg

Erst dachte ich, der SPIEGEL ist die „Bunte“. Marianne und Michael? Nein! Die Guttenbergs! Endlich ein adliges Traum-paar mit einer Aura, die durch ihre penetrante Präsenz in allen Medien den Tatbestand der Nötigung erfüllt. Fränkischer Süßlikör ist wohl besser als Templiner Magenbitter.

Stuttgart Wilhelm Stauch-Becker

Wir bewegen uns rasant zurück ins ausgehende 19. Jahrhundert: In Russland regiert ein Zar, auf dem Balkan herrscht ewige Unruhe, deutsche Soldaten kämpfen in fernen Ländern, die Armen werden

immer ärmer, die Reichen immer reicher, einige Industriekapitäne bestimmen die Politik, die Regierung pflanzt die Bajonette gegen revoltierende Bürger auf, und bald regiert ein Freiherr unser Land, an seiner Seite ein schöner Bismarck-Spross!

München Dr. Daniel Bove

Sie schreiben in Ihrem Artikel berechtigt von Guttenbergs Populismus. Jedenfalls steht solch ein Politikertypus diametral



Guttenberg am Times Square in New York „Was kann ich denn dafür?“

zu Steinbrück oder Schmidt. Aber brauchen wir nur gute, nette Worte und keine guten Taten? Leider begreift das deutsche Wahlvolk Steinbrücks Politik nicht und wünscht sich Guttenbergs Glamour.

Schwerin Henning Ziemann

Guttenbergs Körpersprache sagt alles. „Ja, was kann ich denn dafür, dass ihr mich so gern habt!“ Eine rationale Begründung

für seinen Aufstieg zur Lichtgestalt der deutschen Politik gibt es nicht. Er macht einen guten Job, wirkt konsequent, durchsetzungsstark und ein wenig arrogant. Bedient Guttenberg mit diesen Eigenschaften bereits die Sehnsucht der Deutschen nach einem starken Mann? Reicht das aus? Ich wage es zu bezweifeln, Guttenberg wird sich noch beweisen müssen.

Konstanz Claus E. Dürke

Was mich am meisten an dem Theater um Guttenberg erschreckt, ist die Tatsache, dass in Deutschland mehr und mehr amerikanische Verhältnisse Einzug halten: Person vor Programm.

Frankfurt am Main Mirko Karsch

Die Kanzlerin könnte sich bedrängt fühlen und versuchen, Guttenberg ins Abseits zu manövrieren. Wie in der Vergangenheit bei anderen kompetenten, dynamischen, konservativ denkenden Persönlichkeiten aus ihrem politischen Umfeld anschaulich praktiziert. Aber vielleicht denkt Frau Merkel mal darüber nach, dass ein politisches „Zugferd Guttenberg“ auch ihr und vor allem der CDU und dem Land guttun würde.

Sophienhof (Thüringen) Wolfgang Jörgens

Sie fühlen sich belogen

Nr. 41/2010, Essay: Warum viele Bürger so wütend sind

Nach Kurbjuweits Maßstäben bin ich ein klassischer „Wutbürger“: alt, bürgerlich, konservativ. Während meines Studiums habe ich gelernt, jeder Bürger solle sich für die Geschicke des Gemeinwesens verantwortlich fühlen. Jetzt lerne ich: alles Schnee von gestern.

Bonn Dr. Günter Lachmann

Herr Kurbjuweit sollte sich einmal vergewissern, wie viele junge Menschen sich bewusst an den Protesten beteiligen. Und das sind keine Steinwerfer oder Pfeffersprayer.

Stuttgart Prof. em. Dr. Detlef Vogt

Die Stuttgarter fühlen sich belogen. Wenn ein Kölner Stadtarchiv bei U-Bahn-Arbeiten einstürzen kann, dann kann das bei ungleich schwierigeren Verhältnissen in

Diskutieren Sie auf SPIEGEL ONLINE

► **Titel** Sind die Opfer im Irak-Krieg zu rechtfertigen? www.spiegel.de/forum/Irak

► **Holocaust** Wie viel Verantwortung trugen deutsche Diplomaten? www.spiegel.de/forum/Diplomaten

► **Ethik** Dürfen künstlich befruchtete Eizellen selektiert werden? www.spiegel.de/forum/Diagnostik



Stuttgart nicht passieren? Aha! Das wüsste man dann aber gern genauer. Es sind ja auch Ingenieure unter den Protestlern, die Gutachten zu lesen verstehen, wenn man ihnen denn das Augenlicht lässt. Nicht das schon wieder? Doch und immer wieder, denn einen Staat, der so mit seinen Bürgern umgeht, den will ich nicht.

BERLIN CORNELIA BRAUNSBURGER-HÄRTEL



Protest in Stuttgart

Wir leben eben nicht in China

Schon die These, die Wut der Stuttgart-21-Gegner und der Sarrazin-Anhänger speise sich aus derselben Quelle, ist ekelerregend und zum Fremdschämen peinlich.

STUTTGART JOSEPH JAMES GINCAUSKAS

Dieser Essay spricht mir aus der Seele. Man sollte Deutschland und Frankreich in einen Sack stecken und diesen mal kräftig durchschütteln. Am Ende käme eine gute Mischung heraus, die es sogar mit China aufnehmen könnte. Jede Reform in Frankreich wird zunächst mit einem „non“ quittiert. Und was machen wir? Erhalt des Bestehenden. Es herrscht die Angst vor dem Unbekannten in Deutschland. Wut ist gut. Zukunft ist besser.

PARIS MATTHIAS KLAAS

Wir leben eben nicht in China oder im Jahr 1846, sondern als aktiver Internet-user seit 1995, aufgeklärter Weltbürger (61) und Diplomkaufmann. Damit war der Schritt zum S-21-Gegner nur logisch.

AALEN-EBNAT (BAD.-WÜRTT.) HANS MOLSNER

Endlich mal kein pseudo-revolutionäres Protestgelobe! Man kann gegen Stuttgart 21 und gegen misslungene Integration sein. Aber zur politischen Teilhabe gehört der Diskurs. Ein aggressives, gegen alles Politische „da oben“ gerichtetes, wutbürgerliches Geschrei und die Blockade demokratischer Entscheidungen sind hingegen wenig konstruktiv und zerstören das Fundament unseres demokratisch-freiheitlichen Systems – wofür die Wutbürger doch einzutreten behaupten.

HEIDELBERG BENJAMIN JUNGBLUTH

Nein, man „empfängt“ heute nicht mehr wie im 19. Jahrhundert auf Bahnhöfen, man hetzt durch sie hindurch, auch durch den „Glaspalast“ in Berlin. Buddenbrook

hat sich nach dem Misserfolg in die Laube gesetzt und tagelang selbstmitleidig im Schopenhauer geblättert. Da ist mir der Bürger, der auf die Straße geht und seiner Wut Ausdruck gibt, tatsächlich lieber.

WÜRZBURG MARTIN HEBERLEIN

Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen. Ich bin fassungslos, mit welchem Fanatismus gegen einen Bahnhof gekämpft wird, das hat bei manchen religiöse Züge. Der Gedanke, dass man Unannehmlichkeiten ertragen muss, um für zukünftige Generationen eine Top-Infrastruktur zu haben, ist den Wutbürgern fremd.

STUTTGART EKKEHARD STOLZ

Vielleicht sogar Mitbürger

Nr. 42/2010, Essay: Die Stuttgarter Demonstrationen sind ein Segen für die Demokratie

Mit ihrem Satz „Was gebaut werden soll, muss sinnvoll sein“ läuft Barbara Supp offene Türen ein. Dabei immunisiert sie sich mit ihrer gelungenen, detaillierten Analyse der Stuttgarter Situation gegen die allgemeine und leider sehr berechtigte Kritik an der Protesthaltung von Wutbürgern, die ihre Kleingruppeninteressen gegen diejenigen der Mehrheit durchzusetzen suchen.

MOISBURG (NIEDERS.) GEBHART MÜLLER-KÖNIG

Der wohltuende und tiefgründig recherchierte Beitrag offenbart die wahren und tatsächlich ausschlaggebenden Hintergründe, die zum lobenswert mutigen Schwabenstreich geführt haben.

GRIMMA (SACHSEN) SIEGFRIED NOWAK

Welch eine Aufwertung und Welch ein Wandel! Innerhalb einer Woche bin ich vom Wutbürger zum Mitbürger geworden. Vielleicht werde ich sogar noch zum Mitbürger, denn ich habe meine Karriere als Berufsdemonstrant begonnen. In Abwandlung des bekannten Spruches könnte man auch sagen: „Was lange gärt, wird endlich Mut!“

STUTTGART BERND ZÄH

Lemminge des Bachelors

Nr. 41/2010, Hochschulen: Wer die Studenten von heute sind und was sie bewegt – eine SPIEGEL-Umfrage unter mehr als 160 000 jungen Leuten / Frauen bringen sich mit falscher Bescheidenheit um den Lohn ihrer Leistung

Das Argument der fehlenden Berufserfahrung kann ich nicht mehr hören, denn leider lässt sich kein Studienkomplettpaket mit Einser-Noten inklusive drei Jahren Berufserfahrung buchen. Die deutsche Wirtschaft sollte sich langsam fragen, wie lange sie sich diese Einteilung in „Bildung zweiter Klasse“ und Ressourcenvergeudung noch leisten will – beziehungsweise kann.

EITENSHEIM (BAYERN) SABRINA GAAL



Studenten im Audimax der Uni Trier
Ausgebremst vom Altherrenclub

Verdient es nicht auch Respekt, in der heutigen von Qualifizierungsdruck geprägten (Berufs-)Welt ehrliche zwischenmenschliche Beziehungen dem leider stark verbreiteten Karrieredenken vorzuziehen?

HAMBURG

NIKOLAUS MARCKS

Das Studienangebot ist groß, die Möglichkeiten breitgefächert, doch wer gibt uns die Zeit, um alles in Anspruch zu nehmen? Stattdessen wird uns vorgeworfen, nestwärmesuchend und weltfremd zu sein. Doch selbst wenn wir es ändern wollten – schon zu lange fahren wir zwangsweise diese einspurige Schiene und sind Lemminge des Bachelorsystems!

KÖLN

KATHARINA STAHL

Der enge Zeitplan des neuen Systems lässt wenig Spielraum für die Flexibilität, die man für ein Auslandssemester braucht, und sollte auch deshalb möglicherweise erst einmal generalüberholt werden, bevor die „geringe Mobilität“ deutscher Studenten weiter beklagt wird.

KIEL

CHRISTINA SCHMIDT

Ein großes Problem sehen wir in der Tatsache, dass die von Ihnen beschriebenen „weiblichen Werte“ und Ziele (Priorisierung von Familie, Wahl sozialer Berufe, angenehmes Arbeitsumfeld) in Deutschland generell zu niedrig bewertet werden. Sozial verantwortliches Handeln muss sich stärker auszahlen und belohnt werden. Vielleicht brauchen wir gar nicht so viele Karrierekurse für Frauen, sondern eher Kurse für Männer, die sozialer werden müssen, und für Firmen, die soziale Werte höher bewerten müssen?

MÜNCHEN
KOPENHAGEN

ANTONIA HOFMANN
MARLENE HOFMANN

Als Absolventin im typischen „Frauenbereich“ der Sprach- und Literaturwissenschaften kann ich nur sagen, dass wir Frauen nicht unbedingt bescheidener sind, sondern noch immer vom Alther-

renclub ausgebremst werden. So werden Hiwi-Stellen oft an die männliche Minorität vergeben, an Studentinnen mit Kind schon gar nicht. „Sie können doch gar nicht so spontan hier sein, wie ich das brauche!“ (Ein Vater aber schon?!)

DILLINGEN/SAAR

KATHARINA HEYNE

Soljanka, ein Volkstanz?

Nr. 41/2010, Biografien: 20 Jahre nach der Wende öffnet eine Berliner Schulklassen Briefe, die sie am letzten Tag der DDR an sich selbst geschrieben hat

Frau Hollersens Beitrag ist einer der wenigen SPIEGEL-Lichtblicke für „Ossis“. Sie schreibt, wie sie es mit vielen anderen empfunden hat, und wir wünschen uns, der SPIEGEL möge sich weiter so Deutschlands Osten zuwenden. Danke, Frau Hollersen, Sie haben die Größe der gesellschaftlichen Veränderungen im Osten treffend beschrieben, im Gegensatz zu den Außenstehenden, die meinen, uns darlegen zu müssen, wie es wirklich war.

RADEBEUL (SACHSEN)

W. WEHNER

Man sollte ein Buch aus diesen Briefen machen. Ein ganz besonderes Lob an die einfühlsame und weitsichtige Lehrerin.

BERLIN

MARIANNE GABEL

Im Westen ist der Internationale Frauentag überwiegend unbekannt, was früher im Osten ein Scheidungsgrund gewesen wäre. Ich persönlich dachte an Kuchen backen, als ich zum ersten Mal um ein Feedback gebeten wurde. Dafür dachte mein westliches Gegenüber, Soljanka sei ein Volkstanz. Man kann nur hoffen, dass wir in Zukunft aufmerksam voneinander lernen.

HILDESHEIM (NIEDERS.)

KATHRIN SPECHT

Die überwiegende Abneigung oder Unsicherheit der Jugendlichen zur bevorstehenden Integration überrascht nicht. Soziale Aspekte und Erziehung in der DDR hatten ihre Wirkung bei den pupertierenden Schülern nicht verfehlt.

BAD KÖSTRITZ (THÜRINGEN) HOLGER VIELMUTH

Dieser Bericht spricht mir aus der Seele. Ich habe 20 Jahre meines Lebens in der DDR verbracht. Kannte ebenfalls weder



CARSTEN KOALL / DER SPIEGEL

Schülerbriefe vom 2. Oktober 1990
Zuwanderer, die schon da waren

Stasi-Bonzen noch Bürgerrechtler – für Westler anscheinend unglaublich. Die Mauer stand schon bei meiner Geburt. Bis zum 8. November 1989 gab es das Thema Wiedervereinigung für mich nicht. Die Bezeichnung „fünf neue Länder“ führte bei mir ständig zu Verwirrung, denn für mich gab es diese Länder ja schon immer. Mittlerweile habe ich mich in diesem Land integriert – wie viele andere Zuwanderer auch, nur dass ich nicht zuwandern musste, sondern schon da war.

BERLIN

S. GRUNDMANN

Zurück zu den Wurzeln

Nr. 41/2010, Liberale: Die letzten Sympathisanten

Die großzügige Mehrwertsteuerreduzierung für Luxushotels, das penetrante Gerede über die angeblich dringende Einkommensteuerreduzierung einerseits und die bescheidene Anhebung für Hartz-IV-



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

FDP-Spitzenpolitiker in Berlin

Nur zum eigenen Vorteil?

Geförderte andererseits machen deutlich, dass einiges in den Hirnen der Politiker nicht in Ordnung ist. Als FDP-Mitglied seit 41 Jahren (davon 15 Jahre Referent der Bundestagsfraktion) hoffe ich, dass die Partei doch noch zu ihren sozial-liberalen Wurzeln zurückfindet.

BONN

ROLF SCHNIEDERMANN

Die FDP-Leute „der bedrohten Art“ sollen sich ruhig einmal die Bedrohung zu Herzen nehmen. Zur Durchsetzung liberaler Grundsätze genügen nicht fünf Prozent der Stimmen. Es genügt nicht, sich als „Wirtschaftsflügel“ der CDU zu profilieren, der nur den eigenen Vorteil sucht. Gesucht werden muss in der Partei eine neue junge FDP-Führungskraft, die wieder für Bürgerrechte ficht, wie es inzwischen vor allem die Grünen übernommen haben.

EMDEN

GÜNTER VARGES

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

In dieser SPIEGEL-Ausgabe befindet sich im Mittelbund ein achtseitiger Beihefter der Firma Wolfskin, Idstein.



Steinmeier, Künast, Trittin

HARTZ IV

Gemeinsam gegen Merkel

SPD und Grüne betrachten den vom Kabinett beschlossenen Gesetzentwurf zu den geplanten Hartz-IV-Reformen als Diskussionsgrundlage. In einem zweiseitigen Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel, den SPD-Bundestagsfraktionschef Frank-Walter Steinmeier, der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) sowie die Grünen-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Renate Künast und Jürgen Trittin, unterschrieben haben, bieten sie gemeinsame Gespräche an – verbunden mit der Forderung nach deutlichen Änderungen am Gesetzentwurf. So könne der neue Hartz-IV-Regelsatz erst festgelegt werden, heißt es in dem Schreiben, wenn die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nach einem schlüssigen und transparenten Berechnungsverfahren erfüllt seien. Verklausuliert fordern sie die Ein-



JOCHEN ZICK / KEystone

führung von Mindestlöhnen, da die „Bemessung der Regelleistungen auch im Zusammenhang mit einem funktionierenden Arbeitsmarkt, auf dem existenzsichernde Löhne und Gehälter gezahlt werden, gesehen werden“ müsse. Auch das vorgelegte Bildungspaket für Hartz-IV-Kinder reicht SPD und Grünen nicht aus. Vielmehr müssten auch Kinder aus Familien mit niedrigem oder durchschnittlichem Einkommen „einen Anspruch auf bessere Bildungs- und Teilhabechancen durch den Ausbau einer sinnvollen Infrastruktur erhalten“. Zudem verlangt die Opposition einen Ausbau der Arbeitsförderung für Arbeitslose. Nach dem Urteil des Verfassungsgerichts müssen die Hartz-IV-Reformen bis zum 1. Januar 2011 in Kraft treten, dabei ist die Regierung auf die Zustimmung der SPD-Länder im Bundesrat angewiesen. Um den Termin halten zu können, bieten Steinmeier, Beck, Künast und Trittin der Kanzlerin „ergebnisoffene Gespräche“ an. Der Gesetzentwurf der Regierung bleibe jedoch „in zentralen Punkten hinter den von der SPD und Bündnis90/Die Grünen als notwendig erachteten Regelungen zurück“.

VERTRIEBENENSTIFTUNG

Thierse fordert öffentliche Diskussion

Der Streit um die Vertriebenen dokumentation des Bundes in Berlin geht in die nächste Runde. Das vertrauliche Konzept, über das der Stiftungsrat der Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ an diesem Montag befinden soll, fordert die Kritiker neu heraus. In dem 28-seitigen Papier führen die Ausstellungsplaner aus, sie wollten „einen allgemeinen Überblick über mehr als 30 vertriebene ethnische Gruppen in Europa vermitteln und ei-

nige dieser Zwangsmigrationen vertiefend dokumentieren“. Salomon Korn, Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, hat das Konzept gelesen – und sieht die Massenverbrechen der Nationalsozialisten nicht angemessen dargestellt: „Die Juden waren die ersten Vertriebenen in diesem Land, das wird nicht ausreichend gewürdigt.“ Außerdem würde vernachlässigt, dass viele aus dem Osten vertriebene Deutsche zuvor selbst am Holocaust beteiligt waren. Korn, dessen Mitgliedschaft im Stiftungsrat ruht, sieht deshalb „keine Veranlassung, in das Gremium zurückzukehren“. Auch der SPD-Vertreter im Stiftungsrat, Wolfgang Thierse, fordert eine Debatte.

„Ich halte es für notwendig, dass der erste Entwurf der Ausstellungskonzeption nicht nur intern diskutiert wird, sondern auch in der wissenschaftlichen und politischen Öffentlichkeit“, so Thierse. Nur so könne „das Misstrauen gegen die Stiftung überwunden und neues Vertrauen gewonnen werden“. Laut dem Eckpunktepapier soll am Dokumentationsort, dem Deutschlandhaus am Rande des Berliner Regierungsviertels, eine Präsenzbibliothek zum Thema Zwangsmigration eingerichtet werden, außerdem setzt man darauf, die Besucher durch „Erlebnisschilderungen“ aus „Sicht der Betroffenen“ einzustimmen und „möglichst viele Zeitzeugenberichte“ zu sammeln.



KINDESMISSBRAUCH

Quote statt Sachaufklärung

In CDU und FDP mehrt sich die Kritik an der RTL-II-Reihe „Tatort Internet“, in der Stephanie zu Guttenberg, Ehefrau des CSU-Ministers Karl-Theodor zu Guttenberg, als Co-Moderatorin auftrat. Die Sendung sei für deren Macher „kein Ruhmesblatt“, so Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP). Es könne der Eindruck entstehen, dass es dabei „mehr um Quote denn um Sachaufklärung“ gehe. Auch Sabine Verheyen, die sich als CDU-Abgeordnete im EU-Parlament für die Bekämpfung des Kindesmissbrauchs einsetzt, bezeichnet das Format als „viel zu reißerisch“: „Tatort Internet“ schüre ausschließlich Ängste, ohne den Gefährdeten zu helfen. Die Sendung verzichte weitestgehend auf Information, wo und wie sich Jugendliche und ihre Eltern schützen und helfen lassen können. Selbst die Rechte der Opfer, für die sich die von Guttenberg unterstützte Sendung starkmachen will, sieht Sabine Verheyen verletzt: Die Täter würden zwar unkenntlich gemacht, ein junges Mädchen, das belästigt worden war, sei hingegen ganz offen interviewt

worden. „In meinen Augen ist das auch eine Form des Missbrauchs, wenn ein Mädchen vor der ganzen Republik darstellen muss, wie unangenehm ihr die ganze Situation war.“ Aus Sicht von Leutheusser-Schnarrenberger ist schon das vorgebliche Anliegen der Reihe, das Anbahnen sexuell motivierter Kontakte zu Kindern im Internet künftig unter Strafe zu stellen, „völlig verfehlt“: Dieses sogenannte Cyber-Grooming stehe in Deutschland bereits seit 2004 „bezüglich aller relevanten modernen Kommunikationsmittel“ unter Strafe. Kritik übt Leutheusser-Schnarrenberger deshalb auch an ihrer bayerischen Ministerkollegin Beate Merk (CSU). Dass diese ebenfalls gefordert hatte, Cyber-Grooming künftig unter Strafe zu stellen, sei ihr „unverständlich“. Um feststellen zu können, dass dies bereits heute strafbar ist, „hätte ein Blick in das Strafgesetzbuch genügt“, so Leutheusser-Schnarrenberger an die Adresse Merks: „Gerade von den Handwerkern des Rechts hätte ich erwartet, dass sie der Öffentlichkeit die Rechtslage hinreichend vermitteln.“

INTEGRATIONSKURSE

Migranten in der Warteschleife

Die Nachfrage nach Integrationskursen in Deutschland übertrifft das Angebot derzeit deutlich: Rund 9000 „freiwillige Teilnehmer“ befinden sich in der Warteschleife. Dies geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Partei Die Linke hervor. 5300 Antragsteller wurden in ihrem Zulassungsschreiben informiert, dass sie erst in drei Monaten mit ihrem Kurs anfangen können. „Diese



Steuerungsmaßnahme erfolgte zur Ausgabenkonsolidierung“, schreibt das Ministerium. Weitere 3700 Migranten „stehen auf einer Warteliste“. Diese Interessenten erhalten laut Antwort des Innenministeriums „ihre Zulassung zu einem späteren Zeitpunkt“. Insgesamt nehmen derzeit 140 000 Personen an rund 16 000 Integrationskursen teil. „Die finanziellen Mittel für die Kurse reichen offenkundig nicht, um den Bedarf zu decken“, kritisiert Steffen Bockhahn, Haushaltsexperte der Linken. „Da muss man sich schon die Frage stellen, ob die Regierung das Thema Integration tatsächlich ernst nimmt.“

WINNENDEN-PROZESS

Verhandlung am Bett?

Im Prozess gegen den Vater des Amokschützen von Winnenden hat das Landgericht Stuttgart einen Sachverständigen beauftragt, die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten zu begutachten. Jörg K. hatte sich nach Morddrohungen gegen ihn vergangene Woche krankschreiben lassen. Sollte der Gutachter bis Montag feststellen, dass Jörg K. aufgrund der psychischen Belastung nur eingeschränkt verhandlungsfähig ist, würde laut Gericht ein sogenannter Kurztermin – auch am

Krankenbett – in Betracht gezogen. Dies ist bedeutsam, weil bisher erst neun Verhandlungstermine stattgefunden haben. Ab zehn Terminen kann eine Hauptverhandlung bei Erkrankung des Angeklagten für bis zu zwölf Wochen unterbrochen werden; bei weniger als zehn Terminen beträgt die maximale Unterbrechung drei Wochen. Sollten diese Fristen nicht eingehalten werden, müsste der Prozess neu aufgerollt werden. Ende der vergangenen Woche war bekanntgeworden, dass der Vater eines Opfers Rachegefühle gegen die ganze Familie des Amokschützen hegt, falls Jörg K. nicht verurteilt wird.

STUTTGART 2 1

„Kathedrale einer untergehenden Zeit“

Der Sozialdemokrat Michael Müller, 62, Vorsitzender der „Naturfreunde Deutschlands“ und bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesumweltministerium, über mündige Bürger



CHRISTIAN THIEL

ses Spiel machen die Menschen jetzt nicht mehr mit.

SPIEGEL: Wird das Folgen für das ganze Land haben?

Müller: Man darf Stuttgart 21 nicht isoliert betrachten, man muss die Proteste einordnen in eine Zeit, die unglaublich ent-

SPIEGEL: Herr Müller, handelt es sich beim Streit um Stuttgart 21 in Wahrheit um ein Kommunikationsproblem?

Müller: Das ist Quatsch. Ich kenne die Debatte um Stuttgart 21 seit gut zehn Jahren. Mein Verband, wie viele andere Vereine und Initiativen auch, lehnt das Projekt schon lange ab. Alle Fakten sind ewig bekannt. Aber es gibt immer Zeitfenster, in denen der Protest eine große Resonanz bekommt.

SPIEGEL: Warum geht dieses Zeitfenster jetzt auf?

Müller: Stuttgart 21 ist für viele die Kathedrale einer untergehenden Zeit. Die ökologischen Fragen wurden lange Zeit verdrängt, um höheres Wachstum zu erreichen. Die Politik wurde in Geiselhaft genommen, weil sie nicht auf Gedeih, wohl aber auf Verderb vom Wachstum abhängig wurde. Die-

politisiert wurde. Immer mehr Bürger sagen: Diese Entpolitisierung wollen wir nicht länger. Wir wollen wieder mündig sein. So erkläre ich mir auch das Wiedererstarken der Anti-Atom-Bewegung und anderer Protestbewegungen. Letztlich rächt sich in diesen Wochen das merkelsche System der Entpolitisierung.

SPIEGEL: Sind die Bürger nicht selbst schuld an dieser Entpolitisierung?

Müller: Auch, deshalb wird es Zeit für neue Denkweisen. Die Leute haben die Konventionalisierung der Denkweisen der letzten Jahre satt. Sie glauben nicht mehr an die alte Logik, wonach alles immer schneller, höher, weiter gehen muss. Die Menschheit hat die Grenzen des Wachstums erreicht.

SPIEGEL: Und deshalb dürfen wir uns keine neuen Bahnhöfe mehr leisten?

Müller: Nichts gegen die Stärkung der Bahn, aber bitte nicht nur bei Bahnhöfen. Doch bei Stuttgart 21 geht es neben konkreter Kritik um ein Symbol gegen eine falsche Moderne, denn die Zeit des unglaublichen Geldausgebens in Hoffnung auf Wachstum ist vorbei. Hinzu kommt: Bei Stuttgart 21 ging es von Beginn an mehr um Immobilieninteressen denn um Verkehrsinteressen.



ROLAND GESHEIMER / ATTENZIONE

Demonstranten in Stuttgart



Von Stiftung Warentest untersuchte Puppen

KINDERSPIELZEUG

EU-Grenzwerte zu lasch?

Die Fraktionen von Union und FDP fordern die Bundesregierung auf, deutlich strengere Grenzwerte für krebserregende Stoffe im Spielzeug „auf EU-Ebene durchzusetzen“. Einen entsprechenden Antrag wollen sie diese Woche abschließend beraten. Damit reagieren die Fraktionen auch auf eine Untersuchung der Stiftung Warentest, deren Ergebnisse in der vergangenen Woche bekannt wurden. Demnach waren bei 80 Prozent der geprüften Stofftiere, Puppen und Holzspielzeuge gesundheitsgefährdende Schadstoffe oder Sicherheitsmängel nachgewiesen worden. In ihrem Antrag geht es den Fraktionen insbesondere um niedrigere Grenzwerte für polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die unter anderem in den sogenannten Weichmachern enthalten sind. Die Stoffe gelten zum Teil als krebserregend und gefährden die Fruchtbarkeit eines Menschen. Ab 2013 wird die EU-Spielzeugrichtlinie bis zu ein Gramm PAK pro Kilogramm erlauben – einen Wert, den Toxikologen für deutlich zu hoch halten. Ein Kind, das sich eine Stunde lang mit stark belastetem Spielzeug beschäftigt, würde ähnlich viele Schadstoffe zu sich nehmen wie in 40 Zigaretten stecken. Das Bundesinstitut für Risikobewertung fordert einen Grenzwert von 0,2 Milligramm, also ein Fünftausendstel des von der EU beschlossenen Werts. Auch der Deutsche Verband der Spielwaren-Industrie warnt Brüssel, die Richtlinie wie geplant in Kraft treten zu lassen. In einem Gutachten, das der EU nun zugeht, wird mit Blick auf die Kindergesundheit ein Grenzwert von 12,5 Milligramm PAK pro Kilo gefordert.

STIFTUNG WARENTEST / DPA

ENTWICKLUNGSHILFE

OECD tadelt Niebel

Harte Kritik übt die OECD an der deutschen Entwicklungspolitik der vergangenen fünf Jahre. Im Entwurf eines Berichts heißt es, dass Berlins bilaterale Hilfe auch künftig „hauptsächlich an Länder mit mittlerem Einkommen“ gehe und nicht, wie versprochen, wenigstens zu 50 Prozent in die ärmsten Länder der Sub-Sahara – dies untergrabe Deutschlands Glaubwürdigkeit. Das von Dirk Niebel (FDP) geführte Ministerium müsse erläutern, was der im Koalitionsvertrag angekündigte Kurswechsel „strategisch und praktisch“ bedeute, vor allem in Hinblick auf viele internationale Verpflichtungen der Bundesregierung. In der ersten Hälfte des Jahres 2011, so die OECD-Experten, müsse ein Finanzplan erarbeitet werden, wie das für 2015 gesetzte Ziel zu erreichen sei, für den Kampf gegen Hunger und Armut 0,7 Prozent des Nationaleinkommens auszugeben. Mit zuletzt 0,35 Prozent sei die Bundesrepublik, obgleich einer der weltweit größten Geber, davon weit entfernt. Auch müsse die Bundesregierung sicherstellen, dass konkrete Projekte „nicht ausgewählt werden auf Basis deutscher kommerzieller Interessen, sondern nach dem erwarteten entwicklungspolitischen Nutzen“.



Niebel

THOMAS IMO

NORDRHEIN-WESTFALEN

Grüne drohen mit Neuwahlen

Mit der Anhörung zum Nachtragshaushalt 2010 beginnt am kommenden Donnerstag in Düsseldorf ein entscheidender Härtetest für den Fortbestand der rot-grünen Minderheitsregierung. Die Linke, auf deren Unterstützung die Regierung von Hannelore

Kraft (SPD) angewiesen ist, hat Widerstand angekündigt. „Dem vorliegenden Entwurf stimmen wir so nicht zu“, erklärt Parteisprecherin Katharina Schwabedissen, ihre Partei sei „nicht zum Abnicken ins Parlament gewählt“ worden. Hauptforderungen der Linken: 200 zusätzliche Steuerfahnder und die Abschaffung von Studiengebühren zum Sommersemester 2011. Nach der neuesten Forsa-Umfrage („Stern“) sehen die Regierungsparteien das Drohpotential der Linkspartei jedoch schrumpfen.

Rot-Grün käme bei Neuwahlen auf eine komfortable Mehrheit von 54 Prozent und wäre nicht mehr auf die Duldung durch die Linkspartei angewiesen. „Wir setzen nicht leichtfertig auf Neuwahlen“, erklärt Reiner Priggen, Fraktionsvorsitzender der Grünen im NRW-Landtag, aber die Linke müsse strategisch überlegen, was für sie die bessere Position ist: „Eine Partei mit Einflussmöglichkeiten bei einer rot-grünen Minderheitsregierung oder eine Oppositionspartei, die nicht mehr gebraucht wird.“

WÄHRUNGSUNION

Anführer auf Abwegen

Kanzlerin Angela Merkel enttäuscht ihre Verbündeten im Kampf um strenge Stabilitätsvorgaben für den Euro. Wieder einmal gibt sie den Forderungen der Franzosen nach – im Tausch gegen Zugeständnisse, deren Realisierung unsicher ist. Wird Europas Währung jetzt weich?



G. BERGMANN / DAPD

Präsident Sarkozy, Kanzlerin Merkel am vergangenen Montag in Deauville: *Das erneute Einknicken lässt Schlimmes befürchten*

Als gelernte Physikerin denkt Bundeskanzlerin Angela Merkel gern in den Kategorien von Regeln, Gesetzmäßigkeiten und Ordnungsprinzipien. Wer gegen sie verstößt, erntet Chaos und Unordnung.

Die Beinahepleite Griechenlands diente der Regierungschefin schon häufig als Beleg. Mutwillig weichten die Regierungen der Euro-Mitgliedstaaten vor Jahren den Stabilitätspakt auf, ersetzten systematische Strenge bei der Ahndung von Haushaltsünden durch politische Willkür. Und was war das Resultat? Das ganze Währungssystem geriet ins Wanken. Das sollte, das durfte sich nicht wiederholen,

befand die Kanzlerin unter dem Eindruck der Euro-Krise. Sie plädierte für einen strengen Überwachungs- und Sanktionsmechanismus, der weitgehend ohne Ermessensentscheidungen auskommt. „Wir sind für einen möglichst hohen Automatismus“, kommentierte sie noch Ende September einen Reformplan der EU-Kommission, der genau das vorsah.

Doch am Montag vergangener Woche legte die Automatik-Kanzlerin den Rückwärtsgang ein und gab, wieder einmal, dem Drängen von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy nach. Stets hatten die Franzosen eine ganz andere Vorstellung von einer gemeinsamen Währung

als die Deutschen. Von jeher stehen die französischen Nachbarn eher auf der Seite der Südländer, die deutsche Forderungen nach strengen Stabilitätskriterien eher lästig finden.

Die Deutschen führten bisher das Lager der Nordländer an: Sie wollen eine harte Währung und strenge Strafen für alle, die sich nicht an die Regeln halten.

Und das alles gilt nun nicht mehr? Künftig soll, so einigte sich Merkel mit Sarkozy, weiterhin die Versammlung der europäischen Finanzminister über Strafmaßnahmen entscheiden und nicht die Kommission.

Das politische Gemauschel bestätigt alle Kritiker, die daran zweifeln, dass



schränkt. Und es muss sichergestellt werden, dass sie sich an die Regeln halten.

Nur so kann das Vertrauen in die europäische Gemeinschaftswährung zurückerobert werden. Zurzeit profitiert der Euro von der Schwäche des Dollar, doch das kann sich schnell wieder ändern, wenn das Misstrauen an den Devisenmärkten zurückkehrt und die Anleger sich wieder auf den Euro und seine schwächsten Mitglieder einschließen.

Dann stünde der Euro-Raum wieder da, wo er schon im Frühjahr stand – vor dem Zerreißen.

Es ist nicht das erste Mal, dass sich die deutsche Regierungschefin im Verlauf der Turbulenzen rund um die europäische Gemeinschaftswährung von elastischer Prinzipientreue gezeigt hat. Jedes Mal stiftete sie aufs Neue Unsicherheit und Verwirrung.

Zu Beginn wehrte sie sich wochenlang dagegen, Griechenland zu retten, am Ende schulterte Deutschland den größten Anteil der Hilfen.

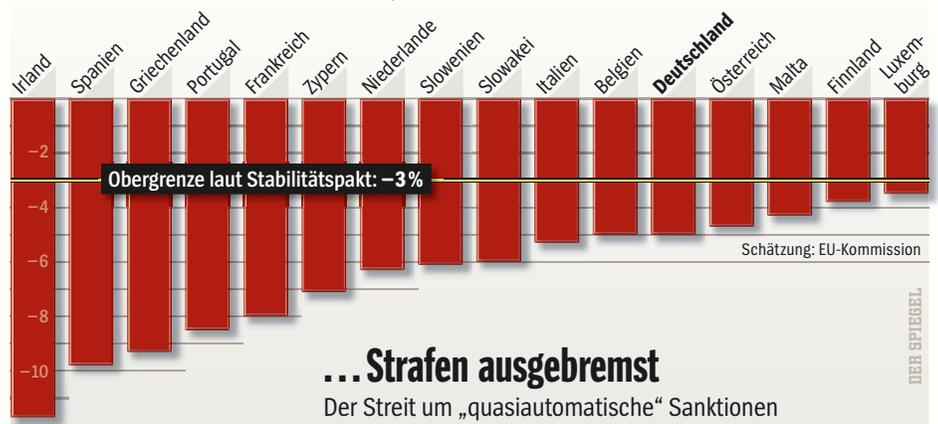
Herman Van Rompuy zu beraten. Werden die Staats- und Regierungschefs das Reformwerk weiter schwächen, oder können sie sich doch noch auf eine ernsthafte Reform der Währungsunion einigen?

Zu was die Regierungen einiger Länder fähig sind und wie berechtigt deshalb die Sorgen der Bürger Europas – vor allem aber der Deutschen – sind, demonstrierte vergangene Woche Italiens Finanzminister Giulio Tremonti. Allen Ernstes forderte er, bei der Berechnung des Schuldenstands der Mitgliedsländer müsse künftig auch die Verschuldung der Bürger einfließen.

Sein Kalkül: Dann schneidet Italien, das Land mit der zweithöchsten Staatsverschuldung in Europa, vergleichsweise gut ab – und müsste Sanktionen deshalb nicht fürchten. Doch dem gelehrten Steuerexperten unterläuft bei seiner kreativen Buchführung ein Denkfehler. Für die Privatschulden steht der Kreditnehmer selbst gerade. Er ist für niemanden ein Risiko.

Vorgaben missachtet, ...

Haushaltsdefizite der Euro-Länder 2010, in Prozent des BIP



... Strafen ausgebrems

Der Streit um „quasiautomatische“ Sanktionen

Bisher muss der Rat der europäischen Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) jedem Sanktionsschritt zustimmen. Dieses **Sanktionsverfahren soll nach Ansicht der EU-Kommission in Zukunft „quasiautomatisch“ ablaufen**. Die Kommission leitet die jeweiligen Schritte ein. Diese gelten sofort als angenommen, es sei denn, der Ecofin stimmt innerhalb von zehn Tagen mit qualifizierter Mehrheit dagegen. **Deutschland war bisher für den Vorschlag, lehnt ihn nun aber zusammen mit Frankreich ab.**

Europa in der Lage ist, aus der existentiellen Krise seiner Währung die richtigen Konsequenzen zu ziehen.

Von Anfang an krankte der Euro an einem schweren Geburtsfehler: Die Mitgliedstaaten verpflichteten sich nicht auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik. So drifteten die Volkswirtschaften des Euro-Raums immer weiter auseinander, die Spannungen wuchsen.

Um den Euro krisensicherer zu machen, müssen die Versäumnisse seiner Gründungsphase jetzt nachgebessert werden: Die Mitgliedsländer müssen Kompetenzen an Brüssel abgeben, auch wenn das ihre nationale Souveränität ein-

Als die Euro-Krise immer bedrohlicher wurde und weitere Länder wackelten, sträubte sie sich zunächst gegen einen Rettungsschirm für die gesamte Euro-Zone. Zum Schluss musste Deutschland wiederum den größten Beitrag leisten.

Dass Merkel nun beim Treffen mit Sarkozy im Seebad Deauville erneut einknickte, war alles andere als eine vertrauensbildende Maßnahme für den angeschlagenen Euro. Vor allem lässt es Schlimmes befürchten für die nächsten Treffen, bei denen es um die Rettung der Währungsunion geht.

An diesem Donnerstag trifft sich in Brüssel der Europäische Rat, um über die Arbeit der Task Force von Ratspräsident

Bei allen Freunden eines harten Euro sorgte die Nachgiebigkeit der Kanzlerin deshalb für Erstaunen und Entsetzen, zu Hause wie im Ausland.

In der Heimat schäumten besonders die Koalitionspartner von der FDP. Generalsekretär Christian Lindner war irritiert, Parteichef Westerwelle pikiert. Die Liberalen traf Merkels Schwenk ebenso unvorbereitet wie die Verbündeten auf europäischer Ebene. Die Finanzminister der EU hatten sich am selben Montag in Luxemburg versammelt, um den Europäischen Rat an diesem Donnerstag vorzubereiten. Die drei Nordstaaten Schweden, Niederlande und Finnland hatten bislang in Treue fest zu Deutschland ge-

standen, jetzt erlebten sie, dass ihr Anführer sie im Stich ließ. Verwundert registrierte Schwedens Finanzminister Anders Borg, „dass wir keine hundertprozentige Unterstützung für Haushaltsdisziplin von Deutschland hatten“.

Zwei Optionen standen zur Debatte. Die erste: Die EU-Kommission von Präsident José Manuel Barroso verhängt automatisch Sanktionen, wenn ein Staat die Stabilitätskriterien verletzt. Diese können dann nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit der Wirtschafts- und Finanzminister (Ecofin) gekippt werden. Die zweite sieht einen solchen Automatismus nicht vor. In diesem Fall muss der Ecofin die Einleitung von Sanktionen mit qualifizierter Mehrheit ausdrücklich beschließen.

Für Deutschland vertrat Finanzstaatssekretär Jörg Asmussen seinen bettlägerigen Minister Wolfgang Schäuble in Luxemburg. Deutschland habe sich stets für strikte und strenge Sanktionen ausgesprochen, hob der Beamte an, als er an der Reihe war. „Deswegen stimmen wir für Option II.“ Ein Raunen ging durch den Saal, berichten Teilnehmer.

Als Erstes fand Euro-Gruppenchef Jean-Claude Juncker, Luxemburgs Premierminister, seine Sprache wieder. „Jörg, so wie du angefangen hast, hättest du aber anders enden müssen“, kommentierte er spöttisch. Später ulkte er weiter: „Der Stabilitätspakt hat zwar jetzt mehr Zähne, aber ein Stabilitätgebiss ist er noch nicht.“

Andere nahmen die deutsche Volte mit weniger Humor, der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) Jean-Claude Trichet war sichtlich wütend. Er ging Asmussen und dessen französischen Kollegen Ramon Fernandez, der die nach Paris zurückgeeilte Finanzministerin Christine Lagarde vertrat, frontal an.

„Ihr versteht den Ernst der Lage nicht“, wetterte der EZB-Chef. Deutschland und Frankreich gefährdeten den Fortbestand der Währungsunion. Die Regeln müssten „noch viel, viel härter“ gemacht werden, damit der Euro wieder in sichere Bahn einschwenken könne, forderte Trichet.

Die beiden Beamten verteidigten sich mit dem Hinweis, sie setzten doch nur die Vorgaben ihrer politischen Führung um. Das brachte Trichet endgültig in Rage. Entgegen sonstiger Gepflogenheit wechselte er vom Englischen ins Französische und belegte seinen Landsmann Fernandez mit Verbalinjuriern.



EU-Politiker Juncker, Barroso: „Mehr Zähne, aber noch kein Gebiss“

WIKTOR DABROWSKI / ACTION PRESS

Auch Währungskommissar Olli Rehn war nach dem Treffen sauer. Der Finne, der strenge Sanktionsmechanismen vorgeschlagen hatte, schaltete auf stur: „Der Gesetzgebungsprozess basiert allein auf den Vorschlägen der Kommission“, sagte er. Seine Hoffnung setzt er nun auch auf die vielen EU-Parlamentarier, die den Pakt von Deauville und Luxemburg verurteilen. Schließlich sei das EU-Parlament „Co-Gesetzgeber“, meint Rehn.

Selbst wenn Merkel und Sarkozy die Finanzminister auf Linie bringen, steht einer Einigung das EU-Parlament im Wege. Es hat seit dem Vertrag von Lissabon bei einer Änderung des Stabilitätspaktes ein Mitbestimmungsrecht. „Das Parlament unterstützt fraktionsübergreifend die automatischen Sanktionen“, sagt der FDP-Europaabgeordnete Alexander Graf Lambsdorff. „Kommt der Rat mit dem Deal von Deauville, wird er im Parlament auf Granit beißen.“ Rein rechtlich sei Merksels und Sarkozys Übereinkunft nichts als ein „Debattebeitrag“.

Was sich in Luxemburg ankündigte und in Deauville zelebriert wurde, hatten Merkel und Schäuble bereits in der vorvergangenen Woche eingeleitet. Nach etlichen Telefonaten kamen beide überein, dass sie den Franzosen in der Frage automatischer Sanktionen wohl entgegenkom-

men mussten. Ansonsten, so fürchteten sie, würde es überhaupt keine gemeinsame Lösung in Luxemburg geben. Zu unnachgiebig gerierten sich Frankreichs Präsident Sarkozy und seine Finanzministerin Christine Lagarde.

Zudem mussten Merkel und Schäuble erkennen, dass sie hoffnungslos in der Minderheit waren. Nur Schweden, die Niederlande und Finnland unterstützten Deutschlands Kurs.

Die Kehrtwende hatte aber auch eigennützige Gründe. In den vergangenen Wochen waren der Kanzlerin und ihrem Kassenwart immer mehr Zweifel an einem vollautomatischen Bestrafungsmechanismus gekommen. Niemand, so ihre Überlegung, könne garantieren, dass er sich nicht irgendwann auch einmal wieder gegen den jetzigen Musterschüler und Stabilitätsapostel Deutschland richtet.

Außerdem, so mahnten Fachleute des Finanzministeriums und des Kanzleramts, liefe ein Vollautomatismus auf die Entmachtung des Bundestags hinaus. Das sei nicht im Interesse des Parlaments.

Das sahen viele Abgeordnete anders. Und deshalb versuchte Staatssekretär Asmussen am Donnerstagvormittag vergangener Woche, kurz vor seinem Abflug zum G-20-Finanzministertreffen in Südkorea, die Parlamentarier aus dem Finanz- und dem Europaausschuss zu überzeugen.

Die Abstriche beim Sanktionsmechanismus seien nicht so gravierend, argumentierte Asmussen. Wenn der Finanzministerrat einmal Sanktionen gegen ein Land beschlossen habe, dann laufe der anschließende Prozess „quasi automatisch“ weiter. Gegenüber der geltenden Regelung kämen die Sanktionen künftig früher, sie wirkten schneller und seien einschneidender.

So weit die offizielle Lesart. Tatsächlich macht es einen entscheidenden Unterschied, ob die Kommission über die

Sanktionen entscheidet oder die Mitgliedsländer, wo mögliche Sünder über Sünder entscheiden. In der Versammlung der Finanzminister kann sich ein Delinquent nach wie vor mit Kungelei und Kuhhandel vor der Bestrafung drücken, auch wenn dies im Vergleich zum bisherigen Recht schwieriger wird.

So bleibt die Gefahr, dass politische Rücksichtnahmen die Fundamente der Währungsunion unterhöheln, dass sich spenderfreudige Regierungen auf Kosten der anderen sanieren. Dramatische Folgen sind nicht



EZB-Präsident Trichet: „Ihr versteht den Ernst der Lage nicht“

THERRY ROUGE / REUTERS

ausgeschlossen: Hilfszahlungen noch solider Länder zerrütten auf Dauer auch deren Staatsfinanzen.

Die um sich greifende Verschuldung könnte die EZB daran hindern, im erforderlichen Umfang die Zinsen zu erhöhen. Als Konsequenz droht Inflation. Die Entwicklung würde den Euro sowohl mit Blick auf den Wechselkurs als auch auf die Preisstabilität zur Weichwährung machen. So muss es nicht, aber so kann es kommen.

Merkel und Schäuble halten sich vor allem zugute, dass sie im Gegenzug für ihr Zugeständnis die Franzosen bei zwei weiteren deutschen Anliegen, die das Horrorszenario abwenden sollen, als Verbündete gewinnen konnten. So stimmte Sarkozy zu, einem Sünderland künftig das Stimmrecht zu entziehen. Noch wichtiger aber ist ihnen, dass Frankreich

land, für die Verbindlichkeiten von strauhelnden Ländern eintreten.

Stattdessen soll die Regierung eines angeschlagenen Landes die Möglichkeit bekommen, eine Art geordnetes Insolvenzverfahren zu beschreiten. In dessen Verlauf ist auch eine Umschuldung möglich, bei der die Kreditgeber auf Teile ihrer Forderungen verzichten. Dahinter steht die Absicht, dass nicht mehr nur die Steuerzahler das Risiko einer Staatspleite tragen, sondern auch private Investoren.

Dass eine Änderung der Europäischen Verträge notwendig wird, um eine Pleiteordnung für Staaten zu installieren schreckt Merkel und ihren Finanzminister nicht. Unterstützung bekommen die beiden, ausgerechnet, vom liberalen Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, der Schäuble am vergangenen Wochenende beim G-20-Finanzministertreffen in Süd-

übrigen Mitgliedsländer dem Stimmrechtsentzug und dem Krisenmechanismus zustimmen, wäre Sarkozys Entgegenkommen wertlos. „Es wird sich zeigen, ob Deutschland nicht die Taube aus der Hand gegeben hat für den Spatzen auf dem Dach“, sagt Otmar Issing, der ehemalige Chefvolkswirt der EZB.

Unterstützung bekommt Merkel allerdings von einigen Ökonomen, die automatische Strafen für wenig wirkungsvoll halten. „Die Erfahrung lehrt, dass auch Automatismen immer wieder durch politische Willkürakte ausgehebelt werden“, sagt Kai Konrad, Volkswirtschaftsprofessor am Max-Planck-Institut für Geistiges Eigentum, Wettbewerbs- und Steuerrecht in München. Ein Beispiel seien die blauen Briefe, mit denen Defizitsünder in einer genau festgelegten Prozedur früher abgemahnt werden konnten. Mehrfach wurde

Deutschland dabei unterstützen will, einen dauerhaften Krisenmechanismus für Staaten in Finanznot einzurichten. Mit Sorge beobachten sie, dass eine große Mehrheit der Mitgliedsländer den jüngst geschaffenen und auf drei Jahre befristeten Rettungsschirm für den Euro am liebsten auf ewig verlängern würden.

Die Bundesregierung fürchtet, dass Deutschland als größte und mächtigste Volkswirtschaft in der EU, noch dazu ausgestattet mit der höchsten Kreditwürdigkeit, am Ende allen Ländern mit Schiefelage aus der Klemme helfen muss. Das wäre der endgültige Einstieg in die Transferunion, den es zu verhindern gilt.

Deshalb arbeiten Schäubles Beamte seit Monaten an einem Krisenmechanismus. Er soll verhindern, dass künftig die gesunden Staaten, allen voran Deutsch-

korea vertrat. Sicher sei es wünschenswert, automatisierte Sanktionen zu installieren. „Wir müssen aber auch die Realitäten beachten“, sagt der Wirtschaftsminister. „Wenn die Franzosen bereit sind, einen vertraglichen Mechanismus für finanziell angeschlagene Staaten zu akzeptieren, ist das ein großer Schritt.“ Die Bundesregierung müsse jetzt nur darauf achten, dass dieser Schritt auch komme.

Eine günstige Gelegenheit für die vertraglichen Anpassungen, finden Kanzlerin und Kassenwart, ergebe sich, wenn Kroatien im nächsten Jahr der EU beitrifft. Im Windschatten dieses Verfahrens, so das Kalkül der beiden, ließen sich die Neuerungen installieren.

Genau daran zweifeln die Kritiker von Merkels Wende: Sie glauben nicht, dass sich die geplante Vertragsänderung wirklich durchsetzen lässt. Wenn nicht alle 25

dieser Mechanismus per politischer Intervention ausgesetzt.

Viel wichtiger als die Frage der Automatik sei deshalb, ob „das Regelwerk glaubwürdig ist und tatsächlich angewandt wird“, meint Konrad. Glaubwürdig wird ein Regelmechanismus nach Einschätzung des Volkswirts dann, wenn am Ende auch die Insolvenz eines Staates stehen kann, Umschuldung inklusive. Dann übernimmt der Markt einen Teil der Bestrafung, weil Pleitekandidaten höhere Zinsen zahlen müssen.

Auch Clemens Fuest, Finanzwissenschaftler von der Universität Oxford, hält eine Insolvenzordnung für Staaten für viel wichtiger als Sanktionen. „Es ist sinnlos, einem ohnehin überschuldeten Land mit finanziellen Sanktionen zu drohen.“

PETER MÜLLER, CHRISTIAN REIERMANN,
CHRISTOPH SCHULT

KOALITION

Ende eines Sommermärchens

Angela Merkels Traum von einem Neustart der Koalition ist geplatzt. In ihrem Kampf ums politische Überleben belasten Guido Westerwelle und Horst Seehofer die Regierungsarbeit.

Angela Merkel versucht alles, das muss man ihr lassen. Vorigen Donnerstag macht sie in Heilbronn Station, die CDU im Südwesten hat zur Aussprache mit der Bundeskanzlerin geladen. Es wird kein leichter Termin, so viel ist von vornherein klar, bald sind Wahlen in Baden-Württemberg, und die Umfragen dort sacken ab wie Säcke mit Blei.

Es ist nötig, erst mal für Stimmung zu sorgen. Merkel schwärmt vom blühenden Arbeitsmarkt, und sie klingt wie eine Kanzlerin, die mit sich im Reinen ist: „Wir haben die richtigen Entscheidungen getroffen.“

Aber es gibt auch eine ganz andere Weltsicht, die der Basis. Rolf Zülll meldet sich zu Wort, Ministerialrat im Ruhestand: „Die Regierung wird als total zerstrittener Haufen wahrgenommen“, schimpft er. Dann greift Ralf Stoll zum Mikrofon, Vorsitzender der CDU in Sonnenbühl: „Die Leute möchten klare Aussagen und nicht jede Woche was anderes hören. Ich hoffe, Sie zeigen endlich Führungshand.“ Großen Applaus gibt es für Kurt Hahn, er ist gebürtiger Bayer. Die Kanzlerin müsse den CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer zur Raison bringen, sagt er: „Man müsste mal in Richtung Bayern ein harscheres Wort finden.“

Es läuft etwas schief, das wird an diesem Abend klar. Im Sommer hatte die Kanzlerin ihrer maroden Koalition ein Sanierungsprogramm verordnet, endlich sollte sie mit Taten Schlagzeilen machen und nicht mit Streit. Den beiden Raufbolden Horst Seehofer und Guido Westerwelle nahm sie das Versprechen ab, ihre ewigen Zankereien einzustellen.

Anfangs lief es ganz gut. Westerwelle konzentrierte sich auf seine eigentliche Aufgabe, die des Außenministers; Seehofer nutzte zur Abwechslung nicht seine ganze Energie, die Berliner Politik zu blockieren – er winkte die Aussetzung der Wehrpflicht durch, das neue Energiekonzept, die Gesundheitsreform.

Es schien, als hätten die Streithansel endlich verstanden, dass sie nur als Team erfolgreich sind, für ein paar Wochen klangen sie wie reuige Sünder. „Ich glaube, Sie werden in den nächsten Monaten eine andere Koalition erleben“, sagte Seehofer. „Wir hören den Warnschuss der Wählerinnen und Wähler“, sagte Westerwelle.

Leider währte die Besinnung nur kurz, in der vergangenen Woche fand Merkels Sommermärchen einer friedlichen Koalition ein jähes Ende. Erst stellte Seehofer die Rente mit 67 in Frage; es war ein böses Foul, denn Merkel hatte zuvor gesagt, dass sie gerade bei diesem Thema Standhaftigkeit beweisen werde. Dann fiel Westerwelle in die Rolle zurück, die ihm schon immer am besten gefiel: die des putzmunteren Oppositionspolitikers. Er erklärte Merkels Europapolitik zum Anschlag auf die Stabilität des Euro. Das feine Auswärtige Amt wirkte wieder wie Westerwelles Kampagnenzentrale.

Für Merkel sind das alles deprimierende Nachrichten, denn die Ausfälle ihrer Partner haben Methode. In der Berliner FDP-Zentrale und im Münchner Franz-Josef-Strauß-Haus wird ganz offen darüber gesprochen, dass der Kurs der Harmonie im Moment nur einer nutzt: Merkel. Jetzt wird umgesteuert. „Erfolge feiert man am besten allein“, sagt ein führender Liberaler.

Westerwelle und Seehofer sind zu angeschlagen, um sich in den Dienst der Koalition zu stellen. Eigentlich müssen sie die Geduld aufbringen, bis stille Sachar-



CSU-Chef Seehofer
Böses Foul

beit auch ihr Ansehen hebt. Aber beide kämpfen um ihr politisches Überleben, deshalb ist ihnen die schnelle Schlagzeile wichtiger als langfristiger Erfolg. So spricht im Moment vieles dafür, dass die schwarz-gelbe Koalition auf der Schussfahrt in den Abgrund nur eine Verschnaufpause eingelegt hat.

Merkel ist daran nicht unschuldig. Die Kanzlerin weiß, in welcher aufgewühlter Gemütslage sich ihr Außenminister befindet. Westerwelle fühlt sich schon in normalen Zeiten leicht übergangen. Jetzt aber diskutiert die FDP offen über seine Ablösung.

Westerwelle musste es als große Respektlosigkeit empfinden, als Merkel am vergangenen Montag mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy ein weiches Stabilitätsregime vereinbarte als geplant, ohne ihn vorher darüber zu informieren (siehe Seite 22).

Als er von der Verabredung erfuhr, war er empört, in der FDP ging sogar das Gerücht um, Westerwelle habe mit dem Gedanken gespielt, die Koalition platzen zu lassen, was ein Sprecher dementiert.

In einem Vier-Augen-Gespräch vor der Kabinettsitzung am Mittwoch stellte Westerwelle die Kanzlerin zur Rede. Merkel sei vor Sarkozy eingeknickt, es gebe keinen Automatismus, um Defizitsünder zu bestrafen, das war sein Vorwurf. Später in der Kabinettsitzung war er nicht mehr so harsch. Er sagte aber, Deutschland müsse dafür sorgen, dass Defizitsünder streng bestraft werden.

Wahrscheinlich hätte Westerwelle die Sache damit auf sich beruhen lassen, dann aber trat Regierungssprecher Steffen Seibert vor die Bundespressekonferenz und sagte, die FDP sei einverstanden mit der Politik Merkels: „Die Bundesregierung, so wie sie zusammengesetzt ist aus CDU, CSU und FDP, billigt und stärkt den Kurs der Bundeskanzlerin auf diesem Weg.“ Seibert hatte Westerwelles Sätze im Kabinett nicht als Kritik verstanden.

Westerwelle traute seinen Ohren nicht, er lud eine Runde von Journalisten zu einem Hintergrundgespräch ins Auswärtige Amt, um seine Sicht der Dinge zu erklären. Sanktionen gegen Schuldner dürften nicht der „politischen Opportunität“ unterworfen werden.

Ein internes Papier der FDP-Bundestagsfraktion kommt zu einer vernichtenden Analyse der Vereinbarung zwischen Merkel und Sarkozy. „Von der ursprünglich angestrebten Automatik ist nicht viel übrig geblieben“, heißt es dort. Damit sei „eine der beiden deutschen Hauptforderungen faktisch aufgegeben“ worden.

Besonders die FDP-Finanzpolitiker sind von Merkels Vorgehen empört. „Die FDP darf sich nicht immer wieder über den Tisch ziehen lassen“, sagt der Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler. Der bayerische FDP-Wirtschaftsminister Mar-



Regierungspartner Westerwelle, Merkel: Vier-Augen-Gespräch vor der Kabinettsitzung

tin Zeil kritisiert: „Das entspricht nicht dem Vorgehen, das man vereinbart hat. So darf eine Kanzlerin nicht mit dem Koalitionspartner umgehen.“

In der FDP wächst die Sorge, mit weiteren Zugeständnissen an die Union völlig ihr Profil zu verlieren. In den Umfragen hängt sie noch immer bei fünf Prozent. Westerwelle steckt deshalb in einem Dilemma. Von seiner Partei wird er gezwungen, sich gegen Merkel aufzulehnen. Kaum einer in der FDP zweifelt, dass

Westerwelles Stunde geschlagen hat, sollte die FDP im März in ihrem Stammland Baden-Württemberg die Regierungsmacht verlieren. Andererseits waren es genau die ewigen Profilierungsversuche Westerwelles, die das Ansehen des FDP-Chefs in den Keller rasen ließen.

Ganz ähnlich geht es Seehofer. Immer banger wird in der CSU die Frage gestellt, ob er noch der richtige Mann an der Spitze der Partei ist. In der CSU machen Szenarien die Runde, wie Verteidigungsmi-

nister Karl-Theodor zu Guttenberg ihn beerben könnte.

Als Seehofer vor ein paar Tagen auf dem Deutschlandtag der Jungen Union auftrat, bekam er deutlich zu spüren, wie weit sein Stern gesunken ist. Beim Einmarsch plätscherte der Applaus müde, Stimmung kam erst auf, als er in seiner Rede den Namen Guttenberg erwähnte. Plötzlich jubelte der Saal. Als Seehofer sagte, Guttenberg sei doch seine Erfindung, ertete er nur höhnisches Gelächter. Die Demütigung bestärkte ihn in dem Willen, wieder bundespolitisch Schlagzeilen zu machen.

Eigentlich hatten die Generalsekretäre von CDU, CSU und FDP einen Mechanismus verabredet, um den Frieden in der Koalition dauerhaft zu sichern. Sie wollten telefonieren, sobald ein Thema anstand, das einen der Partner ärgern könnte. Eine Weile klappte das auch, die Generalsekretäre traten die Feuer aus, bevor sie auflodern konnten.

Doch bald kroch Unzufriedenheit in die bayerischen Gemüter. In der Münchner Parteizentrale biss man sich Woche für Woche auf die Lippen, statt loszupoltern, aber das brachte nichts in den Umfragen. Die blieben schlecht, und Geduld ist nicht die Stärke Seehofers. Am vergangenen Montag schlug er los.

Die Münchner Staatskanzlei hatte zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Seehofer sagte, er werde es nicht zulassen, dass die deutschen Unternehmen nach Fachkräften aus dem Ausland rufen und gleichzeitig Arbeitnehmern über 50 keine Chance geben. „Wenn das die Strategie für die Zukunft ist, dann werde ich alles tun, damit die Verlängerung der Le-

bensarbeitszeit wieder rückgängig gemacht wird.“

Merkel traute ihren Augen nicht, als sie die ersten Tickermeldungen las. Am Dienstagabend traf sie sich mit Fraktionschef Volker Kauder und CSU-Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich, Kanzleramtschef Ronald Pofalla war ebenfalls zu der Runde geladen. Eigentlich sollte es um den Haushalt gehen, aber am Ende nahm Merkel Friedrich beiseite und beschwerte sich bitter über

MICHAEL SOHN / AP

Seehofer, der wieder Chaos in die Koalition trage. Friedrich nickte. Er sah die Sache genauso.

Am Mittwochmorgen telefonierte Friedrich mit Seehofers Generalsekretär Alexander Dobrindt, bald stritten die beiden heftig. Dobrindt sagte, Seehofer habe auch deshalb die Rente mit 67 in Frage gestellt, um die Forderung der Liberalen nach einem vermehrten Zuzug ausländischer Fachkräfte abzuwehren. Friedrich kann darüber nur den Kopf schütteln: „Umgekehrt wird doch ein Schuh draus. Wir müssen sagen: Weil wir zur Rente mit 67 stehen, brauchen wir keine Zuwanderung.“

Merkel weiß, wie viel für sie auf dem Spiel steht. Wenn sich Seehofer im Streit um die Rente durchsetzt, dann ist ihre Autorität ruiniert. Sie will nicht als Kanzlerin dastehen, die sich von ihren kleinen Partnern treiben lässt. Merkel hat die Hoffnung, dass sich Seehofer mit seinem neuesten Winkelzug endgültig isoliert hat, und die ist nicht unbegründet.

Aus allen Teilen der Union schallt dem CSU-Chef Widerspruch entgegen. „Wir sollten die Debatte um die Rente mit 67 nicht wieder eröffnen“, sagt der saarländische Ministerpräsident Peter Müller. „Die Rente mit 67 wird erst im Jahr 2029 greifen, und bis dahin werden wir eine Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt erleben, dass auch ältere Arbeitnehmer wie-

Wenn sich Seehofer im Rentenstreit durchsetzt, ist Merksls Autorität ruiniert.

der dringend gebraucht werden.“ Noch deutlicher wird Unionsfraktionsvize Michael Fuchs: „Ich halte es für völlig falsch, jetzt die Menschen schon wieder mit einer Debatte über die Rente mit 67 zu verunsichern.“ Selbst Parteifreunde stellen sich offen gegen den Chef: „Es gibt keine Notwendigkeit, an der Rente mit 67 irgendetwas zu ändern“, sagt der CSU-Sozialpolitiker Max Straubinger.

Am vergangenen Freitagmittag braust der Vielgescholtene in seiner Dienstlimousine Richtung Bayern, er hat alle Umfragen zur Rente mit 67 im Kopf. Die Bürger sind auf seiner Seite, das ist es, was für ihn zählt. „Man kann die Menschen nicht auf die Rente mit 67 verpflichten, ohne auch den zweiten Teil des Vertrages, die Verbesserung der Beschäftigung älterer Menschen, zu erfüllen“, sagt er. Aber hatte er nicht vor einem Monat versprochen, die Finger zu lassen von den Händeleien mit Berlin? Seehofer ist der Meinung, dass die bürgerliche Koalition oft keine Politik für die Bürger gemacht hat. Das will er jetzt ändern. Notfalls auch gegen die Kanzlerin.

RENÉ PFISTER,
MERLIND THEILE, CHRISTOPH SCHULT,
SEBASTIAN WESSLING



Bundeswehrosoldaten in der Grundausbildung: „Überkommene Denk- und Verhaltensmuster“

BUNDESWEHR

„Steuerung unmöglich“

Eine Strukturkommission hat Vorschläge zur Modernisierung der Bundeswehr erarbeitet. Ihr vertraulicher Abschlussbericht stellt dem deutschen Militär ein vernichtendes Zeugnis aus.

Der Obergefreite steht mit geradem Rücken in weißer Uniformjacke vor dem Besprechungsraum A01/R112, still wie ein Denkmal. Durch die dicken roten Türen dringt nur Gemurmel. Pünktlich um zwölf Uhr hat der Soldat den Kantinenwagen mit den Würstchen, Buletten und dem Kartoffelsalat vor diesen Raum gefahren. Nun steht er dort und wartet.

„Die Hälfte seines Lebens wartet der Soldat vergebens“, spottet ein Soldat im Vorbeigehen, als der Obergefreite um halb eins immer noch neben den Buletten steht. Generationen von Soldaten haben den ollen Spruch schon gehört und weitergegeben. Hinter den roten Türen arbeiten sie daran, dieser Verschwendung von Zeit und Arbeitskraft ein Ende zu bereiten. Es tagt die Strukturkommission der Bundeswehr.

Sechs Fachleute haben sich unter der Leitung von Frank-Jürgen Weise, dem Chef der Bundesagentur für Arbeit, seit April Gedanken darüber gemacht, wie sie das Ministerium und die Bundeswehr effizienter gestalten können. An 20 Tagen saßen sie an einem langen Holztisch, hörten alte Soldaten und junge Soldaten an, Wissenschaftler und Unternehmensberater.

„Was kann man tun?“, soll Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vor ein paar Monaten gefragt haben. „Gleich abwickeln“, habe eines der Kommissionsmitglieder geantwortet.

Wer mit den sechs Weisen spricht, hört grauenvolle Geschichten. Ihre Zusam-

menfassung geht so: Die Bundeswehr ist pleite. Sie hat Waffensysteme gekauft, die sie nicht braucht. Waffensysteme, die sie braucht, kann sie nicht bezahlen. Die Mitarbeiter beschäftigen sich am liebsten mit sich selbst.

In der wohl letzten Fassung ihres Abschlussberichts, der dem SPIEGEL vorliegt, haben Weise und seine Kommission dem Ministerium und der Bundeswehr auf insgesamt 66 Seiten ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt. Sie fordern eine „Konzentration auf die Kernaufgaben“ – die konsequente Umgestaltung der Bundeswehr zu einer weltweit agierenden Einsatzarmee.

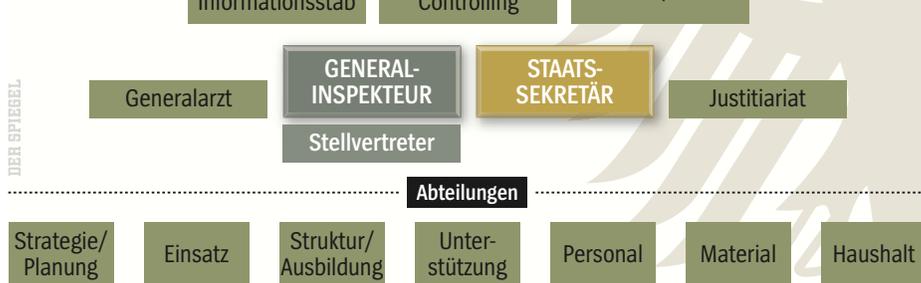
Mit 17 Abteilungen und Stäben sei das Ministerium eine zersplitterte und „systematisch überstrapazierte Gesamtorganisation“. Die „allgemeine Verantwortungsdiffusion“ mache eine „stringente Steuerung unmöglich“. Es fehlten klare Vorgaben und Steuerungsziele. „Gut ausgebildete und hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter behindern sich gegenseitig in Strukturen, die nicht erfolgshaft sind“, urteilt die Kommission. Das Controlling sei „wenig aufschlussreich und weitgehend wirkungslos“.

Weises Kommission kommt zu dem Schluss: „Das Ministerium ist von Grund auf neu zu konzipieren.“ So schnell wie möglich sollte es in der Hauptstadt zusammengeführt werden, statt wie bisher in Bonn und Berlin zu residieren. Die Anzahl der Dienstposten möchte Weise halbieren – von heute über 3000 auf unter 1500.

Straffere Führung

Mögliche neue Struktur des Verteidigungsministeriums

Quelle: Strukturkommission



Die Führung unterhalb des Ministers konzentriert die Kommission auf einen Staatssekretär und den Generalinspekteur. Der Generalinspekteur müsse gestärkt und zu einer Art Generalstabschef befördert werden. Er soll alle Teilstreitkräfte, die Streitkräftebasis und die Einsätze führen.

Die Inspektoren von Heer, Luftwaffe, Marine und Streitkräftebasis würden dem Papier zufolge aus dem Ministerium ausgegliedert und zu Befehlshabern. Der Sanitätsdienst solle in die Streitkräftebasis überführt werden.

Die Experten empfehlen zudem, den Planungsstab des Ministers zu vergrößern und aufzuwerten. Der Stab soll mit der bisherigen Abteilung „Militärpolitik“ des Generalinspektors verschmelzen und umgewandelt werden in eine Abteilung „Policy/Militärpolitik“. Diese Abteilung, die direkt dem Minister zuarbeitet, solle alle politischen und strategischen Vorgaben für die Bundeswehr erarbeiten und die Weisungen des Ministers strategisch umsetzen.

Das Ministerium soll zudem von bisher 17 auf 7 Abteilungen schrumpfen (siehe Grafik), Unter- und Stabsabteilungen entfallen. Eine starke Rolle weist die Kommission dem Einsatzführungskommando zu. Hier soll sich die Planung und Führung aller Auslandseinsätze der Bundeswehr konzentrieren. Das Kommando Spezialkräfte (KSK) würde dem Einsatzführungskommando unterstellt. Zudem sollen die Elitkämpfer aller Teilstreitkräfte wie in den USA unter einem Kommando stehen. Das Kommando Operative Führung in Ulm wird aufgelöst. In besonderen Einsätzen wie Evakuierungen soll das KSK dem Generalinspekteur unmittelbar unterstehen können.

„Es muss möglich sein, die Zahl der 7000 Soldatinnen und Soldaten, die sich derzeit im Einsatz befinden, durchhaltenfähig wenigstens zu verdoppeln. Zugleich ist der Streitkräfteumfang auf circa 180000 Soldatinnen und Soldaten zu reduzieren“, fordert die Kommission. Für

ziviles Personal soll es künftig circa 50000 Dienstposten geben.

Die Kommission, die anfangs mehrheitlich für die Wehrpflicht war, hat offensichtlich keine Möglichkeit gesehen, diese zu retten. „Durch den Wegfall einer massiven, unmittelbar militärischen Bedrohung“ sei die Wehrpflicht in der heutigen Form „sicherheitspolitisch nicht mehr gerechtfertigt“, heißt es im Entwurf des Abschlussberichts.

Die Kommission empfiehlt, die Musterung und Einberufung der Wehrpflichtigen auszusetzen und einen freiwilligen, bis zu 23-monatigen Dienst einzuführen, der es allen erwachsenen Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, sich für die Allgemeinheit zu engagieren, etwa in Schulen, Krankenhäusern oder beim Technischen Hilfswerk.

Wer diesen freiwilligen Dienst bei der Bundeswehr leisten will, muss sich für mindestens 15 Monate verpflichten, um auch für den Auslandseinsatz ausgebildet werden zu können. 15000 dieser Stellen soll es geben.

Im Bereich Rüstung und Beschaffung setzt die Kommission auf den „frühzeitigen“ Dialog mit der Industrie. „Wo immer militärisch akzeptabel“, müsse auf „Goldrandlösungen“ verzichtet, „komple-



Reformer Weise, Güttenberg Radikal und unumkehrbar

xe Neuentwicklungen“ sollten vermieden werden. Um das Kompetenzgerangel zwischen der Hauptabteilung Rüstung, dem Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung und dem IT-Amt zu beenden, fordert die Kommission eine zentrale Agentur für Beschaffung. Die Experten legen dem Minister nahe, sich das Personal „extern“ zu suchen.

In den vergangenen Jahrzehnten hat es mehrere Anläufe gegeben, die Bundeswehr zu reformieren – erfolglos. Weise weiß um die „schwierigen Rahmenbedingungen“. Maßgeblich für die bisherige Reformmüdigkeit sei „die Kultur einer Organisation, die Externen nur begrenzt Kompetenz zugesteht“. Deshalb müssten die Veränderungen „radikal und unumkehrbar“ angelegt sein, so dass „überkommene Denk- und Verhaltensmuster“ ins Leere laufen. Eine neue Controlling-Abteilung, unmittelbar beim Minister angesiedelt, soll sich künftig darum kümmern.

Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg hat seinen Staatssekretär Walther Otremba bereits angewiesen, den Abschlussbericht der Kommission in den kommenden Wochen zu bewerten und bis Januar Vorschläge zu machen, ob und wie die Reformvorschläge umgesetzt werden können, ohne die Bundeswehr lahmzulegen.

Zwei Jahre gibt die Weise-Kommission dem Staatssekretär dafür, dann müsse „eine Revision des Umstrukturierungsprojektes erfolgen“. Ob die Reformen am Ende die gewünschten Milliarden einsparen, ist auch den Reformern wohl nicht ganz klar. Ein derart anspruchsvoller Veränderungsprozess ermögliche zwar „signifikante Effizienzgewinne“, erfordere aber auch Investitionen.

Das klingt alles gut, die Bundeswehr wäre nach diesen Reformen weit besser gerüstet für einen Krieg wie den in Afghanistan. Doch glaubt in der Nato kaum jemand, dass es nach den traumatischen Erfahrungen am Hindukusch einen solchen Einsatz so bald wieder geben wird. Die Bekämpfung des Terrorismus liegt heute schon zunehmend in den Händen der Geheimdienste. Nicht Infanteristen werden gebraucht, sondern Drohnen.

Führende Militärexperten gehen davon aus, dass sich die Nato in den kommenden Jahren von einem globalen Akteur zu einem klassischen Verteidigungsbündnis zurückerweitern wird. Dann wäre die reformierte Bundeswehr zwar effizient, aber nicht modern. Sie wäre gerüstet für einen Krieg, den es nicht mehr gibt.

Einen Rest an Luxus soll den Soldaten bleiben: Militärmusik, das Segelschiff „Gorch Fock“ und Sportsoldaten werden nicht abgeschafft. Gerade in Zeiten des Umbruchs brauche die Bundeswehr „Zeichen der Identität“.

ULRIKE DEMMER



Vorsitzender Seehofer: Von oben ist auch in Bayern kein Staat mehr zu machen

JOHANNES SIMON / DAPD

CSU

„Da ist was zerrissen“

Parteichef Horst Seehofer treibt die eigenen Anhänger mit seinem beliebigen Politikstil an den Rand der Verzweiflung. Die Basis in Bayern träumt bereits von einem Nachfolger.

Hochnebel drückt auf Garmisch. Keine Spur von der Zugspitze, auch das Ammergebirge ist verschwunden. Elisabeth Koch sitzt vor einem Berg Scheidungsakten und starrt misstrauisch auf den grauen Schleier da draußen. „Am Ende“, knurrt sie, „ist die CSU auch noch für das Wetter verantwortlich.“

Koch ist Fraktionsvorsitzende der Christsozialen in der Gemeinde und lange erfolgsverwöhnt. Wenn sie in diesen Wochen durch die Straßen läuft, dann zieht sie den Kopf zwischen die Schultern: „Wir sind an allem schuld, ganz prinzipiell.“ Ob Landesbank-Affäre, Olympiabewerbung oder Integrationschaos. Alles Markenzeichen der CSU, alles schiefgelaufen. Die Menschen, sagt die Anwältin, hätten es „irgendwie sattgekriegt, das Schwarze“.

Bayern, die CSU und ihr Ministerpräsident: Als Dreiklang gehört das seit Jahrzehnten zusammen. Doch jetzt ist die Harmonie gestört, die Umfragen dümpeln bei 40 Prozent, Tendenz fallend, Wahlergebnisse von einst 62 Prozent sind nur noch ein verblässer Traum.

Die Partei ist verunsichert, und das liegt an ihrem Chef, an Horst Seehofer und seinem erratischen Verhalten. Früher konnte der Ministerpräsident Bierzelte

voller Anhänger begeistern. Jetzt ist ihm der Kontakt zur Basis entglitten. Rente mit 67, Zuwanderungspolitik – wie ein wundes Tier schlägt Seehofer um sich. Doch statt Jubel erntet er selbst bei den eigenen Leuten Kritik. Vor dem Parteitag am Freitag baut sich eine Wutwelle auf, die ihm gefährlich werden kann, weil es mit Karl-Theodor zu Guttenberg eine Alternative gibt.

Quer durch Bayern lässt sich besichtigen, wie Seehofer die Macht zu entgleiten droht. Zum Beispiel in Augsburg, wo er sich ins Goldene Buch eintrug und plötzlich eine Eingebung hatte. Er versprach den Augsburgern ein Uni-Klinikum. Der Wissenschaftsminister wusste von nichts, der Finanzminister auch nicht. Der Sekt war kaum getrunken, da stellte sich das Versprechen als unbezahlbar heraus. 100 Millionen Euro wären jährlich dafür nötig gewesen. Niemand kann sagen, wann die defizitäre Zentralklinik zu Universitätswürden kommt. Seehofer verschwand gut gelaunt aus der Stadt, die Basis muss die Scherben zusammenkehren.

So läuft es häufig. In Garmisch-Partenkirchen brachte der Chef gleich sein ganzes Landeskabinett mit, um renitente Weidebauern zu überzeugen, die Grundstücke für die Olympiabewerbung 2018

freizugeben. Früher funktionierte das doch immer, bei Strauß, bei Stoiber. Dachte Seehofer und fuhr davon. Doch die Bauern in Garmisch blieben stur. Von oben ist auch in Bayern kein Staat mehr zu machen.

Schließlich Landshut, wo der CSU-geführte Stadtrat vor einigen Monaten in einer Resolution an alle zuständigen Instanzen die vereinbarte Abschaltung des Atomkraftwerks Isar 1 forderte. Mehr als ein Dutzend, häufig von der CSU regierte Gemeinden aus ganz Bayern folgten. Seehofer nannte das Anliegen lapidar „lokal“ und meinte, man müsse in einer großen Partei solche Ausreißer wie in Landshut aushalten. Er beharrte auf längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke. „Wir sind irritiert und enttäuscht“, sagt die Landshuter Fraktionschefin Gabriele Goderbauer-Marchner heute. Man habe Seehofers Meinung der Zeitung entnommen, vor Ort habe sich niemand gemeldet.

So schwindet die einst enorme Bindungskraft der Christsozialen. Sie habe früher „von rechts bis Mitte-links“ gereicht, sagt Forsa-Chef Manfred Güllner: „Da ist irgendwas zerrissen.“ Der Passauer Politologe Heinrich Oberreuter fragt sich, was die CSU überhaupt noch durchsetzen kann, wenn es nicht mal für eine überzeugende Olympiabewerbung reicht und als Zukunftsprojekte gefeierte Vorhaben wie der Transrapid in München scheitern: „Was der CSU früher immer gelang, endet jetzt oft im Streit oder im Nichts.“

Nach vorn gerichtete Antworten fehlen, stattdessen sucht Seehofer sein Heil in der Vergangenheit. Die CSU wolle „in der Champions League spielen“, zitierte er beim Bezirksparteitag in Oberfranken

Edmund Stoiber, seinen Vorgänger. Stoiber, den sie vor drei Jahren am liebsten aus der Partei geworfen hätten und mittlerweile wieder als Integrationsfigur feiern. Kurz darauf bemühte er noch Franz Josef Strauß und sein Festhalten an der deutschen Einheit.

Selbst seine Berater sind von vorgestern, etwa der langjährige Strauß-Vertraute und „Bayernkurier“-Chef Wilfried Scharnagl, 71. Dem politischen Gegner gehe es „um die Vernichtung der bayerischen Führung“, erklärte der etwas martialisch dem Parteivolk. Dieses solle sich hinter der Führung versammeln, „weil Angriffe auf Einzelne Angriffe auf das Ganze sind“. Seehofer mögen solche Sätze guttun, helfen werden sie ihm nicht mehr.

Das Unverständnis reicht längst bis in die Spitze der Partei hinein. Wenn Seehofer die Rente mit 67 plötzlich in Frage stellt, sagt sein Landesgruppenchef Hans-Peter Friedrich in Berlin: „Die Rente mit 67 steht nicht zur Disposition.“ Attacken des Chefs auf Zuwanderer weist Friedrich ebenfalls zurück: „Fachkräfte, wo immer auf der Welt, sind willkommen.“ Guttenberg assistiert genüsslich: „Man kann ein Land nicht abschotten.“

Um die Risse zwischen Führung und Basis notdürftig zu kitten, soll auf dem Parteitag nun ein neues Leitbild, ein Umbau der CSU beschlossen werden. Strauß, so heißt es in einem Leitantrag, habe die CSU einst zur „fortschrittlichsten Partei in Deutschland“ gemacht, später sei sie von der „Honoratiorenpartei zur Volkspartei“ umgestaltet worden. Nun soll sie „zur Mitmachpartei“ mutieren.

Aber wie? Geplant sind Parteikonvente mit bis zu 2000 Teilnehmern, es soll Schnuppermitgliedschaften geben und Internetverbände. Förderprogramme für junge Mitglieder. Und eine Frauen-Werbekampagne. Sogar eine Frauenquote möchte Seehofer, 30 Jahre nach den Grünen, nun einführen. Und wieder hat er sich verschätzt, bei den Männern in seinen Ortsverbänden gibt es lautstarke Kritik. Er werde dafür kämpfen, sagte Seehofer, mit allen seinen Ämtern; es klang wie eine Rücktrittsdrohung, sollte sein Anliegen scheitern.

Parteireformen, Modernisierungen sind der Job jedes Vorsitzenden. Sie sind kein Problem, wenn er Autorität besitzt und keinen Konkurrenten hat. Bei Seehofer

ist es anders, er hat inzwischen wenig Autorität und einen ernsthaften Konkurrenten.

Landtagsabgeordnete und CSU-Kabinettsmitglieder, die Berliner Statthalter, Kreisvorsitzende, sie alle tuscheln bereits über den vielleicht nächsten Chef, Karl-Theodor zu Guttenberg. Schon im Sommer 2011, wenn Neuwahlen zum Parteivorstand anstehen, könnte, ja sollte, so sagen sie, der Verteidigungsminister übernehmen. Wenn es nicht anders geht, mit einem Putsch.

der versprach, „den Badeschlappenträgern der Nation“ nicht die Verantwortung für die Schöpfung zu überlassen. Und nebenbei klarmachte, dass es die Menschen eben „nicht verstehen, wenn Politiker einmal hü und einmal hott sagen. Einmal rein in die Kartoffeln, einmal raus“.

Rums. Die Botschaft konnte nur für einen sein im Saal. Seehofer lächelt säuerlich. Der Bezirksvorsitzende trat ab unter stehenden Ovationen. Dann musste der Parteichef ans Rednerpult, und weil Guttenberg in Oberfranken Hausherr ist, hatte Seehofer keine andere Wahl, als seinem Zögling begeistert zu huldigen. Triumphe sehen anders aus.

Falls er noch Zweifel hatte, konnte Seehofer tags drauf im Pressespiegel nachlesen, wie der Termin für ihn gelaufen war. Guttenberg, die Lichtgestalt, Hermès-Krawatte, Designerjackett. Daneben der Patriarch im übergroßen Anzug, „der lange kein Bügeleisen mehr gesehen“ habe („Münchner Abendzeitung“). Guttenberg stehe für Modernität und Lässigkeit, hieß es. „Seehofer steht für die Vergangenheit.“

Offiziell gibt sich der Verteidigungsminister zurückhaltend. Die Ämter in Berlin und München seien kaum zu vereinbaren, mahnt er. Man solle das verbleibende Jahr doch zur Stabilisierung nutzen.

Doch seine Auftritte wirken ganz anders. Vergangene Woche tauchte Guttenberg unerwartet im Münchner Landtagsrestaurant auf. Dort saßen zwei betagte Besuchergruppen aus CSU-Wahlkreisen bei Schweinebraten und alkoholfreiem Bier. Als der Minister den Raum betrat, dauerte es nur Sekunden, bis Applaus aufbrannte. Eine Traube bildete sich um den Minister, Fotoapparate klickten, Bierdeckel und Servietten für Autogramme wurden herangeschleppt. Niemand hätte sich gewundert, wenn auch noch BHs geflogen wären. Keine Frage: Der Jungpolitiker

ist ziemlich nah an den Menschen, selbst an denen, die seine Großmütter sein könnten.

Es sind diese ungeplanten Momente, die die zum Putsch entschlossenen CSUler in ihrem Tun bestärken. Gibt es mit Seehofer keine gütliche Einigung, soll es eben ein harter Schnitt werden. „Wenn Guttenberg es will“, sagt ein Vorständler, „dann hat er das Amt des Parteichefs. Und zwar sofort.“

CONNY NEUMANN, STEFFEN WINTER



Ehepaar Guttenberg: Ziemlich nah an den Menschen



Lokalpolitikerin Koch: „An allem schuld, ganz prinzipiell“

Wann immer Seehofer, 61, und Guttenberg, 38, aufeinandertreffen, ist die Gunst des Publikums schnell entschieden. Etwa beim Bezirksparteitag in Oberfranken, den der örtliche Vorsitzende Guttenberg ins barocke Lustschloss Thurn berief. Fast wie in Lourdes wurden gebrechliche Rentner rechts und links gestützt im Romantiksaal zu ihren Plätzen geleitet.

Sie kamen nicht wegen Seehofer, sie wollten ihren Erlöser sehen: Guttenberg,

GRÜNE

Radikal regieren

Fraktionschefin Renate Künast will im nächsten Jahr in Berlin Regierende Bürgermeisterin werden. Während ihre Partei immer größer wird, kehrt sie zurück in die kleine Welt der Landespolitik.

Fensterscheiben einsetzen, sagt Renate Künast, ist eine der Sachen, die sie im Leben gelernt hat. Sie kann jederzeit erklären, wie das geht, auch an einem Tisch in einem Hotelrestaurant in Ludwigsburg.

Untergrund schmiegeln, Fensterkitt hauchdünn auftragen, Scheibe rein, Spezialnägeln rein, neuen Kitt, glattziehen. Ganz simpel, sagt Künast. Sie beugt sich über den Tisch und klopft mit den Fingern an das Fenster neben sich, es hat einen Kunststoffrahmen. Als sie mal in Irland ein Fenster repariert hat, bei Freunden, zwischen Weihnachten und Silvester, da haben die Männer im Ort gestaunt.

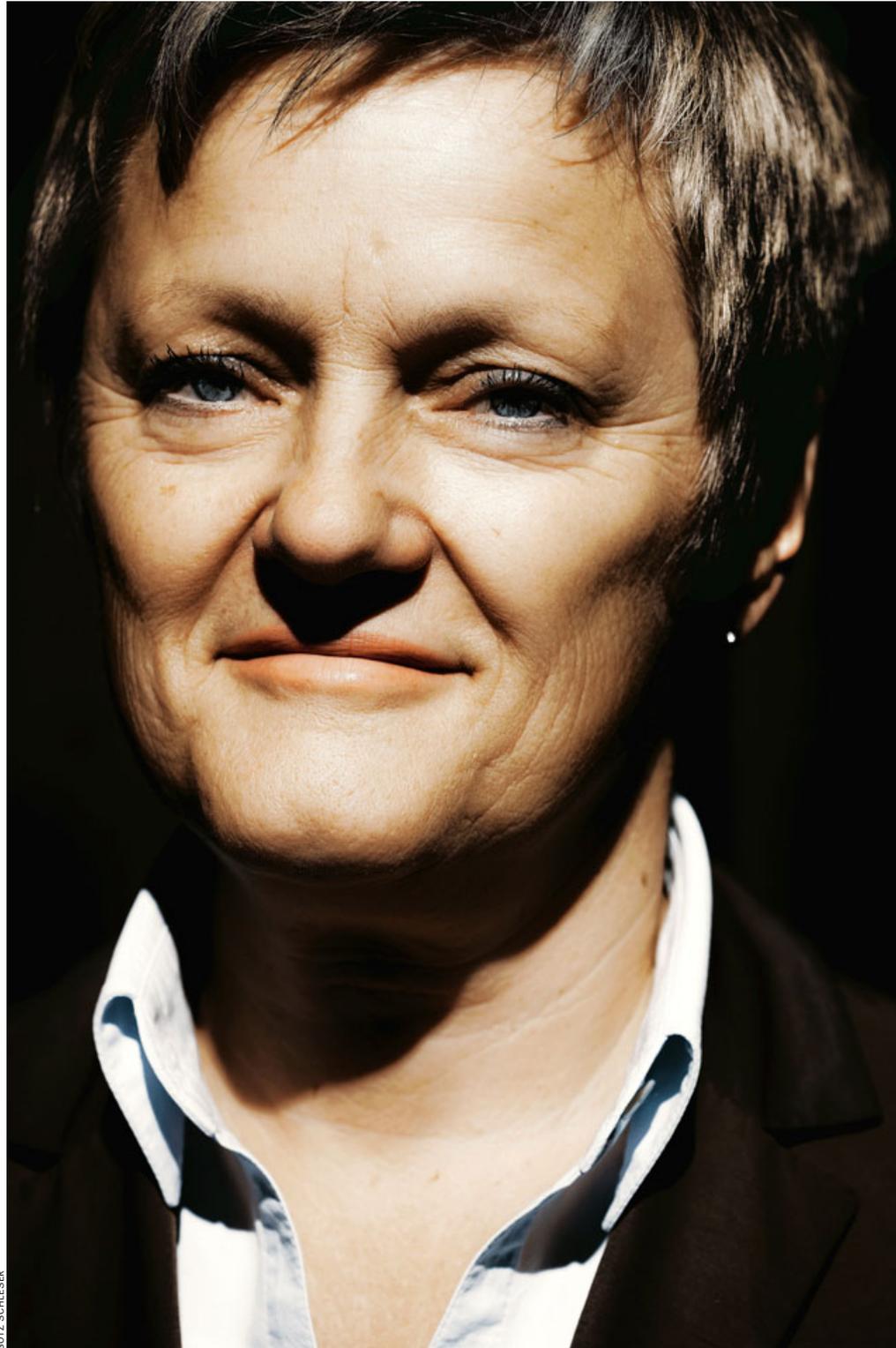
Es ist Dienstag, später Abend, Renate Künast hatte in Ludwigsburg zwei Protesttermine, nun soll sie etwas von sich erzählen. „Jede Zeit im Leben hat ihre Herausforderungen“, sagt sie. Künast war als Sozialarbeiterin tätig – da lernte sie auch das mit den Fenstern –, als Anwältin, als Verbraucherschutzministerin hat sie das Bio-Siegel in Deutschland eingeführt. Drei Zeiten in ihrem Leben, über die sie gern spricht, sie ist 54, seit 30 Jahren in der Politik.

Im nächsten Jahr will Renate Künast Regierende Bürgermeisterin von Berlin werden. Darum soll es eigentlich gehen, aber das ist etwas, über das Künast bisher nicht gern spricht. Berlin, sie zieht die Mundwinkel runter, als sie das Wort hört, schiebt ihr Kinn vor, macht das Künast-ist-genervt-Gesicht.

Am Tag darauf, am Mittwoch, werden die Berliner Grünen den Termin verraten, an dem Künast ihren Wahlkampf eröffnet. Am 5. November wird sie eine Rede halten, sich vorstellen als Bürgermeisterkandidatin, als die Frau, die Klaus Wowereit nach zehn Jahren die Macht in der Stadt wegnehmen will.

Ludwigsburg liegt zwischen dem Stuttgarter Hauptbahnhof und dem Kernkraftwerk Neckarwestheim, zwischen Stuttgart 21 und Anti-Atom. Künast ist Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, die Frau für die wichtigen Themen, deswegen ist sie hier. Berlin ist weit weg.

Seit Monaten geht es darum, ob Künast in Berlin kandidieren wird. Am Anfang sah es aus wie eine große Sache, für die Grünen und für Künast. Es sah aus, als könnte für die Partei in Berlin eine neue Zeit anbrechen, mit Renate Künast als



Grünen-Politikerin Künast: „Ehrgeiz ist für mich etwas Egoistisches“

erster grüner Landeschefin in Deutschland.

Nach der Bundestagswahl waren die Grünen wieder die kleinste Partei, hinter der FDP, hinter den Linken, die fünfte politische Kraft. Künast war wieder Fraktionsvorsitzende, gemeinsam mit Jürgen Trittin. Vier Jahre Opposition lagen hinter, vier vor ihr.

Aber die Umfragewerte stiegen, nicht nur in Berlin, die Grünen wurden immer größer. Sie könnten bald in Baden-Württemberg regieren und auch wieder im Bund. Man spricht jetzt von Grün-Rot statt von Rot-Grün im Bund. Die Wahl in Berlin wirkt inzwischen eher klein.

Anfang September, in der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin beraten die Grünen einen Nachmittag lang über „Ü 30“, das Alter der Partei ist gemeint. In Berlin liegen die Grünen in Umfragen bei 30 Prozent. Künast sitzt am Abend in der letzten Runde auf dem Podium.

Es ist stickig im Saal, die Zuhörer wirken erschöpft, aber fröhlich. Im Sommer begeisterte Joachim Gauck als Präsidentschaftskandidat, eine Idee der Grünen; die Bundesregierung will die Laufzeiten für die Atomkraftwerke wieder verlängern und macht auch sonst allerhand falsch.

Auf dem Podium geht es um die Frage, was die tollen Umfragewerte für die Grünen bedeuten und was heute noch radikal ist. „Radikal regieren? Es bieten sich ja allerorten viele neue Möglichkeiten“, sagt Künast. In einer großen Stadt zum Beispiel, „in Telgte“.

Telgte im Münsterland, seit Mai von einem Grünen regiert. Lachen im Saal, alte Bekannte aus dem Berliner Landesverband nicken zur Bühne hinauf, auch Künast scheint gutgelaunt. Sie sagt, dass niemand von den Umfragewerten besoffen werden sollte, „sonst sind wir die schnell wieder los“.

Noch wirkt es wie ein Spiel. Künast hat nicht gesagt, dass sie in Berlin kandidieren will, sie hat auch nicht gesagt, dass sie nicht kandidieren will. Es ist nicht klar, wer das Spiel begonnen hat.

Möglicherweise Ströbele, sagt Volker Ratzmann, Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus und eng mit Künast befreundet. Hans-Christian Ströbele sagt, dass ihn Journalisten gefragt hätten, ob Künast eine geeignete Bürgermeisterkandidatin wäre. Er habe ja gesagt.

Ströbele sitzt für die Grünen im Bundestag, Künast ist in der Fraktion seine Chefin. „Renate ist eine der wichtigsten Bundespolitikerinnen und ein Berliner Gewächs, politisch gesehen“, sagt Ströbele. Wer sollte besser geeignet sein als sie? Auch Ratzmann sagt das, alle Grünen in Berlin, die man fragt, sagen das.

Die Zeitungen in der Stadt lassen Künast längst in Umfragen gegen Wowereit antreten, Künast liegt inzwischen vorn.

Wowereit hat im letzten Winter das Eis nicht von den Berliner Straßen bekommen, er wirkt müde, er reist durch die Bezirke, läuft durch seine Stadt gegen dieses Bild.

Renate Künast sitzt in Talkshows, regt sich in Interviews über die Bundesregierung auf, spricht vor Geschäftsfrauen, vor Biobauern, fast immer wird sie gefragt, ob sie in Berlin antreten wird.

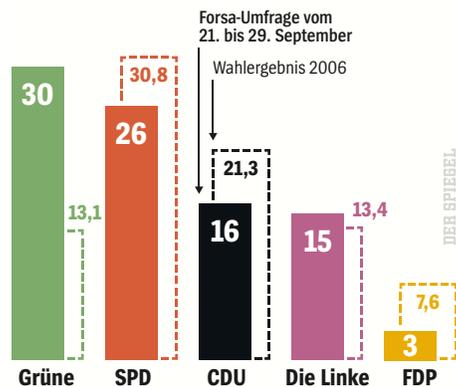
Mitte Oktober, die Integrationsdebatte läuft, Künast hat Leute von Migrantent-

Grünes Berlin

„Wenn man den Regierenden Bürgermeister direkt wählen könnte, für wen würden Sie sich entscheiden: Klaus Wowereit oder Renate Künast?“



Sonntagsfrage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn heute in Berlin Landtagswahl wäre?“ Angaben in Prozent



Organisationen, junge Deutschtürken, Sozialarbeiter und Wissenschaftler, die sich mit dem Thema befassen, in den Bundestag eingeladen. Sie reden über ihre Lage, Künast schreibt mit.

Özcan Mutlu von den Berliner Grünen moderiert. Fast alle in der Runde leben und arbeiten in Berlin.

„Hoffen wir, dass uns im nächsten Jahr die Regierende Bürgermeisterin empfangt“, sagt Mutlu gegen Ende, er grinst.

„Jetzt hör ma' uff!“, ruft Künast, sie klingt schroff.

Inzwischen sieht es so aus, als könnte die neue Zeit für die Grünen nicht in Berlin, sondern in Baden-Württemberg anbrechen. Winfried Kretschmann, ein Mann, den eben noch kaum jemand außerhalb seines Bundeslands kannte, könnte der erste grüne Ministerpräsident werden.

Auch in Baden-Württemberg liegen die Grünen in den Umfragen gut, dort wird schon im März gewählt. Baden-Württemberg könnte alles verändern, die Machtverhältnisse in der Bundesregierung, in der CDU, in der FDP. Dagegen ist die Wahl in Berlin nur eine Nebensache.

Am frühen Dienstagabend steht Renate Künast in einem schwarzen Mantel vor dem S-Bahnhof Ludwigsburg, in einer Gruppe von Männern und Frauen in Regenjacken, die „Oben bleiben, oben bleiben“ rufen, sie meinen den Bahnhof in Stuttgart. „Isch des die Renate?“, fragt ein weißhaariger Mann. Als der Regen stärker wird, hält jemand einen grünen Schirm über Künast, auf dem „K21“ steht, K wie Kopfbahnhof. Das ist die Alternative zum Tiefbahnhof Stuttgart 21.

Künast läuft zur Musikhalle, wo gleich die nächste Protestveranstaltung beginnt. Um kurz vor acht steht sie vor einem gerafften Theatervorhang und einem Plakat, auf dem steht: „Atomkraft? Ich bin doch nicht blöd!“ Sie sagt, dass sie über die Anti-AKW-Bewegung zu den Grünen gekommen sei. Sie nennt Norbert Röttgen, den Umweltminister, einen Windbeutel, schimpft auf Merks Energiewende.

Künast kann schimpfen, sich aufregen, man wundert sich eher, wenn sie mal ruhig bleibt. Sie war sehr lange in der Opposition.

Sie malt auf der Bühne ein Kreuz für die Grünen bei der Baden-Württemberg-Wahl im März in die Luft. „Danke, Renate“, sagt Jürgen Walter, der für die Grünen im Stuttgarter Landtag sitzt. „Wir sind gespannt, wohin dich deine Wege führen. Mit Sicherheit ja nach Berlin.“ Oppositionsführerin im Bundestag? Regierende Bürgermeisterin? Walter strahlt sie an, Künast zieht ihre Schultern hoch.

Draußen regnet es immer noch, Künast spannt den K21-Schirm auf, um die Ecke wartet ein Erdgastaxi. Im Restaurant bestellt sie etwas von der Kürbiskarte und erklärt, wie sie die Lebensmittelwirtschaft in Deutschland neu sortiert hat.

Sie erwähnt ihre Kindheit in Recklinghausen, einfache Verhältnisse, drei Geschwister, die Hauptschule, die ihre Eltern eigentlich für sie vorgesehen hatten. Es ist eine gute Geschichte, das weiß sie.

Sie sei keine Intellektuelle. „Ich will, dass was vorangeht. Nur Papiere zu schreiben macht mich nervös“, sagt sie. „Ich bin nicht ehrgeizig, Ehrgeiz ist für mich etwas Egoistisches. Aber ich will Verantwortung übernehmen und verändern.“ Das ist das Bild, das die Politikerin Künast von sich entwirft. Sie trägt einen Hosenanzug und dezente Cowboystiefel, sie ist freundlich, spricht schnell. So wenig wie möglich über Berlin.

Mit Anfang 20 kam sie in die Stadt, wurde Mitglied der Alternativen Liste, so hießen die Grünen damals in Berlin. Mit 29 bekam sie zum ersten Mal einen

Angst 21

In der Hauptstadt entdeckt das Bürgertum den Charme des Widerstands. Drohen Berlin Stuttgarter Verhältnisse?

Mit einem Sonderzug kommen sie nach Berlin: 600 Stuttgarter Demonstranten wollen am Dienstag ihren Protest in die Hauptstadt tragen. Vor dem Kanzleramt werden sie einen „Widerstandsbaum“ präsentieren, an der Bahn-Zentrale am Potsdamer Platz ist ein „Schreikonzert“ geplant, dem Bundestag soll auf Booten von der Spree aus die Meinung gesagt werden.

„Stuttgart 21 ist überall“, meint Hannes Rockenbach, Sprecher der Aktivisten, „die Menschen wollen sich nicht mehr damit abfinden, dass über ihre Köpfe hinwegregiert wird.“

Mit dieser Parole sind die Schwaben derzeit vielen Berlinern hochwillkommen. Schon am Bahnhof wollen Hauptstadtdemonstranten ihre Stuttgarter Helden empfangen und den Schulterchluss feiern. Denn auch in Berlin sind zuletzt zahlreiche Bürgerinitiativen entstanden, Tausende gehen auf die Straße, organisieren Volksbegehren, finanzieren Gutachter, lassen Anwälte klagen. Gleich drei Großprojekte erzürnen die Bürger: der neue Großflughafen Schönefeld, ein geplanter Autobahnbaubau und die Privatisierung ihrer Wasserversorgung – Angst 21. Berlin, sonst eher für Mai-Krawalle und brennende Luxuskarossen berüchtigt, entdeckt sein rebellisches Bürgertum. Bei Regierungschef Klaus

Wowereit (SPD) wächst die Furcht vor Stuttgarter Verhältnissen – und vor der wohl künftigen Anführerin der Protestwelle, Renate Künast, die nächstes Jahr für die Grünen das Rote Rathaus erobern will (siehe Seite 32). Wie in Baden-Württemberg liegen die Grünen hier in den Umfragen mit 30 Prozent derzeit deutlich vor der SPD.

Reichlich nervös versucht sich Wowereit vorerst in Normalität. Am vergangenen Mittwoch begab er sich auf Kieztour, besuchte einen Tag lang den West-Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg samt Feuerwehrwache und Integrationsprojekten. Nur den Ortsteil Lichtenrade ließ er außen vor, obwohl er dort aufgewachsen ist, lange lebte und das Viertel in den Schlagzeilen ist. Denn seit vor kurzem mögliche Flugrouten für den Airport-Neubau bekannt wurden und Lichtenrade besonders betroffen ist, kennt der Zorn der Bürger im Südwesten der Stadt kaum noch Grenzen.

Jetzt ist es auch in den gutbürgerlichen Wohngebieten im Westen Berlins und den angrenzenden Brandenburger Gemeinden mit der Ruhe vorbei. Demonstrationen und Informationsveranstaltungen mobilisieren Tausende Anwohner, deren Eigenheime neuerdings unter den von der Deutschen Flugsicherung favorisierten Flugschneisen des

Flughafens Berlin-Brandenburg International liegen.

Mehr als 30 Bürgerinitiativen sind innerhalb kurzer Zeit entstanden. Sie werden angeführt von Anwälten, Selbständigen, dem klassischen Mittelstand. Viele haben gutgläubig auf die Versprechen der Politik vertraut, dass Berlin zwar einen stadtnahen neuen Airport bekommt, Lärm und Dreck aber überwiegend das dünner besiedelte Brandenburg belästigen.

„Jetzt wachen sie auf, und Wowereit bekommt es mit der Angst zu tun“, sagt Ferdi Breidbach und kann sich eine gewisse Genugtuung nicht verkneifen. Sein Bürgerverein Brandenburg-Berlin (BVBB) kämpft bereits seit 1995 gegen den Standort Schönefeld und favorisiert einen weiter südlich gelegenen Bauplatz. Der BVBB fing mit 330 Mitgliedern an. Aktuell sind es 3300 Mitstreiter.

Auftrieb erhofft sich die Bewegung jetzt, da Zehntausende betroffene Bürger in Berlin und Potsdam von den geplanten Flugrouten erfahren, die Boulevardpresse täglich gegen die Flugplanung wütet und selbst das Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen“ vor „Lärm, Dunst, Erschütterungen, Kerosin“ über der Schösserlandschaft am Wannsee (wo auch ihr Mitherausgeber Frank Schirrmacher lebt) warnt.

Wie in Stuttgart fühlen sich die Protestler, trotz jahrelanger Diskussionen, Anhörungen und Einspruchsverfahren, nicht richtig eingebunden in den Airport-Beschluss und seine Folgen.

Kühl formuliert es Elmar Giemulla, Honorarprofessor für Luftrecht an der TU Berlin: „So sollte der Rechtsstaat eben nicht funktionieren.“ Während des



MARIO WEIGT / ANZENBERGER



Berliner Protestthemen Flughafenneubau, Autobahnverlängerung: Viele haben gutgläubig auf die Versprechen der Politik vertraut



CLEMENS BILAN / DAPD

Regierender Bürgermeister Wowereit
„Das halten wir nicht durch“

gesamten Genehmigungsverfahren gingen alle von Flugrouten über dünnbesiedeltem Gebiet aus. „Was wir jetzt erleben, wurde von keinem deutschen Gericht überprüft“, sagt Giemulla: „Die Menschen, die nun betroffen sein sollen, wurden nie gehört.“ Sie werden es wohl auch nicht mehr. Der Rechtsweg ist ausgeschöpft.

Also landet der ganze Ärger in der Politik, bei Wowereit, der nach fast neun Amtsjahren ohnehin schon um seine Wiederwahl bangen muss. Kaum etwas könnte ihm mehr schaden als eine andauernde Fluglärmdébatte bis zum Wahltag am 18. September 2011. Doch die Deutsche Flugsicherung will erst vor der geplanten Airport-Eröffnung Mitte 2012 entscheiden. „Das halten wir nicht



RAINER JENSEN / DPA

durch“, sagt Wowereit, der deshalb auch schon bei Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) vorfühlte. Ob der helfen kann oder will, ist ungewiss.

Konfliktvermeidung scheint bei der Landesregierung ohnehin derzeit das oberste Regierungsziel zu sein. Konsequenz verschob der rot-rote Senat deshalb auch die Vergabe der Arbeiten für die geplante Verlängerung der Stadtautobahn 100 von Neukölln nach Trepow bis nach der Wahl, obwohl SPD und Linke das rund 420-Millionen-Euro-Projekt im Koalitionsvertrag von 2006 klar vereinbart haben. Die Finanzierung stand, das Planfeststellungsverfahren ist auf dem Weg, die Bauarbeiten könnten pünktlich beginnen. Nach Dauerprotesten in den betroffenen Vierteln jedoch will die rot-rote Koalition den Autobahnstreit im Wahlkampf lieber meiden.

Und dann ist da noch die Wasserversorgung: In Berlin wird es wahrscheinlich einen Volksentscheid dazu geben. 165 000 Unterschriften liegen schon vor. Wenn die Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“ bis Dienstag abend 23 Uhr weitere 7000 Unterstützer findet, werden die Berliner darüber abstimmen, ob bisher geheime, elf Jahre alte Verträge öffentlich zu machen sind.

Die Aktivisten stören sich an der Geheimhaltung alter Vertragsklauseln, die den Verkauf von 49,9 Prozent der Wasserbetriebe an die Konzerne RWE und Veolia regeln. Es geht um Gewinngarantierungen und steigende Verbrauchspreise, die Details sind nur schwer zu verstehen.

Trotzdem ist die Unterstützung groß. „Wasser gehört nicht in die Hände von Konzernen“, sagt Thomas Rudek, einer der Antreiber der Bürgerinitiative. Binnen wenigen Wochen haben er und seine Partner den Senat schon in die Enge getrieben. Es gibt bereits ein neues Informationsfreiheitsgesetz, das Geheimklauseln in Landesverträgen künftig erschwert; außerdem setzt sich der Senat bei RWE und Veolia schon für eine Offenlegung der alten Verträge ein.

Geholfen hat es wenig. Rudek, der wie Wowereit Sozialdemokrat ist, und seine Leute machen einfach weiter, sie trauen dem Senat nicht. „Alles Ablenkungsmanöver“, sagt Rudek. „Da wird wieder nur in Hinterzimmern gemauschelt.“

Um fehlende Unterschriften noch aufzutreiben, braucht er sich am Dienstag nur vor den Berliner Hauptbahnhof zu stellen, wenn sich Schwaben und Hauptstädter zum gemeinsamen Protest treffen.

MARKUS DEGGERICH,
ANDREAS WASSERMANN

Sitz im Abgeordnetenhaus. Das war 1985, sie blieb, mit einer kurzen Pause, bis Ende 2000.

Sie war dabei, als die erste rot-grüne Koalition in der Stadt regierte. Das alte West-Berlin. Der Senat unter Walter Momper hielt nur anderthalb Jahre, ständig stritt die Alternative Liste mit der SPD. Mittendrin fiel die Berliner Mauer.

Künast schien die ewige Landespolitikerin zu sein. Als die Grünen über die erste rot-grüne Bundesregierung verhandelten, war Künast in der Kommission.

Aber ein wichtiges Amt wurde ihr erst zwei Jahre später angeboten. Das Landwirtschaftsministerium mit dem Verbraucherschutz dazu, sie brauchte eine Kopfschmerztablette, als sie das Angebot hörte. So hat sie es in ihrem Buch über die Zeit als Ministerin beschrieben. Nach der Tablette sagte sie schnell zu.

Das ist zehn Jahre her. Als Künast in der Bundesregierung war, wurde Wowereit, mit dem sie im Abgeordnetenhaus gesessen hatte, Regierender Bürgermeister. Auch Wowereit galt mal als Hoffnung seiner Partei für die Bundespolitik.

Nach der Rede, die Künast am 5. November in Berlin halten will, im Museum für Kommunikation, fahren die Grünen ins Wendland, Castor-Demo, am 7. November ist Landesdelegiertenkonferenz in Berlin. Ein langes grünes Wochenende, viele Bilder, das ist der Plan.

Dann zehn Monate Wahlkampf. Die Grünen in Berlin hätten nichts dagegen, wenn Künast im Bundestag so lange Fraktionsvorsitzende bleibt. Wowereit fängt schon an, ihr die „Rückfahrkarte in die Bundespolitik“ vorzuwerfen.

Auch in bundesweiten Umfragen kommen die Grünen der SPD immer näher. Ihr Rivale Jürgen Trittin könnte nach der nächsten Bundestagswahl Vizekanzler oder gar Kanzler sein, wer weiß.

Renate Künast könnte Regierende Bürgermeisterin in Berlin sein. Über den Bau von einem Stück Stadtautobahn entscheiden, eine Steuer für Touristen, sich um die steigenden Mieten kümmern, im Winter vermutlich auch um das Eis auf den Straßen. Und um die Schulen, das derzeit größte Thema, über das noch allein in den Ländern entschieden wird.

Bildungspolitik finde sie spannend, sagt Künast in Ludwigsburg.

Sie will sich noch zu den Grünen setzen, die sie in die Stadt eingeladen haben, sie warten an einem Tisch um die Ecke im Restaurant.

Wie wird das nächste Jahr?

„Die nächste Wahl ist in Baden-Württemberg, und ich würde mich mehr wundern, wenn wir nicht regieren, als wenn wir mitregieren.“

Und in Berlin?

Da auch, sagt sie. Sie nimmt ihr Wein-
glas und läuft los.

WIEBKE HOLLERSEN

DIPLOMATEN

Angriff auf die „Mumien“

Die von Joschka Fischer eingesetzte Historikerkommission zur Geschichte des Auswärtigen Amts legt einen verstörenden Bericht vor. In der Nazi-Zeit war das Amt tief in den Holocaust verstrickt. Später, in der alten Bundesrepublik, behinderten Diplomaten eine Aufklärung nach Kräften.

Es ist eine ungewöhnliche Buchpremiere, denn wenn nichts dazwischenkommt, werden am Donnerstag dieser Woche gleich drei Außenminister die 880 Seiten würdigen. Zurückhaltend am Nachmittag Amtsinhaber Guido Westerwelle (FDP) in seinem Ministerium am Werderschen Markt, wo ihm der Band offiziell überreicht wird. Mit Verve am Abend seine beiden Vorgänger Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Joschka Fischer (Die Grünen) im Haus der Kulturen der Welt in Berlin bei einer Veranstaltung des Blessing Verlags*.

Alle drei werden über den Holocaust sprechen müssen, über Kriegsverbrechen, Friedensversagen, über häufige Niedertracht und seltenes Heldentum. Und immer wird es um die Angehörigen des Auswärtigen Diensts im „Dritten Reich“ gehen.

Das Buch wird von einer Kommission vorgelegt, zu der die deutschen Historiker Eckart Conze und Norbert Frei gehören, der Amerikaner Peter Hayes und der Israeli Moshe Zimmermann. Ihr Bericht behandelt die Geschichte des vornehmsten



Berliner Außenministerium um 1935: Düstere Epoche

Ministeriums in einer düsteren Epoche und die Frage, wie das Amt nach dem Krieg mit dieser Vergangenheit umging.

Das Urteil der Experten ist vernichtend. „Die Diplomaten waren zu jedem Zeitpunkt über die Judenpolitik im Bilde“, schreiben sie, und „aktiv an ihr beteiligt“. Die Mitwirkung am Massenmord sei „ein Tätigkeitsfeld“ von Amtsangehörigen „überall in Europa“ gewesen.

Den Auftrag zu der Studie hatte 2005 Fischer erteilt, der eine erregte Debatte um Schuld und Unschuld im eigenen Ministerium befrieden wollte. Vieles spricht dafür, dass dieser Streit nun mit der glei-

chen Erbitterung fortgeführt wird. Auch Fischer zeigt sich von dem Ergebnis schockiert: „Mir wird immer noch schlecht.“

Der Leiter der Kommission Eckart Conze erklärt im SPIEGEL-Gespräch das Auswärtige Amt sogar zur „verbrecherischen Organisation“ (siehe Seite 40). Mit diesem Begriff war 1946 die SS im Nürnberger Hauptkriegsverbrechertribunal belegt worden.

Conzes Einschätzung ist zugleich ein Urteil über die adlig-großbürgerliche Oberschicht. In keiner anderen Institution waren so viele bekannte Familien vertre-

ten wie im Auswärtigen Amt: die Weizsäcker, die Bismarcks, die Mackensens.

Doch auch was die Historiker über die alte Bundesrepublik zusammengetragen haben, ist voller Brisanz. Kanzler Konrad Adenauer, 1951 bis 1955 zugleich Außenminister, ließ trotz besseren Wissens alte Seilschaften im Amt gewähren. Belastete Diplomaten wurden auffallend oft im arabischen Raum und in Lateinamerika eingesetzt, weil öffentliche Proteste dort selten waren.

Mit dem Regierungseintritt der SPD 1966 besserte sich die Lage kaum. So hielt der frühere Emigrant Willy Brandt, zu-

* Eckart Conze u. a.: „Das Amt und die Vergangenheit“. Blessing Verlag, München; 880 Seiten; 34,95 Euro.



Ex-Außenminister Steinmeier, Nachfolger Westerwelle 2009: Vieles spricht dafür, dass der Streit mit der gleichen Erbitterung fortgeführt wird



MICHAEL KAPPELER / DDPD

Minister Fischer, Diplomaten 2000: „Das ist der Nachruf, den die Herren verdienen“

nächst Außenminister und dann Kanzler, dem FDP-Politiker Ernst Achenbach die Treue. Der Liberale war während des Krieges hochrangiger Mitarbeiter der Pariser Botschaft und an Deportationen maßgeblich beteiligt, so die Kommission. Bis 1974 blockierte er ein Abkommen mit Paris, das die Bestrafung von NS-Tätern ermöglichen sollte, die in Frankreich Verbrechen begangen hatten.

Und noch in den achtziger Jahren, in der Amtszeit Hans-Dietrich Genschers, stießen Wissenschaftler im Ministeriumsarchiv auf eine Mauer des Schweigens, wenn sie dort belastende Unterlagen einsehen wollten, um die offizielle Version zu widerlegen, das Amt sei ein „Hort des Widerstandes“ gewesen.

Für Ex-Minister Steinmeier, heute Fraktionsvorsitzender der SPD, zählen denn auch die Passagen über die Nachkriegsjahre „zu den bedrückendsten Abschnitten“ des Kommissionsreports. Er findet es „unglaublich“, dass bis zu einer systematischen Aufarbeitung fast 60 Jahre vergangen seien. Und selbst die jetzige Studie kam nur zustande, weil Steinmeiers Vorgänger Fischer mit dem Establishment des Amts aneinandergeraten war.

Ausgangspunkt sei ein „lächerlicher Nachruf in einem mistigen Blättchen“ gewesen, sagt Fischer heute. 2003 hatte die Mitarbeiterpostille „intern AA“ einen ehrenden Nachruf auf den früheren Generalkonsul Franz Nüßlein veröffentlicht. Der verschwie, dass Nüßlein als Oberstaatsanwalt im besetzten Prag Hunderte Hinrichtungen mitverantwortet haben soll. Fischer verfügte, Ex-NSDAP-Mitglieder sollten fortan keine Würdigungen mehr erhalten.

Zum ersten Mal wurde diese Ehrensperrung ein Jahr später gegen den verstorbenen Franz Krapf verhängt. Der Nato-Botschafter unter Genscher war sowohl Mitglied der SS (ab 1933) als auch der NSDAP (ab 1936) gewesen.

Die „Mumien“, wie sich ehemalige Diplomaten selbstironisch nennen, rebellierten in einem beispiellosen Aufstand, und viele Aktive schlossen sich an. Das Kriterium der Parteimitgliedschaft greife zu kurz. 128 Ehemalige schalteten für den beliebten Krapf eine großformatige Todesanzeige in der „Frankfurter Allgemeinen“, um dessen Ansehen zu verteidigen.

Fischer wurde von der Reaktion überrascht, beauftragte die Kommission und triumphiert jetzt angesichts des Ergebnisses: „Das ist der Nachruf, den die Herren verdienen.“

Ganz so deutlich ist der Punktsieg Fischers freilich nicht. Denn aus dem Bericht geht eindeutig hervor, dass eine NSDAP-Mitgliedschaft allein über das Ausmaß der Verstrickung nichts aussagt. Vor allem aber zählt das Buch keineswegs

„Eine NSDAP-Mitgliedschaft allein sagt nichts über das Ausmaß der Verstrickung aus.“

zu jenen ausgewogenen Kommissionsberichten, die üblicherweise historische Debatten beschließen.

Immer wieder finden sich Aussagen über „die“ Diplomaten, obwohl keineswegs alle Verbrechen begingen, wie der Bericht selbst an anderer Stelle betont. Zudem wird Diplomaten „Verständnis“ für die „Endlösung“ unterstellt, wenn sie Berichte der mörderischen Einsatzgruppen gelesen hatten und als gelesen abzeichneten. Auch erweckt das Werk den Eindruck, einige Diplomaten seien am Morden beteiligt gewesen, selbst wenn der Nachweis dann nicht geführt wird.

So war Krapf während des Krieges an der Botschaft in Tokio stationiert. Die Historiker schreiben: „Über Krapfs Tätigkeit (in Japan –Red.) ist wenig bekannt, aber klar ist: Selbst im fernen Ostasien

waren deutsche Diplomaten mit der ‚Endlösung‘ der Judenfrage befasst.“ Soll heißen: Irgendwas wird auch Krapf zum Völkermord beigetragen haben.

Doch nicht nur die „Mumien“ werden sich aufmerksam über solche Passagen beugen. Mit Kritik müssen die Wissenschaftler auch von jüngeren Diplomaten rechnen, denn den Angehörigen des Amts wird vorgeworfen, noch bis in die neunziger Jahre überkommene apologetische Versionen „kaum in Frage gestellt“ zu haben. Das stimme nicht, sagt ein hochrangiger Beamter und verweist auf die lange vorliegenden Studien von Hans-Jürgen Döscher über die Verbrechen von Diplomaten, die man natürlich gelesen habe.

Anders als von der Kommission unterstellt, habe die Behörde schon früher zu einer differenzierten Sicht der eigenen Vergangenheit gefunden. So heißt es etwa in einer offiziellen Broschüre von 1995, es habe im Amt neben „einigen fanatischen Anhängern“ eine „erhebliche Zahl von Mitläufern und Gleichgültigen“ gegeben.

Für die Amtsspitze ist das Thema dennoch heikel, das zeigt schon die Vorgeschichte der Veranstaltungen dieser Woche. Ursprünglich sollten Fischer, Steinmeier und Westerwelle gemeinsam das Buch vorstellen. Freilich plante der Verlag auch eine Diskussion der drei mit den Historikern. Da sagte Westerwelle ab und macht nun seine eigene Veranstaltung.

Er hatte offenbar das Gefühl, nicht gewinnen zu können. Als Minister, der die Studie nur geerbt hat, wäre er auf den wortgewaltigen Privatier Fischer getroffen, für den die NS-Aufarbeitung ein Lebens thema ist und der sich immer freut, dem „Guuiidoo“ einen mitgeben zu können.

Dabei lobt auch dieser das Buch als ein „gewichtiges Werk“ und einen bedeutenden „Beitrag zur Selbstvergewisserung des Amts“. Der Liberale will den Wälzer in die Attaché-Ausbildung einbeziehen und nun die Traditionspflege des Hauses überarbeiten. Das Amt plant, Broschüren der Botschaften abzuändern, soweit sie Legenden verbreiten. Zudem sollen die Porträts der Diplomaten überprüft werden, die in der Zentrale und den Außenposten an den Wänden hängen.

Gut möglich, dass man es dann überall so macht wie in London, wo unter dem Konterfei des ehemaligen Botschafters und späteren Amtschefs Konstantin von Neurath (1932 bis 1938) dessen Nazi-Vergangenheit vermerkt ist. Oder dass in Zukunft nur noch Bilder von bundesdeutschen Diplomaten hängen bleiben.

Immerhin hat das Amt mit der Studie schon jetzt in einer Hinsicht mit der Vergangenheit gebrochen. Es hat sich ausnahmsweise an die Spitze der Aufklärung gesetzt. Die anderen Ministerien ignorieren ihre braune Vergangenheit weitgehend bis heute.

JAN FRIEDMANN, KLAUS WIEGREFE



HUGO JAEGER / TIME LIFE PICTURES / GETTY IMAGES

Minister Ribbentrop im Auswärtigen Amt bei der Verkündung des Angriffs auf die Sowjetunion 1941: „Funktionierendes Räderwerk“

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Verbrecherische Organisation“

Der Marburger Historiker Eckart Conze, 47, über den Beitrag des Auswärtigen Amtes zum Holocaust, braune Seilschaften in der Bundesrepublik und den Widerwillen der deutschen Diplomatie, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen

SPIEGEL: Professor Conze, vier Jahre lang hat eine Historikerkommission unter Ihrer Leitung untersucht, welche Rolle das Auswärtige Amt im Nationalsozialismus spielte und wie es später mit dieser Vergangenheit umgegangen ist. Was haben Sie herausgefunden?

Conze: Das Auswärtige Amt war nicht irgendwie in den Nationalsozialismus verstrickt oder gar ein Hort des Widerstandes, wie lange behauptet wurde. Es funktionierte als Institution des nationalsozialistischen Regimes vom ersten Tag an und hat die nationalsozialistische Gewaltpolitik zu jeder Zeit mitgetragen. Nach 1945 wies das Ministerium eine hohe personelle Kontinuität mit teils schwer belasteten Diplomaten auf.

SPIEGEL: Wie aktiv war das Amt an den Verbrechen beteiligt?

Conze: Das Ministerium hat an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen bis hin zur Ermordung der Juden als Institu-

tion mitgewirkt. Insofern kann man sagen: Das Auswärtige Amt war eine verbrecherische Organisation.

SPIEGEL: Ein schwerer Vorwurf. Welche Belege haben Sie dafür?

Conze: 1941 reiste zum Beispiel Franz Rademacher, der Judenreferent des Auswärtigen Amtes, nach Belgrad, um dort mit



Forscher Conze

„Jeder Buchhalter wusste, was passiert“

lokalen Amtsträgern, aber auch mit den Vertretern des Reichssicherheitshauptamtes, also der SS, die Ermordung von Juden zu planen und umzusetzen. Auf seiner Reisekostenabrechnung vermerkte er übrigens, Reisezweck sei die „Liquidation von Juden in Belgrad“ gewesen. Jeder Buchhalter im Auswärtigen Amt wusste, was da passiert.

SPIEGEL: Rademacher ist vielleicht nur eine Ausnahme.

Conze: Nein, nehmen Sie Botschafter Otto Abetz in Paris und den Leiter seiner politischen Abteilung, den späteren FDP-Politiker Ernst Achenbach. Sie spielten mit ihren Stäben eine wichtige Rolle bei der Erfassung und Deportation von Juden. Wenn Partisanen in Frankreich deutsche Soldaten umbrachten, überlegten die Diplomaten sofort, als Vergeltung 1000 oder 2000 Juden in die Vernichtungslager zu deportieren. Auch bei der Verschlep-

TIM WEGNER / DER SPIEGEL

pung von Zwangsarbeitern ins Reich war das Amt zentral involviert. Frankreich ist ein Beispiel; Italien mit Botschafter Rudolf Rahn ein anderes.

SPIEGEL: Sie erwecken den Eindruck, als hätte es den Holocaust ohne die Diplomaten nicht geben können.

Conze: Das behaupte ich nicht, aber für den reibungslosen Ablauf war die Kooperation des Auswärtigen Amtes entscheidend. Die Behörde hat die Interessen des NS-Regimes in Ländern wie Griechenland, Frankreich, Serbien oder Ungarn vertreten und mit den Regierungen verhandelt, und zwar auch über die Deportation von Juden.

SPIEGEL: Das Auswärtige Amt beschäftigte während des Krieges zeitweise über 6000 Menschen. Wie viele von ihnen waren am Holocaust beteiligt?

SPIEGEL: Täter ist, wer ein Verbrechen begangen hat. Und das nachzuweisen war für die Gerichte nach dem Krieg unendlich schwierig.

Conze: Der Historiker ist kein Richter und kann daher abweichend von einer juristischen Bewertung zu seinem Urteil kommen, in das er den institutionellen und weltanschaulichen Hintergrund einbezieht. Achenbach ist in diesem Sinne natürlich ein Täter, auch wenn er nicht verurteilt wurde.

SPIEGEL: Warum sind so viele Diplomaten zu Hitlers willfährigen Helfern geworden?

Conze: Die meisten empfanden schon die nationalsozialistische Machtübernahme 1933 als Erlösung ...

SPIEGEL: ... dabei verachteten die alten Eliten doch häufig die Nazis als Pöbel.

SPIEGEL: Kann es sein, dass Sie die Gemeinsamkeiten zwischen dem Amt in der Berliner Wilhelmstraße und den Nazis überzeichnen? Die meisten Diplomaten teilten wohl kaum Hitlers Vision eines Rasse-Imperiums.

Conze: In diplomatischen Spitzenkreisen war ein traditioneller Oberschichten-antisemitismus verbreitet. Man war der Ansicht, es gebe ein Judenproblem. Der damalige Gesandte Ernst von Weizsäcker sprach von einer „Judenüberschwemmung“. Das ist nicht notwendigerweise der völkisch-rassistische Antisemitismus der NSDAP. Aber er erleichterte die Mitwirkung an der Politik des neuen Reichskanzlers. Jeder zehnte Beamte aus dem Höheren Dienst ist später der SS beigetreten, und 573 von 706 Angehörigen des Höheren Dienstes waren 1943 in der NSDAP.

SPIEGEL: Die Diskriminierung von Juden erregte von Beginn an weltweites Aufsehen. In den USA demonstrierten Ende März 1933 mehr als eine Million Menschen dagegen. Wie reagierte das Auswärtige Amt?

Conze: Die Diplomaten machten, was sie in solchen Situationen immer machen: die Politik der eigenen Regierung verteidigen. Viele hielten zudem die antisemitischen Maßnahmen für gerechtfertigt. Nur wenige quittierten den Dienst, so wie der Botschafter in Washington, Friedrich von Prittwitz und Gaffron, oder Albrecht Graf von Bernstorff, damals an der Botschaft in London.

SPIEGEL: Passten sich die anderen nicht auch deshalb an, weil das „Dritte Reich“ eine Diktatur war?

Conze: Unsere Kommission spricht von „Selbstgleichschaltung“. Das Auswärtige Amt stand unter enormem Konkurrenzdruck, weil eine Reihe von NS-Organisationen ebenfalls Außenpolitik betreiben wollte, etwa die Auslandsorganisation der NSDAP. Dadurch entstand eine eigene Dynamik vorauseilender Kooperation. Immer wieder zeigte das Auswärtige Amt Initiative, beispielsweise wenn es darum ging, Emigranten im Ausland zu bespitzeln.

SPIEGEL: An wen denken Sie da?

Conze: Bespitzelt wurden viele Emigranten, etwa der Komponist Hanns Eisler, der junge Journalist Stefan Heym oder Willy Brandt. Aber wir haben auch Neues zu Thomas Mann gefunden. Ohne die Initiative des Auswärtigen Amtes wäre er 1936 nicht ausgebürgert worden. Mann hielt sich in der Schweiz auf, und der dortige Gesandte – es war Weizsäcker – schrieb an die Zentrale, Mann habe „den bisherigen Langmut der deutschen Behörden gegenüber seiner Person mit höhnischen Bemerkungen bedacht“ und somit den Tatbestand der „feindseligen Propaganda gegen das Reich“ erfüllt. Bis dahin hatte das Amt vor einer Ausbürgerung



Angeklagter Diplomat Neurath (M.) in Nürnberg 1946: „Dynamik vorauseilender Kooperation“

Conze: Die allermeisten, weil sie in ihren jeweiligen Funktionen zu diesem großen Räderwerk gehörten, das funktionieren musste und das auch funktioniert hat – ob nun in der politischen Abteilung, in der Kultur-, in der Rechtsabteilung oder in den vielen Auslandsvertretungen.

SPIEGEL: In Ihrem Buch schreiben Sie allerdings, Angehörige des Amtes seien „selten offenkundige Hauptverantwortliche oder eindeutig zu identifizierende Kriegsverbrecher“ gewesen.

Conze: Sie müssen zwischen individuellem und institutionellem Handeln unterscheiden. In unserem Buch steht, „die“ deutschen Diplomaten seien Mittäter gewesen. Das bezieht sich auf das Auswärtige Amt und seine Diplomaten als Institution. Man muss dann auf der Ebene des individuellen Handelns genau prüfen, welche Verantwortung der Einzelne getragen hat.

Conze: Ja, aber von wenigen Ausnahmen abgesehen waren die Spitzendiplomaten der Weimarer Republik Gegner einer freiheitlichen politischen Ordnung, Gegner des Parlamentarismus. Und dann haben die Nazis ihnen politische und ideologische Brücken gebaut. Sie kündigten an, den Versailler Vertrag zu revidieren und das Deutsche Reich zu einer Weltmacht zu machen. Ein solches Programm konnte der größte Teil der Diplomaten unterschreiben.

SPIEGEL: Viele nahmen später für sich in Anspruch, sie hätten als unpolitische Beamte ihrem Staat gedient.

Conze: Der Begriff des „Unpolitischen“ bezeichnet in Wahrheit eine extrem politische Haltung. Je mehr sich in der Weimarer Zeit jemand als unpolitisch bezeichnete, desto mehr verachtete er in einer autoritären Staatsauffassung Republik und Demokratie.

rung gewarnt, weil das Ansehen Deutschlands leiden könne. Nun plädierten Weizsäcker und andere Diplomaten für diesen Schritt. Man wartete noch die Olympischen Spiele ab, dann kam die Ausbürgerung.

SPIEGEL: Warum die Kehrtwende?

Conze: Mann hatte in der „Neuen Zürcher Zeitung“ erklärt, mit seiner antisemitischen Politik verlasse das Deutsche Reich, das Land Goethes, die Gemeinschaft der abendländisch-zivilisierten Nationen. Das traf einen Angehörigen der humanistisch-bildungsbürgerlich geprägten Oberschicht wie Weizsäcker bis ins Mark.

SPIEGEL: Trotz der Selbstgleichschaltung klagte Hitler damals, das Auswärtige Amt unter Minister Konstantin von Neurath mache „überall Schwierigkeiten“.

Conze: Den Diktator störte, dass die Diplomaten immer wieder darauf hinwie-

SPIEGEL: Minister Neurath musste 1938 zurücktreten, weil er Hitler vor einem Weltkrieg gewarnt hatte. Sein Nachfolger wurde der fanatische Nazi Joachim von Ribbentrop, der einen Krieg herbeisehnte. In Ihrem Bericht sehen Sie in diesem Führungswechsel keine Zäsur.

Conze: Das gute Amt unter Neurath und das böse unter Ribbentrop – das ist ein Kernelement des Geschichtsbildes, das nach 1945 im Auswärtigen Amt gepflegt wurde. In den Personen der Minister mag es vielleicht Unterschiede gegeben haben, in der Politik aber nicht. Sowohl unter Neurath wie unter Ribbentrop funktionierte der Auswärtige Dienst und erfüllte die ihm zugewiesene Rolle. Das ist es, was zählt.

SPIEGEL: Sie argumentieren, sogar die Entscheidung für den Holocaust sei letztlich

denn das Amt suchte nach neuen Aufgaben. Die klassische Diplomatie war ja mit Kriegsbeginn weitgehend weggebrochen. Welches Betätigungsfeld lag da näher als das Hauptanliegen des Regimes: die Judenpolitik.

SPIEGEL: Und die Diplomaten machten klaglos mit?

Conze: Die meisten passten sich ein wie Werner von Barga in Brüssel, später bundesdeutscher Botschafter in Bagdad. Er schlug der Zentrale im Juli 1942 vor, die Deportation belgischer Juden zunächst zurückzustellen und an ihrer Stelle „polnische, tschechische, russische und sonstige Juden“ auszuwählen.

SPIEGEL: Das war allerdings nicht Bargas Idee, sondern er berichtete, was die deutsche Militärverwaltung in Belgien vorge schlagen hatte.



Frühere NS-Diplomaten Achenbach, Abetz, Rademacher, Barga in der Nachkriegszeit: „Die Netzwerke entfalteten ihre Wirkung“

sen, wie seine Politik im Ausland wirkte. Und natürlich wird man auch das Argument ernst nehmen müssen, dass einige Spitzendiplomaten um Weizsäcker eine zielstrebige Kriegspolitik ablehnten.

SPIEGEL: Damit stellten sich diese Männer doch immerhin in Opposition zu Hitler.

Conze: Sie lehnten nicht notwendigerweise den Krieg gegen Polen oder später die Sowjetunion ab, sondern den Krieg gegen die Westmächte, der die Großmacht Deutschland zu gefährden drohte. Das ist durchaus oppositionelle Politik, stellt aber nicht die Entrechtungs- und Gewaltpolitik des NS-Regimes in Frage.

SPIEGEL: 1938 soll Weizsäcker gemeinsam mit Kollegen und Spitzenmilitärs sogar bereitgestanden haben, Hitler zu stürzen, falls es zum Krieg mit den Westmächten kommen sollte.

Conze: Von einem Sturz Hitlers kann nicht die Rede sein. Die Gruppe wollte den großen Krieg und damit die mögliche deutsche Katastrophe verhindern. Es ging nicht um die Beseitigung des Diktators, sondern darum, ihn, wie man es sah, zur Vernunft zu bringen.

bei einem Gespräch zwischen Ribbentrop und Hitler am 17. September 1941 gefallen.

Conze: Dieses gehörte zu einer Reihe von Gesprächen in jenen Tagen – Hitler und SS-Chef Heinrich Himmler, Himmler und Ribbentrop, Ribbentrop und Hitler. Es ging um die Frage, was mit den Juden in Deutschland geschehen sollte, vor allem vor dem Hintergrund des absehbaren Kriegseintritts der USA.

SPIEGEL: Was hat Ribbentrop gefordert?

Conze: Das ist schwer zu rekonstruieren, weil wir die entsprechenden Akten nicht haben. Aber aus der Tatsache der Treffen lässt sich erkennen, dass das Auswärtige Amt in die Entscheidung über die Deportation der deutschen Juden zentral eingebunden war.

SPIEGEL: Sie konstatieren auch, das Auswärtige Amt habe „die Initiative zur Lösung der ‚Judenfrage‘ auf europäischer Ebene“ ergriffen.

Conze: Das Außenministerium bemühte sich, für die deutschen Behörden den Zugriff auf die Juden in anderen Ländern zu sichern und gewissermaßen eine europäische Judenpolitik zu entwickeln,

Conze: Ja, aber als dann aus Berlin die Order kam, die Juden zu erfassen und zu deportieren, wirkte er daran mit. Für mich wird jemand nicht dadurch entlastet, dass er berichtet, andere Stellen wollten noch warten. Es gab doch eine Grundübereinstimmung, die auch bei Barga evident vorhanden war. Der Rest waren taktische Überlegungen: Wie machen wir das denn am besten? Nehmen wir erst einmal ausländische Juden? Dann ist der Aufschrei nicht so groß.

SPIEGEL: In der Zentrale gingen auch Berichte der Einsatzgruppen ein, die in der Sowjetunion Hunderttausende erschossen und darüber akribisch Buch führten. Sie schreiben, die Diplomaten hätten für das Morden „Verständnis“ gezeigt, weil sie die Berichte „sachlich aufnahmen“.

Das klingt, als hätte man beim Eintreffen der Berichte protestieren können.
Conze: Die Diplomaten folgten der Logik der „Endlösung“ und machten sie sich durch ihre Unterschriften und Paraphen zu eigen. Sicher, Widerspruch war schwer. Aber einige Diplomaten haben ihn durchaus artikuliert, wenn auch nicht



SÜDDEUTSCHER VERLAG

Juden-Deportation in Frankreich 1941: „Die Diplomaten folgten der Logik der Endlösung“

bei den Einsatzgruppen. Nehmen Sie den Botschaftsrat Gerhart Feine in Ungarn, der 1944 dabei half, zahlreiche ungarische Juden vor der Deportation zu bewahren.

SPIEGEL: Nach dem Krieg haben die Alliierten führende Diplomaten, darunter auch Weizsäcker, im sogenannten Wilhelmstraßenprozess zu hohen Haftstrafen verurteilt. Dennoch verbreitete sich der Mythos, das Amt habe mit den Verbrechen nichts zu tun gehabt. Warum?

Conze: Die Legende stammt aus dem Umfeld der Weizsäcker-Verteidigung. Daran waren in hohem Maße ehemalige Diplomaten beteiligt, beispielsweise die Brüder Erich und Theo Kordt. Aber auch andere Angehörige der traditionellen Oberschicht, für die Weizsäcker stand. Etwa sein Verteidiger Hellmut Becker, der Sohn des preußischen Kultusministers Carl Heinrich Becker, oder Marion Gräfin Dönhoff, die als junge Journalistin den Prozess in der „Zeit“ scharf kritisierte. Sie alle wussten: Wenn es gelingen würde, Weizsäcker zu entlasten, hatte man die nationalkonservativ-adlig-bürgerliche Oberschicht rehabilitiert.

SPIEGEL: Das klingt nach einer großen Verschwörung.

Conze: Es gehört doch wenig dazu, sich vorzustellen, dass ehemalige Diplomaten auch an ihre Zukunft dachten und darauf spekulierten, in einem neuen deutschen Staat wieder tätig zu werden. Dafür musste aber das alte Amt entlastet werden.

SPIEGEL: Viele fanden sich dann auch im Auswärtigen Dienst der 1949 gegründeten Bundesrepublik wieder.

Conze: Wir haben da auch Zahlen: 1950/51 waren gut 42 Prozent der Angehörigen des Höheren Dienstes im Amt ehemalige

NSDAP-Mitglieder. Das waren mehr als in den Jahren 1938/39.

SPIEGEL: Dabei wollte Kanzler Konrad Adenauer ein Amt aufbauen, das „mit den alten Leuten möglichst wenig zu tun“ hatte. Woran ist er gescheitert?

Conze: Seine Leute glaubten, sie seien auf die Erfahrungen und Kompetenzen des alten Personals angewiesen. Und dann entfalteten die Netzwerke ihre Wirkung. Herbert Blankenhorn, ehemaliger Parteigenosse und Wilhelmstraßen-Mann, war Adenauers wichtigster außenpolitischer Berater. Er hatte immer ein Ohr für die ehemaligen Kollegen.

SPIEGEL: Gab es damals Alternativen?

Conze: Man hätte wahrscheinlich mit größerer Mühe andere Kandidaten gefunden. Es gab ja zurückgekehrte Emigranten, auch eine Reihe jüdischer und sozialdemokratischer Diplomaten, die in den dreißiger Jahren entlassen worden waren. Aber die Verfolgten stellten nur etwa ein Fünftel des Personals in der Aufbauphase, Tendenz fallend.

SPIEGEL: Immerhin sind belastete Diplomaten nicht völlig unbehelligt geblieben.



TIM WEGNER / DER SPIEGEL

Conze, SPIEGEL-Redakteure* „Die Reihen fest geschlossen“

Immer wieder ermittelten Staatsanwälte. Wie hat das Amt reagiert?

Conze: Die Reihen fest geschlossen, vor allem natürlich diejenigen, die aus der Wilhelmstraße kamen. Sie haben den ehemaligen Kollegen, die vor Gericht standen, Archivunterlagen zur Verfügung stellen und entlastendes Material recherchieren lassen.

SPIEGEL: Hat das Amt auch Ermittlungen behindert?

Conze: Die Zentrale Rechtsschutzstelle, ein Referat im Auswärtigen Amt, sollte im Ausland angeklagten Deutschen rechtlich beistehen. In den späten sechziger Jahren wurde bekannt, dass sie Hunderte von Tatverdächtigen darüber informiert hatte, dass in Frankreich wegen NS- oder Kriegsverbrechen nach ihnen gefahndet wurde. Sie waren damit gewarnt, nicht nach Frankreich zu reisen.

SPIEGEL: Damals war der Sozialdemokrat und ehemalige Emigrant Willy Brandt Außenminister. Auch er hat sich schützend vor seine Leute gestellt.

Conze: Bei Brandts Amtsantritt 1966 fürchteten die alten Diplomaten, jetzt komme das Großreinemachen. Doch Brandt wollte den Eindruck vermeiden, er betreibe wie seine Vorgänger eine parteipolitische Personalpolitik, und hielt sich ausgesprochen zurück. Er ließ sich zudem von Staatssekretär Georg Duckwitz beraten, einem ehemaligen Wilhelmstraßen-Mann.

SPIEGEL: Aber Duckwitz ist doch eine Lichtgestalt. Er hat 1943 als Diplomat in Kopenhagen dänischen Juden bei der Flucht nach Schweden geholfen.

Conze: Das schließt sich ja nicht aus. Man kann zur Rettung der dänischen Juden beigetragen haben und gleichwohl mit Esprit de Corps und Verbundenheit zur alten Wilhelmstraße-Riege gehören.

SPIEGEL: Dieser Korpsgeist sorgte dafür, dass das Amt noch bis vor wenigen Jahren die historische Aufarbeitung massiv behinderte. Wie waren Ihre Erfahrungen im Archiv des Auswärtigen Amtes?

Conze: Wir durften alles sehen, was wir sehen wollten. Wir wissen aber bis heute nicht, ob wir alles gesehen haben, was wir hätten sehen können. Die Standards im Archiv des Amtes entsprechen nicht denen des Bundesarchives.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass man Ihnen Akten vorenthalten hat?

Conze: Ich kann nur feststellen: Wir wissen, dass es bestimmte Dokumente gegeben hat, die aber nicht auffindbar waren.

SPIEGEL: Es könnten also noch Zeugnisse für weitere Verbrechen im Archiv verborgen liegen?

Conze: Das will ich nicht ausschließen.

SPIEGEL: Professor Conze, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Jan Friedmann und Klaus Wiegrefe im Frankfurter SPIEGEL-Büro.



Übergewichtige Kinder beim Sport: Nur die wenigsten leiden an einer Stoffwechselkrankheit

GRUBITZSCH / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

GESUNDHEIT

88 Kilo Pech

Mehr als sechs Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland sind so dick, dass man sie als fettständig bezeichnet. Ärzte an der Berliner Charité versuchen, ihnen beim Abnehmen zu helfen. Verantwortlich für das Übergewicht sind nicht die Kinder, sondern die überforderten Eltern.

Im Alter von zehn Jahren hatte Vivian sich damit abgefunden, dass es nur zwei Wege gibt, wie ihr Tag enden kann. Welcher Weg es war, entschied sich meist am Nachmittag, wenn die Mutter im Wohnzimmer ihren Platz am Computer verließ. Ihre Lust, sich in der Welt der Chat-Foren nach neuen Freunden umzusehen, war gestillt. Ihr Ärger, sich in der Welt ihrer fünf Kinder wiederzufinden, wuchs. Eines der Kinder würde dafür büßen müssen.

Ging die Mutter an Vivians Zimmer vorbei, ohne die Tür zu öffnen, konnte das Mädchen seine Schularbeiten machen, sich später ein paar Brote schmieren und bis zum Schlafengehen in den Fernseher neben seinem Bett schauen. So endete ein Tag, wenn Vivian Glück hatte.

Kam die Mutter ins Zimmer, gab es einen schlimmen Streit. Danach schmierte sich Vivian kein Brot, sondern holte sich Gummibären, Kinderpingui und eine Fünfer-Packung Milchschnitten. Sie stopfte sich die Backen voll und schaute dann ebenfalls fern. So endete ein Tag, wenn Vivian Pech hatte.

Sechs Jahre später ist Vivian 16 Jahre alt, 1,73 Meter groß und 88 Kilo schwer. Sie hat mehr Pech als Glück gehabt. Bis man ihr geholfen hat, ist sie fast geplatzt.

15 Prozent der Kinder und Jugendlichen in Deutschland haben Übergewicht. Mehr als 6 Prozent von ihnen gelten als adipös, als fettständig. Schon als junge Menschen leiden sie an Diabetes, Bluthochdruck, Gelenk- und Haltungsschäden.

Vivian fuhr jahrelang nicht mit dem Rad, sondern mit dem Bus zur Schule.

Im Sportunterricht ließ sie sich bei der ersten Gelegenheit auf die Bank fallen. Sie sagt, ihr wäre sonst das Herz aus der Brust gesprungen.

Sevkihan, zwölf Jahre, Schüler aus Berlin-Wedding, liebt Chips und Döner-Teller. Wenn sein kleiner Bruder draußen spielt, liest er in seinem Zimmer Manga-Comics. Sevkihan wiegt 86 Kilo. Bei seiner Größe und seinem Alter sollte er etwa die Hälfte wiegen. Seine Knie krümmen sich nach innen, er geht nicht, er watschelt.

Instinktiv meinen viele Menschen zu wissen, was gegen Übergewicht nötig ist: mehr Sport, weniger Fernsehen und nicht so viel schlechtes Essen. Raus in den Park, ins Schwimmbad. Man muss die dicken Kinder vom Sofa scheuchen.

„Sie essen das Falsche und bewegen sich zu wenig“, sagte 2005 die damalige

Verbraucherschutzministerin Renate Künast. 15 Millionen Euro gab sie für Aufklärungskampagnen aus, um Kinder vom Fast Food wegzubekommen. Die damalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt mahnte, jeden Tag „3000 Schritte“ extra zu gehen, und legte 2007 den Aktionsplan „Fit statt fett“ auf, um über die Gefahren des Übergewichts aufzuklären. Aber die Appelle helfen nichts. Die Zahlen der übergewichtigen Kinder steigen weiter.

An der Charité in Berlin gibt es seit 16 Jahren ein Team aus Spezialisten, das diese Kinder betreut. In der Adipositas-Sprechstunde erklären vier Ärzte und drei Ernährungswissenschaftler den Familien, wie man sich gesünder ernährt, Sport treibt. Jahrelang waren die Ärzte gut darin, die Kinder vom Sofa zu scheuchen.

Doch in den vergangenen Jahren hat sich etwas verändert. Wenn heute die medizinischen Fakten abgeklärt sind, wenn die Familien drei-, viermal zum Beratungsgespräch in der Klinik waren, dann bemerken die Mediziner häufig, dass sich bei Kindern wie Vivian oder Sevkihan nichts mehr tut. Sie sind zwar dick, aber ihr Problem scheint nicht das Essen zu sein. Es hat keinen Sinn, ihnen mit Sport und Wassertrinken zu kommen. Die Ärzte sehen an ihrer Arbeit, dass sie immer seltener gegen die Kilos auf der Waage kämpfen, dafür immer öfter gegen die Art und Weise, wie Eltern mit ihren Kindern umgehen. Es ist ein Kampf, der sie bis vors Familiengericht führen kann.

Auf Vivians Esstisch liegt ein kleines gelbes Heft. Es ist das Untersuchungsheft, in das Kinderärzte in Deutschland ihre Diagnosen eintragen. In dem Heft kann man nachlesen, wie ein Kind sich entwickelt. Bei ihrer Geburt wog Vivian 3500 Gramm, sie war 53 Zentimeter groß. Ein gesundes Baby. Ein paar Wochen später notierte ein Arzt mit Kugelschreiber: „Nicht ausreichend ernährt“. Vivian liest den Satz und blickt an sich hinab. Sie lacht. Sie trägt Kleidergröße 44.

Das Heft ist Vivians Beweis dafür, dass sie nicht dick geboren wurde. Sie sagt: „So dick zu werden, das muss man einem schon antun.“ Sie ist das jüngste von fünf Kindern. In ihrer Familie gibt es vier Väter, aber keiner ist da. Kurz nach Vivians Geburt zogen sie und ihre Mutter sowie zwei der Geschwister in die USA zu Vivians Vater, einem Ex-GI. Schon eineinhalb Jahre später waren sie zurück in Deutschland.

Die Mutter mietete eine Wohnung in Berlin, keiner der Väter zahlte. Die Familie lebte von Sozialhilfe und Kindergeld. Die Mutter legte sich einen Künst-



Ärztin Wiegand: „Es geht uns nicht nur ums Gewicht“

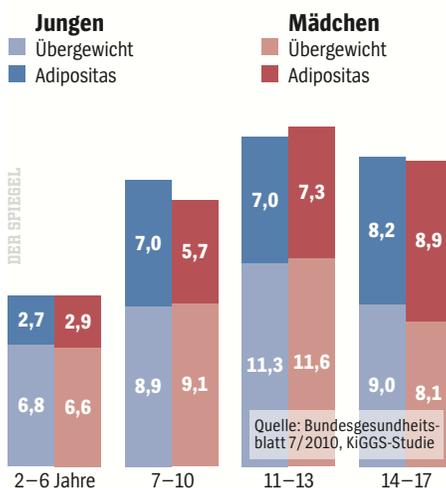
lernamen zu, bewarb sich bei Castingshows. Nachts sang sie in Berliner Kneipen, tagsüber surfte sie durchs Internet. Sie tat viel, um sich aus dem Leben wegzuträumen. Die Miete zahlte sie nicht.

Als Vivian fünf war, schrieb die Ärztin in das gelbe Heft: „122 Zentimeter, 28 Kilogramm. Adipositas“. Die nächsten sechs Jahre aß sie, ohne dass jemand einschritt.

Weil die Wohnung der Mutter zwangsgeräumt wurde, sollte sich Vivians Großmutter um das Kind kümmern. Die alte Frau zog mit der Enkelin in einen anderen Stadtteil, meldete sie auf einer guten Schule an. Vivian hatte endlich jemanden, der auf sie aufpasste. Doch jetzt fehlte das Geld an allen Ecken und Enden.

Schwere Bürde

Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen, in Prozent der Altersgruppen



Die Mutter behielt Vivians Hartz-IV-Unterstützung mit dem Kindergeld, zusammen rund 500 Euro. Der Großmutter blieben von ihrer Rente 380 Euro im Monat für sich und das Kind. Mit Vivians Mutter gab es immer Streit ums Geld. Vivian sagt, sie habe viel geweint in dieser Zeit. Und viel gegessen. Die Oma sagt: „Wer kann einem so traurigen Kind schon das Naschen verbieten?“

Als Vivian elf war, schrieb ihre Ärztin in das gelbe Heft: „158 Zentimeter, 65 Kilogramm“. Und wieder: „Adipositas“. Sie schickte das Mädchen in die Charité.

Es ist 17 Uhr, kurz vor dem Ende der Sprechzeit. Im Wartezimmer der Adipositas-Sprechstunde sitzen drei Patienten, Teenager. Sie tragen Jogginghose, T-Shirt, in Schwarz, Grau oder Braun. Tarnfarben, hinter denen man verschwindet.

Seit zehn Jahren leitet Susanna Wiegand die Sprechstunde. Die

Ärztin lehrt ihre Kollegen, wie sie Wachstumskurven, Gewicht, Blutbild und Leberwerte zu einer stimmigen Diagnose verbinden. Sie forscht zum Fettstoffwechsel, fragt sich, welche Botenstoffe Sättigungsgefühle auslösen. Und doch sagt sie: „Es geht uns hier nicht nur ums Gewicht.“

In ihre Sprechstunde kommen mehr als 700 Kinder im Jahr. An einer Stoffwechselkrankheit leidet nur eines von 500. Bei den anderen sind nicht die Hormone daran schuld, dass sie so dick sind. Es ist eine Mischung aus erblicher Veranlagung und dem Unvermögen der eigenen Eltern.

90 Prozent der Kinder hier brauchen therapeutische Betreuung. Bei einem Fünftel bestand schon einmal Kontakt zum Jugendamt. Ein Viertel dieser Kontakte haben die Ärzte selbst angebahnt. Wiegand holte vor vier Jahren eine Sozialpädagogin ins Team. Sie brauchte jemanden, der sich mit Jugendämtern und Familiengerichten auskennt.

„Wir haben hier Eltern“, sagt Wiegand, „die ihre Kinder aktiv daran hindern, sich gesund zu entwickeln.“ Fünfjährige, die nicht auf einem Bein stehen können, Achtjährige, die nie auf einem Rad gesessen haben. Wie werden diese Kinder so dick?

„Die Eltern setzen die Kinder vor die Glotze, lassen sie nicht raus, bieten die falsche Ernährung an.“ Wiegand sagt das, was auch Renate Künast oder Ulla Schmidt sagen würden. Aber sie zieht daraus einen anderen Schluss.

In Sprechzimmer 5 findet heute die Ernährungsberatung statt. Sevkihan, der zwölfjährige Junge aus dem Wedding, sitzt mit seinen Eltern auf blauen Plastikstühlen. Der Vater hält eine Klarsicht-

mappe in der Hand. Es ist Sevkihan's zweiter Termin, die Beraterin wird der Familie heute sagen, dass seine Leberwerte sehr schlecht, die Harnsäurewerte zu hoch sind. Sevkihan isst zu viel Fleisch. Die Beraterin will herausfinden, wie die Mahlzeiten in der Familie aussehen. Sie hat den Jungen deshalb gebeten, drei Tage lang aufzuschreiben, was es daheim so gibt.

„Sevkihan, hast du das Ernährungsprotokoll gemacht?“, fragt die Beraterin. „Nein“, sagt er. „Nur ein bisschen.“ – „Warum nicht?“ – „Vergessen.“ – „Na gut, dann gucken wir mal, was du notiert hast.“ Der Vater reicht ihr die Klarsichtmappe. Die Beraterin liest vor: „15.30 bis 18.30 Uhr: drei Stück Mini-Börek, ein Brötchen plus Marmelade, ein Schweineohr. Okay. Und was hast du davor gegessen?“

Sevkihan sagt: „Frühstück machen wir nur am Wochenende.“ Zur großen Pause esse er ein Brötchen, das ihm die Mutter mitgibt. Mittagessen gebe es nur freitags, weil er da für einen Euro in der Schule esse. „Warum nicht jeden Tag?“, fragt die Beraterin. „Mit dem Geld kauft er sich nur ‚Bravo‘“, antwortet der Vater.

Sevkihan's Vater ist Bauarbeiter. Wochentags kommt er um vier von der Arbeit. Abendessen gibt es um halb fünf. Um fünf Uhr muss die Mutter los, sie geht putzen. Für ihre drei Kinder kocht sie Suppe, Reis mit Fleisch, Salat.

Die Ernährungsberaterin sagt zu Sevkihan: „Das würde mir ja gar nicht reichen, kein Frühstück, ein Brötchen, dann um halb fünf Essen. Da bekommt man doch Heißhunger.“

„Genau“, sagt sein Vater. „Gestern habe ich eine Packung Hackfleischbällchen unter seinem Bett gefunden. Die isst er abends allein im Zimmer.“

Das Gewicht der Kinder ist für Susanna Wiegand ein Signal dafür, wie gut es ihnen gerade geht. „Vor allem die, die sich schon jahrelang für ihren Körper hassen, verdrängen all das Essen zwischendurch.“ Sie können sich einfach nicht mehr daran erinnern. Aber wie soll man eine Tüte Chips, von der das Kind nichts mehr weiß, in etwas Gesundes verwandeln? Zum Beispiel in einen Apfel?

80 Prozent von Wiegand's Patienten stammen aus der Unterschicht. Viele davon haben einen Migrationshintergrund. Die Eltern seien entweder – wegen ihrer Jobs – zu selten in der Familie präsent oder über lange Jahre arbeitslos. Die Kinder erlebten laut Wiegand zu Hause viel Unzuverlässigkeit, machten nur selten positive Erfahrungen. „Vielen fehlt seit langer Zeit das Gefühl, etwas gut hinbekommen zu haben“, sagt Wiegand.



Patientin Vivian: „Geht doch“

Die Mitarbeiter der Sprechstunde helfen den Familien dabei, mal wieder etwas gut hinzubekommen. Sie setzen Eltern und Kindern nur Ziele, die sie erreichen können. Eine halbe Stunde die Woche mit dem Sohn auf den Bolzplatz zu gehen. Zu Hause nur Wasser zu trinken. Nach und nach wird auch der Alltag strukturiert. Das gemeinsame Essen ist ein Weg, Eltern und Kinder wieder zusammenzuführen. „Wir leisten hier Beziehungsarbeit“, sagt Wiegand.

In der Charité machte Vivian mit zwölf Jahren ihre erste Therapie. Die Psychologin brachte ihr bei, den Zorn über die Mutter nicht in sich hineinzufressen. „Bei Stress nicht mehr die ganze Tüte“, erin-

Der Junge wiegt 120 Kilo und ist klinisch depressiv, er hat soziale Ängste und Diabetes.

nert sich Vivian. „Nur eine Handvoll Gummibärchen.“ Das Mädchen hat jetzt zwar diese Regel. Aber Geld von der Mutter bekommt es noch immer nicht.

Petra Rucker, 44, ist die Sozialpädagogin der Sprechstunde. Sie hat nach ihrem Studium lange in Berliner Kinderheimen gearbeitet, später im Informationszentrum Kindesmisshandlung in München. Seit 2006 ist sie an der Charité.

Über Monate hat sie Vivian's Großmutter geraten, sich wegen der ausbleibenden Zahlungen beim Jugendamt zu beschweren. Aber die Großmutter hatte Angst vor den Behörden. Rucker glaubte, dass Vivian nicht abnehmen würde, solange es den Streit mit der Mutter gibt. Sie vereinbarte selbst einen Termin beim Jugendamt, nahm Vivian und die Großmutter mit.

Vom Amt bekam Vivian's Mutter einen mahnenden Brief. Sie tobte, drohte mit Selbstmord. Doch am folgenden Morgen saß sie in Vivian's Küche und sagte: „Ihr kriegt das Kindergeld, aber mehr nicht.“ Ein Jahr ging das gut, dann hörten die Überweisungen auf.

Auf dem Schreibtisch von Rucker stapeln sich grüne Patientenakten. Im Hintergrund blubbert ein Wasserkocher. Rucker ist noch immer erstaunt, wie still es an ihrem Arbeitsplatz zugeht. Jahrelang hatte sie mit den aggressiven, den lauten Kindern zu tun. „Hier bei uns sitzen die Leisen“, sagt sie. „Die, die die Opfer der Lauten sind.“

Die dicken Kinder, sagt sie, wollten um keinen Preis auffallen. In der Schule störten sie nicht, saßen still in der letzten Reihe. Die Lehrer seien um jeden Schüler froh, der nicht rummotzt oder randaliert.

Wenn dann ein 14-Jähriger mit 120 Kilo vor ihr steht, eine Elfjährige, die doppelt so viel wiegt, wie sie sollte, fragt sie sich: „Warum schickt man die erst jetzt? Warum hat da keiner was gemerkt?“

Die Sprechstunde begleitet Kinder bis zu ihrer Volljährigkeit. Danach müssen sie sich in der Welt der Erwachsenenmedizin Hilfe suchen. Rucker erinnert sich an einen Jungen, der erst mit 17 Jahren kam. „120 Kilo, klinisch depressiv, soziale Ängste, Schulabbrecher, hat einen Diabetes, der aus seinem Übergewicht resultiert. Jetzt wird er volljährig, die Eltern gehen nicht mehr ans Telefon, wenn wir anrufen“, sagt sie.

Was wird aus dem Jungen? „Erst mal Hartz IV. Wenn sich die Eltern nicht mehr um ihn kümmern wollen, wird er wahrscheinlich wohnungslos. Behandelt man den Diabetes nicht, versagen die Nieren, vielleicht erblindet er. Mit 30 Jahren hat er seinen ersten Schlaganfall.“ Kann das Kindesmisshandlung sein, ein Kind so dick werden zu lassen, ohne etwas zu tun?

Rucker zögert. Dann sagt sie: „Wer dick ist, wird nicht zwangsläufig misshandelt. Aber Adipositas kann ein Zeichen dafür sein, dass sich Eltern nicht ausreichend kümmern.“ Kinderschutz heiße, dass man darüber wache, ob ein Kind altersentsprechend versorgt wird. Daheim, in der Schule, in seiner Freizeit. Das Gewicht sei dabei zweitrangig. „Aber wenn es extrem hoch ist und man den Eindruck gewinnt, dass es keine Alltagsstruktur gibt, dass ein Kind sich selbst überlassen ist, dann ist das ein Hinweis dafür, dass es vernachlässigt wird.“

Wenn sie an einem Kind Spuren körperlicher oder sexueller Misshandlung entdeckt haben, können Kinderärzte schnell handeln. Dann schreiten Jugend-

ämter ein. „Zerstören sich die Kinder selbst, indem sie sich fettfressen, passiert ganz selten etwas“, sagt Rücker. „Das ist dann einfach nicht schlimm genug.“

Nicht schlimm genug sind viele Fälle, die Rücker in der Sprechstunde sieht. Eine alleinerziehende Mutter von den Seychellen mit vier Kindern zwischen 5 und 17 Jahren. Sie war ein paarmal da. Fast alle Kinder sind adipös, bei zweien ist der Blutdruck viel zu hoch, sie sind dabei, einen Diabetes zu entwickeln. Die Mutter war überfordert, bekam eine Familienhilfe vom Jugendamt.

Dann flog sie vier Wochen auf die Seychellen. Die Kinder ließ sie in Berlin, eine Freundin sollte nach ihnen sehen. Zu dieser Zeit war auch die Familienhelferin im Urlaub. Rücker hat Monate später davon erfahren. Sie zuckt mit den Schultern. „Es kann sein, dass kein Mensch nach den Kindern geguckt hat“, sagt sie. „Wie viel schlimmer kann es denn noch kommen?“

Zehn Kinderschutzbögen füllen die Mitarbeiter der Adipositas-Sprechstunde im Schnitt pro Jahr aus. Mit einem solchen Formular teilen sie dem Jugendamt mit, dass sie viele Hinweise darauf haben, dass das Wohl eines Kindes gefährdet ist. Von da an liegt es am Jugendamt zu handeln. In diesem Jahr, erwartet Rücker, werden sie weit mehr als zehn Kinderschutzbögen ausfüllen.

Kurz vor ihrem 16. Geburtstag lebten Vivian und ihre Großmutter immer noch von 380 Euro im Monat. Vivian hatte im Sommer Zeitungen ausgetragen, um dazuzuverdienen. Danach wollte das Jobcenter Geld von ihr zurück, weil sie mehr als einhundert Euro verdiente. Wovon denn, fragte sich Vivian. Die Hartz-IV-Unterstützung behielt die Mutter noch immer für sich.

Vivian wog 88 Kilo, so viel wie noch nie. In der Sprechstunde sagte sie zu Petra Rücker: „Ich will, dass das aufhört.“ Sie bat Rücker, ihr zu helfen, wenn sie vor ein Familiengericht zieht. Sie wollte, dass der Mutter das Sorgerecht entzogen wird. Ein halbes Jahr später fand der Gerichtstermin statt. Seit Februar dieses Jahres hat Vivian einen Vormund, und sie bekommt endlich das Geld, das ihr zusteht.

Es ist der erste Tag der Herbstferien. In diesem Sommer hat Vivian die Realschule geschafft. Sie geht jetzt aufs Gymnasium, will Musik studieren. Vivian steht von ihrem Platz im Wohnzimmer auf, geht ins Bad und sagt: „Jetzt wollen wir doch mal sehen.“ Unter dem Waschbecken zieht sie eine Digitalwaage hervor. Sie streift ihre Schuhe ab, steigt auf die kleine Glasplatte. Auf der Anzeige erscheinen vier lange Striche. Vivian sagt: „Mach schon.“ Die Waage zeigt: „82“. Sechs Kilo weniger. Vivian lacht. Sie steigt von der Waage herunter und sagt: „Geht doch.“

KERSTIN KULLMANN

VERBRAUCHER

Klauseln statt Klartext?

Versicherungen und Energieversorger ignorieren Urteile, die von verärgerten Kunden gegen sie erstritten werden. Doch der Widerstand gegen diese Praxis wächst.

In seinem Berufsleben hat Kurt Markert gegen die Macht der Energiekonzerne gekämpft, er war lange Jahre Leiter der Energieabteilung beim Bundeskartellamt. Jetzt ist er 77, Honorarprofessor in Berlin – und gibt noch immer keine Ruhe.

Der Zorn des alten Mannes trifft vor allem den Gasversorger E.on Hanse und dessen fragwürdige Preiserhöhungen. „Mich ärgert deren unglaubliche Dreistigkeit“, sagt Markert. Vor einigen Wochen zeigte er die Geschäftsführer von E.on Hanse Vertrieb wegen Betrugs an. Das Unternehmen treibe auch jetzt noch erhöhte Gaspreise ein, obwohl es wisse, dass die entsprechenden Vertragsklauseln „objektiv rechtswidrig“ seien. Mehrere Gerichte hatten dem Versorger dessen schwammige Preisklauseln untersagt, zuletzt das Hamburger Landgericht. Rechtskräftig sind die Urteile noch nicht, E.on wird sich dagegen wohl bis zum BGH durchhangeln.

Wie Markert ist auch Wolfgang Römer, 74, längst im Ruhestand, auch er ist Jurist – und auch er kämpft weiter. Römer war Richter am BGH, von 2001 bis 2008 arbeitete er für die Versicherungswirtschaft – als Ombudsmann für Kundenbeschwerden. Heute wirft der Jurist den Versiche-



Ergo-Werbung: Im letzten Moment klein begeben

rungen eine Umgehungstaktik vor, die „sowohl für die Rechtsordnung als auch für die Versicherungsnehmer fatal“ sei.

Römer geht es speziell um Kunden, die ihre Lebensversicherung vorzeitig kündigten und absurd hohe Abzüge hinnehmen mussten. Seit Mai 2009 verhinderten große Versicherer wie die Munich-Re-Tochter Ergo (Werbeslogan: „Klartext statt Klauseln“) mindestens sieben BGH-Entscheidungen zu dieser Problematik. Sie sahen zu, wie sich ihre Kunden durch die Instanzen schlepten – um dann im letzten Moment vor dem BGH klein beizugeben. Weil die Unternehmen zahlten, mussten die Kunden die Revision zurückziehen.

„So sind Grundsatzurteile verhindert worden, auf die Tausende warten“, sagt Römer. Kurz vor seinem Ruhestand im Frühjahr kritisierte auch BGH-Richter Karl-Heinz Seiffert die Branche: Sie sei

an bestimmten Entscheidungen „nicht interessiert“.

Markert und Römer eint dasselbe Ziel: Beide wollen, dass die Kunden der Energieversorger und der großen Versicherungen endlich zu ihrem Recht kommen. Und das ist, trotz einschlägiger Urteile, nicht einfach.

Als etwa das Oberlandesgericht Hamburg vor kurzem Klauseln in den Verträgen des Ergo-Ablegers Hamburg-Mannheimer und dreier weiterer Unternehmen wegen Intransparenz für unwirksam erklärte, kümmerte das die Branche wenig. Über „inhaltliche Unangemessenheit“ habe das Gericht ja gar nicht entschieden, verkündete Ergo selbstbewusst.

Geklagt hatte die Verbraucherzentrale in Hamburg. Es ging um Abzüge bei vorzeitig gekündigten Lebensversicherungen. Viele Kunden wissen nicht, dass mit den Beiträgen der ersten Jahre nur die Provi-



ROLAND MAGNINIA / DAPD

Gasspeicheranlage in Hamburg: Notorisch neue Preistrunden

sionen der Vermittler gezahlt werden und nichts angespart wird. Wer in den ersten Jahren kündigt, bekommt oft nur trockene Mitteilungen wie: „Ein auszahlbarer Betrag ist nicht vorhanden.“

Bei durchschnittlich vier Millionen gekündigten Verträgen pro Jahr und jeweils 3500 Euro „Einbehalt“ pro Kunde bleiben so 14 Milliarden Euro bei den Versicherungen und den für sie arbeitenden Drückerkolonnen hängen, hat Edda Castelló von der Verbraucherzentrale Hamburg überschlagen. „Dieses zu Unrecht einbehaltene Geld“, sagt Joachim Bluhm, Anwalt der Verbraucherzentrale, „ist eine wichtige Einnahmebasis der Branche.“

Nicht einmal 25 Prozent der Kunden halten langfristige Verträge durch. Bei vorzeitiger Kündigung wird kassiert – nach den „anerkannten Regeln der Versicherungsmathematik“. Doch so anerkannt, wie die Branche gern tut, sind die

nicht. Sowohl der BGH als auch das Bundesverfassungsgericht befanden in früheren Entscheidungen: Bei Kündigung müsse zumindest rund die Hälfte des eingezahlten Geldes zurückgegeben werden.

Das Problem: Bisher hatten die höchsten Gerichte nur über Versicherungsverträge zu entscheiden, die vor 2001 abgeschlossen wurden. Danach, rühmt sich die Branche, sei eine „neue Produktgeneration“ aufgelegt worden – und ab 2008 gelte sowieso neues Vertragsrecht. Ganz anders sehen die Verträge jedoch nicht aus. Die Klauseln, so Anwalt Bluhm, seien „nur in Nuancen retuschiert“ worden.

Tatsächlich tauchten die altbekannten Floskeln auch in jüngeren Verträgen wieder auf. Die Beschwerden beim Versicherungsombudsmann summierten sich auf 18145 Fälle im Jahr 2009.

Anders als die Klagen der Kunden zielt die Musterklage der Hamburger Verbrau-

cherzentrale gegen die vier großen Versicherer nicht auf Zahlung, sondern auf Unterlassung bestimmter Klauseln. Seinen Antrag beim BGH will Bluhm auch auf die vermeintlich ganz sauberen neuen Verträge ab 2008 ausdehnen – in der Branche bestehe trotz des neuen Vertragsrechts „Wiederholungsgefahr“.

Als ähnlich urteilsresistent und noch angriffslustiger als die Versicherungsbranche gilt die Energiewirtschaft. Zahlreiche Gerichte in Deutschland erklärten deren Lieferverträge und Preisklauseln für ungültig. Erst vor wenigen Wochen untersagte sogar das Bundesverfassungsgericht dem Berliner Versorger Gasag schwammige Klauseln, die die Gaspreise an die Entwicklung des Ölpreises binden.

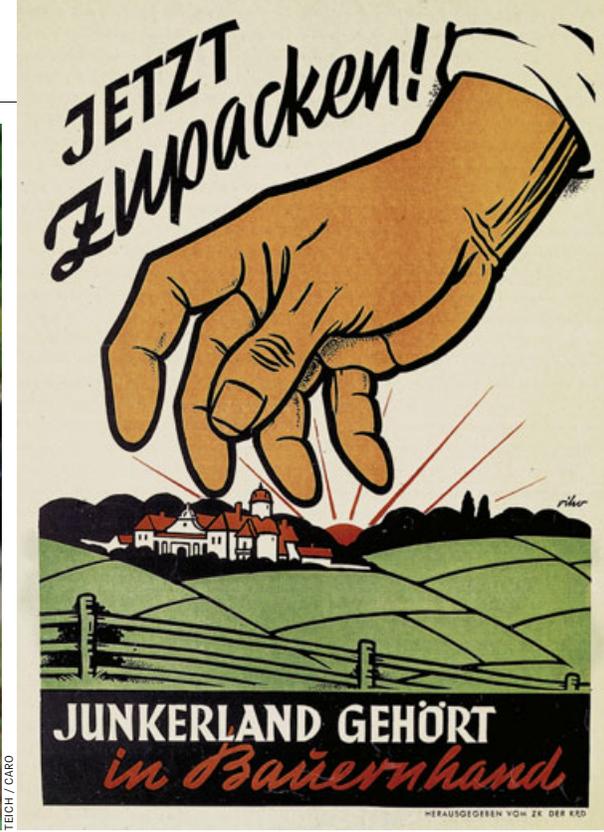
Im Umgang mit seinen Kunden hat sich kaum ein Unternehmen so exponiert wie E.on Hanse. Fehlerhafte Rechnungen, überhöhte Abschlagzahlungen und notorisch neue Preistrunden sorgen häufig für Ärger. Politiker riefen sogar zum Boykott der Gastochter des E.on-Konzerns auf, die den Norden mit Energie versorgt.

Die von Markert ausgelösten Ermittlungen gegen die E.on-Hanse-Geschäftsführer wurden inzwischen zwar eingestellt, ein Kunde hat dagegen aber Beschwerde eingelegt. E.on argumentiert, mit den umstrittenen Klauseln lediglich gestiegene und gesunkene Beschaffungskosten weitergegeben zu haben.

Verliert E.on Hanse den Streit mit seinen Kunden vor dem BGH, könnte das teuer werden: Rund 30000 Klienten haben den Preisen widersprochen, 30 Millionen Euro stehen auf dem Spiel, schätzt die Hamburger Verbraucherzentrale.

Gemessen am Gewinn des Mutterkonzerns E.on fällt dieser Betrag allerdings kaum ins Gewicht: Der stieg im Jahr 2009 um sagenhafte 433 Prozent – auf 8,6 Milliarden Euro.

NILS KLAWITTER



Großgrundbesitzer Günther Fielmann, Hofreiter (r.), Enteignungspropaganda nach Kriegsende: Wer das Land hat, hat das Sagen

LANDWIRTSCHAFT

Bauernland in Bonzenhand

In Ostdeutschland herrscht Goldgräberstimmung: Aktionäre und Privatinvestoren kaufen im großen Stil Land und spekulieren auf steigende Preise. Viele Bauern können nicht mehr mithalten.

Wenn Wolfgang Beer an die Herren im dunklen Anzug denkt, steigt die Wut in ihm hoch. „Es ist schlimmer als zu Wende-Zeiten, was hier gerade passiert“, schimpft er.

Finanzmanager auf seinem Bauernhof – das gab es früher nicht. Neuerdings aber fahren regelmäßig Investoren vor und machen Angebote, die man eigentlich nicht ablehnen kann. Sie wollen Land, zuletzt 200 Hektar, und sie sind bereit, Höchstpreise zu zahlen.

Beer ist Geschäftsführer der Gerbstedter Agrar GmbH in Sachsen-Anhalt; wenn er in Gummistiefeln und Windjacke seinen Betrieb vorführt, steht ihm der Stolz im Gesicht, über die Aufbauarbeit, die er hier nach dem Ende der DDR geleistet hat. Im September lief nach 18 Jahren ein Pachtvertrag für 200 Hektar aus, das Land, das dem Bund gehörte, stand zum Verkauf. Vor neun Monaten lag der Preis noch bei 9500 Euro pro Hektar, dann stieg die Nachfrage nach Ackerflächen auf Rekordhöhen. Inzwischen hat er sich fast verdoppelt, auf 17 500 Euro.

„Diese Preise sind doch durch Landwirtschaft nicht mehr zu erwirtschaften“, sagt Beer, „über dem Land im Osten krei-

sen die Geier.“ Trotzdem will er weitermachen, die Felder im Mansfelder Land sind sein Leben. Rund 1,7 Millionen Euro musste seine Agrar GmbH aufnehmen, um wenigstens hundert Hektar zu retten für Rüben und Getreide. Kaufinteressenten schickt Neu-Eigentümer Beer mit knappen Worten vom Hof.

Ähnlich läuft es überall in Ostdeutschland. Zwischen Ostsee und sächsischer Schweiz sind die Preise für Wald, Acker und Weiden massiv gestiegen, zum Teil um bis zu hundert Prozent. Im großen Stil kaufen sich nun millionenschwere Fondsgesellschaften ein sowie branchenfremde Konzerne und vermögende Privatleute, die ihr Vermögen diversifizieren wollen. Kleine und mittelständische Bauern wie Beer klagen deshalb lautstark über die jüngste Bodenreform. Hieß es bei der Zwangsenteignung in der DDR noch „Junkerland in Bauernhand“, fürchten sie nun das Großkapital. Motto: Bauernland in Bonzenhand.

Ein globaler Trend hat damit die deutsche Landwirtschaft erreicht. China kauft Anbauflächen in Afrika, internationale Agrarfonds und selbst Banken wie Goldman Sachs investieren in Äcker von Neu-

seeland bis Südamerika, immer geht es um steigende Preise für Böden und Bio-Rohstoffe – jetzt eben auch in der Magdeburger Börde und der Uckermark.

Gleich mehrere Faktoren befeuern die Spekulation: eine wachsende Weltbevölkerung, die ernährt werden muss, der erhöhte Fleischkonsum in Schwellenländern, die Förderung regenerativer Energien wie Biogas, für die große Anbauflächen nötig sind. Nicht zuletzt trieb auch die Finanzkrise Anleger in reale Werte wie Wälder und Felder. Da stört es nicht einmal, dass die EU-Kommission aktuell plant, die großzügigen Agrarhilfen für Ostdeutschland ab 2014 deutlich zu senken, was die Produktionsbedingungen verschlechtert. Die Anziehungskraft des „globalen Megatrends“ Landwirtschaft ist stärker.

„So funktioniert eben Marktwirtschaft“, sagt Dirk Meier Westhoff: „Die Nachfrage steigt, das Flächenangebot stagniert oder schrumpft, also steigen die Preise.“

Meier Westhoff ist Bodenhändler, seine Agrarboden GmbH im westfälischen Beckum sucht für kaufkräftige Kunden geeignete Ländereien, und die sind im



HANSJÖRG HÖRSELJAU

Altbauer Beer: „Über dem Land im Osten kreisen die Geier“

Osten vergleichsweise einfach und günstig zu bekommen. „Der Flächenhunger bei Investoren ist ungebrochen“, sagt Westhoff, „viele Landwirte können da nicht mehr mithalten.“

Dass die Bodenspekulation überhaupt möglich wird, hat viel mit der Geschichte zu tun, denn die Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland haben sich in den vergangenen 65 Jahren mehrfach radikal verändert. Nach dem Zweiten Weltkrieg eignete zunächst die sowjetische Besatzungsmacht Großgrundbesitzer mit mehr als hundert Hektar und verteilte Land an Flüchtlinge und Landarbeiter. In der DDR mussten die neuen Landbesitzer und Bauern später ihre Anbauflächen in Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG) einbringen.

Nach der Wende bekamen sie es zum Teil zurück, viele Nutzflächen gingen aber in den Besitz des Bundes über. In dessen Auftrag privatisiert seit 1992 die Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) das Land.

Lange konnten LPG-Nachfolger oder Alteigentümer Ländereien zu Vorzugspreisen kaufen. 2010 jedoch hat die EU diese Praxis beendet. Da in den nächsten zwei Jahren viele Pachtverträge auslaufen, kommen nun riesige Flächen auf den Markt, in Mecklenburg-Vorpommern sind es rund 134 000 Hektar.

Für den Bund wird die ostdeutsche Bodenspekulation damit zum glänzenden Geschäft, allein für dieses Jahr dürfte die BVVG dem Bundesfinanzminister mehrere hundert Millionen Euro aus dem Flächenverkauf überweisen.

Auf dem Land allerdings sorgt die erneute Bodenreform – diesmal unter kapitalistischem Vorzeichen – schon wieder

für eine ziemlich weitgehende Umkehr der Besitzverhältnisse.

Denn die neuen Großgrundbesitzer kommen aus allen möglichen Branchen, oft genug sind sie erst seit der Wende oder später in der Landwirtschaft tätig. Da ist die Familie Rethmann, die ihr Geld eigentlich mit einem westfälischen Müll-

leihe an die Börse, die geplanten 25 Millionen waren bereits nach drei Tagen überzeichnet, insgesamt wurden 50 Millionen Euro platziert.

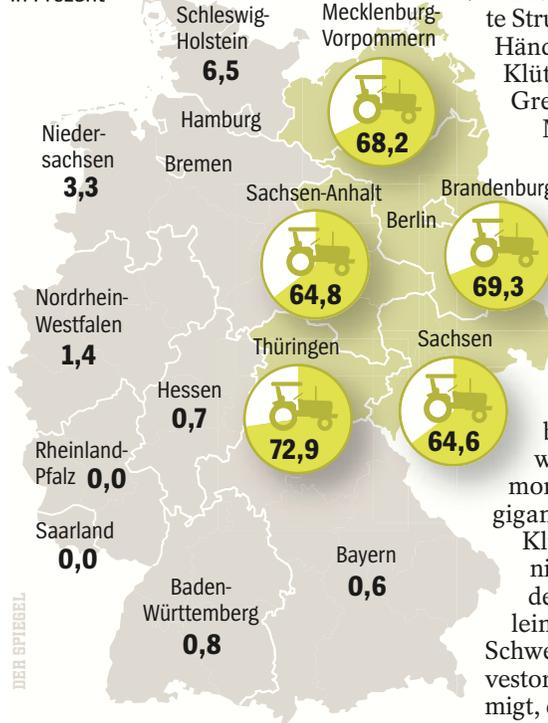
„Gegessen wird immer“, verspricht Hofreiter seinen Investoren. Mit 30 000 Hektar wurde Hofreiter in kurzer Zeit Europas größter börsennotierter Bauer; 25 000 Hektar liegen in Ostdeutschland. Mit dem romantischen Bild vom Bauern und seiner Scholle hat das Geschäftsmodell nichts mehr zu tun, riesige Getreidefelder, Raps- und Maisplantagen werden wie Industrieanlagen betrieben.

Die im Osten ohnehin schon dominante Struktur von vielen Flächen in wenigen Händen wird damit verfestigt. Helmut Klüter ist Geograf an der Universität Greifswald. Er rechnet vor, dass in Mecklenburg-Vorpommern schon jetzt 14 000 Quadratkilometer landwirtschaftliche Nutzfläche auf nur 5000 Betriebe verteilt sind: „Daran merkt man schon, wie stark die Flächenkonzentration fortgeschritten ist.“

Weil die Großagrariere härter durchrationalisieren können, hat die neue Bodenreform auch kaum Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Dafür aber auf die Umwelt: Mit dem Hang zu großen Maismonokulturen für Biogasanlagen und gigantischen Tierfabriken befürchtet Klüter „Wüstungen“ und „Amerikanisierung“, die ganze Landstriche für den Tourismus zunichtemachen. Allein im Dörfchen Alt Tellin wurde die Schweinefabrik eines holländischen Investors für 250 000 Ferkel pro Jahr genehmigt, die voraussichtlich 63 000 Kubikmeter Gülle produzieren wird. Für weitere

Lukrative Ländereien

Flächenanteil der landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Betriebsgröße von über 500 Hektar an der Gesamttagarfläche, in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; Agrarstrukturerhebung 2007

17 Großmastanlagen allein in Mecklenburg-Vorpommern laufen bereits Genehmigungsverfahren.

Denn wer das Land hat, hat das Sagen. Die kleinen Dörfer im Nordosten werden von der Entwicklung oft überrollt, häufig gibt es bei im Schnitt 1900 Einwohnern nur einen ehrenamtlichen Bürgermeister, aber keine eigene Verwaltung, die Genehmigungen prüft. Investoren haben da oft leichtes Spiel, noch dazu, wenn die Aufkäufer aus dem Westen ein paar Arbeitsplätze in Aussicht stellen und Gemeinden gegeneinander ausspielen.

Die Landverteilung sei inzwischen „feudalistischer als 1910, als Mecklenburg noch Großherzogtum war“, sagt Wissenschaftler Klüter. „Aber selbst damals war

gen Millionenbetrag und will Ihren Hof kaufen“, sagt Palme. „Auf unserem Bioboden würde dann ein Investor einfach Mais für Biogas anbauen lassen.“

Nie hätte Palme allein die 1,7 Millionen Euro für den Kauf der von ihm gepachteten 240 Hektar aufbringen können. Mit anderen Biobauern hat er sich deshalb zusammengeschlossen und einfach die Methoden der Investoren kopiert. Die Uckermärker brachten ihre Pachtflächen in einen Pool ein und legten mit der auf Ökogeschäfte spezialisierten Bochumer GLS Bank einen eigenen Fonds auf.

Innerhalb von drei Monaten kamen fast 13 Millionen Euro zusammen. Die Bank erwarb das Land und verpachtet es nun zurück an die Biobauern, freilich

auch dort zum doppelten Preis, aber die Bauern konnten so ihre Flächen für den Ökoanbau erhalten.

Das beste Geschäft bei der laufenden Umverteilung machen allerdings oft weder die neuen Investoren noch die engagierten Ökobauern – sondern die alten Chefs der früheren DDR-LPGs.

Viele der sogenannten roten Junker (SPIEGEL 25/1995) wurden nach der Wende die neuen Herren der umgewandelten Betriebe. Einfache Bauern wurden oft unter dubiosen Umständen abgefunden oder rausgedrängt.

750 000 LPG-Mitglieder erhielten nur einen Bruchteil der Abfindungen, die ihnen zugestanden hätten. Bilanzen wurden manipuliert, Vermögenswerte unterschlagen oder unterbewertet. Die Friedrich-Schiller-Universität Jena hat festgestellt, dass mehr als 95 Prozent der LPG-Umwandlungen fehlerhaft waren, die meisten so, dass sie von den Registergerichten nicht hätten eingetragen werden dürfen.

Über diesen Prozess der Privatisierung hat der Mecklenburger Landwirt und Dozent für Agrarwissenschaften Jörg Gerke geforscht, er ist Mitautor des Buchs „Klassenkampf gegen die Bauern“, das demnächst erscheint. Der größte Skandal ist für Gerke, dass diese LPG-Nachfolgebetriebe heute mit hohem Gewinn verkauft werden können, mitsamt dem Grund und Boden, den sie zu bevorzugten Bedingungen erworben hatten.

DDR-Agrarkader konnten demnach ab 1992 von der BVVG Land zu subventionierten Preisen von 2000 bis 2500 Euro pro Hektar erwerben. Jetzt können sie für ihre Scholle Preise bis zum Zehnfachen verlangen – und eine Millionensumme kassieren.

MARKUS DEGGERICH



FRITZ STOCKMEIER

Bodenhändler Westhoff: „Ungebrochener Flächenhunger“

die Macht der Großagrariere nicht so groß wie heute.“

Vielorts regt sich deshalb Widerstand. „Die Landwirtschaft wird immer mehr zum Rohstoffmarkt“, sagt Michael Wimmer. Er ist Geschäftsführer der Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg, die sich energisch gegen den neuen Großgrundbesitz wehrt.

In Gebieten wie der Uckermark haben Ökobauern bis vor kurzem einen großen Teil der Flächen bewirtschaftet, viele von ihnen als Pächter, ihr Geschäft ist nun in Gefahr. Einer von ihnen ist Stefan Palme aus Angermünde. Palme schätzt, dass 70 Prozent der Ackerflächen, die zuletzt in der Uckermark zum Verkauf standen, von Investoren erworben wurden.

Zwar haben die Pächter ein Vorkaufrecht. Außerdem sollen Äcker in der Regel nur an Landwirte verkauft werden. Aber was tun, wenn man sich die neuen Hektarpreise nicht leisten kann? Wie sollen sich die Pächter wehren, wenn Investoren – was viele Altbauern vermuten – bei den BVVG-Deals Schein-Landwirte als Strohleute vorschieben?

„Da steht dann ein Anwalt auf dem Hof und sagt: Ich habe einen zweistelli-

„Was war da los, Herr Sukanta?“

Der indonesische Rentner Dadang Sukanta, 68, über das Gefühl, in der Erde begraben zu sein

„Es war heiß in der Erde, einer meiner Freunde ist dehydriert und musste ins Krankenhaus. Von da an haben uns die anderen mit Wasser versorgt. Ich war je drei Stunden an drei Tagen in Folge eingegraben. Und ich hätte es noch länger ausgehalten. Es geht schließlich nicht nur um mein Haus, es geht um mein Leben. Seit 53 Jahren wohne ich im Viertel Cempaka Putih, mitten in Jakarta. Als ich erfuhr, dass die Regierung mein Haus abreißen und ein Verwaltungsgebäude auf dem Grundstück errichten will, war ich entsetzt. All die 65 Menschen, die hier wohnen, sollen umgesiedelt werden. Mit 40 Millionen Rupiah wollte man uns abspesen, knapp 4500 Dollar – für alle. Davon können wir uns keine neuen Häuser kaufen.“



BEA/HARTA BEA/HARTA / REUTERS

Sukanta

FOTOBUCH

„Ich folge den Sirenen der Krankenwagen“

Der israelische Fotojournalist Ziv Koren, 40, über Angst und Propaganda

SPIEGEL: Herr Koren, Sie fotografieren seit mehr als 20 Jahren den Nahost-Konflikt. Wie schaffen Sie es, bei einem Anschlag rechtzeitig vor Ort zu sein?

Koren: Mein Büro liegt sehr zentral in Tel Aviv. Meist höre ich von dort die Explosionen. Dann steige ich auf mein Motorrad und rase hin, so schnell ich kann. Ich folge den Sirenen der Krankenwagen und Polizeiautos. Wenn etwas passiert, dann bin ich da, wenige Minuten nach dem Anschlag.

SPIEGEL: Haben Sie sich an die Bilder gewöhnt?

Koren: Nein, daran gewöhnt man sich nie. Am schlimmsten war es beim ersten Mal, es war eine Explosion in einem Bus, und ich wusste nicht, was mich erwartet. Überall lagen tote Körper und Fetzen von Menschen. Es war ein Trauma, ich war nicht vorbereitet.

SPIEGEL: Haben Sie Angst bei Ihren Einsätzen?

Koren: Wenn man keine Angst hat, dann leidet man entweder an übersteigertem Selbstbewusstsein, oder man versteht die Situation nicht.

SPIEGEL: Erzählen Sie Ihrer Frau immer, wo Sie sich gerade aufhalten?

Koren: Nein. Wenn ich ins Westjordanland fahre, dann sage ich ihr erst hinterher, wo ich gewesen bin. Sie soll sich keine Sorgen machen.

SPIEGEL: Warum bleiben Sie nicht auf israelischem Gebiet?

Koren: Wenn ich nur die israelische Seite fotografieren würde, dann würde sich meine Arbeit vom Journalismus in Propaganda verwandeln.

SPIEGEL: Genau das werfen Ihnen manche Leute vor.

Koren: Ich fotografiere beide Perspektiven. Deshalb machen mir die Israelis den Vorwurf, ich sei propalästinensisch, und die Palästinenser denken, ich sei Zionist. Ich werte das als Erfolg. Ich sage nicht, dass etwas gut oder schlecht ist. Mit meinen Fotos versuche ich, den Menschen zu helfen, sich ihre Meinung zu bilden.

SPIEGEL: In Ihrem neuen Bildband „Milestones“ drucken Sie auch Bilder aus dem zivilen Leben. Haben Sie genug vom Krieg?

Koren: Ich möchte mich in meiner Arbeit nicht nur auf Kriegsbilder festlegen lassen, sondern eine Verbindung zum Alltagsleben schaffen. Deshalb setze ich in dem Buch Bilder zu Paaren zusammen. Ich zeige etwa Soldaten mit Gewehr im Anschlag und rotem Ziellaserstrahl und stelle dieses Foto zu einem Bild, das einen Nachtclub in Tel Aviv darstellt – weil sie ästhetisch zueinanderpassen.



Ziv Koren: „Milestones“. Tel Aviv; 136 Seiten; 56 US-Dollar.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Das Ende eines Freundes

Warum einem Mafia-Killer das Internet zum Verhängnis wurde

Er nannte sich „Scarface“, Narbengesicht, nach dem Film von Brian De Palma aus dem Jahr 1983. Al Pacino in der Rolle des Drogendealers Tony Montana, derber Slang, rasante Kamerafahrten durch die Gangstermetropole Miami, Ketten-sägenmassaker, hinreißend gefilmt, weltberühmt.

Pasquale Manfredi liebt diesen Film, alle Mafia-Bosse lieben ihn und auch den „Paten“ von Francis Ford Coppola. Weil diese Filme die Mafia erklären, weil es dort viel spektakulärer zugeht als in ihrem wirklichen Leben. Manfredi ist ein wichtiger Killer in der kalabrischen Mafia an der Südspitze Italiens; 'Ndrangheta, die verschwiegenste und archaischste Verbrecherorganisation Europas, etwa hundert Clans, über 40 Milliarden Euro Umsatz im Jahr. Manfredi war auf der Flucht, ein halbes Jahr schon. Und er langweilte sich zu Tode.

Er versteckte sich in einer feuchten Einliegerwohnung in einem gelbgestrichenen Mietshaus südlich von Crotona. Hier sah es so aus wie in einem gewöhnlichen Hobbykeller, ein Hometrainer stand auf billiger Auslegeware, im Fenster hingen Hausfrauengardinen.

Manfredis Langeweile wurde ihm zum Verhängnis. Mit Schutzgelderpressung kannte er sich aus, mit Waffenhandel, nur nicht mit moderner Technik. So sagen es die „sbirri“, die Schnüffler der Polizei in Crotona, kauzige Schimanski-Kerle in Jeans und Lederjacke. Sie dürfen ihren Namen nicht nennen, aber jetzt, Monate nach ihrem spektakulären Fahndungserfolg, lassen sie erstmals Besucher in ihr Allerheiligstes und berichten stolz über ihre Arbeit.

Die Schnüffler hockten keine 20 Kilometer von Manfredis Kellerloch entfernt, in einem fensterlosen Raum voller Telefone und Computer, wo sie im Schichtdienst die Gespräche der Mafiosi und ihrer Helfer abhörten. Wo Manfredi genau saß, das konnten sie lange nicht herausfinden.

Fast jede Nacht, sagen die Schnüffler, surfte Manfredi durchs Netz, spiel-

te „Mafia Wars“, schaute Pornos. Facebook, das soziale Netzwerk, 500 Millionen Nutzer weltweit, liebte er besonders. Dort durfte er „Scarface“ sein, manchmal war er auch „Georgie“, er hatte ein Profil, auf das er ein Foto von Al Pacino hochgeladen hatte, auf dem er hinter einem Tisch sitzt und Befehle faucht. Manfredi, 33 Jahre alt, klein, prallig, das lichte Haar aus der Stirn gegelt, chattete in diesen einsamen Nächten mit seinen 50 Facebook-Freunden, am liebsten mit Frauen.



Manfredi (2. v. l.)

GEFASST

Mafia-Boss verriet sich bei Facebook

DÜSSELDORF – Durch seine Online-Aktivitäten bei Facebook hat ein Mafia-Boss und...

Aus dem „Hamburger Abendblatt“

Monatelang waren die Polizisten auf seinen Fersen gewesen, Ende vergangenen Jahres hatten sie 35 Mafiosi in der Gegend um Crotona gefasst, nur Manfredi nicht, der entkam. Damals befürchteten sie, ein anonymes Anrufer könnte sich bei der Militärpolizei, den Carabinieri, melden und Manfredis Aufenthaltsort verraten. Dabei waren sie es, die Schnüffler der Staatspolizei, die ihn schnappen wollten, es ging um Tage.

Er ist ein Killer, sagen die Schnüffler, „kalt und grausam“, einer auf der Liste der 100 meistgesuchten Verbrecher Kalabriens. Er soll einer der Drahtzieher in dem Bandenkrieg sein, der seit fünf Jahren in Crotona herrscht. Neben anderen Mafiosi, sagen sie, habe er Carmine Arena auf dem Gewissen, einen Boss des rivalisierenden Arena-Clans. Auf dessen gepanzerte Limousine hatten Manfredis Männer Bazookas abgefeuert und den Boss mit Kalaschnikows niedergestreckt.

Und dann hatten die Polizisten plötzlich Glück: Manfredi aktualisierte sein Facebook-Profil, dazu hatte er sich mit einem UMTS-Stick ins Netz gewählt, die Polizisten brauchten nur wenige Minuten, um seinen Aufenthaltsort herauszufinden, eine Anfängerübung.

Sie lokalisierten ihn im Kellerloch in Isola di Capo Rizzuto, einem tristen Städtchen nahe dem Ionischen Meer, dort, wo die 'Ndrangheta ihr Geld aus dem Kokainhandel in eilig hochgezogenen Feriensiedlungen wäscht.

Noch in derselben Nacht, es war kurz nach drei, eilten sie mit dem Mannschaftswagen in die Via Kennedy, umstellten das Haus. Sie trugen schwarze Overalls und Gesichtsmasken.

Manfredi hatte seinen Computer eben erst ausgeschaltet, er taumelte aus seiner Wohnung im Jogginganzug die Feuerterrasse hinauf aufs Dach. Er war unbewaffnet, sie drehten ihm die Hände auf den Rücken und steckten ihn in ihren Mannschaftswagen. Es war kein Hollywood-Finale, es war das erbärmliche Ende eines Gewaltverbrechers.

„Betrogen von Facebook, Scarface geschnappt“ schrieben am nächsten Tag die Zeitungen, Fernsehsender aus aller Welt berichteten, und Pasquale Manfredi war endlich berühmt. Leider könne er seinen Ruhm nicht genießen, sagen die Schnüffler, er fühle sich seiner Ehre beraubt, seit sich italienische Rapper in einem Song über ihn lustig machten. Die Schnüffler hören den Song während ihrer Schicht und grinsen.

Er wird, sagen sie, zu „lebenslanglich“ verurteilt werden, er sitzt jetzt im Knast in Apulien, einmal im Monat kommt seine Frau und bringt gebrauchte Kaninchen. Sonst kommt niemand.

Zurzeit, sagen die Schnüffler, überprüfen sie jeden einzelnen von Manfredis 50 Facebook-Freunden.

FIONA EHLERS



Großmutter Sarr in Niodior, Enkel Almamy in Roquetas de Mar, Spanien: Wie ändert sich das Leben einer Familie, wenn es einer der Söhne nach

MIGRATION

Das zweite Dorf

Afrikanische Dörfer wie Niodior gibt es zweimal: im Senegal, dort leben die Familien in Armut; und in Südspanien, dorthin haben sich die Söhne durchgeschlagen und zusammen angesiedelt.

Sie arbeiten illegal und schicken ihren Lohn als Entwicklungshilfe in die Heimat. Von Dialika Krahe

Der Satz steht noch immer dort, an der staubigen Wand seines Zimmers in Niodior. Ein bisschen ausgebleicht mittlerweile, aber die Buchstaben sind rund und geschwungen wie zuvor: „Die Kraft eines Mannes liegt nicht in seiner Freiheit, sondern in der Fähigkeit, seine Pflicht zu erfüllen.“

Draußen im Hof sitzen die alten Frauen und nicken, während sie gelbes Muschelfleisch zum Trocknen aus der Schale pulen. Ja, Mamadou Ndour, sagen sie, kennen sie noch, guter Junge. Mit einem weißen Stück Kreide hat er den Satz an die Wand geschrieben. Danach ist er auf ein Holzboot gestiegen und auf den Ozean hinausgefahren.

Es ist ein Satz, wie ihn jeder Junge von dieser Insel hätte schreiben können. Es ist, woran sie glauben, die jungen Män-

ner von Niodior, diesem Tupfer Erde vor der Küste des Senegal; der Grund, warum sie wegmüssen aus ihrem Dorf; warum sie auf Boote steigen und ihr Leben auf dem Meer riskieren. Dieser Satz ist der Grund, warum es das Dorf Niodior zweimal gibt, einmal in Spanien und einmal im Senegal.

Jahr für Jahr landen Zehntausende illegale Einwanderer an den Küsten Europas. Allein vergangene Woche erreichten mehrere Boote die Kanarischen Inseln, das letzte fischte die Küstenwache vor Lanzarote aus dem Wasser, 26 Westafrikaner an Bord, viele davon minderjährig. Es ist jene moderne Migration, vor der Europa Angst hat, gegen die Europa sich wehrt, und die es dennoch braucht. Die zahllosen Söhne und Töchter, die systematisch ihre Arbeitskraft exportieren,

die Arbeiter in spanischen Gewächshäusern, die Tellerspüler in französischen Restaurants, die Putzkräfte in deutschen Haushalten. Sie kommen mit Booten, versteckt zwischen Lkw-Fracht, per Flugzeug mit einem Besuchervisum, und dann, wenn es Zeit wäre auszureisen, verschwinden sie in den Ritzen einer Gesellschaft, die sie nicht will und doch nicht ohne sie funktionieren kann.

Einer wie Mamadou Ndour, gekommen von der Insel Niodior, gelandet an der Küste Europas, bedrohe den Wohlstand und den Frieden des alten Kontinents, sagen jene, für die es zu viele Fremde gibt in Deutschland, Frankreich, Holland und Spanien.

Mamadou Ndour steht gebückt in einem gigantischen Gewächshaus in Roquetas de Mar an der spanischen Küste



HARTMUT SCHWARZBACH / DER SPIEGEL (L.); LOLO WASSO / AG. FOCUS (R.)

Europa schafft?

und schneidet Zucchini von niedrigen Ranken. „Abknipsen, in die Kiste werfen, nächste suchen, den ganzen Tag einen krummen Rücken.“ Die französischen Worte in seinem Kopf sind nach und nach den spanischen gewichen, er lacht, wenn er sie durcheinanderbringt. „30 Euro für acht Stunden“, sagt Mamadou, „so hatte ich mir Europa nicht vorgestellt.“

Er trägt ein hellbraunes T-Shirt, das zerschlissen ist am Kragen, ein großer junger Mann, 31 Jahre alt. Seit drei Jahren lebt er in Spanien als Clandestino, so nennen Spanier die illegalen Einwanderer. „Eine schwere Arbeit“, sagt er und wirft unter dem Blick des spanischen Bauern das grüne Gemüse in Kisten. Vor kurzem habe er 150 Euro an seine Eltern schicken können.

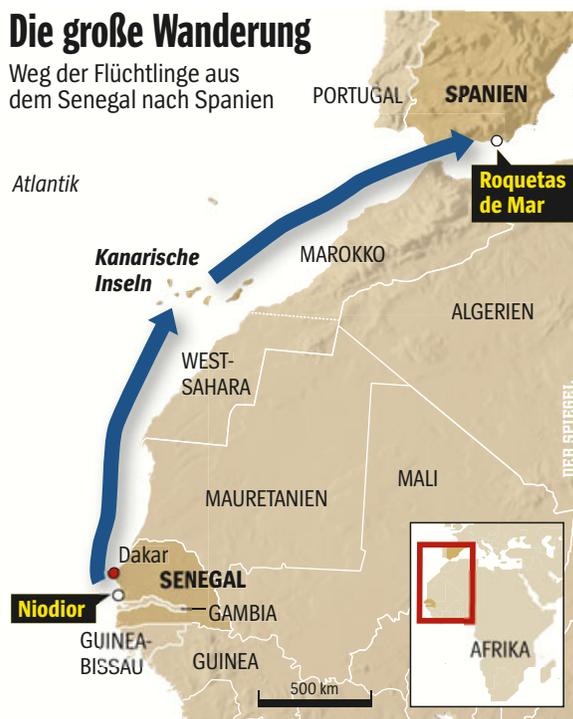
Zu Hause in Niodior war Mamadou Fischer. Er verdiente kaum etwas, genug zum Essen, ja, nicht genug, um Medikamente für seine Eltern zu kaufen. Auch nicht genug, um eines Tages eine Frau glücklich zu machen, sagt er.

Dann habe er Europa im Fernsehen gesehen. Da gab es saubere Städte, hohe Häuser, Leuchtreklamen. Er überlegt einen Moment. „Hier zwischen den Gewächshäusern“, sagt er dann, „komme ich mir

vor, als sei ich nicht in Europa, sondern in einem zweiten Afrika.“ Es gibt kein Licht in der Nacht, kein Einkaufszentrum, keine Restaurants. Nur Staub, Hitze, Arbeit, sagt Mamadou und knipst die nächste Reihe Gemüse ab. „Wir müssen das tun“, sagt er.

Die große Wanderung

Weg der Flüchtlinge aus dem Senegal nach Spanien



Mit „wir“ meint Mamadou sich und die zwei Kollegen, die an diesem Morgen mit ihm im Gewächshaus hocken. Mit „wir“ meint er die vielen anderen jungen Männer aus Niodior, die zusammen in Spanien zwischen den Plastikplanen leben und Geld auf die Insel schicken.

Da ist Almamy Sarr, der eine Schneiderlehre gemacht hat. Da sind die Brüder Seyny und Aliou Thiare, die ihrer Mutter eine Pilgerfahrt nach Mekka schenken möchten. Da ist Moussa Thiare, der mit seiner Arbeit seinen Vater, dessen zwei Frauen und neun jüngere Geschwister finanziert.

Sie waren gemeinsam in der Schule, haben als Kinder unter den Palmen gespielt, sind als Teenager zum Fischen gefahren, sind Nachbarn, Cousins, Brüder oder sonst irgendwie verwandt. Sie wohnen in kleinen Häusern, die sie für ein paar hundert Euro im Monat von den Bauern gemietet haben. Im größten, „la grande maison“, wohnen 25 Jungs auf wenigen Quadratmetern, drei Zimmer, Küche, Bad im Hof, ein paar Sperrmüllsofas, ein paar Betten. „Inzwischen sind wir bestimmt hundert Jungs aus Niodior“, sagt Mamadou Ndour.

Es ist, als sei mit der männlichen Jugend die ganze Kraft der Insel nach Spanien gefahren, um ein zweites Niodior zu gründen. Sie sind das Bankkonto, das ihre Eltern niemals hatten. Sie sind die Hoffnung auf einen Kühlschrank, ein Mobiltelefon.

Eine Milliarde Menschen leben in Afrika, rund 22 Millionen haben ihr Zuhause verlassen. Im Jahr 2009 schickten Wirtschaftsmigranten wie Mamadou Ndour rund 316 Milliarden Dollar in ihre Heimatländer. Allein im Senegal entspricht das Geld, das aus Europa kommt, fast zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Kapitalströme der Migranten sind mittlerweile größer als die Entwicklungshilfe, die das Land erhält.

Wie ändert sich das Leben einer Familie, wenn es einer der Söhne nach Europa geschafft hat?

Auf Niodior herrschen Versuchsbedingungen. Eine Insel, deren wichtigste Geldquelle die Söhne in Roquetas de Mar im Süden Spaniens sind. Monat für Monat verschwinden mehr junge Männer dorthin, sie fahren mit ihren Holzbooten auf die Kanarischen Inseln und werden dann auf das spanische Festland überführt. So gut wie jede Mutter im Dorf hat mittlerweile einen Sohn, der in Spanien lebt.

Die Insel, die sie verließen, gilt als eine der schönsten im ganzen Senegal. Sie liegt im Delta des Flusses Saloume, dort, wo sich das Flusswasser mit dem des Atlantiks mischt. Es gibt ein Gedicht, das



LOLD WASCÓ / AG. FOCUS

Gewächshäuser in Roquetas de Mar: Ohne die Illegalen nicht überlebensfähig

die Kinder schon im Vorschulalter lernen. Es handelt von Fischerbooten, die im Wasser dümpeln, es handelt von den Kokospalmen am Ufer und von dem weißen Muschelteppich, der bei jedem Schritt unter den Füßen knirscht. So ist Niodior.

6704 Menschen leben hier, das hat die letzte Zählung ergeben. Sie fangen Doraden und Zackenbarsche für ihr Thieboudienne, den Reis mit Fisch. In den Morgenstunden, wenn Ebbe ist, ziehen die Frauen ins Watt und sammeln Muscheln. Sie ernten die Hirse, die sie säen, holen das Wasser aus dem Brunnen, Strom gibt es nur in wenigen Häusern, Touristen verirren sich selten in die Gegend, Autos, Supermärkte, Internetcafés: gibt es nicht.

Es ist ein einfaches, ein ursprüngliches Leben in Niodior. Es gibt weder Krieg noch echten Hunger. Aber der Mensch braucht mehr als Nahrung und einen sicheren Ort. Mit den ersten Fernsehern, den ersten Auswanderern, die von Spanien sprachen, die Geld schickten und Häuser bauten, kamen auch ein paar Träume auf die Insel. Träume, für die man Geld braucht. Geld, das man in Europa finden kann.

Der Kreislauf des Geldes beginnt früh, um 5.30 Uhr am Morgen. Während in Niodior der Muezzin zum ersten Gebet des Tages ruft, werfen sich Mamadou

Ndour, Almamy Sarr und Moussa Thiare in Spanien ihre leuchtend gelben Schutzwesten über die Arbeitskleider.

Sie steigen auf ihre Fahrräder. Im Wegelabyrinth der Gewächshäuser gibt es keinen Bus, die Straßen sind aus Staub und Geröll, einen Führerschein haben sie nicht. Sie fahren in die Dunkelheit hinaus.

Die Gründe, warum Menschen ihr Zuhause verlassen, über Grenzen gehen, Wüsten durchqueren, ihr Leben auf dem Meer riskieren, sind vielfältig. Weltweit haben rund 200 Millionen ihr Land verlassen, um an einem anderen Ort ein Leben zu finden, das schätzen die Vereinten Nationen. Etwa ein Drittel der internationalen Migranten zieht es in ein Land mit höherem Entwicklungsstatus. Menschen aus den Krisengebieten Asiens, die sich auf den Weg nach Australien machen. Mexikaner, die nach Nordamerika wandern, von Grenzwächtern gejagt. Osteuropäer, die es

ins Gebiet der EU schaffen wollen, Menschen aus dem Nahen Osten, die über Griechenland den Eintritt nach Europa suchen.

Es gibt „echte Flüchtlinge“, Menschen, die wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung ihre Heimat verließen, so definiert es die Genfer Flüchtlingskonvention. Es gibt Umweltflüchtlinge, Klimaflüchtlinge, Binnen-

flüchtlinge. Und es gibt Menschen wie Almamy Sarr.

Er ist ein Freund von Mamadou Ndour, ein kräftiger Junge, 24 Jahre alt, die, die ihn kennen, nennen ihn Ili-Boy. Seit drei Jahren ist er in Spanien. Zu Hause, erzählt er, wartet seine Schwester Mariatou mit zehn Kindern auf sein Geld, seine Oma, 102 Jahre alt, ein Onkel und die Mutter, alleinerziehende Witwe mit drei Kindern. Er sagt: „Ohne unser Geld aus Spanien bliebe das Leben in Niodior einfach stehen.“

Almamy Sarr erzählt von seiner zweijährigen Schneiderausbildung, er mag Festkleider mit Stickereien. Aber in Niodior, sagt er, gab es keinen Markt dafür. In Niodior fehlte das Geld, also beschloss Sarr, zu gehen.

Zuerst nach Gambia, dort fand er Arbeit in einer Schneiderei auf dem Markt. Auch seine Mutter kam nach Gambia, arbeitete als Waschfrau, weil sie in Niodior nicht mehr genug verdienen konnte, seit der Mann gestorben war. „Eigentlich bin ich nur für meine Mama hier“, sagt Almamy Sarr, den Gedanken, dass sie so schwer arbeiten müsse, könne er nicht ertragen. „Ich will so viel verdienen, dass sie nach Niodior zurückkehren kann.“

Wenn man Sarr so reden hört, bekommt man das Gefühl, dass er sich zum Sklaven seiner Familie macht. Es klingt, als würde er nicht für sich selbst leben; eine merkwürdige Selbstlosigkeit, mit der viele Flüchtlinge ihre Welt betrachten.

Das mag daran liegen, dass sie von klein auf mit dem Bewusstsein aufgewachsen sind, dass es zur Pflicht eines Sohnes gehört, eines Tages für die Familie zu sorgen. Wahrscheinlich liegt es auch daran, dass sie von ihren Kindern dasselbe erwarten werden. Ein paar Jahre Selbstausbeutung, so scheint es, gehören für sie zum Leben dazu.

Sarr biegt links ab, dann wieder rechts, lässt die anderen hinter sich, ein paar Kilometer im Zickzack zwischen den Plastikplanen hindurch, und plötzlich scheinen sie von überall zu kommen, die schwarzen Männer auf ihren Mountainbikes. An jeder Biegung strömen neue hinzu, bilden einen Treck der billigen Arbeiter. Ihr Ziel sind die Kreuzungen und Verkehrskreisel.

Kreuzungen sind die Arbeitsämter der Illegalen. Hier sammeln die Bauern von Roquetas ihre Tagelöhner ein.

Ein Großteil der spanischen Obst- und Gemüse-Exporte stammen aus dieser Region um Almería, mit 40 000 Hektar ist es eines der größten Treibhaus-Anbaugelände weltweit. Wahrscheinlich ist es auch eine der größten Ansiedlungen illegaler Einwanderer. Arbeiter wie Almamy Sarr werden hier geduldet, obwohl sie ohne Papiere sind. Das liegt daran, dass das spanische Einwanderungsrecht inkonsequent ist: Bootsflüchtlinge dürfen nicht

Sie kommen mit Booten, versteckt auf Lkw, per Flugzeug mit Besucher-visum.



LOUIS VASCO / AG. FOCUS

Arbeitsmigranten Ndour, Sarr: „30 Euro für acht Stunden“

länger als 60 Tage im Flüchtlingslager festgehalten werden. Wenn sie bis dahin nicht abgeschoben werden konnten, werden sie freigelassen und tauchen in der Illegalität unter.

Es liegt wahrscheinlich auch daran, dass dieses gigantische Anbaugelände ohne Arbeiter wie sie gar nicht existieren könnte. Die Landwirte sind angewiesen auf die billige Arbeitskraft. Nur so können sie die Preise niedrig halten, für Zucchini, Tomaten, Gurken, Melonen, die später in den Supermarktregalen Mitteleuropas landen. Roquetas de Mar ist ein Laboratorium der EU-Außen-, -Wirtschafts- und -Entwicklungspolitik zugleich.

Almamy Sarr parkt das Rad an einer Weggabelung, schaut sich um, „nicht zu voll“, sagt er und lehnt sich mit zwei anderen Jungen an einen rot-weiß gestreiften Schlagbaum nahe der Straße. Sie schauen in die Ferne auf das Meer aus weißer Plastikfolie, das glänzt im ersten Tageslicht. Sie gähnen, warten.

Der erste Lastwagen fährt vorbei. Der Bauer guckt, aber hält nicht an. Sie warten weiter, der nächste kommt, fährt weiter, so geht das jeden Tag.

Die, die Glück haben, so wie Mamadou Ndour und Moussa Thiare, springen jetzt auf die Ladefläche eines Lkw, unter grüne und blaue Planen, und fahren zu den Melonenfeldern, den Gurken- und Zucchiniplantagen hinaus.

Die, die Pech haben, wie Almamy Sarr, warten stundenlang, ohne dass etwas geschieht. In der letzten Zeit, sagt Almamy Sarr, werden die Pechtage häufiger.

„Wir sind zu viele geworden“, sagt er, die Kapazitäten von Roquetas de Mar seien langsam erschöpft. Ständig kommen Nachrücker aus der Heimat, „und wir nehmen sie auf“, sagt Almamy Sarr, „Familie“. Wenn einer kein Geld für die Miete habe, bezahlten die anderen mehr; wenn einer kochen könne, dann tue er das für alle; wenn einer Geld für Kleider brauche, dann legten sie zusammen.

„Ohne unser Geld aus Spanien bliebe das Leben in Niodior einfach stehen.“

Aber seit der Wirtschaftskrise, sagt Sarr, sei die Arbeitslosigkeit in Spanien so sehr gestiegen, dass sie nicht mehr nur untereinander konkurrieren, sondern immer häufiger auch mit Spaniern, die hier versuchen, schwarzes Geld zu verdienen. In Spanien stieg die Arbeitslosenrate unter Migranten 2009 auf 27 Prozent, 2008 waren nur 16 Prozent arbeitslos. Auch an diesem Morgen geht Almamy Sarr ohne Arbeit zurück nach Hause.

Am Nachmittag, als die anderen zurückkehren vom Zucchiniplücken, Gurkenplücken, Paprika, haben sie 33 Euro verdient, das ist der Standardlohn für acht, neun Stunden Arbeit.

Sie duschen, beten, setzen sich um einen Plastiktisch, essen Fisch und Reis, fast wie zu Hause, während im Fernseher senegalesische Musikvideos laufen. Einige

von ihnen tragen nun ihren Tagesverdienst in kleine Notizbücher ein und fangen an zu rechnen. 600 Euro, so viel hat Mamadou Ndour am Ende des Monats verdient. Bei Almamy Sarr ist es weniger. Issa Diouf, mit 40 Jahren der Älteste im Haus, kommt auf 839 Euro, das liegt daran, dass er eine Anstellung für mehrere Wochen am Stück gefunden hat.

Jetzt, am Monatsende, wird zusammengezählt, was übrig bleibt von einem Monat in den Feldern, abzüglich Miete, Essen, Kleidung und was man in Europa sonst noch zum Leben braucht. Die Männer gehen dann mit ihrem Ersparnen in das kleine Internetcafé, wo sie telefonieren, mailen und Geld versenden können. Sie schieben ein paar Scheine über den Tresen. Es ist ihre private Entwicklungshilfe, erarbeitet auf dem Kontinent ihrer Träume, erarbeitet für den Kontinent ihrer Väter. Die Reise ihres Geldes beginnt.

Der Weg des Geldes führt rund 3000 Kilometer weiter in das kleine Western-Union-Büro in Niodior, einen flachen Bau, auf einem sandigen Dorfplatz gelegen. Hinter dem Schalter eine Dame im Kostüm, sie ist vom Festland gekommen und gibt das Geld aus. Die wichtigste Frau im Dorf, wenn man so will.

„Bis zu 80 Transaktionen am Tag“, sagt sie. Am Ende des Monats, wenn all die Söhne, Brüder, Ehemänner das Geld aus Spanien schicken, gehe die Schlange der Wartenden bis auf den Platz hinaus und um die Ecke, sagt sie. Auch die Eltern von Mamadou Ndour, Moussa Thiare und Almamy Sarr reihen sich dann ein und bekommen die Arbeit ihrer Söhne in blauen und roten Banknoten ausbezahlt.

Es ist der Moment, in dem in Niodior eine Bewegung einsetzt. Auf einmal wird gebaut, gekauft, investiert. Die Zahl der Kühlschränke nimmt zu, die der Betten in den Wohnungen und der bessergekleideten Frauen auf den Straßen. Wie bei einem Mühlrad, das mit Wasser in Bewegung gesetzt wird, setzt der monatliche Geldfluss im Dorf einen Entwicklungsprozess in Gang.

Es ist früh am Morgen in Niodior, Moussa Thiare stellt sich wie jeden Tag in Spanien an die Kreuzung, als seine Familie mal wieder beschließt, das Geld aus Europa auf die Felder zu tragen.

Es steckt in einer Kalebasse, die die Mutter auf dem Kopf trägt, darin mehrere Kilo Hirsesaat, dazu ein getrockneter Reptilienkopf und ein paar Gebinde aus Leder, Glücksbringer, die sie für eine gute Ernte beim Marabut gekauft haben.

Sie tragen einfachste Geräte bei sich, lange Stöcke mit Metallteilen daran. Moussa hat zuletzt 50000 CFA-Franc geschickt, umgerechnet circa 75 Euro. „Zuerst kaufen wir davon Nahrungsmittel für alle“, erzählt der Vater, ein kleiner Mann mit roter Schirmmütze. Er kaufe einen großen Sack Reis für 17 500 Franc, der rei-



Western-Union-Büro in Niodior: Bis zu 80 Überweisungen aus Spanien am Tag

che für 20 Tage, dann die Saat für die Hirse, 250 Franc pro Kilo, 50 Kilo brauche er für das ganze Feld. Kleider für die Kinder, Schulsachen.

Der Weg dauert beinahe eine Stunde, er führt durch heißen Sand und Mangrovenwälder, vorbei an einer Reihe quadratischer Grundstücke, die durch Palmenblätter und Holzzäune getrennt sind. Darauf stapeln sich graue Ziegelsteine, mal sind es nur 50, mal sind es ein paar hundert. Es ist das erste Neubaugebiet von Niodior.

Sita, der zweitälteste Sohn, das gleiche runde Gesicht wie Moussa, geht voran, „hier“, sagt er, „das sind die Steine von Moussa“. Immer wenn etwas übrig bleibt am Ende des Monats, trägt seine Familie das Geld zu den Ziegelmachern im Dorf. Er zeigt auf einen kleinen Haufen, genügend Steine für ein, zwei Zimmer vielleicht, das Ergebnis von vier Jahren Arbeit in Spanien. Ein Sack Zement kostet 4300 Franc. Für eine Tonne brauchen sie 20 Säcke Zement, für ein Haus brauchen sie 20 Tonnen. Man kann sich ausrechnen, wie lange Moussa für seinen Traum noch brauchen wird.

Die einen schicken ihre Söhne nach Europa, die anderen versuchen, sie auf-

zuhalten. Während Moussa in Spanien von der Arbeit zurückkehrt, beginnt in Almería, im Erdgeschoss eines Viersternehotels, ein Kongress. Sicherheitsleute bevölkern die Lobby, Männer von der Küstenwache, Männer von der Guardia Civil, der Policía Municipal in grünen und blauen Uniformen. Es gibt Kekse und Kaffee, und es gibt ein Briefing zu der Frage, wie man Menschen wie Moussa am effektivsten stoppen kann.

Veranstalter des Kongresses ist Frontex, jene EU-Grenzschutzbehörde mit Sitz in Warschau und dem Auftrag, die Abwehr illegaler Einwanderung nach Europa zu organisieren. Mit Booten, Flugzeugen, Helikoptern fangen Grenzpolizisten, koordiniert von Frontex, Flüchtlinge ab, bewegen sie zur Umkehr. Ihr Einsatzgebiet erstreckt sich von den afrikanischen Küsten über die Kanarischen Inseln bis in die Straße von Sizilien.

106 000 Menschen wurden laut Frontex im vorigen Jahr bei dem Versuch gestoppt, illegal nach Europa zu gelangen. Auch in den Gewässern des Senegal haben die EU-Staaten das Aufgebot verstärkt, Flugzeuge suchen nun den Atlantik zwischen Westafrika und den Kanarischen Inseln nach Flüchtlingsbooten ab

und bringen sie, so schnell es geht, zurück ins Herkunftsland.

Das führt dazu, dass die Zahlen der Flüchtlinge, die es über Spanien nach Europa versuchen, langsam zurückgehen. Das führt aber auch dazu, dass die immer gefährlichere Routen nehmen und die Zahl derjenigen steigt, die probieren, über die Ägais nach Europa zu kommen.

Mamadou Ndour, Moussa Thiare und die anderen in Spanien sagen, sie versuchen, ihren Brüdern und Freunden in Niodior davon zu erzählen, wie schwer es in Europa und auf dem Weg dorthin geworden ist. Dass die Arbeit weniger geworden ist, die Reise gefährlicher.

Aber die Träume, die Bilder im Fernsehen scheinen stärker als jede Warnung zu sein.

Der Nächste, der aus dem senegalesischen Niodior ins spanische Niodior aufbrechen wird, ist Sita Thiare, der kleine Bruder von Moussa. „Ich weiß, dass die Reise gefährlich ist“, sagt sein Vater, wenn eine Familie ein Jahr lang nichts vom Sohn hört, wird er für tot erklärt und der Imam eingeladen für eine Zeremonie. Er kenne viele Familien, bei denen es so gewesen sei, sagt er, „aber wir alle zählen doch auf Sita“, sagt er dann, in ein paar Monaten habe er, inshallah, das Geld für seine Überfahrt zusammen. ◆

Die Träume, die Bilder im Fernsehen scheinen stärker als jede Warnung zu sein.



Zwei Minuten über Hitler

Ortstermin: In Berlin-Grünwald erinnert sich der älteste noch lebende Flugpionier an sein Rendezvous mit dem Führer.

Der ältere Herr dort auf dem Sofa hätte den Zweiten Weltkrieg verhindern können. „Ja, das hätte ich wohl“, sagt er. Über ihm hängt ein Ölbild mit einer Hafenszene. Es hätte keinen Holocaust gegeben, keinen Überfall auf Polen, keine 60 Millionen Toten, vielleicht auch kein Hiroshima. „Das wäre wohl alles nicht passiert“, sagt der ältere Herr und streicht sich seinen blauen Pull-over glatt. „Aber dann habe ich es ja doch nicht getan.“

Richard Perlia ist 105 Jahre. Flugpioniere werden gewöhnlich nicht so alt. Er sitzt zusammengeklappt auf seinem Sofa. Seine Frau, auch sie hochbetagt, bringt Plätzchen.

Perlia hat seinen Flugschein bei der „Klemm Flugschule“ in Böblingen gemacht. Das war 1927, auf einer offenen, mit Kaltleim zusammengeklebten Klemm L20. Er wohnt heute im ersten Stock eines Mietshauses in Berlin-Grünwald. Die beiden Treppen schafft er noch an guten Tagen.

„Es war ein Flettner FL 265“, sagt Perlia. Dann macht er eine lange Pause, atmet schwer, und man weiß nicht, ob man jetzt nicht lieber gehen sollte. Aber dann geht es wieder. Irgendwie ging es immer weiter im Leben dieses Mannes.

Es war der 3. Juli 1939, acht Wochen vor Kriegsausbruch, Perlia sollte als Testpilot auf der Luftfahrterprobungsstelle Rechlin einen Hubschrauber-Prototyp vorführen, den FL 265.

„Auf der Tribüne saßen sie alle. Hitler, Göring, Keitel, Rommel, Generalinspekteur Milch – und Ernst Udet, mein Fliegerkamerad und Freund. Charles Lindbergh war auch da.“ Der Atlantiküberquerer. Perlia spricht mit dünner Stimme und macht längere Pausen zwischen den Halbsätzen. Manchmal muss seine Frau die Sätze zu Ende bringen. Perlia ist auf einem Auge erblindet und bittet darum, die Fragen lauter zu stellen. „Dieses furchtbare Alter“, sagt er.

„Ich durfte eigentlich nicht über der Tribüne aufsteigen. Aber ich tat es trotzdem. Zwei Minuten lang schwebte ich in der Luft. 50 Meter über der Nazi-Führung. Ich dachte: Wenn jetzt die Zün-

dung ausfällt, sind die alle verbrannt und weg.“

Damals ließ die Hubschrauberkonstruktion noch keine Autorotation zu, die einen Absturz abgedämpft hätte. „Wie ein Klavier aus dem vierten Stock wäre ich runtergekracht“, sagt Perlia. Und der Angriff auf Polen hätte wohl abgesagt werden müssen.

Aber Richard Perlia war kein Attentäter. Der Gedanke da oben, 50 Meter über der Tribüne, war eher ein Kokettieren mit dem Möglichen, wie man es manchmal macht. Eine Vergewisserung der

Perlia erzählt, wie er 1929 seinen kleinen Hanomag, Typ „Kommissbrot“, verkaufte, für das Geld eine Höhensonne erwarb und das erste Sonnenstudio Berlins aufmachte. Wie eine Kundin sich verbrannte und er sich einer Verhaftung entzog, nach Istanbul durchschlug und als Kohlentrimmer zurückkam. Wie er waghalsig auf dem Zugspitzplatt landete und wie er nach dem Weltkrieg die bekannten Fotos vom Arbeiteraufstand in Ost-Berlin machte, die Robot-Kamera versteckt in einem ausgehöhlten Ratgeberbuch.

Die Geschichten trudeln durcheinander und klingen nach Karl May und Casanova und sind doch alle wahr. Das Leben des Richard Perlia unterscheidet sich ziemlich von dem, was Leute tun, um ihre Facebook-Seiten zu füllen.

Sein Freund, die Fliegerlegende Ernst Udet, erschoss sich selbst. Die anderen Kollegen stürzten ab, verbrannten, sind verschollen oder verstorben. Perlia ist übrig geblieben. Immer war er es, der Glück hatte. Einmal kam er zu spät vom Mittagessen zur Luftakrobatik, da stürzte ein anderer ab. Einmal wurde er von der Gestapo verhaftet, aber dann doch nicht erschossen. Einmal, in Berlin, wollte eine Rotarmistin ihn liquidieren lassen, aber dann stellte sie ihn doch als Fotografen ein. Und immer fand sich dann doch noch ein flaches Stück Wiese, um in

letzter Sekunde notzulanden, stets mit dem „allerletzten Tropfen Sprit“.

So steht es in dem Buch, das Perlia geschrieben hat. Es liegt auf dem Couchtisch und heißt „Mal oben, mal unten“.

Die zwei Minuten in der Luft über der Erprobungsstelle Rechlin, am 3. Juli 1939, waren nur im Nachhinein die wichtigsten dieses Lebens. Und nur für die Nachgeborenen. Für Perlia waren es nur zwei Minuten im vibrierenden, ohrenbetäubenden Inneren einer Flugmaschine, die auf wunderbare Weise in der Luft stand. Und er am Steuerknüppel. Maschinen müssen laufen.

„Ich hab's gelassen“, sagt Richard Perlia. Und ist dann lieber alt geworden.

ALEXANDER SMOLT CZYK



Ex-Pilot Perlia in Berlin: „Hitler hatte die Hosen voll“

menschlichen Freiheit und der Kontinenz der Welt.

„Na ja“, sagt Richard Perlia.

Dann erinnert er sich, wie er schon einmal Hitler getroffen hatte, 1932, als der noch gar nicht Reichskanzler war. „Er landete auf unserer Flugschule in Aachen, mit einer Rohrbach Roland“, sagt Perlia. „Was wird denn hier geflogen?, fragte er mich. Sportflugzeuge, sagte ich. Na, das wird sich bald ändern, sagte er.“

Perlia machte ein Foto, auf dem Hitler eine ziemlich alberne Pilotenmütze trägt. „Man sah, wie unwohl dem Hitler beim Fliegen war.“ Er hustet, macht eine längere Pause. „Der hatte auf gut Deutsch die Hosen voll.“

STEUER-CD

Zweifelhafte Qualität

Offenbar hat die Steuerfahndung Münster Probleme mit der Qualität jener Kundendaten aus der Schweizer Privatbank Julius Bär, die vom Land Nordrhein-Westfalen für 1,4 Millionen Euro angekauft wurden (SPIEGEL 42/2010). Die Steuerfahnder klingelten angeblich in mehreren Fällen bei Unschuldigen. Davon betroffen war eine Lokalpolitikerin aus dem Düsseldorfer Raum, die 400 000



Julius-Bär-Bank-Zentrale in Zürich

Schweizer Franken bei Julius Bär angelegt haben soll. Die Steuerfahnder machten ihr auch gleich die Rechnung auf: 50 000 Euro sollte sie sofort an die Staatskasse überweisen. Die Politikerin, die inzwischen anwaltlich vertreten wird, beteuerte, weder sie noch jemand aus ihrer Familie hätten jemals Geld in der Schweiz angelegt. Seit Wochen bemüht sie sich um eine Bestätigung des Bankhauses. Doch das tut sich schwer mit einer Bescheinigung, schließlich sei die Frau keine Kundin.



Großaktionäre Wolfgang Porsche, Ferdinand Piëch

KONZERNE

Mehr Macht für Porsche und Piëch

Die Familien Porsche und Piëch können noch deutlich mehr Einfluss und Macht beim VW-Konzern erhalten als bekannt. Bislang war eine Verschmelzung des VW-Konzerns mit der Porsche Automobil Holding SE vorgesehen. Danach hätten die beiden Familien an dem vereinten Automobilunternehmen einen Anteil zwischen 35 und 39 Prozent der Stammaktien. Niedersachsen und Katar hätten jeweils rund 20 Prozent. Doch nun kann sich die für 2011 vorgesehene Verschmelzung verzögern, weil Steuer- und Rechtsfragen nicht rechtzeitig geklärt werden können. Möglicherweise kommt die Vereinigung der Konzerne auf diesem Weg überhaupt nicht mehr zustande, sagt VW-Finanzchef Hans Dieter Pötsch. Dann bliebe die Porsche Automobil Holding SE bestehen. Über sie halten die Familien Porsche und Piëch 45,7 Prozent der Stimmrechte am VW-Konzern. Sie könnten also über einen deutlich höheren Anteil an Europas größtem Automobilhersteller verfügen. Vor allem aber könnten die beiden anderen Großaktionäre, Niedersachsen und Katar, die Familien nicht überstimmen. Top-Manager des VW-Konzerns bezweifeln deshalb, dass es noch zu einer Verschmelzung kommen wird. Die Familien würden sich dadurch selbst schwächen.



Beschäftigte von Tank & Rast-Autobahnraststätten bekommen den Kostendruck, der auf die Pächter ausgeübt wird, deutlich zu spüren. Während die Pächter bislang Stundenlöhne von rund 10 Euro bezahlten, erhalten

neue Mitarbeiter in vielen Betrieben nur noch 7,50 Euro. „Das System Tank & Rast führt zu einer deutlichen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen“, sagt Tim Lubecki, Geschäftsführer bei der Gewerkschaft Nahrung-

Autobahnraststätte

Genuss-Gaststätten (NGG). An der Raststätte Leipheim Süd an der A8 organisierte die NGG bereits Anfang Oktober einen ersten Warnstreik. Weitere Arbeitsniederlegungen sollen folgen. Ziel ist ein Haustarifvertrag mit Einstiegsgehältern von mindestens 8,50 Euro brutto. Dies entspräche in etwa dem Stundenlohn des Hotel- und Gaststättengewerbes Bayern für angelerntes Personal nach vier Monaten Zugehörigkeit. Tank & Rast gehört dem Finanzinvestor Guy Hands und dem Infrastrukturfonds Reef der Deutschen Bank. Seit der Privatisierung des ehemaligen Staatsbetriebes 1998 klagen Pächter über die strikten Vorgaben des Unternehmens Tank & Rast, das damit seine Rendite erhöhen will. Zuletzt war es in die Kritik geraten, weil es die Toilettengebühren auf 70 Cent anheb.

MANAGER

Mehdorn dockt bei Roland Berger an

Der neue Chef der Münchner Unternehmensberatung Roland Berger, Martin Wittig, 46, setzt offenbar verstärkt auf ehemalige Spitzenkräfte aus Politik und Industrie, um sich von Wettbewerbern wie McKinsey oder Boston Consulting abzuheben. Bereits vor einigen Wochen wurde bekannt, dass der frühere Hamburger Oberbürgermeister Ole von Beust nun als sogenannter Senior Advisor für die Consulting-Firma arbeitet. Auch der ehemalige Finanzvorstand des baden-württembergischen Energieversorgers EnBW Rudolf Schulten bringt seine Erfahrungen bei der Beratungsfirma ein. Weitgehend unbekannt war bisher,

dass bereits seit längerem ein weiterer prominenter Ex-Manager Wittigs Truppe unterstützt: der frühere Bahn-Chef Hartmut Mehndorn. Nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsunternehmen im April 2009 gründete er zusammen mit dem ehemaligen Dresdner-Bank-Vorstandschef Herbert Walter und Ex-Bahn-Finanzvorstand Diethelm Sack eine Bürogemeinschaft. Nebenher steht er seit gut einem Jahr auch den Münchnern mit Rat und Tat zur Seite. „Das ist der richtige Weg“, sagt Berger-Chef Wittig, „wir kombinieren das Know-how von Hochschulabsolventen mit der Erfahrung von langjährigen Spitzenmanagern aus der Industrie.“

WELTHANDEL

„Deutschland würde bestraft“

Michael Burda, 51, Ökonom an der Berliner Humboldt-Universität, über den Vorschlag von US-Finanzminister Timothy Geithner, Länder mit hohen Handelsüberschüssen oder -defiziten zum Gegensteuern zu verpflichten



AUF SCHLAGER / CHIRO

SPIEGEL: Was halten Sie von Geithners Idee?

Burda: Ich finde solche Eingriffe abwegig und nicht praktikabel. Man kann die globalen Ungleichgewichte nicht beheben, indem man Strafen verhängt. Solche Mittel sind untauglich.

SPIEGEL: Was bedeutet der Vorschlag für den Exportstandort Deutschland?

Burda: Deutschland würde dafür bestraft, dass es sich in den vergangenen Jahren angestrengt hat, wieder wettbewerbsfähig zu werden, mit der Folge, dass sich deutsche Güter am Weltmarkt glänzend verkaufen. Ich fände es merkwürdig, wenn andere Länder dafür belohnt würden, dass sie ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben.

SPIEGEL: Der US-Finanzminister schlägt vor, dass Deutschland seine Exportlastigkeit verringert, indem es etwa durch Steuererleichterungen die heimische Nachfrage ankurbelt.

Burda: Dafür sind aber keine Strafen nötig. Die Binnennachfrage wird in der nächsten Zeiten von ganz allein gestärkt. Dafür werden die Gewerkschaften in den kommenden Lohnrunden schon sorgen.

SPIEGEL: Wie lässt sich das Ungleichgewicht zwischen Export- und Importländern wieder ins Lot bringen?

Burda: So etwas lässt sich nicht steuern, es wird sich im Laufe der Zeit von allein korrigieren. Die Chinesen werden sich mehr auf ihre Binnenkonjunktur konzentrieren, und der amerikanische Mittelstand wird sich anstrengen, exportfähige Produkte herzustellen, da bin ich optimistisch.



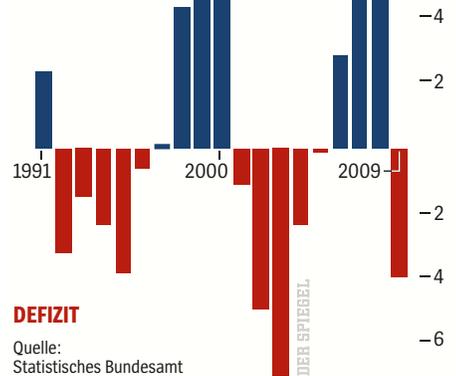
HERO LANG / DAPD

Containerterminal in Bremerhaven

Labile Finanzen

Überschüsse und Defizite der Gemeinden, in Milliarden Euro

ÜBERSCHUSS



DEFIZIT

Quelle: Statistisches Bundesamt

GEMEINDEFINANZEN

Überraschende Überschüsse

Viel besser als bislang angenommen ist die Finanzsituation deutscher Kommunen. Seit der Wiedervereinigung haben Städte und Gemeinden einen Überschuss von 6,6 Milliarden Euro erzielt. Über die Jahre verteilt schwanken die Einnahmen jedoch stark. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW) an diesem Mittwoch vorstellt. Die von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) angestrebte Reform der Gemeindefinanzen müsse daher nicht die Steigerung von Einnahmen zum Ziel haben, so die Ökonomen. „Wichtiger ist, dass die Einnahmen verlässlicher werden“, sagt Ralph Brügelmann, Mitautor der Studie. Zu diesem Zweck schlägt das wirtschaftsnahe IW vor, die stark von der Konjunktur abhängige Gewerbesteuer aufzugeben. Eine Hauptfinanzierungsquelle der Kommunen solle künftig die Umsatzsteuer sein. Einnahmen aus der Umsatzsteuer sind verlässlicher als die Erträge aus anderen Steuern. Im Gegensatz zur Gewerbe-, Körperschaft- und Einkommensteuer stieg das Aufkommen daraus sogar im Krisenjahr 2009. Die IW-Ökonomen legen bei ihren Berechnungen auch Einnahmen zugrunde, die nicht direkt die Kassen der Gemeinden füllen, ihnen aber dennoch zugute kommen. Das sind vor allem Investitionszuschüsse der Bundesländer für kommunale Eigenbetriebe wie etwa Stadtwerke.

Hochtief-Baustelle in Berlin

INDUSTRIEPOLITIK

Angst vor dem Ausverkauf

Nach Hochtief droht auch anderen deutschen Konzernen die feindliche Übernahme durch ausländische Wettbewerber. Während Frankreich und Spanien die eigene Industrie schützen, macht es Deutschland den Eroberern besonders leicht. Doch die Regierung will daran nichts ändern.

Jetzt kann nur noch ein Scheich helfen. So hoffnungslos scheint die Lage von Hochtief. Der spanische Konzern ACS will den deutschen Baukonzern übernehmen, er hält bereits über 29 Prozent der Aktien. Wenn ein Staatsfonds aus dem Morgenland bei Hochtief einsteige, wäre der Vormarsch der Spanier abgewehrt.

Die Kanzlerin selbst stellte die Verbindung her. Bei einem Empfang des Bundespräsidenten Christian Wulff im Schloss Bellevue brachte Angela Merkel Hochtief-Chef Herbert Lütkestratkötter mit dem Wirtschaftsminister von Katar zusammen.

Aber Katar ist noch unentschieden. Genauso wie die deutsche Bundesregierung, die in Sachen Hochtief einen seltsamen Zickzackkurs fährt.

Am vorvergangenen Freitag sagte Regierungssprecher Steffen Seibert, Berlin werde prüfen, ob das Übernahmegesetz geändert werden soll. Die Kanzlerin sei gegen eine Zerschlagung des Baukonzerns und auch gegen eine Verlagerung der Essener Konzernzentrale von Hochtief.

Drei Tage später war die Prüfung offenbar schon abgeschlossen. Am Montag sagte Seibert, eine Verschärfung des Übernahmegesetzes sei „nicht sinnvoll“. Man werde das weitere Geschehen um Hochtief als „interessierter Beobachter“

verfolgen, was die Spanier kaum beeindrucken dürfte.

Und so sieht es ganz danach aus, als würde ein deutscher Baukonzern, der kerngesund ist und so gut wie keine Schulden hat, von einem ausländischen Rivalen übernommen, der hochverschuldet und möglicherweise nur an der Zerschlagung des Unternehmens interessiert ist.

Die Spanier bestreiten eine solche Absicht. Aber nach einer Übernahme von Hochtief könnten sie Konzerntöchter des Essener Bauunternehmens verkaufen und die eigene Verschuldung verringern.

Für Wirtschaftsminister Rainer Brüderle ist das freie Marktwirtschaft. Man kann es aber auch anders sehen: als Perversion der Marktwirtschaft. Belohnt wird nicht der Tüchtige, der erfolgreich gewirtschaftet hat, sondern der Trickreiche, der die laschen deutschen Gesetze nutzt, um seinen Konkurrenten zu einem Spottpreis zu übernehmen.

In Deutschlands Wirtschaft geht nun die Angst vor einem Ausverkauf um. Hochtief dürfte erst der Anfang sein. Auf deutsche Unternehmen rollt nach Einschätzung vieler Experten eine Übernahmemelle zu. An attraktiven Zielen mangelt es nicht. Rund ein Dutzend der hundert größten Konzerne hierzulande gilt als gefährdet. Sie haben wenig Schulden, viele Barmittel und erwirtschaften ordent-

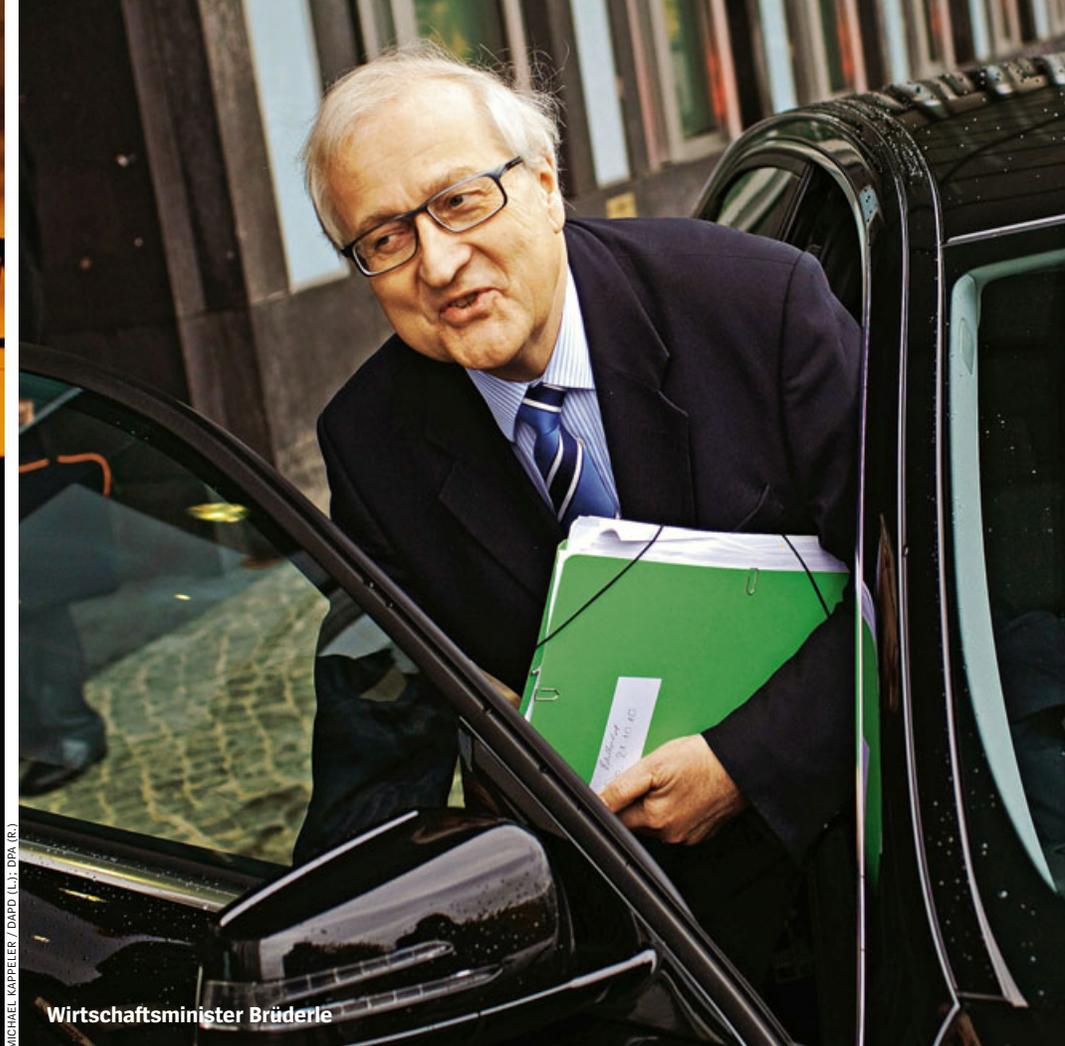
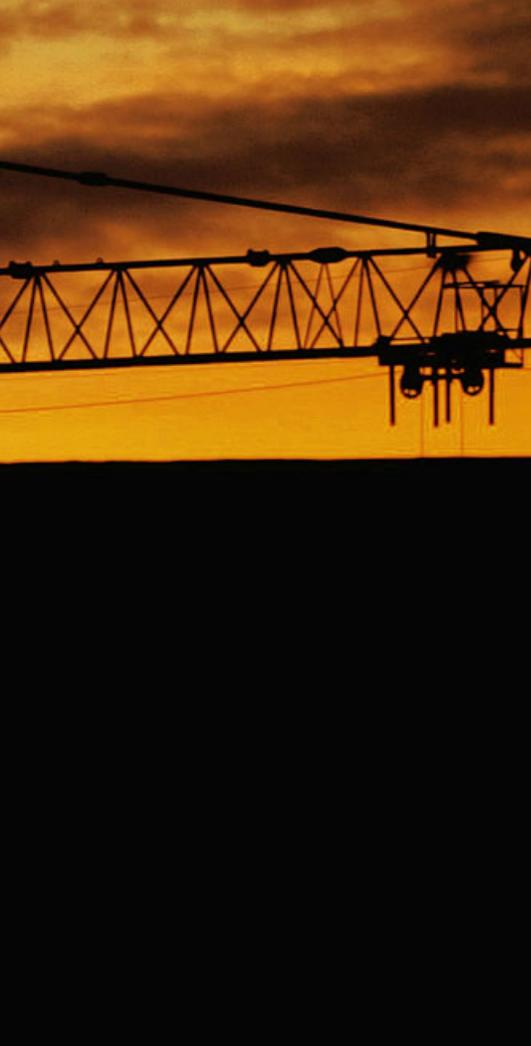
liche Gewinne. Aber an der Börse sind sie relativ niedrig bewertet.

Es sind Unternehmen wie Infineon, Rheinmetall, MTU Aero Engines, der Halbleiterhersteller Aixtron und das Biotechnikunternehmen Qiagen beispielsweise, die nach Einschätzung des „Handelsblatts“ zu den potentiellen Opfern zählen (siehe Grafik). Sie haben keinen Großaktionär, der eine Übernahme verhindern könnte. Und ihr Unternehmenswert ist im Vergleich zum Gewinn sehr niedrig. Das heißt: Ein Käufer könnte mit den ausgeschütteten Gewinnen schon in wenigen Jahren den Kaufpreis hereinholen.

Aber auch Konzerne aus der ersten Reihe der Dax-Welt könnten betroffen sein, der Energieversorger E.on etwa gilt als lohnender Übernahmefall. Er könnte leicht in seine Einzelteile zerlegt und verkauft werden. Allein der hohe Börsenwert von gut 42 Milliarden Euro erschwert eine Übernahme von E.on.

Doch ganz gleich, welcher deutsche Konzern als Nächstes angegriffen wird: Die Bundesregierung wird den Unternehmen kaum beistehen.

Das hängt mit der wirtschaftspolitischen Grundüberzeugung vieler Regierungsmitglieder zusammen. Die Exportnation Deutschland, die auf offene Märkte angewiesen ist, kann sich nicht selbst abschotten, so das Credo etwa des Wirtschaftsministers.



MICHAEL KAPPELER / DAPD (L.); DPA (R.)

Wirtschaftsminister Brüderle

Die deutsche Zurückhaltung ist aber auch eine Konsequenz aus den Rettungsversuchen für Opel, bei denen die Bundesregierung von dessen US-Mutter General Motors vorgeführt wurde. Eine solche Blamage will sich Angela Merkel nicht noch einmal einhandeln.

Gegen diese Argumente wäre nichts einzuwenden, wenn sich alle an diese Spielregeln hielten. Unglücklicherweise aber haben andere Länder, vor allem Spanien und Frankreich, ein ganz anderes Verständnis von Wirtschaftspolitik.

Gut ist nach ihrer Auffassung nicht, was den freien Kapital- und Warenverkehr fördert. Gut ist nur, was den eigenen Interessen dient.

Wenn ein ausländisches Unternehmen nach einem spanischen oder französischen Konzern greift, dann stürzen sich Staatspräsident Nicolas Sarkozy und Premier José Luis Rodríguez Zapatero persönlich in die Abwehrschlacht.

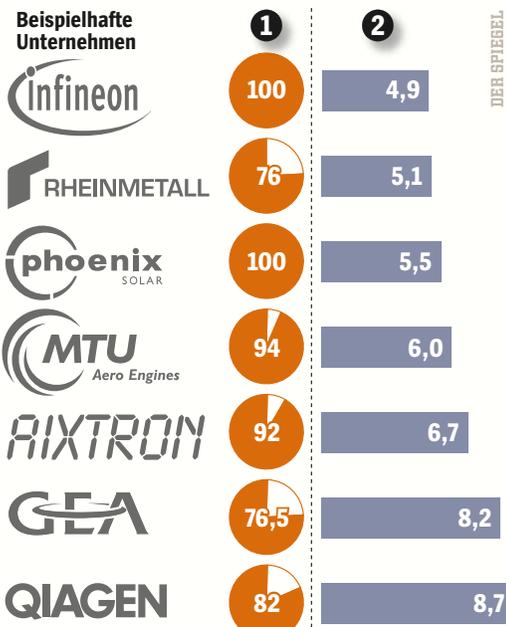
Frankreich setzt dabei nicht nur auf politischen Druck, sondern hat auch eigene juristische Voraussetzungen für Eingriffe des Staates geschaffen. Ausländische Konzerne müssen die Zustimmung der Regierung in Paris einholen, wenn sie bei einem französischen Unternehmen einsteigen wollen, das in einer von elf Schlüsselbranchen aktiv ist.

Die Rüstungsindustrie und die Energiebranche gehören dazu, auch Konzerne

Gefahrenpunkte

Was Unternehmen zu Übernahmekandidaten macht

- 1 Streubesitz ist größer als 75 %
- 2 Ein niedriges Verhältnis von Unternehmenswert zum Ergebnis*. Dieser Wert zeigt, wie viele Jahre es dauert, bis das Unternehmen mit seinem operativen Ergebnis die Übernahmekosten erwirtschaftet hat.



DER SPIEGEL

*Ergebnis vor Steuern, Zinsen und Abschreibungen (Ebitda) 2010; Quelle: LBBW, „Handelsblatt“

der Bio- und Informationstechnologie. Und offenbar zählt auch die Joghurtproduktion zu den wichtigen nationalen Branchen Frankreichs. Jedenfalls verhinderte Sarkozy, dass Danone dem US-Konzern PepsiCo einverleibt wird.

„Frankreich muss seine Unternehmen beschützen“, sagt Sarkozy. Das bekam auch Siemens zu spüren. Als die Münchner Teile des französischen Industriekonzerns Alstom übernehmen wollten, wehrte Frankreich den Vorstoß der Deutschen ab. Wie weit Paris bei der Abwehr ausländischer Konkurrenten geht, zeigt auch der Streit um die Zulassung des deutschen ICE auf der Strecke nach London (siehe Seite 84), der vergangene Woche eskalierte.

Spanien ist beim Schutz einheimischer Unternehmen kaum weniger militant. Als E.on vor vier Jahren den Energieversorger Endesa für letztlich mehr als 40 Milliarden Euro kaufen wollte, wurde sogar ein neues Gesetz verabschiedet, um den Einstieg der Deutschen zu erschweren.

Die spanische Regulierungsbehörde wurde ermächtigt, die Übernahme zu prüfen und gegebenenfalls mit Auflagen zu versehen. Was die

Fragwürdiges Privileg

Die Franzosen wollen den ICE bei Fahrten durch den Kanaltunnel ausbremsen.

Der 19. Oktober 2010 könnte einmal als historisches Datum in die europäische Bahngeschichte eingehen – als Tag, an dem das Ende eines über 15 Jahre währenden Monopols eingeläutet wurde.

Bereits früh am Morgen war ein Exemplar des deutschen Hochgeschwindigkeitszuges ICE auf Gleis 5 des altherwürdigen Bahnhofs in London St. Pancras eingetroffen. Dort, am Endpunkt der Schienenverbindung

angekündigt hatte, für die neue Schnellverbindung ebenfalls zehn ICE-Züge des Alstom-Konkurrenten Siemens anzuschaffen, reichte der unterlegene Wettbewerber Klage gegen die Ausschreibung ein. Die Siemens-Modelle, argumentieren die Franzosen, erfüllten nicht die strengen Sicherheitsauflagen für den Betrieb im Kanaltunnel. Dass schon im März angeregt wurde, die Vorschriften zu lockern, und der ICE am Wochenende zuvor bereits

Fluchtwege innerhalb des Zuges einen der jeweils knapp 400 Meter entfernten Zugänge zum Rettungstunnel erreichen kann. Außerdem sollten die Zugteile durchgängig begehbar sein. Die Anforderungen erfüllt bislang nur ein Modell: die lange Version des französischen Nationalheiligtums TGV.

Die Regelung sei „nicht mehr zeitgemäß“ und habe „große Nachteile“, rügte Eurotunnel-Chef Jacques Gounon bereits vor Monaten. Statt jeweils 700 Passagiere in den längeren Alstom-Fahrzeugen zu transportieren, argumentiert er, sollte man lieber nur halb so viele Gäste in kürzeren Zügen befördern, die dafür häufiger verkehren. Die seien auch leichter zu evakuieren.

Alle diese Argumente treffen auf den ICE zu. Er ist nur halb so lang wie der Spezial-TGV. Dass er sich sogar in kürzerer als der vorgegebenen Zeit räumen lässt, wurde bei dem Test am vorvergangenen Wochenende mit 300 Freiwilligen eindrucksvoll bestätigt.

Das hinderte den französischen Verkehrsminister Dominique Bussereau nicht, für Alstom zu intervenieren. Der geplante Vertrag von Eurostar mit Siemens sei „null und nichtig“, hatte er schon im Vorfeld gedroht.

„Ich bin mir sicher: Wäre Alstom als bevorzugter Bieter hervorgegangen, hätte die französische Seite sicherlich keine Einwände gehabt“, hält der deutsche Verkehrsminister Peter Ramsauer dagegen. Er hege „keine Zweifel, dass bei der Vergabe alles rechtens gewesen ist“. Dies habe ihm auch der französische EU-Binnenmarkt-Kommissar Michel Barnier bestätigt.

Die Deutschen setzen auf die Hilfe der EU-Kommission. Sie achtet seit der Liberalisierung des Bahnverkehrs in Europa Anfang des Jahres peinlich darauf, dass neue Wettbewerber nicht ausgebremst werden.

Bereits am 8. Oktober sicherte ein hochrangiger EU-Beamter dem Siemens-Konzern tatkräftige Unterstützung beim Kampf um den Großauftrag zu. Sollten die Münchner Hinweise bekommen, dass die Bestellung „geändert oder annulliert“ wird, heißt es in dem Schreiben, sollten sie die Kommission „sofort kontaktieren“.

DINAH DECKSTEIN, PETER MÜLLER



ICE bei Ausfahrt aus dem Ärmelkanaltunnel: Eklat nach erfolgreicher Evakuierung

zwischen dem europäischen Festland und Großbritannien durch den Kanaltunnel, docken sonst nur extralange Züge des französischen Herstellers Alstom vom Typ TGV an.

Umrahmt von Streicherklängen feierten Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer und Bahn-Chef Rüdiger Grube das Ereignis als „Meilenstein“ und „wichtigen Schritt“ für die ab 2013 geplante Fernstrecke zwischen Frankfurt am Main und London unter dem Ärmelkanal.

Während in St. Pancras noch ausgelassen gefeiert wurde, bahnte sich beim nahen Gerichtshof in London bereits ein veritabler Eklat an.

Weil der britisch-französische Bahntunnelbetreiber Eurostar kurz zuvor

erfolgreich einen Evakuierungstest unter Tage bestanden hatte, interessiert die Alstom-Manager offenbar wenig.

Die juristische Attacke zeigt, wie massiv die Franzosen die Interessen ihrer Industrie verteidigen. Diesmal geht es um ein Privileg, das schon bei der Eröffnung des Kanaltunnels im Jahr 1994 mehr als fragwürdig war. Damals hatte sich der französische Bahnhersteller Alstom über komplizierte Vertragswerke praktisch das Alleinrecht für die Lieferung von Tunnelzügen vom Typ TGV gesichert.

Nach den alten Auflagen müssen die Wagen 400 Meter lang sein sowie vorn und hinten einen Triebkopf haben. So sollte sichergestellt werden, dass in Notfällen jeder Fahrgast über



WITT / SIPA PRESS

Präsident Sarkozy mit Alstom-Arbeitern: Mit politischem Druck wehrten die Franzosen den Übernahmever such von Siemens ab

se auch prompt tat. E.on sollte beim Kauf auf besonders wertvolle Kraftwerke verzichten, die stattdessen an die Konkurrenz verkauft werden sollten.

Dies sei eine „willkürliche Diskriminierung“, klagte die damalige EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes. Sie leitete ein Eilverfahren ein. Doch die Spanier ließen sich nicht beirren. Ministerpräsident Zapatero trieb das Spiel so lange, bis E.on den großen Übernahmeplan aufgab.

Dennoch taugen Zapatero und Sarkozy nicht als wirtschaftspolitische Vorbilder. Beide haben zwar erfolgreich ausländische Konzerne abgewehrt. Doch dies hat die spanischen und französischen Unternehmen nicht nachhaltig gestärkt. Im Gegenteil: Weil die Konzerne in einer Art geschützter Zone wirtschaften, schwächeln viele wie der Hochtief-Angreifer ACS vor sich hin.

Frankreich und Spanien sind das eine Extrem beim Umgang mit ausländischen Übernahmever suchten. Deutschland ist das andere. Kaum ein anderes Land in Europa macht es ausländischen Konzernen so leicht und so billig, einheimische Unternehmen zu übernehmen.

Ein Angreifer wie der Baukonzern ACS kann die Aktien von Hochtief relativ billig einsammeln. Wer mehr als 30 Prozent einer deutschen Aktiengesellschaft erwirbt, muss den übrigen Anteilseignern anbieten, deren Aktien mindestens zum Durchschnittswert der letzten drei Monate zu übernehmen.

Nach Überschreiten der 30-Prozent-Hürde muss ACS den Hochtief-Aktionären kein weiteres Angebot mehr vorlegen. In aller Ruhe könnten die Spanier dann Aktienpakete erwerben, wenn der Kurs gerade niedrig ist, und endgültig die Kontrolle über Hochtief erlangen.

Ein Firmenanteil von weniger als 30 Prozent könnte genügen, um die Kassen

von Hochtief zu plündern. Denn mit einem solchen Paket könnte ACS auf der Hauptversammlung des Hochtief-Konzerns die Zusammensetzung des Aufsichtsrats bestimmen und ein ihnen freundlich gesonnenes Management einsetzen, das entsprechende Gewinnausschüttungen an die Eigentümer veranlasst.

Betroffen sind bei dieser Art der Übernahme nicht nur die Arbeitnehmer, die eine Zerschlagung des Konzerns fürchten müssen, sondern auch die Aktionäre, die um eine eigentlich fällige Übernahmepremie gebracht werden.

In vielen europäischen Ländern wäre eine Übernahme für den Angreifer wesentlich komplizierter und wahrscheinlich auch teurer – und würde deshalb mitunter unterbleiben.

In Großbritannien muss ein Käufer beim Überschreiten der 30-Prozent-Hürde ein Pflichtangebot abgeben, das sich nach dem höchsten Aktienpreis richtet, den der Erwerber in den vergangenen zwölf Monaten gezahlt hat.

Außerdem muss ein Firmenkäufer in Großbritannien stets ein weiteres Pflichtangebot an die Aktionäre abgeben, wenn der Eroberer bereits zwischen 30 und 50 Prozent der Aktien hält und nur eine einzige Aktie hinzukaufte. Ähnliche Regelungen gibt es in Österreich, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Spanien.

Diese ungleiche Auslegung der EU-Richtlinie für Firmenübernahmen ist es vor allem, die Hochtief-Chef Lütkestratkötter ärgert. Der Bau-Manager fordert keinen Protektionismus, keinen Schutz einheimischer Unternehmen durch die Regierung, wie dies in Spanien und Frankreich durchaus üblich ist. Aber es sei nicht nachzuvollziehen, sagt er, dass deutsche Unternehmen hier einen Wettbewerbsnachteil hätten.

Zweimal war Lütkestratkötter im Kanzleramt. Seine Forderung nach einer Än-

derung des Übernahmegesetzes trug er Merkels Wirtschaftsberater Jens Weidmann vor. Doch die Regierung wird das Gesetz nicht ändern. Es sähe zu sehr nach einer „Lex Hochtief“ aus.

Wirtschaftsstaatssekretär Jochen Homann sagte einen Termin mit dem Hauptverband der Deutschen Bauindustrie zu diesem Thema kurzfristig ab. Die Branchenlobby wollte sich dafür einsetzen, dass das deutsche Übernahmerecht internationalen Standards angepasst wird. Die Regierung aber will darüber offenbar nicht mehr diskutieren.

Deutschland wird in Sachen Firmenübernahmen weiterhin der Musterknabe bleiben. Die Rolle mag ehrenwert sein. Aber sie gefährdet die Zukunft einheimischer Unternehmen, solange die Konzerne aus anderen EU-Staaten nach anderen Regeln spielen.

Hochtief-Chef Lütkestratkötter kämpft weiter. An diesem Montag soll der Ad-hoc-Ausschuss des Hochtief-Aufsichtsrats festlegen, wann das Unternehmen einen speziellen Antrag bei der australischen Genehmigungsbehörde Takeover-Panel in Sydney stellt.

Hochtief will sich dort bescheinigen lassen, dass der spanische ACS-Konzern nicht nur den Hochtief-Aktionären, sondern auch denen des australischen Tochterunternehmens Leighton ein Übernahmeangebot machen muss. Die geplante Hochtief-Übernahme würde für ACS dadurch wesentlich teurer. Der Angreifer müsste sich von seinen Aktionären eine größere Kapitalerhöhung genehmigen lassen. Und es ist zweifelhaft, ob ihm dies gelingt.

Vielleicht hilft ja die Behörde in Australien, vielleicht der Emir von Katar. Die Entscheidung über die Zukunft von Hochtief fällt irgendwo – nur nicht in Berlin.

FRANK DOHMEN, DIETMAR HAWRANEK, JANKO TIETZ

STAATSFINANZEN

„Die Lage ist neu“

Der bayerische Finanzminister Georg Fahrenscho, 42, über die CSU-Pläne zur Steuerentlastung

SPIEGEL: Herr Fahrenscho, der konjunkturelle Aufschwung beschert dem Staat Mehreinnahmen von rund 30 Milliarden Euro. Was hindert Ihre Partei, die CSU, noch daran, ihr Wahlversprechen wahr zu machen und Steuern zu senken?

Fahrenscho: Bei den Steuern muss sich tatsächlich etwas tun – und zwar möglichst schnell. Unser Steuerrecht ist in weiten Teilen leistungsfeindlich, demotivierend und intransparent.

Fahrenscho: Wir werden an einem halben Dutzend Punkten bei der Einkommensteuer ansetzen. So wollen wir eine echte Steuerfreistellung von Transferleistungen. Viele Menschen, die Elterngeld oder Kurzarbeitergeld erhalten, stellen mit Überraschung fest, dass diese versteuert werden müssen und sogar zu einem höheren individuellen Steuersatz führen. Das versteht kein Mensch. Der steuerliche Abzug von Kinderbetreuungskosten muss vereinfacht werden. Die bisherigen

Leistungen wollen wir zu einem einheitlichen Höchstbetrag zusammenfassen. Das ist ein echter Befreiungsschlag, weil damit viele Abgrenzungsfragen entfallen. Bei den Freibeträgen, die Menschen mit Behinderung in Anspruch nehmen können, hat sich seit den siebziger Jahren nichts mehr getan. Diese wollen wir auch anheben. Und schließlich wollen wir die Besteuerung der wirtschaftlichen Betätigung von Vereinen großzügiger handhaben.

SPIEGEL: Beim Steuertarif lassen Sie alles beim Alten?

Fahrenscho: Nein. Wir wollen die kalte Progression bekämpfen, also verhindern, dass die Arbeitnehmer auf Gehaltssteigerungen Steuern zahlen, die nur die Inflation ausgleichen. Zu diesem Zweck haben wir vor, den gesamten Steuerverlauf entsprechend anzupassen. Das führt dann dazu, dass alle Steuersätze erst bei höherem Einkommen greifen.

SPIEGEL: Um wie viel wollen Sie die Bürger entlasten?

Fahrenscho: Die Maßnahmen, die am 1. Januar 2012 in Kraft treten sollen, bedeuten eine Entlastung von 6 bis 7 Milliarden Euro. Davon brauchen wir für die Bekämpfung der kalten Progression etwa 2 bis 2,5 Milliarden Euro.

SPIEGEL: Werden Sie die Steuerausfälle an anderer Stelle gegenfinanzieren?

Fahrenscho: Das haben wir nicht vor. Die Einnahmeausfälle werden bei zunehmender wirtschaftlicher Erholung zu stemmen sein.

SPIEGEL: Ihr Parteichef, Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, hat bereits durchblicken lassen, dass er einen höheren Spitzensteuersatz durchaus für sozial gerecht hält, wenn dadurch Spielräume für die Entlastung kleinerer Einkommen geschaffen werden.

Fahrenscho: Schon heute werden die Leistungsträger unserer Gesellschaft, also Menschen mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen zwischen 40 000 und 60 000 Euro, hoch besteuert. Forderungen nach einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes sind Neidpolitik. Ministerpräsident Horst Seehofer und ich sind da einer Meinung. Wir sind übereingekommen, dass wir niemanden stärker belasten wollen. Wir machen keine Politik gegen Mathematik und Realität.

SPIEGEL: Dann gehen die Ausfälle also komplett zu Lasten von Bund, Ländern und Gemeinden.

Fahrenscho: Wie gesagt, bei zunehmender wirtschaftlicher Erholung sollten die Ausfälle für alle Ebenen verkraftbar sein. Der Bund profitiert schon heute von der verbesserten Konjunktur, weil die gute Lage am Arbeitsmarkt ihn um etliche Milliarden entlastet. Auch bei Ländern und Gemeinden kommt der Aufschwung über steigende Steuereinnahmen an, wenn auch etwas später und auch nicht so stark.

INTERVIEW: PETER MÜLLER, CHRISTIAN REIERMANN



Finanzpolitiker Fahrenscho: „Keine Politik gegen Mathematik und Realität“

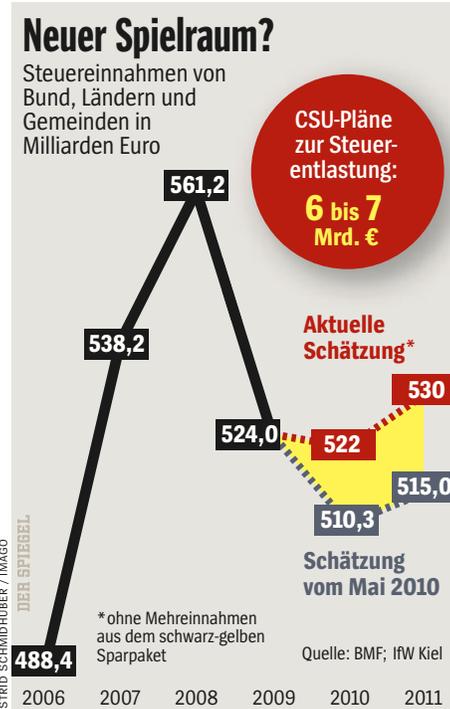
SPIEGEL: Die Klage ist bekannt, dennoch hat die Koalition in Berlin alle weiteren Pläne wegen leerer Kassen auf Eis gelegt.

Fahrenscho: Die Klage mag alt sein, aber die Lage ist neu. Die Grundlagen der Welt haben sich in den vergangenen Monaten entscheidend verändert. Die Wirtschaft erholt sich, die Prognosen sind überraschend gut. Angesichts dieser Entwicklung kann es doch keine steuerpolitische Blockade geben.

SPIEGEL: Was schwebt Ihnen denn vor?

Fahrenscho: Die CSU wird darauf dringen, dass das Einkommensteuerrecht an einigen Stellen vereinfacht wird – und die Steuerzahler entlastet werden.

SPIEGEL: Geht es ein bisschen konkreter?



Regeln sind zu kompliziert und werden dem Ziel nicht gerecht, Familien mit Kindern wirklich zu helfen.

SPIEGEL: Haben Sie auch etwas im Angebot für Arbeitnehmer, die keine staatlichen Transfers bekommen und deren Kinder schon größer sind?

Fahrenscho: Wir wollen mit unseren Vorschlägen zur Steuervereinfachung alle steuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger erreichen. Der Arbeitnehmerpauschbetrag ist seit 2004 unverändert, obwohl die Preise gestiegen sind. Wir wollen ihn deshalb von 920 Euro auf etwas über 1000 Euro anheben. Die bisher getrennten Fördertatbestände bei haushaltsnahen Dienstleistungen und Handwerksdienst-

AFFÄREN

Wankendes Vertrauen

Fast jede Woche ein Verdacht, ein neues Dementi. Nun gerät auch Hamburgs Finanzsenator in Erklärungsnot. Er war an einer Firma beteiligt, deren Geschäftsführer die HSH Nordbank beraten hat.

Kabinettsitzung in Kiel, und Hilmar Kopper ist gekommen. Der Kopper. Früher die Nummer eins der Deutschen Bank, die Nummer eins der Deutschland AG. Kopper der Große.

An diesem 7. September 2010 empfangen die Landesminister den hochverehrten Herrn Aufsichtsratsvorsitzenden der HSH Nordbank. Und seinen Schützling, Bankchef Dirk Jens Nonnenmacher, der neben dem großen Kopper immer so aussieht wie der linkische Sohn eines Patriarchen, der mal Papas Firma übernehmen soll. Obwohl er dazu nicht taugt.

Kopper und Nonnenmacher sollen an diesem Tag eigentlich rapportieren, wie es um die angeschlagene Bank steht, die zu 85,5 Prozent den Ländern Schleswig-Holstein und Hamburg gehört. Aber jetzt müssen sie erklären, ob es stimmt, was im SPIEGEL stand – dass gegen Nonnenmacher schon wieder ein Ermittlungsverfahren läuft. Also nicht nur das bekannte in Hamburg, wegen des Verlustes von mehreren hundert Millionen Euro, die ein Geschäft namens Omega der Bank eingebrockt hatte, als Nonnenmacher noch Finanzvorstand war. Nun noch ein weiteres Verfahren drüben in Amerika, wo offenbar jemand dem New Yorker Filialleiter der HSH im September 2009 Kinderporno-Fotos untergeschoben hat. So hätte ihn die Bank ohne Abfindung feuern können.

Es hätte in Kiel die Stunde der Politik sein können, die Stunde der Aufklärung. Was für ein ungeheuerlicher Verdacht. Doch es war die Stunde, in der klar wurde, dass die Kieler Politiker die Wahrheit über die HSH nicht so genau wissen wollten.

Nonnenmacher redet kaum, Kopper hat das Sagen. Eine Anwaltskanzlei, WilmerHale, habe das alles schon für den Aufsichtsrat geprüft. Ergebnis: alles okay. Der Aufsichtsrat stehe voll hinter Nonnenmacher. Wolfgang Kubicki, kein Minister, aber als FDP-Fraktionschef so wichtig, dass er in der Runde dabei sein darf, wundert sich.

Gibt es nun in New York ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft, in

dem Nonnenmacher und der freigestellte HSH-Chefjustitiar Wolfgang Gößmann zu den Beschuldigten zählen? Ja oder nein? Nein, sagt Kopper, es gebe lediglich eine Art Vorermittlung, von der noch lange nicht sicher sei, ob daraus jemals ein richtiges Verfahren werde.

Das war – wie heute feststeht – mindestens die Unwahrheit.

Aber schon damals hätte man fragen können, warum denn die Anwälte von WilmerHale in ihrem für den Aufsichtsrat



Hamburger Finanzsenator Frigge: „Es gibt keine Nähe“

der Bank verfassten Bericht etwas anderes geschrieben haben; nämlich dass der New Yorker Bezirksstaatsanwalt der HSH-Anwaltskanzlei am 22. April 2009 mitgeteilt hat, dass gegen die Verdächtigen („suspects“) Nonnenmacher, Gößmann und andere ein Ermittlungsverfahren anhängig sei.

Aber keiner fragt. Kabinettschef Peter Harry Carstensen (CDU) und seine Minister lassen den großen Kopper damit durchkommen.

Doch mittlerweile sieht es so aus, als habe sich der Wind gedreht – zumindest im Kieler Wirtschaftsministerium. Am vergangenen Mittwoch schrieb Ressortchef Jost de Jager Nonnenmacher einen Brief, der keinen Zweifel daran lässt, dass das Vertrauen in das Duo Kopper/Nonnenmacher wankt.

Anlass war ein Bericht des SPIEGEL (Heft 42/2010) über ein Dokument, das die Sicherheitsfirma Prevent AG Anfang dieses Jahres an die HSH Facility Manage-

ment Holding geschickt hatte. Allein 2009 hatte die Security-Truppe der HSH Nordbank und deren Tochterunternehmen Dienstleistungen für mehr als sieben Millionen Euro in Rechnung gestellt – unter anderem für das „Projekt Silence“, um das es in dem Schreiben an die HSH Facility Management geht.

Unter diesem Decknamen liefen Sicherheitsmaßnahmen, die Nonnenmacher direkt betrafen. Dazu zählten auch „verdeckte Besuche von öffentlichen Veranstaltungen und geladenen Gesellschaften zum Thema HSH“ und die „Ausweitung, Pflege und Führung des Quellennetzwerks“.

Wirtschaftsminister de Jager bestand in seinem Brief „auf einer unverzüglichen und lückenlosen Aufklärung“, weil „die HSH Nordbank diese Vorwürfe bisher nicht dementiert hat“. Wegen „der politischen Brisanz“ werde „das Thema am Montag im Lenkungsausschuss der beiden Koalitionäre in Kiel Besprechungs-

gegenstand sein“. Bis „Freitag, den 22. Oktober 2010, Dienstschluss“ verlangte de Jager von Nonnenmacher Klarheit über die „Überwachungstätigkeiten“ seiner Spitzeltruppe.

De Jagers Hamburger Kollegen finden das Ganze offenbar weniger schlimm. Der Senat habe sich zwar mit dem Thema Bespitzelung beschäftigt, „Beschlüsse wurden nicht gefasst“, sagt Sprecherin Kristin Breuer. „Der Senat will die Sache jetzt beobachten.“

Auffällig, wie wenig der Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge, 47, bisher zur Nonnenmacher-Krise zu sagen hatte. Immerhin ist Frigge in der Hansestadt der zuständige Mann für die HSH, immerhin musste Hamburg zusammen mit Schleswig-Holstein drei Milliarden Euro in die Bank pumpen, um sie zu retten.

Als der SPIEGEL kürzlich berichtete, dass Nonnenmacher einen Millionenvertrag mit der umstrittenen Sicherheitsfirma Prevent AG im Alleingang unterschrieben und damit offenbar gegen Zeichnungsvorschriften der Bank verstoßen habe, kam von seiner Behörde nur die verstörende Bemerkung, es gebe „nichts Neues“.

Am vergangenen Freitag ließ Frigge den Kieler Wirtschaftsminister sogar öffentlich abwatschen. Frigge-Sprecher Daniel Stricker: „Hamburg stellt keine Ultimaten.“

Schon Mitte September fand es die „Süddeutsche Zeitung“ erstaunlich, „dass es bisher kaum politische Reaktionen auf die bekannt gewordenen Vorgänge gibt“. Doch ist das im Fall Frigge wirklich so erstaunlich? Frigges Lebenslauf wäre viel-

SAMATZKI / ULSTEIN BILD



leicht nicht so eine Erfolgsgeschichte, wenn Kopper nicht einen entscheidenden Teil davon mitgeschrieben hätte.

Frigge war nach seinem Wirtschaftsstudium und zwei Stationen in der Industrie 1995 in der Geschäftsführung von Roland Berger gelandet. Die Unternehmensberatung gehörte damals zum größten Teil der Deutschen Bank – und arbeitete für die Deutsche Bank. So lernte Frigge auch deren damaligen Vorstandschef kennen: Hilmar Kopper.

Zwei Jahre später wollte sich Berger seine Firma zurückholen, forderte seine Partner auf, die Anteile zurückzukaufen. Frigge hätte sich hoch verschulden müssen; stattdessen stieg er aus und gründete in Düsseldorf die „C4 Consulting“, seine eigene Beratungsfirma. Nur auf den ersten Blick ein riskanter Schritt: Kopper hatte ihm gut zugeredet und soll ihm auch erste Aufträge vermittelt haben. Angeblich den von Klaus Steilmann, Textilunternehmer aus Bochum, der die Nachfolge in seinem Haus regeln wollte und dabei Hilfe brauchte. „Nein“, widerspricht Frigge, „das Steilmann-Mandat habe ich selbst akquiriert.“ Er wolle aber nicht ausschließen, dass Kopper ihm bei manchen Klienten mit Referenzen geholfen haben könnte. Kopper selbst wollte sich zu seinem Verhältnis zu Frigge nicht äußern.

Wie auch immer – Frigges Firma gedieh prächtig, erst 2008 gab er die Geschäftsführung auf, des Rufs seiner Heimatstadt Hamburg wegen. Ob er befreundet mit Kopper sei, wollte das „Hamburger Abendblatt“ von dem Neuzugang wissen. Na ja, das sei „vielleicht ein bisschen zu weitgehend“, antwortete er. Aber er kenne ihn schon lange, „und der Kontakt hat sich auch im Privaten fortgesetzt“.

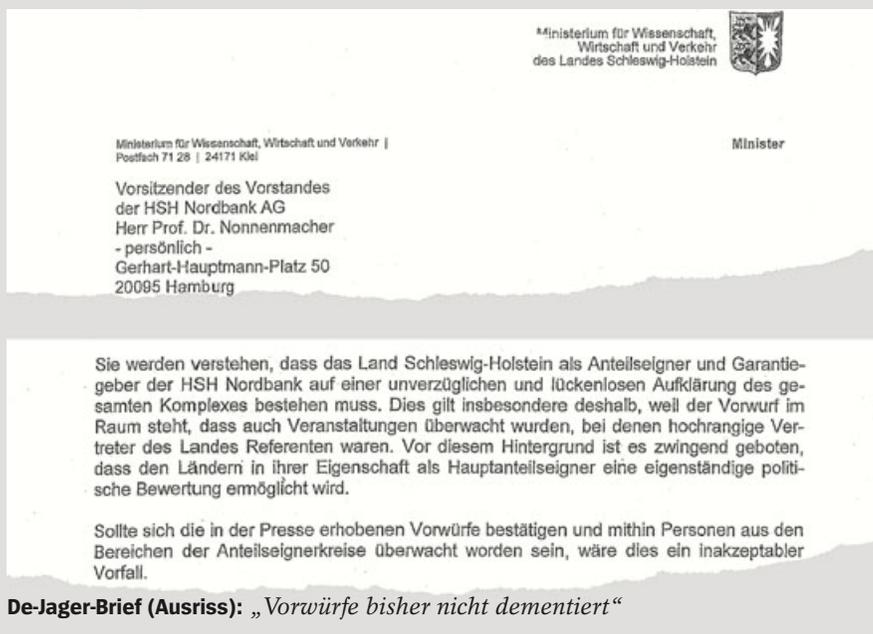
Das klingt mittlerweile ein wenig anders: „Nur zweimal in meinem Leben bin ich mit Kopper privat essen gewesen“, relativierte Frigge am Freitag in einem Gespräch mit dem SPIEGEL. Daraus den Verdacht einer Befangenheit in puncto HSH abzuleiten, sei schlicht abwegig: „Es gibt keine Nähe.“

Aber es gibt noch eine andere Connection aus Frigges früherem Leben, die vielleicht erklären kann, warum Frigge heute als Senator mit Nonnenmacher und der HSH Nordbank so eine Engelsgeduld hat. Als könnte man an Nonnenmacher festhalten, so wie Kopper, obwohl fast jede Woche ein neuer Verdacht auftaucht – gefolgt von einem Dementi, das nicht überzeugt.

Denn Frigges Düsseldorfer C4 Consulting GmbH, an der er noch immer 50 Prozent der Anteile hält, war bis Mitte 2009 zu 28 Prozent an der Berliner C4 Communications GmbH beteiligt. Deren Geschäftsführer, Dirk Große-Leege, hat – nach eigenen Angaben – von März 2009 bis August 2010 die HSH Nordbank in

MAURIZIO GAMBARINI / PICTURE-ALLIANCE/ DPA

HSH-Bank-Chef Nonnenmacher, Aufséher Kopper: Die Unwahrheit gesagt?



„Kommunikationsangelegenheiten“ beraten. Für 5600 Euro pro Tag, bei sieben Garantietagen im Monat.

Vom SPIEGEL mit diesen Fakten konfrontiert, sagte Frigge, Große-Leege habe ihn irgendwann beiläufig über dieses Mandat informiert. „Ich habe mich darüber geärgert, weil es gegen eine Absprache war, die wir getroffen haben, als ich in die Politik ging: keine Mandate bei Unternehmen mit Landesbeteiligung, weil ich wusste, dass so etwas nicht geht.“

Leider sei eine sofortige Trennung von C4 Communications nicht möglich gewesen. „So was geht aus administrativen Gründen nicht über Nacht.“ Am 19. Mai 2009 sei die Beteiligung rückwirkend zum 1. Januar abgewickelt worden. Große-Leege erinnert sich anders. Erst im August 2009 habe er die C4 Communications ganz übernommen. Das passt grob zu den Daten im Handelsregister, denen zufolge die Trennung der Berliner C4 von ihren Düsseldorfer Anteilseignern am 15. Juli wirksam wurde.

Frigges Ex-Partner versteht die ganze Aufregung nicht. Den Vorwurf, er habe den damals als Staatsrat in der Wirtschaftsbehörde tätigen Frigge nur beiläufig informiert, weist er zurück. Er behauptet, er habe den Vertrag mit der HSH mit seiner eigenen Firma GLS abgeschlossen.

„Da es zu keinem Zeitpunkt ein Vertragsverhältnis zwischen C4 Communications und der HSH Nordbank gab, konnte es auch zu keiner möglichen Interessenkollision kommen.“

Brisant ist, dass Große-Leege den HSH-Chef Nonnenmacher auch im Zusammenhang mit der Entlassung des New Yorker Filialleiters Roland K. beraten hat.

In den Akten der US-Ermittler findet sich eine E-Mail des Beraters an den Bankchef. Darin heißt es, mit Bezug auf interne Ermittlungen gegen K.: „Auf diese Weise werden Sie das Problem loswerden, ok?“ Zu diesem Komplex mag Frigges Ex-Partner nicht Stellung nehmen: „Informationen, die das Vertragsverhältnis berühren, unterliegen der Vertraulichkeit.“

Frigge versichert, von Große-Leeges Aktivitäten im Fall K. nichts gewusst zu haben. Das erscheint glaubhaft. Und auf die Frage, ob er seinen Dienstherrn über seine problematische Geschäftsbeziehung informiert habe, antwortet Frigge, das sei nicht notwendig gewesen, weil Große-Leeges eigene Firma Vertragspartner der Bank war. Überdies habe er als Wirtschaftsstaatsrat keinerlei Berührungspunkte mit der HSH gehabt.

Naivität oder gar Fahrlässigkeit muss sich Frigge jedoch ab März dieses Jahres vorwerfen lassen. Damals wurde er Finanzsenator – und war damit zuständig

für die Hamburger Beteiligung an der Skandalbank. Nein, auch da habe er seinen Dienstherrn nicht informiert: „Formal gibt es keinen Grund dafür, aber es kann natürlich auch nicht schaden.“

Merkwürdig ist auch, wie uninspiriert die Hamburger Staatsanwaltschaft in den ersten Wochen die Ermittlungen in der Causa USA anlaufen ließ – ganz anders als die Kieler Behörde. Die hatte ein Verfahren gegen den Ex-HSH-Vorstand Frank Roth eingestellt, den die Bank entlassen hatte, weil er angeblich Geschäftsgeheimnisse verraten hatte.

Nun ermitteln die Fahnder gegen Verantwortliche der HSH. Der Verdacht: Sie könnten eine falsche Spur zu Roth gelegt haben, um ihn als Informanten der Presse beschuldigen und deshalb ohne Abfindung feuern zu können. Genau deshalb suchten die Kieler Ermittler Anfang Oktober auch in mehreren Büros der Prevent AG nach Hinweisen, ohne das den Hamburger Kollegen vorher mitzuteilen. Zu groß das Misstrauen, die Sorge, dass die Razzia sonst verraten worden wäre.

Die Hamburger Ermittler meldeten sich dagegen wochenlang nicht mal bei den wichtigsten Zeugen in der Causa New York, dem gefeuerten Filialleiter. Zwar hatte sich die Bank dessen Schweigen erkaufte, mit angeblich 7,5 Millionen Dollar Abfindung und einem Pönale in zweistelliger Millionenhöhe, falls er doch redet.

Die Regelung gilt nicht für den Fall, dass ihn ein Staatsanwalt oder Bankenaufseher befragen will. Die Hamburger haben in den USA nicht angerufen. Ihre Kieler Kollegen schon. Es gibt Berührungspunkte zwischen ihrem Roth-Verfahren und dem Fall K. in den USA.

„Wenn sich die Vorwürfe gegen die HSH Nordbank bestätigen, ist Dr. Nonnenmacher nicht mehr haltbar“, sagte FDP-Fraktionschef Kubicki am vergangenen Mittwoch.

Das könnte schon bald der Fall sein. Denn Roland K., der ehemalige Leiter der New Yorker HSH-Filiale, wird nach Deutschland kommen. Und er wird mit Wirtschaftsprüfern reden, die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht beauftragt wurden, wie in Hamburg durchsickerte.

Seine Anwälte werden, so heißt es, Akten mitbringen. Akten, die beweisen, dass die Bezirksstaatsanwaltschaft in New York ein richtiges Ermittlungsverfahren führt, mit allem Drum und Dran – und mit Verdächtigen, die Nonnenmacher und Gößmann heißen.

Spätestens dann dürfte Koppers Mär von einer Art Vorermittlung in sich zusammenfallen.

JÜRGEN DAHLKAMP,
GUNTHER LATSCH, JÖRG SCHMITT

„Wenn sich die Vorwürfe gegen die HSH bestätigen, ist Dr. Nonnenmacher nicht mehr haltbar.“



Schlichter Geißler, Ministerpräsident Mappus
Plan B ist Plan A

VERKEHR

Zurück auf Los

In Baden-Württemberg haben die Schlichtungsgespräche im Streit um Stuttgart 21 begonnen. Doch Alternativen kommen für die Landesregierung nicht in Frage.

Alle hat er vorgestellt. Die Ministerin, den grünen Oberbürgermeister, den Bahnexperten, den jungen Rothaarigen vom Aktionsbündnis. Nur einen hat der alte Mann vergessen. Wahrscheinlich vor Aufregung, die Veranstaltung wird ja live übertragen.

Also lacht Stefan Mappus ein wenig hilflos, aber herzhaft, sein Kopf wird rot, die Augen klein. Heiner Geißler hat es versäumt, ihn vorzustellen. Ausgerechnet ihn, den Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg.

Es ist kein gutes Omen für das Drama, das derzeit im Stuttgarter Rathaus aufgeführt wird. Regie führt der 80-jährige Polit-Veteran Geißler. Er diktiert die Regeln beim „großen Faktencheck“ zum umstrittenen Bahnprojekt Stuttgart 21. Bitte keine Angriffe und keine Emotionen, stellte Geißler gleich am vergangenen Freitag klar: „Es geht jetzt um die Sache.“ Und nicht um Personen.

Geißler hat die undankbare Aufgabe, mit seinen „Schlichtungsgesprächen“ die aufgewühlte Auseinandersetzung um das milliardenteure Megavorhaben politisch zu befrieden. Doch was das Ergebnis der

Gespräche sein wird, ist unklar. „Wenn diese Phase der Schlichtung vorbei ist“, sagt Geißler, „muss jede Seite ihre eigenen Konsequenzen ziehen.“

Doch welche? Die Landesregierung hat neben dem ursprünglichen Plan A auch andere mögliche Szenarien durchgespielt. Und verworfen. Drei Varianten haben die Strategen in der Villa Reitzenstein, dem Stuttgarter Regierungssitz, identifiziert:

Den sofortigen Ausstieg. Sollte man von heute auf morgen sämtliche laufenden Verträge kündigen, würde das nach Berechnungen der Bahn 1,4 Milliarden Euro kosten. Darin enthalten wären die Ausgaben für bereits begonnene Bauaufträge, die Rückabwicklung von Grundstücksverkäufen inklusive Verzinsung und die Vorplanungskosten. Übrig blieben ein sanierungsbedürftiges Gleisfeld und ein maroder Kopfbahnhof.

Zwar bestreiten die Gegner des Projekts die gewaltige Summe, die Bahnchef Rüdiger Grube genannt hat. Doch auch sie räumen ein, dass ein Ausstieg zum jetzigen Zeitpunkt teuer würde.

Das Volk soll entscheiden. Nach einer SPIEGEL-Umfrage wünschen sich zwei Drittel der Baden-Württemberger diese Lösung, die von den Grünen und inzwischen auch der SPD gefordert wird. Doch in der Staatskanzlei hält man dies für juristisch problematisch. „Die Landesverfassung eröffnet keinen Weg zur Volksabstimmung über Stuttgart 21“, hat Mappus erklärt und beruft sich auf ein entsprechendes Gutachten des Verfassungsrechtlers Paul Kirchhof. Die SPD will am Dienstag ein Gegengutachten vorlegen, das – wenig überraschend – zu dem Ergebnis kommt, dass es rechtlich zulässig wäre, das Volk über die finanzielle Beteiligung des Landes entscheiden zu lassen.

Die alternativen Konzepte. Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 favorisiert das Projekt „K21“, das die Umgestaltung des alten Kopfbahnhofs vorsieht. Doch es gibt noch weitere Ideen. Der Eisenbahnexperte Rudolf Breimeier schlägt im Fachblatt „Eisenbahn-Revue International“ vor, den jetzigen Hauptbahnhof in der Stadtmitte nur noch als Regionalhaltestelle zu nutzen und stattdessen die Durchgangsstation Bad Cannstatt zu einem Fernbahnhof auszubauen.

Solche Alternativen sollen ebenfalls in den Gesprächen mit Geißler diskutiert werden. Das Problem: Auf lange Sicht wären sie vielleicht kostengünstiger, doch könnten sie nicht zeitnah verwirklicht werden. Für das jetzige Großprojekt wurden im Zuge der Planfeststellungsverfahren mehr als 10 000 Einwände abgearbeitet, ein halbes Dutzend Gerichtsverfahren durchgeföhrt und Hunderte öffentliche Diskussionen geführt.

„Für K21 gibt es nichts: keine Planung, keine Finanzierung, keine Genehmigung, keine Linienführung“, sagt Mappus. Die Entscheidung für ein solches Alternativkonzept bedeute „zurück auf Los und wieder bei null anfangen – inklusive 16-jähriger Planungsphase“. Zudem gingen wohl bereits genehmigte rund 200 Millionen Euro EU-Subventionen verloren, die immer nur für eine bestimmte Förderperiode erteilt werden. „Für Stuttgart 21 endet diese Frist 2013. Was bis dahin nicht abgerufen wird, ist weg“, heißt es im Stuttgarter Verkehrsministerium.

Zudem müsste die Landesregierung auch bei Alternativprojekten mit heftigen Bürgerprotesten rechnen. Die K-21-Trasse etwa würde durch dichtbesiedeltes Gebiet geführt werden, inklusive zweier neuer Bahnbrücken über den Neckar. Die erste Bürgerinitiative hat für diesen Fall bereits ihren Widerstand angekündigt.

Nach Abwägung aller drei Varianten kommen die Planer in der Stuttgarter Staatskanzlei denn auch zum Ergebnis, dass Plan B zwingend mit Plan A identisch sein muss – egal, wie die Schlichtungsgespräche ausgehen. Für sie gibt es keine Alternative zu Stuttgart 21.

So bleibt Mappus nur die schwache Hoffnung, die Gegner von den Vorteilen des Projekts zu überzeugen und alle Zweifel auszuräumen. Scheinbar demütig beteuert er inzwischen, nun „genau hinhören“ zu wollen, „wenn konstruktive Vorschläge für Korrekturen, Veränderungen und Verbesserungen zu Stuttgart 21 unterbreitet werden“. Wie die Regierung wirklich denkt, machte CDU-Fraktionschef Peter Hauk klar. In der Frage, ob Stuttgart 21 letztlich gebaut werde, „kann es am Ende keinen Kompromiss geben“.

SIMONE KAISER



THOMAS GRUBKA / LANIF (L.); RALPH PETERS / IMAGO (R.)

Usbekische Kinder bei der Baumwollernte, Börse in Bremen: Feldeinsatz wie zu Stalins Zeiten

ROHSTOFFE

Staatliche Zwangsarbeit

Jeden Herbst werden in Usbekistan Kinder zur Baumwollernte gezwungen. Auch deutsche Firmen profitieren von dieser Verletzung der Menschenrechte.

Die usbekischen Sommerferien beginnen, wenn die Wärme schwindet, Mitte September. Sie dauern gut zwei Monate, doch viele Schüler sehen ihre Eltern in dieser Zeit kaum. Die Kinder müssen ihrem Land dienen und Baumwolle pflücken.

Zur Erntezeit im Herbst vollzieht sich in der zentralasiatischen Republik ein obskures Ritual sowjetischer Kommandowirtschaft: Präsident Islam Karimow lässt die Massen mobilisieren. Etwa zwei Millionen Schüler werden dann zum Feldeinsatz befohlen, um das „weiße Gold“ – wie die Baumwolle schon zu Stalin-Zeiten hieß – zu ernten. Neben Gas und Gold ist sie eine der wichtigsten Devisenquellen für die usbekische Elite. Im Moment ist Baumwolle so teuer wie noch nie seit dem Notierungsbeginn vor 140 Jahren.

Die pflückenden Kinder profitieren davon nicht. Bei ihrem letzten Feldeinsatz im vergangenen Herbst war Nasira elf Jahre alt. Morgens um sieben zog sie mit ihrer Klasse und den Lehrern los, in ein Dorf in der Nähe von Andischan im Osten des Landes. Pflücken mussten sie bis zum frühen Abend, einen Monat lang.

Zehn Kilogramm sollten sie pro Tag zusammenbekommen – „ich hab mit Ach und Krach drei Kilo geschafft“, berichtet Nasira. Ihr Lohn: 60 Sum pro Kilo, das sind umgerechnet drei Cent. Nach einem

Monat Arbeit gab sie das Geld ihrer Mutter. „Sie hat mir davon eine Wintermütze gekauft, musste aber selbst noch was dazugeben.“

Etwas ältere Schüler, die auch in der Gegend eingesetzt waren, kamen noch schlechter weg. Lehrer behielten ihre Monatslöhne einfach ein. Wer die Norm nicht schaffte, wurde auch geschlagen. Die wenigen Eltern, die sich der Zwangskreuztätigkeit ihrer Kinder widersetzen, wurden von Lehrern bei Hausbesuchen bearbeitet.

Im Oktober 2008 erhängte sich die 17-jährige Studentin Umida Donischewa an einem Baum am Rande eines Baumwollfeldes. Sie habe den Druck ihrer Lehrer, immer mehr Baumwolle zu sammeln, nicht mehr ausgehalten, hieß es in einer neun Zeilen langen Meldung in einem usbekischen Internetdienst.

Was in dem Land geschehe, sei nichts anderes als „Kindersklaverei“, sagt Joanna Ewart-James. Sie arbeitet bei „Anti-Slavery International“. Zwar unterzeichnete Usbekistan inzwischen die Uno-Konvention gegen Kinderarbeit und bestreitet jedes Fehlverhalten – für die Schüler auf dem Land habe sich jedoch wenig geändert, so Ewart-James.

Vor kurzem besuchte die Aktivistin internationale Baumwollkonferenzen in Texas und Liverpool. Große Händler wie der US-Konzern Cargill, die Schweizer Reinhart-Gruppe oder das Bremer Unternehmen Otto Stadtlander waren vertreten, doch auf Fragen nach Kinderarbeit wurde Ewart-James nur belächelt.

Die gute Stimmung der Branche könnte in dieser Woche etwas getrübt werden: Gegen sieben europäische Baumwollhändler ist Beschwerde bei der OECD eingelegt worden. Die Firmen, so der Vorwurf, verstießen mit ihrem Profit aus usbekischer Kinderarbeit gegen OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

In Deutschland klagt das European Center for Constitutional and Human

Rights (ECCHR) gegen Stadtlander, einen großen europäischen Baumwollhändler mit über hundert Millionen Euro Umsatz. Seit Jahren betreibt das Unternehmen ein Büro in Taschkent und pflegt gute Beziehungen zu Karimows Apparat.

Das ECCHR ist noch relativ jung, es zwang mit einer Klage aber bereits Lidl zum Einlenken – der Discounter hatte mit vermeintlich fairen Produktionsbedingungen geworben. Stadtlander leiste Beihilfe zu Menschenrechtsverletzungen, so die ECCHR-Koordinatorin Miriam Saage-Maaß, dennoch sei der Fall schwierig.

Anders als Lidl hat die Bremer Firma keine Fairness versprochen, außer peinlichen Fragen droht erst mal nicht viel. In den OECD-Richtlinien wimmelt es überdies von Soll-Vorschriften – zahnloses „soft law“, wie auch Juristin Saage-Maaß weiß. Diskriminierungen kennt zwar auch das Welthandelsrecht der WTO, aber nur wenn es um Produkte und freien Warenverkehr geht. Unter welchen Bedingungen die Waren entstehen, ist für die Freihandelswächter nicht entscheidend.

Die Beschwerde soll auch diese absurde Rechtslücke vor Augen führen: Unternehmen, die von Menschenrechtsverletzungen profitieren, ist juristisch kaum beizukommen. Dabei würde es schon helfen, wenn die OECD-Richtlinien mit Sanktionen versehen werden, etwa der Kappung von Wirtschaftsförderung. Doch bei den meisten OECD-Kontaktstellen in den Ländern vermisst Saage-Maaß jedes Interesse: „Die sind oft zu lahm.“ Die Geschäftsführung von Otto Stadtlander habe seit über einem Jahr die ECCHR-Anfragen ignoriert, sagt sie. Fragen des SPIEGEL wollte die Firma nicht beantworten.

Die gute Beziehung der Bremer zu Usbekistan liegt ganz auf der Linie der Bundesregierung. Mit Präsident Karimow verbindet Deutschland eine „neue Partnerschaft“, von einem Militärstützpunkt in Usbekistan starten deutsche Soldaten nach Afghanistan.

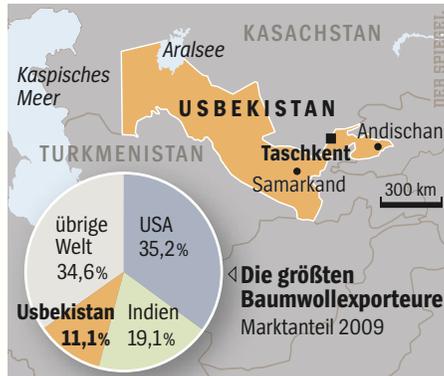
Der ehemalige Kaderkommunist Karimow konvertierte zum Kapitalismus, ohne die stalinistische Attitüde aufzugeben. Er wird in unregelmäßigen Abständen mit Traumergebnissen zum Präsidenten gewählt. Sogar Oppositionskandidaten berichten, für ihn gestimmt zu haben. In seinem Land werden Regimegegner schon mal in siedendes Wasser getaucht (SPIEGEL 41/2010). Mitunter wird auch geschossen, wie 2005 in Andischan, vermutlich über 700 Oppositionelle starben.

In Europa forderten deshalb viele Staaten Sanktionen, doch Deutschland zog nicht mit. Stattdessen besuchten Minister das Land mit großen Wirtschaftsdelegationen im Schlepptau.

Was sich durch die Partnerschaft für die Kinder verbessert hat, vermag die Bundesregierung nicht zu sagen, eine Sprecherin verweist auf ein „Monitoring-system“ und „regelmäßige Dialoge“.

Vom Baumwollhandel profitieren auch deutsche Banken, etwa die teilverstaatlichte Commerzbank, die in Taschkent ein Büro unterhält. Man sei schon „seit Jahren“ für europäische Kunden dort in der Finanzierung ihrer Baumwollgeschäfte tätig, so ein Sprecher. Auch die Deutsche Bank finanziert Usbekistan-Geschäfte.

Einzelhändler wie C&A und Wal-Mart versuchen mittlerweile, auf den usbekischen Kleiderrohstoff zu verzichten. Doch



der Weg der usbekischen Baumwolle, die von Händlern mit anderer Ware vermischt wird, ist schwer nachzuvollziehen.

Der Rohstoffreichtum des Landes hat an der Armut seiner Menschen nichts geändert. Die Landwirtschaft schleppt sich mit Methoden von vorgestern dahin, wie etwa im Dorf Scheichlar nordwestlich der Stadt Samarkand. Erntemaschinen wie zu Sowjetzeiten sind dort nicht mehr zu sehen. Formal sind die Bauern frei, sie pachten ihr Land jedoch vom Staat, beziehen Düngemittel von Staatsfirmen und haben ihr Plansoll zu erfüllen. Sie bekommen ein Drittel des Exportpreises – die Differenz kassiert Karimows Regierung.

Der Baumwollanbau schädigt indes die Umwelt immens: Der Aralsee im Westen

des Landes ist vor allem wegen der Baumwollbewässerung auf zehn Prozent seines Volumens geschrumpft; die 24 Fischarten, die es einst darin gab, sind ausgestorben. Die Arbeitslosigkeit in der Region liegt bei nunmehr 70 Prozent.

Umida Nijasowa, Menschenrechtsaktivistin aus Usbekistan, die schon in Karimows Kerkern eingesperrt war, dokumentiert inzwischen von Berlin aus die Situation in ihrem Heimatland. Ihr wird von Arbeitsunfällen berichtet und von unsäglich hygienischen Zuständen in den Wohnlagern bei den Feldern. Der Vater eines Mädchens, das in der südwestlichen Gegend von Dschisak Baumwolle sammeln musste, hat sie gerade kontaktiert. „Die Eltern wurden dort stundenlang von der Polizei kontrolliert, bevor sie ihre Kinder sehen durften“, sagt Nijasowa.

Das Bild, das die Firma Stadtlander von Usbekistan zeichnet, ist ein anderes. Wenn an der Bremer Baumwollbörse das usbekische Frühjahrsfest gefeiert wurde, stand man gern als Sponsor bereit. Es gibt dann den usbekischen Eintopf Plow. Usbekische Tänzerinnen in Glitzerkleidern treten auf, und auf großen Postern ist zu sehen, wie Islam Karimow sich die Städte der Zukunft vorstellt.

Es ist fast wie im usbekischen Fernsehen. NILS KLAWITTER, WLADIMIR PYLJOW



Mladić



Belgrader Hochhaus mit mutmaßlichem früheren Versteck

SERBIEN

General auf der Flucht

Kommt Belgrad seinem Ziel näher, Mitglied der Europäischen Union zu werden? Ob das serbische Beitritts-gesuch nach Brüssel weitergeleitet wird, hängt von den EU-Außenministern ab, die sich diesen Montag in Luxemburg treffen; verlangt wird vor allem eine volle Zusammenarbeit Belgrads mit dem Haager Kriegsverbrechertribunal. Doch nun traut auch der friedfertige Chefankläger in Den Haag, Serge Brammertz, den Serben in dieser Frage nicht mehr. Er hatte zwei Jahre lang versucht, Belgrad „mit Respekt und Kollegialität“ zur Auslieferung des seit 15 Jahren flüchtigen bosnischen Serbengenerals Ratko Mladić zu bewegen. Jetzt scheint er mit seiner Geduld am Ende. Mehrmals forderte Brammertz, mögliche EU-Beitrittsverhandlungen von der

Verhaftung Mladićs sowie des ebenfalls flüchtigen mutmaßlichen Kriegsverbrechers Goran Hadžić abhängig zu machen. Beide befänden sich nach wie vor im Zugriffsbereich der serbischen Behörden.

Belgrad reagierte mit gewohnter Entrüstung. Der zuständige Staatsanwalt, Vladimir Vukčević, gestand jedoch, dass es „ein Leck bei den serbischen Ermittlungsbehörden“ gebe: Geplante Verhaftungen würden den Flüchtigen rechtzeitig mitgeteilt; allerdings sei die undichte Stelle bislang nicht geortet. Auch sei Mladić einige Male die Flucht gelungen, weil der Staatssicherheitsdienst engste Mladić-Helfer festsetzte, statt sie zu observieren. Mittlerweile sind Dutzende Wohnungen, Häuser oder Militäreinrichtungen bekannt, in denen sich der 67-jährige General dank der Unterstützung seiner Anhänger verstecken konnte. Gefasst wurde er trotzdem nicht. Seine Familie versucht derweil unverdrossen, ihn für tot erklären zu lassen. Begründung: Mladić habe einen Schlaganfall erlitten und wegen fehlender Behandlung nicht überlebt.

TERROR

Dollar in drei Bündeln

Über 34 Stunden dauerte das Verhör, das indische Ermittler im Juni dieses Jahres mit einem der Hauptverdächtigen der Anschläge von Mumbai, dem US-Bürger David Headley, führen konnten. Und es war ergiebig: 106 Seiten lang sind die Verhörprotokolle, über die der britische „Guardian“ vergangene Woche erstmals berichtete. Auszüge davon liegen nun auch dem SPIEGEL vor. Headley, der auf mehreren Reisen die Anschlagziele ausspähte und derzeit in Chicago in Haft sitzt, berichtete seinen Vernehmern detailreich, wie der pakistanische Geheim-

dienst ISI ihn bei der Vorbereitung der Anschläge unterstützte. So behauptet er, dass er nach einer Reise im Jahr 2006 einen Geheimdienst-Major in La-



Anschlag im Bahnhof von Mumbai

hore getroffen habe: „Ich zeigte ihm mein indisches Visum. Major Iqbal kam in mein Haus und gab mir 25 000 Dollar in drei Bündeln. Die Lashkar-i-Toiba hatte mir kein Geld für den Trip gegeben.“ Die Terrororganisation steckt hinter den Anschlägen in der indischen Wirtschaftsmetropole im November 2008, bei denen 175 Menschen starben. Headley gehörte der Gruppe seit 2002 an. Major Iqbal habe ihn 2008 auch mit Falschgeld für Reisen nach Indien versorgt. „Für den ISI stand zweifelsfrei die Notwendigkeit eines Schlags gegen Indien fest“, so Headley. Ein Motiv dabei sei gewesen, „den Schauplatz der Gewalt von Pakistan nach Indien zu verlagern und so die Gefahren für Pakistan zu verringern“.



ALEXANDER NATRUSKIN / REUTERS

Polizeieinsatz gegen Autobahngegner

RUSSLAND

Kein Geld für Moskau

Die Europäische Bank für Wiederaufbau (EBRD) will sich nun doch nicht an der Finanzierung jenes Teilstücks der Autobahn Moskau–Sankt Petersburg beteiligen, das unter Umweltschützern so heftig umstritten ist. Zusammen mit der Europäischen Investitionsbank wollte die EBRD dem Vernehmen nach etwa 20 Prozent zu der mindestens 1,3 Milliarden Euro teuren Trasse beisteuern, die nordwestlich von Moskau quer durch ein schützenswertes Waldgebiet führen soll. Offenbar hatte die EU-Kommission Druck auf die EBRD ausgeübt. In einem Schreiben aus Brüssel heißt es, aufgrund „jüngster Entwicklungen“ werde die vorgesehene Beteiligung nicht weiterverfolgt. Das Autobahnprojekt ist im Moment ohnehin auf Eis gelegt: Russlands Präsident Dmitrij Medwedew hatte überraschend einen Baustopp verfügt und den Baubefürworter Jurij Luschkow aus dem Bürgermeisteramt gejagt. Das Projekt bedürfe einer „neuen Bewertung“, heißt es in der EU-Behörde,

nachdem Kommissionsvertreter Mitte Oktober russische Ökoaktivisten empfangen hatten. Die Europäer wollen kein Projekt finanzieren, das mit fragwürdigen Methoden durchgedrückt werden soll. Der Umweltschützer und Journalist Michail Beketow, der gegen den Autobahnbau Front gemacht hatte, überlebte 2008 nur knapp einen Mordanschlag. Im Juli griffen von einem Bauunternehmer angeheuerte Schläger ein Zeltlager der Umweltschützer an.



POLEN

Belastendes Papier

Immerhin 210 Seiten umfasst der Bericht über das Flugzeugunglück von Smolensk, den die Moskauer Flugaufsicht Mittwoch voriger Woche an Polen übergeben hat. Und doch dürfte er kaum dazu beitragen, die Debatte über die Ursachen jener Katastrophe zu beenden, bei der am 10. April der polnische Staatspräsident und weitere 95 Menschen ums Leben kamen. Das Papier sei „für die polnische Seite möglicherweise niederschmetternd“, kommentierte der Sekretär der Nationalen Luftfahrtbehörde, Tomasz Hypki. Er meinte damit wohl die Schlussfolgerung der Russen, am Absturz seien allein die Polen schuld. 72 mittel- und unmittelbare Gründe, die zu der Tragödie führten, werden in dem Bericht genannt. Dazu zählt angeblich die Feststellung, die polnischen Piloten seien mit der Situation nicht zurechtgekommen.

Das Verhalten der russischen Fluglotsen auf dem Militärflugplatz Smolensk-Nord wird in dem Bericht nicht beanstandet. Der polnische Vertreter in der Untersuchungskommission beschwerte sich vorige Woche nochmals, dass Warschau keine Liste der Gespräche im Kontrollturm erhalten habe – was eine Verletzung der Internationalen Luftfahrtkonvention sei. Auch hätten die Russen trotz mehrfacher Aufforderungen erst in diesem Monat die Reste der Unglücksmaschine so gesichert, dass sie nicht mehr der Witterung ausgesetzt seien. Moskau betonte, zur Untersuchung seien nicht nur russische, sondern auch US-Experten und „Fachleute anderer Staaten“ hinzugezogen worden. Das sollte wohl die neuerliche Forderung des polnischen Opferverbandes entkräften, jetzt müsse ein unabhängiges internationales Gremium die Katastrophe von Smolensk untersuchen.

THAILAND

Rache der Rothemden

Nach der blutigen Niederschlagung der Massenproteste im Mai muss sich das Touristenland nun offenbar auf Bombenanschläge einstellen. Vier Menschen starben, als kürzlich in einem Vorort von Bangkok eine selbstgebastelte Bombe vorzeitig detonierte. Die Polizei geht davon aus, dass Anhänger des früheren Premierminis-

ters Thaksin Shinawatra den Sprengkörper herstellten und die „Rothemden“ vor weiteren Anschlägen nicht zurückschrecken werden. Die jedoch weisen die Vorwürfe zurück: Die Regierung versuche sie zu diffamieren.

Nach Informationen thailändischer Sicherheitskräfte sollen mindestens 39 Oppositionelle im Nachbarland Kambodscha militärisch trainiert worden sein. Das allerdings dementiert die Regierung in Phnom Penh.



CHAIWAT SUBPARASOM / REUTERS

Demonstration von Regierungsgegnern



Präsident Hamid Karzai (2. v. l.), Stammesvertreter

GEMUNU AMARASINGHE / AP

AFGHANISTAN

„Neue Generation“



Thomas Ruttig, 53, Co-Direktor des internationalen Afghanistan Analysts Network in Kabul, über die schwierige Suche nach einer politischen Lösung mit den Taliban und verfrühte Erfolgsmeldungen

SPIEGEL: Vertreter der sogenannten Quetta-Schura der Taliban und des Haqqani-Netzwerks, die gerade noch auf der schwarzen Liste der Uno standen, werden angeblich in Nato-Flugzeugen zu Verhandlungen mit der afghanischen Regierung geflogen – gibt es Hoffnung auf eine politische Lösung in Kabul?

Ruttig: Ich reihe diese Meldungen eher in die Offensive guter Nachrichten ein, die von General David Petraeus und der Nato organisiert werden, um den Nato-Gipfel in Lissabon vorzubereiten und den US-Wahlkalender zu bedienen. Und als Versuch, eine Spaltung bei den Aufständischen auszulösen.

SPIEGEL: Wie ernsthaft sind die Gespräche?

Ruttig: Es hat immer Kontakte gegeben, aber bisher blieben sie weitgehend substanzlos. Die Gesprächspartner sind hochrangige Einzelpersonen, aber sie sprechen nicht für die Aufstandsbewegung, sondern eher für sich selbst. Manche suchen einen Deal in eigener Sache. Sie müssen nach ihrer Rückkehr sicher gut aufpassen, damit aus den

Kreisen der Aufständischen niemand Rache an ihnen nimmt.

SPIEGEL: Welche Rolle spielen die Pakistaner?

Ruttig: Eine Schlüsselrolle. Sie haben den Taliban klar signalisiert, dass an ihnen vorbei Verhandlungen nicht stattfinden werden. Wer da ausschert, wird verhaftet wie Mullah Baradar, die ehemalige Nummer zwei der Taliban. Die Amerikaner und ihre westlichen Verbündeten akzeptieren diese Herangehensweise offensichtlich.

SPIEGEL: Wie könnte eine politische Lösung aussehen?

Ruttig: Im Moment beobachten wir vor allem, wie sie nicht aussehen kann. Die Nato signalisiert Verhandlungsbereitschaft, ihre „Capture or Kill“-Kampagne aber läuft weiter. Viele Kommandeure der oberen und mittleren Ebene wurden tatsächlich getötet. Die Bewegung ist aber nicht geschwächt. Es werden genauso viele – oder sogar mehr – Anschläge auf afghanische und westliche Sicherheitskräfte verübt wie zuvor. Die Lücken schließen jüngere, radikalere, brutalere Kommandeure, eine neue Generation, mit der man möglicherweise überhaupt nicht mehr reden kann.

SPIEGEL: Wie geht es weiter?

Ruttig: Die Nato will einen schnellen politischen Deal, um ihre Truppen abzuziehen, also möglichst eine Koalitionsregierung mit den Taliban. Da wird nicht nur die Opposition, allen voran Vertreter der ehemaligen Nordallianz, auf die Barrikaden gehen.

SCHWEDEN

Erfolg für „Kanaken“

Seit die rechtspopulistischen Schwedendemokraten Anfang des Monats zum ersten Mal im Reichstag Platz genommen haben, ist in der politischen Landschaft des Königreichs nichts mehr so, wie es mal war. Die bürgerlich-konservative Regierungskoalition von Premier Fredrik Reinfeldt ist ohne Mehrheit im Parlament; die oppositionellen Sozialdemokraten suchen nach einer neuen Machtstrategie und dem geeigneten Personal dafür. Und nun mischt auch noch eine neue Bewegung das Parteiensystem auf: die „Kanakendemokraten“, auf Schwedisch: „Svartskalledemokraterna“. Die neue Partei, die binnen weniger Tage tausend Mitglieder aufgenommen haben will, versteht sich als Interessenvertretung von Einwanderern für Einwanderer und als Protestbewegung gegen die rechten Schwedendemokraten. Deren Einzug ins Parlament sei ein „deutliches Alarmsignal“, sagt einer der Parteigründer, Tarek Alkhatib, Mediziner und Klinikchef aus Stockholm: „Wir müssen uns durch mehr Aktivität im politischen Prozess verteidigen.“ Viele Einwanderer fühlten sich von den etablierten Parteien nicht ausreichend in Schutz



STIG ÅKE JONSSON / SCANPIX / DANA PRESS

Tatort in Malmö

genommen. Wie recht Alkhatib haben könnte, zeigte sich gerade in Malmö. Am Dienstag vergangener Woche wurde erst einem 28-jährigen Migranten an einer Bushaltestelle in den Rücken geschossen, der Mann ist schwer verletzt. Zwei Tage danach wurde durchs Fenster auf zwei Frauen in ihrer Wohnung gefeuert. Nach Polizeiangaben hat ein unbekannter Scharfschütze in den vergangenen Monaten in mindestens 16 Fällen hinterrücks auf Migranten geschossen, eine Frau erlag ihren Verletzungen.



BETTY IMAGES (L.); ALI YOUSSEF / AP (R.)

US-Präsident Obama im Oval Office*, irakische Zivilisten und Elite-Soldaten während einer Razzia im Fadhil-Viertel in Bagdad: *Der Staat, den dieser*

Der dumme Krieg

Mit seiner Irak-Invasion hat Amerika das Volk von einem Tyrannen befreit, aber das Recht gebrochen und Zehntausende Menschenleben zerstört. Nun liegt die bislang dichteste Chronik dieses Krieges vor – zwei Wochen bevor George W. Bush seine Memoiren veröffentlicht. Eine Bilanz.



Krieg hervorgebracht hat, ist zu schwach für die Demokratie

In den Leichenschauhäusern von Bagdad lagen Anfang Oktober 500 nicht identifizierte Tote. Es kommen, sagt ein Arzt, zurzeit genauso viele Leichen herein wie 2007. In den vergangenen drei Monaten sind in der Stadt mindestens 630 Menschen mit schallgedämpften Pistolen erschossen worden, die meisten von ihnen Wachposten an den Checkpoints, auch Politiker und ihre Angehörigen, auch ein

* Während seiner Ansprache zur Beendigung des Kampfeinsatzes im Irak am 31. August.

Fernsehreporter, der bei einem Aufmarsch plötzlich leblos in sich zusammensank, mitten am Tag, ohne dass sich der Schuss hätte verorten lassen. Es ist unheimlich.

„Ich habe Freunde, die letztes Jahr aus dem Exil in Damaskus zurückgekommen sind. Jetzt packen sie wieder die Koffer.“ Das erzählt ein junger Anwalt namens Ahmed, der im Zentrum von Bagdad unter den Ventilatoren des Schahbandar-Cafés sitzt.

Draußen im Bücherbasar schieben sich die Leute an den Auslagen entlang. Pre-

digerbücher mit Goldprägung werden feilgeboten, Englisch-Sprachkurse, Nietzsche-Ausgaben, eine Saddam-Biografie. Gut verkauft sich ein Buch mit dem Titel „Turban und Ziviluniform“, eine Abrechnung mit Frömlern und Philistern.

Das Schahbandar-Café ist seit den Tagen der Monarchie ein Treffpunkt der Gebildeten. Unter verblichenen Dichter-Porträts sitzen Professoren, Rentner, auch Familien bei Wasserpfeife und Tee.

Der Anwalt Ahmed sagt: „Ich war unter Saddam im Gefängnis. Damals hätten



SCOTT NELSON / DER SPIEGEL

Gäste im Schahbandar-Café in Bagdad: „Jetzt packen sie wieder die Koffer“

wir hier nicht sprechen können. Überall Geheimpolizei. Heute kann man im Irak sagen, was man will ...“

„Es hört sowieso keiner zu“, führt neben ihm einer den Satz zu Ende.

Das immerhin wäre ein Fortschritt. Die Gleichgültigkeit der einmal Gewählten gegenüber dem Volk ist ein Wesenszug der neuen Demokratie. Und Regimewechsel sind auch in Zukunft keine Garantie für bessere Zeiten, nur für andere.

Am Ausgang vom Café Schahbandar sitzt, weißhaarig und zusammengesunken, der Inhaber an der Kasse, Mohammed al-Chaschali. Er klagt über Iraks Politiker und die Selbstvergessenheit der Macht. Dann erzählt er, wie im März 2007 ein blauer Pick-up vor seinem Café hielt und weshalb er es wenige Tage später in „Schahbandar Märtyrer Café“ umbenannt hat.

Dutzende Menschen sind zerrissen worden. „Auch meine vier Söhne“, sagt Chaschali, „und ein Enkel.“ Er erwähnt es fast beiläufig, ohne eine Reaktion zu erwarten.

Die Stadt ist voller Leichname, nur dass sie heute nicht mehr frühmorgens schon in den Palmengärten liegen. Und jeder Satz über den Sinn und Unsinn des Irak-Kriegs, über Verdienste und Verbrechen der Befreier und Besatzer wird vor dem Hintergrund eines noch immer wachsenden Heeres von Toten gesprochen.

Sieben Jahre hat Amerikas Krieg im Irak gedauert, länger als der gegen Adolf Hitler. 4426 US-Soldaten sind gefallen, etwa 100 000 irakische Zivilisten ums Leben gekommen. Nun legen der SPIEGEL, die „New York Times“, der Londoner

„Guardian“ und andere Medien einen von der Internetplattform WikiLeaks bereitgestellten Datensatz von fast 400 000 Dokumenten vor, in welchen die Soldaten der US-Armee diesen Krieg protokolliert haben (siehe Seite 112). Einer ersten Auswertung dieser Dokumente zufolge liegt die Zahl der Toten noch höher als bis jetzt bekannt.

Das Ergebnis dieses Krieges? Der Irak ist vom Tyrannen befreit. Heute können die Iraker ihre Führer wählen, Millionen von ihnen haben von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Amerika aber hat für diesen Krieg das Völkerrecht gebrochen, Verbündete diffamiert, die Vereinten Nationen lächerlich gemacht. Es hat seine Autorität als militärische und moralische Supermacht verspielt. Es hat über eine Billion Dollar ausgegeben, es hat erst triumphiert, dann einen Augenblick lang resigniert und sich vom Terror bis an den Rand einer historischen Niederlage drängen lassen. Dann raffte es sich auf – nicht um zu siegen, sondern, unter schwersten Opfern, die Niederlage abzuwenden.

Vier der Opfer, Ghanem, Kadhim, Mohammed und Bilal, sind Mohammed al-Chaschalis Söhne, eines ist Katib, sein Enkel.

War es das wert? Rechtfertigt das Ergebnis diesen Krieg?

Drei Männer, ohne die er so nicht stattgefunden hätte, werden in den kommenden Wochen und Monaten ihre Memoiren vorlegen – George W. Bush im November, sein langjähriger Verteidigungsminister Donald Rumsfeld im Januar, sein Vizepräsident Dick Cheney im

Frühjahr. Sie werden sich um die moralische Bewertung des Irak-Kriegs nicht drücken können. Bushs Buch trägt den Titel „Decision Points“, „Entscheidungspunkte“. Rumsfeld, so hat der Verlag angekündigt, beginne seine Erinnerungen mit seiner ersten Begegnung mit Saddam Hussein 1983.

Noch sind ihre Einlassungen nicht bekannt. Erwartet im Ernst jemand Schuldgeständnisse? „Die Entscheidung, Saddam Hussein zu stürzen, war am Anfang meiner Präsidentschaft richtig“, sagte Bush zum fünften Jahrestag der Invasion, „sie ist heute richtig, und sie wird immer richtig sein.“ Ähnlich der vierte der Kriegsherrn, dessen Autobiografie Anfang September erschien: „Ich tat, was ich für richtig hielt, selbst wenn die Bürger anderer Überzeugung waren“, schrieb der britische Ex-Premier Tony Blair. „Selbstverständlich ist der Irak heute ein besserer Ort als unter Saddam.“

Dass Bush und Blair immer bei Saddam Hussein enden, wenn sie vom Irak zu sprechen beginnen, ist verständlich – und, zu einem gewissen Maß, auch legitim. Der Sturz des grausamsten aller arabischen Diktatoren ist das am wenigsten kontroverse Kapitel des Irak-Kriegs. Die Vorstellung, er wäre heute noch an der Macht und ginge, inzwischen 73, allmählich daran, sein Haus zu bestellen, ist unerträglich, selbst für entschiedene Gegner des Irak-Kriegs.

Strategisch gibt es sogar selbst in diesem Punkt Kritik, bis heute. Iraks ehemaliger Premier Ijad Alawi, selbst an Attentatsversuchen gegen Saddam beteiligt, hält daran fest, dass es besser gewesen wäre, das Regime mittels einer Kommando-Aktion zu enthaupen – anstatt einen Krieg zu führen, die Armee zu zerschlagen und selbst die letzten Bänder zu zerreißern, die das Land zusammenhielten.

Doch der Regimewechsel war nur eines der Ziele, mit denen Amerika und seine Koalition der Willigen in den Irak einmarschierten. Die Invasoren hatten mehr vor. Sie wollten, wie Bush es ausdrückte, die Freiheit in den Nahen Osten tragen, eine Freiheit, die nicht „Amerikas Geschenk an die Welt“ sei, sondern „Gottes Geschenk an die Menschheit“.

Sie wollten, so steht es in der Kriegsresolution des US-Kongresses vom 16. Oktober 2002, Saddam Husseins Regime entwaffnen, die Menschenrechtsverletzungen und den Terror im Irak beenden und ihn – sowie den Nahen Osten insgesamt – demokratisch machen. Es sind diese von beiden Häusern des Kongresses ratifizierten Ansprüche, an denen die Geschichte diesen Krieg messen wird. Noch ist der Abstand zu den Ereignissen kein historischer, vor zwei Monaten erst hat Amerika seine letzte Kampftruppe abgezogen. Doch mehr als sieben Jahre nach Beginn der Invasion, jetzt, wo die bislang dichteste, von

den US-Streitkräften selbst produzierte Chronologie dieses Krieges vorliegt, ist es Zeit, eine Bilanz zu ziehen.

Das erste Kapitel dieses Krieges, die Geschichte von Saddam Husseins Entwaffnung, ist auch das kürzeste. Er hatte keine Massenvernichtungswaffen mehr. Keiner der 391832 jetzt vorgelegten Militärreports berichtet von einem nennenswerten Fund biologischer, chemischer oder nuklearer Kampfstoffe. Die Dokumente belegen den resignierten Befund, mit dem David Kay, der erste Direktor der mit der Waffensuche beauftragten „Iraq Survey Group“, im Januar 2004 zurücktrat: „Ich glaube nicht, dass sie existierten.“

Mit kühner Ironie versuchte George W. Bush anfangs, die Blamage zu überspielen, und ließ sich fotografieren, als er unter den Schränken im Oval Office nachschaute: „Irgendwo hier müssen diese Massenvernichtungswaffen doch stecken.“

Doch katastrophal war der Verlust an Glaubwürdigkeit, mit dem Amerika und seine Nachrichtendienste aus der Affäre hervorgingen. Bushs erster Außenminister Colin Powell, der vor dem Weltsicherheitsrat behauptet hatte, es könne „keinen Zweifel geben, dass Saddam Hussein biologische Waffen sowie die Fähigkeit besitzt, rasch mehr, viel mehr davon zu produzieren“, ertrug ihn stellvertretend. Ende 2004 trat er zurück. Sein Auftritt vor der Uno, sagte er später, sei „ein Schandfleck“ auf seiner Biografie.

Die Entwaffnung Saddam Husseins, vor der Invasion immerhin als das zentrale Kriegsziel formuliert, war diesen Krieg nicht wert.

Anders verhielt es sich zunächst mit dem Kriegsgrund der Menschenrechtsverletzungen. Erschüttert sahen die Iraker im Sommer 2003 amerikanischen Experten dabei zu, wie sie zwischen Euphrat und Tigris ein Massengrab nach dem anderen aushoben. Gewusst hatten sie von deren Existenz seit langem, es waren ihre Männer, Brüder und Söhne, die dort lagen. Aber dies war das erste Mal in der Geschichte des Nahen Ostens, dass ein Regime direkt und juristisch verbindlich mit den Hinterlassenschaften seiner Grausamkeit konfrontiert wurde und den Opfern damit Genugtuung widerfuhr. Ein bleibendes Verdienst.

Doch während Menschenrechtler und Forensiker in den Wüsten des Zweistromlandes noch nach den Opfern des alten Terrors gruben, begannen ihre Hinterbliebenen bereits unter dem neuen zu leiden: Mit ihrer übereilten Zerschlagung der irakischen Armee und dem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung stürzten die Besatzer das Land in eine Atmosphäre völliger Gesetzlosigkeit.

Plünderer, Kriminelle, aus der Erbmasse des gestürzten Regimes übriggebliebene Verbrecher nutzten als Erste dieses Vakuum, doch früh schon machte ein Heer

Chronik des Irak-Kriegs

29. Januar 2002

In seiner Rede zur Lage der Nation nennt US-Präsident George W. Bush den Irak, Iran und Nordkorea eine „Achse des Bösen“.

20. März 2003

Die USA beginnen ihren Angriff auf den Irak ohne Mandat des Uno-Sicherheitsrats. Begründet wird der Einmarsch u. a. mit der Existenz von Massenvernichtungswaffen.

1. Mai 2003

Bagdad ist eingenommen, das Land ist unter militärischer Kontrolle der Alliierten. George W. Bush erklärt die Kampfhandlungen für beendet.

13. Dezember 2003

Saddam Hussein wird in einem Erdloch nahe seinem Heimatort Tikrit gefasst.

April 2004

Die Folterexzesse im amerikanischen Militärgefängnis von Abu Ghuraib nahe Bagdad werden bekannt. Im Frühjahr 2006 werden zahlreiche Fotos und Videos veröffentlicht, die das volle Ausmaß der Folterungen dokumentieren.

30. Januar 2005

Wahl zur Nationalversammlung. Die Schiiten gehen als Sieger aus der Wahl hervor; Übergangspräsident wird Ibrahim al-Dschaaafari.

Juli 2006

Auf dem Höhepunkt der Gewalt kommen in einem Monat 3169 Zivilisten ums Leben.

30. Dezember 2006

Saddam Hussein wird hingerichtet.

10. Februar 2007

General David Petraeus übernimmt das Irak-Oberkommando. 20 000 zusätzliche Soldaten sollen für Sicherheit sorgen.

Dezember 2007

Von 2004 bis 2007 sind jährlich rund 900 Soldaten der Koalitionstruppen getötet worden. In den letzten Monaten des Jahres sinkt die Zahl der Opfer drastisch.

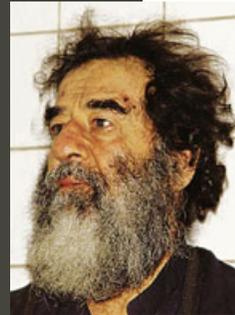
7. März 2010

Dritte Parlamentswahlen; obwohl die irakische Nationalbewegung von Ijad Alawi gewinnt, scheitert eine Regierungsbildung bis heute. Der 2006 eingesetzte Nuri al-Maliki ist amtierender Premier.

August 2010

Die Amerikaner ziehen ihre Kampftruppen aus dem Irak zurück.

Saddam kurz nach seiner Festnahme 2003



RO / REUTERS

islamistischer Terroristen sich auf den Weg nach Bagdad. Ein Jahr nach der Invasion widersprach die Lage im Irak diametral dem erklärten Kriegsziel, den Irak vom islamistischen Terror zu befreien. Die Dschihadisten, Todfeinde nicht nur Amerikas, sondern auch des gestürzten Diktators, waren vorher nicht da gewesen. Sie kamen jetzt erst, zu Hunderten, und richteten ein Inferno an, das die jetzt vorliegenden Militärberichte so schonungslos dokumentieren wie kein Kriegsbericht zuvor.

Sie entfesselten einen Sektenkrieg, dem an seinem Höhepunkt 2006 mehr als 3000 Menschen monatlich zum Opfer fielen. Die nach ihrer Auflösung mühsam wieder aufzubauenden Sicherheitskräfte griffen auf Seiten der Schiiten in den Krieg ein und schlugen mit einer Brutalität zurück, die der Menschenschinderei des Sunniten-Regimes von Saddam Hussein nicht nachstand. Mehr als zwei Millionen Iraker flohen damals aus dem befreiten Irak ins Ausland, mindestens ebenso viele setzten sich in den vergleichsweise ruhigen Norden des Landes ab. Selbst Opfer des alten Regimes wünschten sich damals dessen Rückkehr.

Den eigenen Stündenfall erlebte Amerika im Frühjahr 2004, als es noch offiziell Besatzungsmacht war. Er ist mit zwei Worten hinreichend beschrieben: Abu Ghuraib. Wie die Soldaten, die als Befreier einmarschiert waren, in diesem Foltergefängnis am westlichen Stadtrand von Bagdad die Menschen und das

Menschenrecht mit Füßen traten, hat irreparablen Schaden angerichtet – an den Opfern selbst, am weiteren Verlauf des Krieges, am Verhältnis des Westens zur islamischen Welt, am Nimbus der USA als einer moralischen Supermacht.

Amerika, im Gegensatz zu den Regimen des Nahen Ostens, hat selbst die Kraft gefunden, seinen Folterskandal offenzulegen. Aber war es das wert? Hat dieser Krieg dem Irak die Menschenrechte gebracht? Formal gewiss: Die Iraker haben heute das freie und das allgemeine Wahlrecht, sie genießen, dem Gesetz nach, Meinungs- und Pressefreiheit.

Doch die Bilanz ist grauenhaft. Man wartet gespannt auf die Abu-Ghuraib-Kapitel in den Büchern von Bush, Cheney und Rumsfeld – und auf die Worte, die sie für die Toten finden, für die Witwen, die Amputierten, die seelisch Zerstörten.

Schließlich der vierte Kriegsgrund, der in den aufgewühlten Tagen vor dem Einmarsch vielen einleuchtete, auch denen, die nicht leichtfertig ins Lager der Bush-Krieger wechselten. Der Plan, im Irak einen Brückenkopf der Demokratie im Nahen Osten zu errichten, enthielt ja nicht nur den Kern des amerikanischen Heils-

versprechens. Er griff eine fundamentale Erfahrung auf, die Deutsche, Japaner und, nach dem Ende des Kalten Kriegs, auch die Völker Osteuropas gemacht hatten. Wer wollte den Irakern das Recht auf Freiheit und Demokratie absprechen? Bildete sich jemand ein, Araber könnten nur von Autokraten regiert werden?

Das Demokratie-Argument enthielt ein Element der Fairness und der Nachhaltigkeit, das über die damals schon faden-scheinigen Behauptungen der Nachrichtendienstes hinausging.

Hat der Krieg das Argument gerechtfertigt?

Dreimal, auch das ein nicht zu unterschlagendes Verdienst der Invasion, haben die Iraker seit 2003 gewählt, zuletzt im März. Sieben Monate lang haben die Gewählten dann beraten, seit drei Wochen scheint festzustehen, dass der bisherige Ministerpräsident Nuri al-Maliki auch der künftige sein wird.

Wie Maliki gekürt wurde und welche Folgen das haben wird, hat aber viele Iraker tief verbittert. Es ist ein Menetekel für die Zukunft des Irak und ein Hohn auf die demokratischen Auspizien von 2003. Denn seine Wahl widerspricht dem Wahlergebnis – Maliki war knapp geschlagen worden – und zementiert erneut die Herrschaft einer konfessionellen Gruppe über eine andere.

Den ganzen Sommer über hatten die Parteien des Sektenkrieges erfolglos um einen Kompromiss gerungen. Anfang September schaltete sich dann Iran ein. Teheran will, dass in Bagdad ein schiitischer Autokrat wie Maliki regiert, nicht sein säkularer Rivale Alawi, dessen Bündnis die Wahl gewonnen hat.

Nur Tage nach dem Abzug der letzten US-Kampftruppe Ende August nahm ein Ajatollah in der iranischen Gelehrtenstadt Ghom den mit Maliki verfeindeten Schiiten-Führer Muktda al-Sadr zur Seite. An dessen Widerstand war Malikis Wiederwahl bislang gescheitert. Nun überzeugte ihn sein Konfessionsbruder. Zur Sicherheit wurde noch ein anderer Schiiten-Führer eingebunden: der Libanese Hassan Nasrallah, der Chef der radikalislamischen Hisbollah.

Zusammen mit den Kurden kann Maliki nun eine Regierung bilden. Die Sunniten, die überwiegend für die Säkularen gestimmt hatten, sind draußen.

Maliki, der schon in seiner ersten Amtszeit stark autoritäre Züge annahm, lässt bereits Ganzkörper-Porträts von sich an die Fassaden ausgebombter Häuser hängen. Viel kann ihm jetzt nicht mehr passieren. Er hat die Unterstützung Irans, der, auch weil Amerika ihn von seinem Feind Saddam befreit hat, der wahre Siegers des Irak-Krieges ist.

Aufmerksam haben die arabischen Fernsehkanäle die unwürdige Kandidatensuche beobachtet. Wie bereits nach der Wahl 2005 war sie von Gewalt begleitet – und bestätigte erneut die konfessionellen Realitäten des Irak und den Einfluss seiner Nachbarn. Der Irak ist kein Beispiel, dem ein anderes Land der Region folgen möchte.

Der Staat, den dieser Krieg hervorgebracht hat, ist zu schwach für die Demokratie. Vielleicht wäre er stark genug, wenn Amerika noch einmal eingriffe, nicht militärisch wie 2003, sondern mit seinem ganzen Sachverstand über den Nahen Osten, den es schon damals hatte, aber auf seinem überstürzten Weg nach Bagdad so fahrlässig zur Seite wischte.

Doch dazu wird sich Amerika nun nicht mehr durchringen, nicht im Irak, nicht in China, nicht in Burma. Wenn der Demokrat und Menschenrechtler Barack Obama heute über Demokratie und Menschenrechte spricht, hört ihm dort keiner mehr zu.

Genau das hat dieser Krieg bewirkt. Keiner hat treffender als Obama selbst die Aporie beschrieben, in die sein Vorgänger die moralische Supermacht Amerika gesteuert hat: „Ich bin nicht gegen jeden Krieg“, sagte er 2002 auf einer Demonstration gegen den Irak-Krieg. „Ich bin gegen die dummen Kriege.“



THE TIMES / BULLS PRESS / NEWS INTERNATIONAL

Iraks Ruder-Nationalmannschaft beim Training auf dem Tigris: Zeichen des Fortschritts

Der Irak-Krieg kam zum falschen Zeitpunkt, er kam mit falschen Gründen, er hat katastrophale Folgen. Vieles davon konnte man vorher wissen. Deshalb war es ein dummer Krieg.

Die Ausfallstraße von Bagdad nach Abu Ghuraib führt an patriotisch bemalten Sprengschutzwänden entlang, an Lagerhallen, Zementdepots und Lkw-Werkstätten. Alle paar hundert Meter dösen Posten in unwirklich großen Pick-ups oder stehen hinter ausbetonierten Ölfässern, mit neuen Uniformen und mit den lässigen Gesten, die sie von den einstigen Besitzern abgeschaut haben. Das „Hip-

podrom Abu Ghuraib“ liegt abseits, hinter Amirija, einem Stadtteil Bagdads, der sich als einer der letzten den Amerikanern ergeben hatte: Sunniten-Gebiet.

Zweimal die Woche wird hier auf Pferde gewettet. Ein Zeichen des Fortschritts. Besser, sich um die Aufstellung an der Startbox zu kümmern als um die der jeweiligen Milizen.

Die Straße führt an aufgeworfenen Sandhaufen vorbei, so fahlgelb wie der Himmel, an Schrott, Müll und zerrissenen Autoteilen. Die Häuser sind Festungen, mit eigenen Generatoren und hohen verschweißten Portalen. Aber es blüht Bou-

gainvillea über die Mauern, und jemand wäscht sein Auto. Sonst ist kein Mensch auf der Straße zu sehen. Nur manchmal schaukelt ein anderes Auto durch die Lehmlöcher, ein wenig zu schnell für den Zustand der Straße.

„Wir sollten umkehren“, sagt der Fahrer. Dann hat er den Weg verloren. Es gibt keine Schilder, nur die leeren Fenster der Häuser. Es ist nicht gut, in Amirija nach dem Weg zu fragen. Der Fahrer kommt zum dritten Mal an derselben Straßenecke vorbei. Auch der Dolmetscher wird nervös. Er fängt an lauter zu reden, flucht, schlägt mit der Faust auf die Ablage vor sich. Es ist nicht gut, mit Ausländern gesehen zu werden.

Jeden Tag wird es schlimmer, sagt er. Die an den Autos angebrachten Magnetbomben, die Attentate mit schallgedämpften Waffen, die Unsicherheit, das quälend lange Warten auf eine neue Regierung. Das hier ist nicht sein Viertel. Er hat Angst, und die ist lähmend und ansteckend. Vielleicht ist es auch nur Einbildung. Vielleicht geht es auch gut aus. Alles ist möglich in diesem verwüsteten Land. Der Dolmetscher knetet sein Handy, fährt sich über die Stirn, und dann schreit er den Satz, den er die ganze Zeit schon hatte sagen wollen: „Ihr könnt wieder gehen, aber wir, wir müssen hierbleiben.“

ALEXANDER SMOLTZYK, BERNHARD ZAND



Bergung von Anschlagsoffern in Bagdad am 23. November 2006

AP / SÜDD. VERLAG

IED Explosion

20061123153838SMB4790091900

**IED EXPLOSION ATTK ON CIV IVO BAGHDAD (ZONE 21) (ROUTE UNKNOWN):
247 CIV WIA 181 CIV KIA**

**118 MP CO REPORTS THAT A VBIED DETONATED, IPS FROM AL QUANAT
LOCAL POLICE STATION ARE RESPONDING TO THE SCENE. BATTLE
DAMAGE AT THIS TIME IS UNKNOWN, CASUALTIES ARE UNKNOWN**

Meldung der Selbstmordattentate vom selben Tag

Protokolle der Grausamkeit

Fast 400 000 Dokumente über den Krieg im Zweistromland hat die Internetplattform WikiLeaks – trotz aller Anfeindungen – jetzt ins Netz gestellt. Sie zeigen im Detail, wie brutal dieser Krieg geführt wurde und wie hilflos sich die Besatzungsmacht USA aufführte.

Am Ende dieses einen Tages werden 231 Menschen umgekommen sein – getötet von Panzerfäusten, Heckenschützen oder Sprengsätzen. Sicherheitskräfte werden weitere 86 Leichenfunde gemeldet haben, die meisten Opfer gefesselt, gefoltert, erschossen, „Execution Style“ steht dann in den Berichten. 58 selbstgebaute Bomben werden an diesem Tag explodieren und 33 weitere unschädlich gemacht werden, 61-mal werden Aufständische auf US-Truppen feuern, neun Waffenlager werden entdeckt, und bei sieben Überfällen wird eine unbekannte Anzahl Menschen entführt werden. Dreimal wird es kurz Hoffnung geben, den entführten Vizegesundheitsminister doch noch lebend zu finden.

Der 1345. Tag der Operation „Irakische Freiheit“, der 23. November 2006, ist ein ungewöhnlich grausamer Kriegstag im Irak, blutiger als jeder andere zuvor.

Es ist 2.19 Uhr, als eine amerikanische Patrouille auf einen versteckten Sprengsatz fährt, vier US-Soldaten werden verletzt, ihre Füße, Waden, Schenkel zerfetzt. Sie müssen mit einem Hubschrauber evakuiert werden. Zwei Stunden später: der nächste Vorfall. Aufständische stürmen einen Kontrollposten der irakischen Polizei und drohen: Gebt uns eure Waffen, oder wir erschießen euch. Sie bekommen vier Kalaschnikows.

Ab 7.00 Uhr versammeln sich Mitglieder der schiitischen Miliz, die sich nach dem von allen Schiiten ersehnten Erlöser etwas großspurig „Armee des Mahdi“ nennt und unter dem Akronym JAM bekannt ist, an mehreren Orten in schiitischen Vierteln von Bagdad. Sie werden von Mitarbeitern des Innenministeriums in den Stadtteil Hurrija gebracht. Kurz darauf heißt es in der Meldung eines amerikanischen Soldaten: „Hurrija ist jetzt von Truppen des Innenministeriums und der JAM eingekesselt. Sie bereiten sich auf eine große Schlacht vor.“

13.13 Uhr: Der Kreis der schiitischen Belagerer zieht sich enger. Ein Bericht der US-Streitkräfte sammelt „Informationen über einen geplanten Angriff von Truppen des Innenministeriums und der Armee des Mahdi gegen sunnitische Gebiete“. 14.00 Uhr: Aufständische Sunniten haben ihrerseits in Bagdad eine

Straßenblockade errichtet. Sie sind mit Maschinengewehren und Panzerfäusten bewaffnet. Zwanzig Minuten später: Mörsergranaten schlagen auf dem Gelände des Gesundheitsministeriums in Bagdad ein.

Ab 15.00 Uhr: Sechs Autobomben detonieren nacheinander, auf einem Platz, auf einem Markt und in einer belebten Straße im Bagdader Stadtviertel Sadr City. Die Amerikaner melden 181 Tote und 247 Verletzte. Später stellt sich heraus, dass es 215 Tote und 257 Verletzte sind, fast alle Opfer sind Schiiten. Es ist die blutigste Anschlagsserie seit Beginn des Krieges.

Öffentlich mahnt Schiiten-Anführer Muktada al-Sadr seine Glaubensbrüder zur Zurückhaltung, intern verlangt er Rache. Ein amerikanischer Soldat notiert: „Als Reaktion auf die sunnitischen Angriffe befahl Muktada al-Sadr den JAM-Spezialkräften persönlich, alle sunnitischen Viertel in und um Bagdad anzugreifen.“

Gleich nach den Anschlägen werden Sadr-Kämpfer im ganzen Land aufgefordert, sich unverzüglich auf den Weg nach Bagdad zu machen. „Mehrere Krankenwagen bringen Waffen nach Sadr City“, heißt es weiter in den Protokollen. Kalaschnikows werden verteilt. Um 17.26 Uhr schießen Schiiten mehrere Raketen auf vorwiegend sunnitische Wohngebieten ab. Der Bericht vermeldet: 14 Tote, 25 Verletzte.

Aufmerksam registrieren die Amerikaner die sich abzeichnenden Kämpfe zwischen Sunniten und Schiiten. 17.30 Uhr: Ein Trupp von JAM-Milizen greift zusammen mit Helfern in Polizeiuniform eine sunnitische Moschee an. 18.30 Uhr: Andere Kämpfer haben einen falschen Kontrollposten nahe der Muhsin-Moschee errichtet und entführen Zivilisten. 20.30 Uhr: Milizen attackieren die Prophet-Mohammed-Moschee im Stadtteil Dschihad. 20.55 Uhr: Weitere Schiiten haben sich nahe der Aschara-al-Mubaschara-Moschee versammelt und in Zehnergruppen aufgeteilt. „Die JAM gehen in die Häuser der Leute und bringen sie um.“ 22.10 Uhr: „300 Aufständische versammeln sich nahe einem Kontrollpunkt der irakischen Armee. Die irakischen Soldaten haben sich zurückgezogen, und die Aufständischen

planen, die Gegend von Schula anzugreifen.“ 22.35 Uhr: JAM-Milizen haben ein Polizeiauto zur Abschussrampe für Katjuscha-Raketen umgebaut und wollen die Sunniten in Adhamija angreifen.

24 Stunden Krieg, in 360 Berichten amerikanischer Soldaten zusammengetragen, eingeordnet in ein grobes Raster alltäglicher Ereignisse wie „Bomben-Explosion“, „Beschuss durch Feinde“, „Waffenfunde“ und archiviert in einer Datenbank des Pentagons, die, wieder einmal, einen Blick mit der Lupe auf den Alltag eines bewaffneten Konflikts ermöglichen. Nur, diesmal ist es ein Krieg, der angeblich schon dreieinhalb Jahre zuvor endete. Ein Waffengang, den der damalige Oberbefehlshaber George W. Bush am 1. Mai 2003 auf dem Flugzeugträger USS „Abraham Lincoln“ unter einem Banner mit der Aufschrift „Mission erfüllt“ für abgeschlossen erklärte: „Die Hauptkampfhandlungen im Irak sind beendet.“ An diesem Tag hatte das Logbuch des Irak-Kriegs, das der SPIEGEL, der Londoner „Guardian“ und die „New York Times“ zusammen mit weiteren Medien jetzt vorlegen, noch nicht einmal begonnen.

Beim Tagebuch des Afghanistan-Krieges waren es fast 92 000 Berichte, diesmal sind es 391 832 Dokumente, die ausgewertet werden konnten. Sie beginnen am 1. Januar 2004, an dem zwischen Kirkuk im Norden des Landes und Basra im Süden die Explosion von sieben Sprengsätzen gemeldet wird, und enden am 31. Dezember 2009 mit drei Anschlägen. Allein in dieser Zeit sterben nach offiziellen Angaben 3884 US-Soldaten, 224 Soldaten von verbündeten Nationen, weit über 8000 irakische Sicherheitskräfte und 92 003 irakische Zivilisten, deren Tod in mindestens einer Quelle dokumentiert ist*.

Zusammen also mehr als 104 111 Tote, was der Opferzahl nahekommt, die in diesen Dokumenten als getötet gemeldet werden, nämlich 109 032 – ein nicht ganz so verheerender Krieg also wie etwa der Vietnam-Krieg mit seinen drei Millionen Todesopfern, aber einer, der sich nicht weniger verheerend auf das Ansehen der Vereinigten Staaten ausgewirkt hat.

* Für das Jahr 2004 fehlen einigermaßen verlässliche Zahlen.

Wissen wir nun alles über diesen Krieg? Bringen solche Versuche, den Krieg in seinen unendlich vielen Einzelereignissen und Zahlen erfassbar zu machen, überhaupt noch Erkenntnisgewinn? Lohnt es sich, der Flut von Büchern, Berichten und Dokumentationen noch weitere 400000 Dokumente hinzuzufügen? Immerhin zwei Institutionen, die einander spinnefeind sind, scheinen das zu glauben.

Denn in einem haben die US-Streitkräfte, die diese Dokumentation zusammengetragen haben, und die Internetplattform WikiLeaks, die sie nun verbreitet, etwas Gemeinsames: Sie betrachten diese Dokumente als Innenansicht des Irak-Feldzugs, die bislang detaillierteste und umfangreichste Annäherung an eine blutige Wahrheit.

Neu an dieser Dokumentation ist vor allem die Perspektive: Es sind die Amerikaner selbst, die über die Dramen berichten, die sich immer wieder an den Kontrollpunkten ereignen, wo dank übergroßer

Nervosität der Soldaten Hunderte tödliche Zwischenfälle zu beklagen sind. Es sind die Amerikaner selbst, die im ganzen Land den Tod von Zivilisten dokumentieren – solchen, die bei Angriffen Aufständischer starben, und solchen, die eigenen Angriffen zum Opfer fielen. 34 000-mal wird in diesen Dokumenten von getöteten Zivilisten berichtet.

Und neu ist vor allem, dass es die Amerikaner sind, die belegen, mit welcher Brutalität sich die von der Herrschaft des Diktators Saddam Hussein befreiten Iraker gegeneinanderwenden. Es sind nicht Amerikas Gegner, nicht skeptische Alliierte oder oppositionelle Medien, die hier zusammengetragen haben, wie desaströs das Unternehmen „Irakische Freiheit“ wirklich verlaufen ist, es waren die Saddam-Bezwinger selbst.

Wieder haben die drei ursprünglichen Printmedien und erstmals auch die neu hinzugekommenen Medien die Dokumente zur Verfügung gestellt bekommen, wieder wurde gesichtet und geprüft, wieder gibt es keinen Zweifel daran, dass das Material authentisch ist – Berichte aus erster Hand, die aber auch die Unübersichtlichkeit des Augenblicks widerspiegeln, den berühmten „Nebel des Kriegs“.

Doch inzwischen ist heftiger Streit entbrannt über die Frage, ob die Veröffentlichung solchen Materials zulässig ist oder ob, wie vor allem amerikanische Politiker in Richtung WikiLeaks drohen,



Kriegsherr Bush, Soldaten am 1. Mai 2003: „Mission erfüllt“

diese Dokumente Leben gefährden: das Leben amerikanischer und alliierter Soldaten, deren Routine vor Ort hier beschrieben wird, was sie für Feinde berechenbarer macht – knapp 50 000 GIs sind schließlich immer noch im Zweistromland stationiert; aber auch das Leben irakischer Informanten, deren Identität in vielen Berichten erkennbar wird.

So jedenfalls argumentiert das Pentagon auf die Bitte des SPIEGEL um eine Stellungnahme zur Veröffentlichung der Irak-Dokumente: „Wir sind sicher, dass unsere Feinde diese Informationen auf Hinweise untersuchen werden, wie wir verfahren, mit unseren Quellen umgehen, in Gefechtsituationen reagieren und wie es um die Wirksamkeit unserer Ausrüstung bestellt ist. Diese Verletzung von Geheimhaltungsbestimmungen könnte zum Tod unserer Soldaten führen und derer, die gemeinsam mit ihnen kämpfen.“

Verschwiegen dagegen hat das Verteidigungsministerium bisher, dass Minister Robert Gates in einem Brief an US-Senator Carl Levin zu einer ganz anderen Einschätzung der vorausgegangenen Afghanistan-Dokumente gelangt war, dass nämlich „durch die Veröffentlichung keine geheimdienstlichen Quellen und Methoden aufgedeckt wurden“. Gleichwohl verlangt das Pentagon auch jetzt wieder, WikiLeaks müsse „das gestohlene Material sofort zurückgeben und es so schnell wie möglich von den Web-Seiten löschen“. Zuvor bat die amerikanische Regierung be-

reits verbündete Nationen, die ebenfalls Soldaten am Hindukusch stationiert haben, eigene Anklagen gegen WikiLeaks-Chef Julian Assange, 39, vorzubereiten. Der fühlte sich außerhalb der USA bislang noch sicher und ließ sich in Schweden wie ein Popstar feiern.

Amerikas Rechte ruft dagegen nach Rache für den Hochverrat. Der Kolumnist Marc Thiessen, ein Mitglied des konservativen Think-Tank „American Enterprise Institute“, nannte WikiLeaks in der „Washington Post“ schlicht ein „kriminelles Unternehmen“, dessen Geschäftszweck es sei, Geheiminformationen zu Fragen der Nationalen Sicherheit zu erhalten und sie weitestmöglich zu verbreiten. Assange müsse dafür festgenommen und verurteilt werden; sollten die Staaten, in denen der Australier sich aufhält, ihn nicht ausliefern, müssten eben FBI oder CIA die Festnahme selbst durchführen.

Solche Drohungen zeigen Wirkung beim Empfänger: WikiLeaks befindet sich in ei-

ner ersten Krise. Mit schweren Vorwürfen gegen Assange („eine Art Imperator oder Sklavenhändler“) trennten sich mehrere Mitarbeiter vom WikiLeaks-Chef, die Zahl der Unterstützer ist gesunken. Nachdem auch einer der Programmierer der Internetseite abgesprungen ist, war die Adresse der Gruppe in den vergangenen Wochen nicht erreichbar. Dazu kommen die noch immer nicht ausgestandenen Vorwürfe zweier Schwedinnen, die Assange des sexuellen Missbrauchs bezichtigen. Er selbst hat den Vorwurf stets zurückgewiesen und seine Unschuld beteuert, doch die schwedische Staatsanwaltschaft ermittelt weiter.

Zumindest die Kritik an seinem Führungsstil ficht Assanges Selbstbewusstsein nicht an: „Ich bin das Herz und die Seele dieser Organisation, Gründer, Vordenker, Sprecher, Programmierer, Organisator, Finanzier und alles andere auch noch. Wenn du ein Problem mit mir hast, verpiss dich“, beschied er einen internen Kritiker.

Für den WikiLeaks-Chef ist der neuerliche Scoop auch eine Chance auf Wiedergewinnung von Glaubwürdigkeit. Die Präsentation des Irak-Materials soll demonstrieren, dass WikiLeaks vielleicht angeschlagen, aber arbeitsfähig ist und sich wieder dem Kerngeschäft, dem Publizieren von Dokumenten, widmet. Die verbliebene Mannschaft um Assange hat deshalb ihr temporäres Hauptquartier in London aufgeschlagen und arbeitet seit

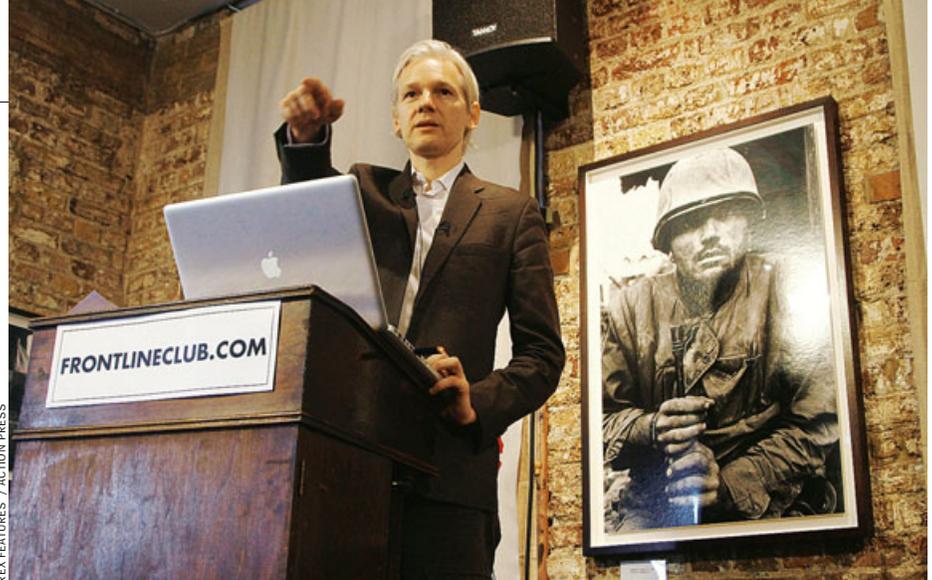
Wochen daran, das Material von Namen möglicher Informanten zu säubern – auch ein Zugeständnis an diverse Nichtregierungsorganisationen, die nach der Veröffentlichung der Afghanistan-Dokumente harsche Kritik geübt hatten.

Wie schon beim Afghanistan-Material hat der SPIEGEL auch bei den Irak-Dokumenten alles dafür getan, dass Menschenleben nicht gefährdet werden, hat die Namen potentieller Racheopfer herausgenommen und Orte, die eventuelle kollektive Vergeltungsmaßnahmen befürchten mussten, unkenntlich gemacht. Aber wie zuvor hat sich der SPIEGEL entschieden, die Dokumente vorzustellen – obwohl viele wichtige Schlüsselereignisse des Irak-Kriegs in den Dokumenten gar nicht erwähnt und politische Hintergründe nicht erörtert werden, was schon den Afghanistan-Dokumenten viele Kritiker beschert hatte. Ein Reporter der „Washington Post“ – die, anders als die konkurrierende „New York Times“, vorab keinen Einblick in das Material erhalten hatte – brüstete sich damit, er erfahre auf jeder x-beliebigen Washingtoner Party spannendere Geheimnisse als alles, was die Afghanistan-Dokumente zu bieten hätten.

Solche Kritik mag – bis zu einem gewissen Grad – auch auf die Irak-Papiere zutreffen: Über den Abu-Ghuraib-Skandal beispielsweise findet sich kaum ein substantielles Wort. Gefangenemiss-handlungen durch die Amerikaner tauchen in dem Material erst ein Jahr nach Abu Ghuraib auf – und werden nach militärischen Regeln geahndet. Doch was immer dann aufgezeichnet wird, Tritte und Fausthiebe bei der Festnahme von Verdächtigen, Schläge mit den Gewehrkolben, sexuelle Demütigung, verblasst gegen die Grausamkeiten, die irakische Sicherheitskräfte den eigenen Landsleuten zufügen.

Auch über die Erstürmung der Sunniten-Hochburg Falludscha oder die Tötung der Zivilisten in Haditha sowie über die jahrelange Jagd auf den irakischen Qaida-Chef Abu Mussab al-Sarkawi berichten die jetzt veröffentlichten Quellen nichts. Und doch gilt auch für das Irak-Material, was schon für die Afghanistan-Dokumente gegolten hat: Sie sind journalistisches Rohmaterial im besten Sinn: Aus diesen Dokumenten entsteht eine erste Version der Geschichte.

Und die ist durchaus geeignet, die Sicht auf heutige Kriege zu verändern. Das Material zeigt, wie die letzte verbliebene Supermacht der Welt sich lähmen lässt durch die allgegenwärtige Angst, dass gleich an der nächsten Straßenecke eine weitere Sprengfalle hochgehen könnte. Diese kurzen, nüchternen Protokolle adieren sich zu dem genauen Abbild eines asymmetrischen Krieges, in dem eine hochgerüstete Supermacht eher hilflos



WikiLeaks-Chef Assange: „Das Herz und die Seele und alles andere auch noch“



auf dem Schlachtfeld steht und nicht weiß, wie ihr geschieht.

Aus Tausenden Bedrohungsanalysen, Angriffsberichten und Festnahmeprotokollen lässt sich darüber hinaus sehr genau rekonstruieren, wie sich die Eskalation des islamischen Bruderkampfes zwischen Schiiten und Sunniten entfaltet, wie sich die Gesellschaft brutalisiert, wie Entführungen, Hinrichtungen und Folter von Gefangenen zum Alltag werden. Auch die Nachbarn, Syrien und Iran, mischen sich in diesen Krieg ein. Und obwohl sie den Abzug ihrer Kampftruppen Ende August abgeschlossen haben, blieben bis dahin auch die Amerikaner noch immer Hauptakteure in diesem Krieg – als Täter und als Opfer.

FROMME EXTREMISTEN

Eine Flut von Meldungen zeigt, dass nicht nur einfache Polizisten und Soldaten mit den radikalen schiitischen Milizen in ihrem Kampf gegen die amerikanischen Besatzer kooperiert haben, sondern dass auch Politiker sowie hochrangige Polizei- und Armee-Angehörige von 2006 an bis zum Ende der Berichte im Dezember 2009 selbst an Angriffen auf US-Truppen und Zivilisten beteiligt waren. Etwa indem sie Sprengfallen legen lassen, den Milizen Schutz bieten und ihre Waffen lagern. Vor allem die Mahdi-Armee scheint große Teile der Polizei infiltriert zu haben.

So belegt ein Bericht vom 4. August 2006, dass der Chef eines schiitischen

Stadtviertels von Bagdad seine Bauarbeiter anwies, beim Teeren mehrerer Straßen alle 200 bis 300 Meter eine Lücke zu lassen. Darin vergruben dann JAM-Milizen ihre Sprengsätze, und die Straßenarbeiter versiegelten die Lücken mit frischem Teer. Per Fernsteuerung sollten die Bomben in dem Augenblick gezündet werden, in dem sich eine amerikanische Patrouille nähert.

Ein Polizeioberst Kassim wird Ende Juli 2008 festgenommen, weil er zusammen mit einem JAM-Führer einen Angriff auf die Polizeiwache in Kanat geplant haben soll, in der amerikanische und irakische Sicherheitskräfte gemeinsam stationiert waren. Als sich JAM-Milizen daranmachten, Benzin aus einem gestohlenen Tankwagen in das Abwassersystem des sunnitischen Viertels Russafa zu leiten, um es dann in Brand zu setzen, versprach ein Major der irakischen Armee Hilfe: Der werde „die Operation unterstützen, indem er eine Absperrung um den Tankwagen errichten lässt, während dieser das Benzin in das Abwasser ablässt“, heißt es in den Dokumenten.

Es gibt Hunderte solcher Berichte über staatliche Hilfe für die frommen Eiferer. Zusammengenommen zeigen sie, wie die Grenzen zwischen Aufständischen und Staatsbediensteten immer mehr verschwimmen. In Bagdad können sich die JAM-Milizen seit Jahren frei durch die Stadt bewegen, in Pick-ups, bewaffnet mit Panzerfäusten und Kalaschnikows. Sie tragen Uniformen des Innenministe-

riums, der Armee oder der Polizei. Für ihre Waffentransporte nutzen sie gern auch mal Särge, ein Wagenkonvoi täuscht dann eine Beerdigung vor.

Das alles geschieht unter den Augen der Sicherheitskräfte, wenn nicht mit deren Hilfe. Aus den Berichten geht hervor, dass Ermordete oft in der Nähe von Polizeistationen aufgefunden werden, dass Sprengsätze im Sichtfeld von Kontrollpunkten gelegt werden, wo sie eigentlich hätten entdeckt werden müssen, und dass Waffenlager häufig hinter Polizeistationen angelegt sind.

Zudem nimmt die Brutalität des Krieges zwischen 2004 und 2007 dramatisch zu. Jeder kann jedermanns Mörder sein. Geführt wird dieser Krieg mit Tausenden selbstgebastelten Bomben. Qaida-Terroristen, die Todfeinde der JAM-Milizen wie der Amerikaner, verstecken ihre Sprengsätze auch in Dosen für Babynahrung. Bei Razzien finden US-Soldaten mehrfach fertige Sprengsätze in Babybetten versteckt. Sogar in Kuscheltieren für Kleinkinder steckten schon Handgranaten, und ihre Munition lagern die Islamisten gelegentlich in Schulen oder Kindergärten. Eine Bastelbombe, versteckt in einer Taschenlampe, „riss den Arm eines Jungen ab und verbrannte ein kleines

Mädchen“, notiert ein Soldat lapidar. Die Kinder kommen ins Krankenhaus. „Sonst nichts zu berichten.“

Massenhaft finden sich in den Dokumenten Berichte, aus denen schierer Terror spricht. So heißt es am 3. November 2007: Eine Irakerin habe sich an US-Soldaten gewandt, Islamisten hätten ihrem Baby den Kopf abgeschnitten. Die Offiziere schicken ein paar Soldaten los, die die Sache prüfen sollen. Am Ende des Berichts heißt es: „Bestätigt, dass das Baby geköpft ist.“

Anfänglich richtet sich der Terror der Qaida gezielt gegen Ausländer. Ab 2004 entführten Terroristen die Fremden, schnitten ihnen den Kopf ab und warfen die Leichen wie Müll an den Straßenrand. Der Südkoreaner Kim Sun Il, der für ein Zulieferunternehmen der US-Armee gearbeitet hatte, lag am 22. Juni 2004 an einer Straße zwischen Bagdad und Fal-ludscha. Seine Leiche war mit Sprengfallen präpariert, sie sollte noch anderen den Tod bringen. Qaida-Gruppen hatten Kim entführt, um Südkorea zu erpressen, seine Truppen aus dem Irak abzuziehen. Als das fehlgeschlug, köpften sie den 33-Jährigen.

Der Leichnam einer westlichen Geisel wurde aus einem schwarzen BMW vor

eine Moschee in Bagdad geworfen. Der Kopf fehlte, die Arme waren mit Handschellen gefesselt, die Beine mit einem Seil. „Der Körper war noch warm und das Blut noch nicht dick“, schrieb ein Soldat über die Leiche seines Landsmanns Eugene Armstrong.

Als diese Gewaltexzesse nicht die von der Terrortruppe erwünschte Wirkung zeigten, richteten die Aufständischen im Irak ihren Terror gegen die Einheimischen – vor allem gegen die, die mit der Besatzungsmacht USA zusammenarbeiteten. Im Januar 2005 warfen Aufständische einen geköpften Iraker vor das Jarmuk-Krankenhaus in Bagdad. Einen anderen hatten sie gehängt und in seiner Tasche ihre Botschaft platziert: „Geht nicht zur Wahl.“

Einheimische Männer, die bei der irakischen Polizei oder als Soldaten anheuerteten, waren die wichtigsten Ziele von al-Qaida. Im Januar 2006 zerrten Terroristen mit Kalaschnikows den Nachtwächter einer Schule an einer Kreuzung in Mossul am helllichten Tag aus seinem Auto. Sie fesselten ihn und zwangen ihn auf den Boden. Dann „riefen sie: ‚Gott ist groß‘, und schnitten ihrem Opfer mit einem Messer den Kopf ab“, berichten die US-Militärs. Die Terroristen filmten die Szene auch noch – als Propaganda- und Drohmateriale.

Die Lektüre der Berichte, so stumpf, monoton und militärisch verklausuliert sie auch abgefasst sind, ist kaum erträglich, über Tausende von Dokumenten geht das so. Quasi nebenbei haben die US-Soldaten auch ein Protokoll des Grauens geführt, einen Katalog des mörderischen Alltags in einem mörderischen Land.

Nahezu täglich fanden US-Soldaten unsäglich zugerichtete Opfer, zudem mussten sich die Soldaten den Körpern vorsichtig nähern. Oft waren Sprengfallen darin versteckt. Der Leichnam eines geköpften Mannes etwa war so aufgedunsen, dass die Soldaten am 11. Oktober 2007 vermuteten, Terroristen hätten den Leib mit Sprengstoff gefüllt. Deshalb entschlossen sie sich, „den Rest des Leichnams mit einer Granate zu kremieren“.

In den letzten beiden Berichtsjahren soll al-Qaida im Irak auch Kinder und Jugendliche als wandelnde Bomben missbraucht haben. Die Gruppen nennen sich „Paradiesjungen“ oder „Jugend des Himmels“, ihre Mitglieder sind 11 bis 16 Jahre alt. Aus dem Kriegstagebuch der Amerikaner geht hervor, wie ernst sie diese Gruppen nahmen: Im Mai 2009 schreibt ein Militär: „Neue Berichte deuten auf ein Wiederaufleben der Paradiesjungen hin.“ Die Amerikaner wissen ziemlich genau, wie die Kindergruppen funktionieren und wo sie sich treffen: „In den meisten Fällen wissen die Kinder nicht, dass sie Bombenkuriere sind. Die Anführer der Paradiesjungen weisen sie an, ei-



Entführervideo mit dem koreanischen Opfer Kim Sun Il: Terror gegen Ausländer

Murder
CDLNO-76150154
DECAPITATED BODY (IED ATTACHED) FOUND IN BAGHDAD (ZONE 33N): KIDNAPPED KOREAN
AT 1547, 95TH MP[HEX19]S REPORTED FINDING A DECAPITATED BODY W/ EXPLOSIVES ATTACHED, ON THE WESTBOUND ACCESS ROAD OF RTE

Nachricht über das Auffinden der Leiche des geköpften Koreaners vom 22. Juni 2004



KAREEM RAHEEM / REUTERS

Schiiten-Miliz „Armee des Mahdi“ in Bagdad: „Alle sunnitischen Viertel angreifen“

nen scheinbar unwichtigen Gegenstand an einem bestimmten Ort abzulegen, oder sie zünden den Sprengsatz aus der Entfernung, wenn das Kind ihn noch in der Hand hat.“

Zuweilen lesen sich die kühlen, nüchternen Berichte so, als hätten die Autoren den Überblick verloren, mit welchem Gegner sie es gerade zu tun haben, wer genau wen infiltriert hat, welche Aufständischen an welchen Anschlägen beteiligt sind.

An den Checkpoints im ganzen Land führt das regelmäßig zu Katastrophen: Die Amerikaner, die einen Angriff fürchten, schießen lieber früher als zu spät. Die Erklärungen lesen sich dann wie hilflose Ausreden: „Der Mann hielt etwas hinter dem Rücken versteckt“, „Bei der Durchsuchung des Toten stellte sich heraus, dass die Waffe aus Plastik war“, „Zeugen sagten, der Mann hatte einen Augenfehler und konnte nicht richtig sehen“.

Vor allem aber halten sich die Amerikaner merkwürdig zurück, greifen nicht ein, auch wenn sie über Hinweise auf geplante Massaker verfügen. Am 24. November 2006 etwa, dem Tag nach den 231 Toten. Ein mit „Angriffsdrohung“ überschriebener Bericht gibt Auskunft darüber, dass die Truppen der irakischen Armee gemeinsam mit Schiiten-Milizen um 15.30 Uhr das Viertel Hurrija angreifen, trotz einer Ausgangssperre.

Sogar die beteiligte Armee-Einheit wird genau benannt: das Erste Bataillon der Ersten Brigade der Sechsten Armee-division. „Ein Oberleutnant überwacht persönlich das Niederbrennen der Nida-Allah-Moschee“, heißt es. Es gebe „wenig Widerstand von den Anwohnern aufgrund der überwältigenden Stärke der Angreifer“.

Von einem Versuch, das Blutvergießen zu stoppen, ist in den Dokumenten nichts vermerkt. Dabei ist die Erste Brigade der irakischen Armee eine Vorzeige-Einheit. Sie hat ein Jahr zuvor, als erster irakischer Militärverband, die Verantwortung für die Sicherheit in einem Viertel Bagdads übernommen.

Erst ab dem Frühjahr 2009 versucht die Regierung halbherzig, die JAM-Milizen unschädlich zu machen. In einem Armeebereich vom 13. Mai 2009 heißt es: „Offenbar ist es für das Innenministerium zu schwierig, direkt gegen Mitglieder der Milizen vorzugehen. Daher machen sie es indirekt, indem sie Milizionäre wegen krimineller Aktivitäten festnehmen (welche oft genutzt werden, um diese terroristischen Aktivitäten zu finanzieren). Sie identifizieren ihre Ziele als Kriminelle, nicht als Mitglieder von JAM.“

Die Milizen reagieren, indem sie fast täglich hochrangige Mitarbeiter des Innenministeriums angreifen, mit Autobomben, mit Salven aus vorbeifahrenden Autos, mit Brandanschlägen. Innerhalb weniger Tage wird ein Anti-Terror-Fahnder schwer verletzt, ein Ermittler mit Schwerpunkt internationale Kriminalität erschossen, mehrere Haftbomben werden an Autos von Mitarbeitern des Innenministeriums entdeckt.

Wenn Polizeichefs abgelöst werden sollen, um gegen die Infiltration der Polizisten vorzugehen, bomben Aufständische, zusammen mit ihren Helfern bei der Polizei, den Nachfolger in die Luft.

Es ist ein desolates Bild von Armee und Polizeitruppen, das diese Dokumente zeigen. Sie sind durchdrungen von Kräften, die gegen die US-Truppen und gegen die Regierung arbeiten, nicht nur von unten, sondern vor allem von oben.

ZÜNDELNDE NACHBARN: SYRIEN UND IRAN

Den irakischen Polizisten fiel der Mann vor der Sahara-Moschee in Kirkuk sofort auf, seine Kleidung wölbte sich verdächtig über seinen Hüften, und die Gläubigen strömten bereits zum Freitaggebet. Sofort sprangen die Polizisten auf ihn zu und überwältigten ihn, ehe er die Sprengstoffweste zünden konnte.

Der Täter hatte es ihnen leichtgemacht. Er war zugehörnt durch Drogen und hatte die Bombe nicht wirklich unter seiner Kleidung verborgen. Als er schließlich gegenüber den Ermittlern redete, tat er es

mit syrischem Akzent. „Man glaubt, dass der Attentäter mit al-Qaida in Verbindung steht“, heißt es in einem Geheimbericht der Amerikaner.

Ein Routineeintrag. An mehreren Stellen wird in den nun bekanntgewordenen Berichten des US-Militärs eine syrische Beteiligung an Selbstmordattentaten im Irak dokumentiert, auch von syrischen Finanz- und Trainingshilfen für Terroristen aus dem Nachbarland ist die Rede.

Und nicht immer geht es so glimpflich aus. In der Stadt Mahawil, so verrät ein weiterer Report vom 14. August 2005, bereitete ein Selbstmordattentäter seine Bombe zur Explosion vor. Doch als Sicherheitskräfte das Feuer auf ihn eröffneten, kann er noch den Sprengsatz zünden, der Attentäter stirbt, zwei Zivilisten auch.

Der Täter kommt aus Syrien – und von dort kommen einige. Am 11. Juli 2007 etwa stellen die US-Truppen einen Mercedes-Bus sicher, der von Syrien aus in den Irak fahren will. Darin finden sie: 260 Selbstmordgürtel, allerdings noch ohne Sprengstoff, 120 Gewehrkästen, 200 Kilogramm Munition, 40 Kilogramm Zündpulver, 100 Nachladegeräte für Patronen.

Einige Zeit zuvor ist eine „unbestätigte“ Warnung eingegangen, dass eine syrische Terrorgruppe 35 Selbstmordattentäter in den Irak senden will, darunter 15 Frauen. Sie sollen gefälschte Sicherheitsausweise erhalten, um auch in die Grüne Zone – das schwer gesicherte Zentrum der Amerikaner und der irakischen Regierung in Bagdad – eindringen zu können.

Auch Ausbildung und Training erhalten Terroristen im Nachbarland, wie ein US-Soldat am 17. November 2006 berichtet. Er warnt besorgt vor „neuer Taktik, Technik und Verfahren“ für Selbstmordattentate, gelehrt würden sie unter anderem in syrischen Ausbildungslagern.

Zur Ausrüstung gehöre künftig eine Miniaturkamera, die Selbstmordattentäter tragen sollen, um von einem zweiten Täter kontrolliert werden zu können – damit die Selbstmordkandidaten auch das richtige Ziel treffen und so viele Menschen wie möglich mit in den Tod reißen. Ein nützlicher Nebeneffekt für die Terroristen: Sollte der Attentäter es nicht schaffen, seine Bombe zur Explosion zu bringen, kann die Kontrollperson dies selbst erledigen – per Fernsteuerung.

Lange Zeit ließen Syriens Geheimdienste kampfwillige Dschihadisten aus anderen Ländern ungehindert über den Flughafen Damaskus einreisen. Die zogen dann über die syrisch-irakische Grenze in den Heiligen Krieg gegen die US-Truppen.

2007 stöberten Amerikaner in der Stadt Sindschar die „Personalakten“ von 590 über Syrien eingeschleuste Terroristen

auf. Ihre Auftraggeber von der irakischen Qaida unterscheiden sorgfältig zwischen designierten Selbstmordattentätern und aufständischen Kämpfern.

Ein Überläufer erzählt laut Memo vom 17. August 2008, er sei in einem Qaida-Trainingslager in Syrien sieben Monate lang ausgebildet worden. Im Juni 2008 ist gar von 90 Terroristen aus verschiedenen Ländern die Rede, die im Grenzgebiet zwischen Syrien und dem Irak auf ihren Einsatz warten sollen. Ein Aufständischer, der 2009 im Irak festgenommen wird, hat 15 Stempel aus Syrien in seinem Pass. Der letzte stammt vom 1. April 2009.

Auch mit anderen Nachbarn teilt der Irak eine unsichere Grenze. Sogar das mit den USA verbündete Jordanien ist ein beliebter Rückzugsraum für Saddams vertriebene Familie und einige Granden seines Regimes. So kann es passieren, dass Aufständische mit Hilfe solcher Exilanten Flugabwehrraketen aus dem haschemitischen Königreich in den Irak schmuggeln. Waffen und Munition werden ebenfalls über die etwa 800 Kilometer lange Wüstenpiste zwischen Amman und Bagdad transportiert.

Auch aus Iran kommen offenbar Waffen ins Land, einige über See. Die Amerikaner, so wird aus ihren Berichten

deutlich, beobachten die Grenze zum Staat der Mullahs mit besonderem Argwohn.

Da wird vor einem khakifarbenen Boot gewarnt, das am 1. Februar 2007 in Basra liegen sollte, dort, wo der Schatt al-Arab in den Persischen Golf fließt. Das Schiff sollte aus Iran kommen und offiziell Hühner und Eier geladen haben. Doch der Geheimdienst des irakischen Verteidigungsministeriums war alarmiert: Zwischen all den Eiern und gackernden Hühnern sollten 80 Katjuscha-Raketen versteckt sein.

Der Fall ist einer von vielen. Immer wieder werden an der Grenze Waffen nachbeschlagnahmt. Ein Report berichtet sogar über eine Lieferung von Geschossen, deren Explosion zu einer Nervenlähmung führen könnte. Am 17. April 2008 kommt es zu einem Schusswechsel zwischen Schmugglern und Sicherheitskräften, der stundenlang anhielt und damit endete, dass die Iraker die Waffenhändler vertreiben konnten. Sie flohen in Richtung Iran und ließen auf ihren schwergepackten Eseln 163 panzerbrechende Minen zurück.

Einem Bericht vom 13. Oktober 2006 zufolge kaufte die Mahdi-Armee eine große Zahl Katjuscha-Raketen aus Iran, pro

Stück für etwa 500 Dollar, und lagerte sie in einer Moschee im irakischen Basra. Später wurden die Geschosse in Sanitätsfahrzeugen zu verschiedenen Stützpunkten rund um die Stadt transportiert.

Ebenfalls in Basra wurde bei einer Routinepatrouille am 13. Dezember 2009 ein Versteck mit 14 Kisten Maschinengewehrmunition gefunden, Kaliber 12,7. Auch die stammten aus Iran. Am 31. August 2009 entdeckten Sicherheitskräfte im Industriegebiet von Amara, einer Stadt im Südosten des Irak, 17 Stahlschienen, dazu mehr als 1000 Wagenheber. Schiitische Milizen basteln aus solchen Einzelteilen ihre Raketenwerfer. Die Fundstücke lagerten in Bananenkisten.

Das besondere Augenmerk der Amerikaner für Waffenlieferungen aus Iran liest sich angesichts eher sporadischer Funde allerdings wie eine angestrengte Suche nach Beweisen dafür, dass Iran zu den Hauptunterstützern der schiitischen Milizen im Irak gehört. Die Berichte belegen immerhin, dass es solche Waffenlieferungen gegeben hat. Doch eines geben auch die jetzt veröffentlichten Dokumente nicht her, einen Hinweis darauf nämlich, dass der Waffenhandel von der Regierung in Teheran zentral gesteuert wäre.

DER TERROR DER SICHERHEITSKRÄFTE

Am 17. Januar 2007 meldeten Polizisten aus der Stadt Salman Pak einen Leichenfund. Weil sie einen politischen Mord vermuteten, riefen sie ein Ermittlerteam der Nationalpolizei zu Hilfe, das die Bergung und Untersuchung des Opfers vornehmen sollte. Doch auch die hinzugezogenen Kollegen konnten nur den abgeschnittenen – ansonsten unversehrten – Kopf des Opfers entdecken, vom Rest des Körpers fehlte jede Spur.

Dennoch fiel ihnen die Identifizierung des Toten leicht. Er war ein Kollege gewesen. Durch das Ohr des Opfers hatten die Mörder ein Stück Draht gezogen, an dem sie dessen Ausweis befestigt hatten. Und der besagte, dass es sich bei dem Toten um Adil Abu Hussein handelte, Offizier der Nationalpolizei, Dienstnummer: 001487. Als er noch lebte, hatte er zur berüchtigtsten Polizeitruppe des Innenministeriums gehört, zur Wolf-Brigade.

Es ist nicht das einzige Mal, dass in den Irak-Papieren der Amerikaner Mitglieder der 2000 Mann starken Kommandoeinheit als Leichen auftauchen. Am 8. Juli 2005 war ein Bagdader Taxi am Dschamuri-Krankenhaus in Mossul vorgefahren und hatte vier Tote abgeliefert, jeder von ihnen hingestreckt durch viele Gewehrschüsse. Ein roter Opel habe ihn zum Anhalten gezwungen, berichtete der Fahrer, Bewaffnete seien herausgesprungen, hätten ihn hinter seinem Fahrersitz hervorgezerrt und dann seine Passagiere er-



KARIM SAHIB / AFP

Festgenommene Iraker im Hauptquartier der Wolf-Brigade: „Alle Schmerzen und Qualen“

Other

2005-317-204114-0161

DETAINEE ABUSE RPTD BY 2 BCT IN BAGHDAD (ZONE 10): 0 CF INJ/DAMAGE AT 1600C, 2BCT REPORTS, 173 MOI DETAINEES BEING HELD AT AN MOI INTERMMENT FACILITY NEXT OT THE KARADA DAC HALL. MANY OF THEM BEAR MARKS OF ABUSE TO INCLUDE CIGARETTE BURNS, BRUISING

Dokumentation über die Entdeckung eines Geheimgefängnisses am 13. November 2005

schossen. Auch diese Passagiere waren Mitglieder der Wolf-Brigade.

Die Truppe war 2004 aufgebaut worden als eine einheimische Elitetruppe im Kampf gegen den von al-Qaida angeheizten Terrorismus. Die Amerikaner hatten sie ausgebildet, sie sollte die mächtigste Waffe der Iraker im Kampf gegen den Terror der Sprengsätze sein. Doch die Polizeieinheit wurde sehr schnell selbst zu einer Terrorwaffe. Bakir Sulagh, der schiitische Innenminister des Landes und Dienstherr der Wolf-Brigade, rekrutierte in seiner kurzen Amtszeit 2005 bis 2006 seine Polizisten vornehmlich bei den radikalen Schiiten-Milizen. Unter Bagdader Sunniten ging schon bald die Furcht um, die Polizei schicke Todesschwadronen los, um ihre andersgläubigen Gegner zu vernichten. Der religiöse Bruderzwist zwischen Sunniten und Schiiten strebte damals auf einen Bürgerkrieg zu, und die Wolf-Brigade richtete an mehreren Stellen im Land geheime Gefängnisse ein, in denen sie Häftlinge auch misshandelte.

Penibel, Bluterguss für Bluterguss, diagnostizieren amerikanische Armeearzte die Verwundungen irakischer Häftlinge, die zuvor in die Hände der irakischen Anti-Terror-Einheit gefallen waren. Dreimal attestiert beispielsweise am 13. Dezember 2006 ein Militärarzt, dass er „Anzeichen von Misshandlungen vorgefunden“ habe, die den Folgen „von Schlägen mit einem stumpfen Gegenstand“ entsprechen. Die untersuchten Opfer hatten – offenbar wahrheitsgemäß – angegeben, mit einer Art Baseballschläger malträtiert worden zu sein. In die letzte Spalte seines Untersuchungsberichts muss der Militärarzt eintragen, wer seiner Meinung nach die Täter waren. Er schreibt: „Wolf-Brigade der Nationalpolizei“.

Nachdem am 14. Dezember 2005 fünf verdächtige Iraker festgenommen worden waren, weil sie eine Sprengfalle gelegt haben sollen, drohte der Polizeiermittler vom Dienst dem Hauptverdächtigen doppelte Bestrafung an. Er werde, erstens, seine Familie niemals wiedersehen und, zweitens, der Wolf-Brigade übergeben. Die werde ihn „allen Schmerzen und Qualen aussetzen“, für welche die Elite-Einheit „bei der Behandlung ihrer Gefangenen berühmt ist“.

Die Dokumente berichten auch über die Geheimgefängnisse des von Schiiten beherrschten Innenministeriums, in denen meist sunnitische Gefangene nicht weniger gequält wurden als Häftlinge zu Zeiten von Saddam Hussein.

So wird in einem Bericht vom 13. No-

vember 2005 die Entdeckung einer „Internierungseinrichtung des Innenministeriums“ geschildert, in der 173 Gefangene festgehalten wurden. Der Fall machte damals Schlagzeilen in der ganzen Welt, und auch die amerikanischen Militärs verschweigen nicht in ihrem Bericht, was sie bei ihren Verbündeten entdeckt haben: „Viele (Häftlinge) wiesen Anzeichen von Missbrauch auf, einschließlich Brandwunden von Zigaretten, Blutergüssen von Schlägen und offene Wunden.“

richten die Amerikaner, seien drei Haftbefehle gegen die Folterer erlassen worden, die aber nie vollstreckt wurden. Das Opfer sei im Mai 2009 entlassen worden. Letzter Satz des Dokuments: „Gegenwärtiger Aufenthaltsort unbekannt“.

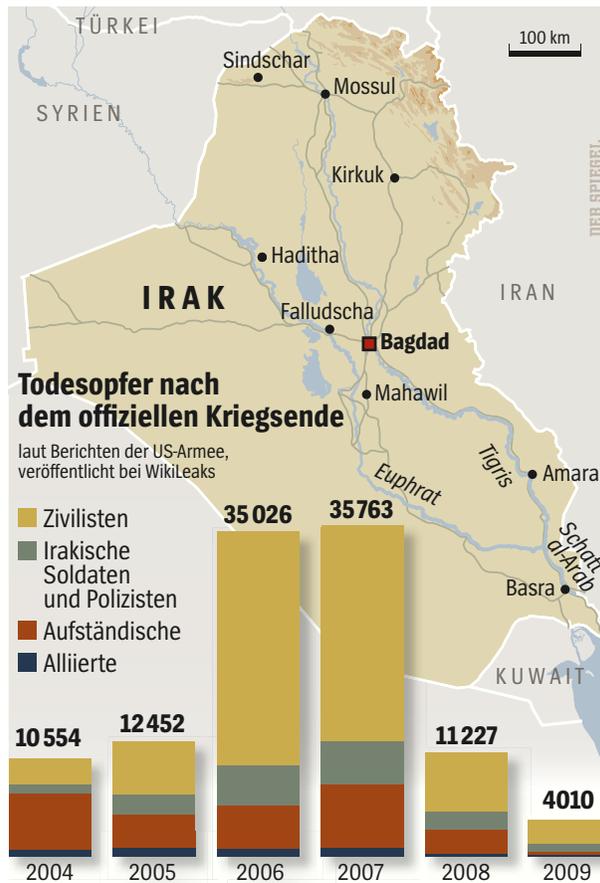
Laut einem Bericht vom 24. Februar 2009 stoppen irakische Polizisten einen braunen Hyundai in Bagdad, dort, wo am Tag zuvor eine Bombe einen Polizisten getötet hat. Sie brüllen den Fahrer an, einen jungen Mann mit Dreitagebart, Sandalen und grauer Hose. Er springt aus dem Auto, die Polizisten feuern ihm mehrfach in die Brust; als er zu Boden fällt, springt ein Polizist auf seinen Körper, tritt so oft zu, dass der Leichnam später nicht mehr zu identifizieren ist. Dann rufen sie dem Zeugen zu, so schnell wie möglich zu verschwinden. Der amerikanische Berichtschreiber notiert: „Die Motive der irakischen Polizisten waren vermutlich Wut und mangelndes Vertrauen in die irakische Strafjustiz, den Verantwortlichen zu verurteilen und ihm eine gerechte Strafe zukommen zu lassen.“

In Hunderten Fällen stellen amerikanische Ärzte durch Folter hervorgerufene Wunden fest. Immer wieder beklagen Häftlinge, sie seien mit kochendem Wasser verbrüht worden; ihnen seien Fingernägel ausgerissen, die Fußsohlen mit Elektrokabeln zerschlagen, Genitalien mit Stromstößen malträtiert und Flaschen oder Holzstücke in den After eingeführt worden. Doch immer wieder gibt es auch jene Fälle, in denen Amerikaner die Folterpraxis ihrer irakischen Kollegen decken. Dann steht unter den Berichten die Empfehlung: „Keine Untersuchung erforderlich.“

Zur Rede gestellt, verfallen die Folterer zuweilen auf abstruseste Ausreden. So gibt ein irakischer Verhörspezialist an, sein Opfer habe sich die Verletzungen beim Sturz vom Motorrad zugefügt, als er vor der irakischen Polizei flüchten wollte.

Und nur in einem Fall, in der Verhörzentrale der Polizei in Bagdad, gab ein Ermittler zu, er nutze Foltermethoden, um von den Gefangenen Geständnisse zu erzwingen. Im Bericht eines amerikanischen Soldaten vom 31. Oktober 2006 heißt es dazu: „Er erklärte, seine Vorzugs- waffe, Geständnisse zu erhalten, sei ein etwa 60 Zentimeter langer Holzstock mit dem Durchmesser eines 25-Cent-Stückes.“ Der irakische Polizist wurde festgenommen.

Zuweilen lieferten die Iraker auch selbst die Beweise für ihre Brutalität. So fiel den Amerikanern im Dezember 2009 ein Video in die Hand, auf dem die Er-



Andere Dokumente schildern Fälle von schwerer Folter. So war Mitte Juni 2007 ein Iraker festgenommen worden, weil er verdächtigt wurde, eine Sprengfalle gelegt zu haben. Anschließend war er von irakischen Sicherheitskräften der Anti-Terror-Einheit von Tal Afar verhört worden. Knapp zwei Jahre später fiel sein Fall den Amerikanern auf. Sie stellten fest, dass ihm im Krankenhaus von Mossul das rechte Bein unterhalb des Knies abgenommen worden war, dazu mehrere Zehen des linken Fußes. An beiden Händen waren mehrere Finger amputiert. Sein Körper zeigte schwere chemische Verbrennungen und zerstörte Hautpartien. Das Opfer gab an, drei irakische Offiziere hätten ihn gefoltert, indem sie seine Hände mit Säure übergossen, einige Finger abgehackt und ihn jedes Mal versteckt hätten, wenn Amerikaner die Anti-Terrorismus-Zentrale inspizierten. Nach einer Untersuchung des Falls, be-

mordung eines irakischen Gefangenen gezeigt wurde: Zwölf Soldaten der irakischen Armee waren daran beteiligt. Die Bilder zeigen, wie der Gefangene auf die Straße geführt wird, dann stoßen die Soldaten den Gefesselten zu Boden, schlagen und erschießen ihn. Das Beweismittel, so der amerikanische Report, sei „an die zuständigen Stellen zur Eröffnung einer Untersuchung/Ermittlung und anschließender Personenfahndung weitergeleitet worden.“

Ob das zu irgendwelchen Konsequenzen geführt hat, geht aus den Berichten nicht hervor.

US-SOLDATEN: TÄTER UND OPFER

Der Bericht vom 12. Juli 2007 erscheint in der Kategorie „direktes Feuer“, in der militärische Zusammenstöße der Amerikaner mit Irakern gesammelt werden. Er ist nur wenige Zeilen lang. Einer von 59000 in dieser Kategorie. Er fällt auch nicht besonders auf, nicht einmal durch seine Opferbilanz: „13 AIF KIA“, also 13 „antiirakische Kräfte“ sollen im Kampf gefallen sein: „killed in action“. Dazu zwei Verwundete sowie zwei verwundete einheimische Kinder.

Doch der Vorfall, den der Kurzreport dieses Julimorgens beschreibt, wird drei

Jahre später für viele den Blick auf diesen Krieg verändern. Millionen werden sich diesen Einsatz im Internet anschauen, und sie werden Menschen niederstürzen und sterben sehen – aus der Perspektive der amerikanischen Schützen.

Denn das, was hier im militärischen Jargon auf wenigen dürren Zeilen daherkommt, ist auch als Video dokumentiert – es ist das Originalvideo aus einem der beiden am Geschehen beteiligten „Apache“-Helikopter mit den Rufnamen „Crazyhorse“ 18 und 19.

In diesem April stellte WikiLeaks-Gründer Assange den Film im National Press Club in Washington vor, er hatte ihm die Überschrift „Collateral Murder“ gegeben, „Kollateral-Mord“.

Die knapp 18 Minuten sind schwer zu ertragen, auch deshalb, weil nicht klar ist, was schlimmer ist: die Bilder oder die Gespräche der Hubschrauber-Crew, die ebenfalls aufgezeichnet wurden. „Hübsch, gut geschossen“, sagt ein Crew-Mitglied nach einer tödlichen Salve, „schau, diese toten Bastarde.“

Doch schnell stellt sich heraus, dass unter den Toten auch zwei Mitarbeiter der Nachrichtenagentur Reuters waren. In ihren Vernehmungen erzählten die Hubschrauberbesatzungen aus dem 227. Hee-

resflieger-Regiment, die an jenem 12. Juli um 9.24 Uhr vom Camp Tadschi zu ihrer Luft-Patrouille gestartet waren, sie hätten die Kameras der Reuters-Leute fälschlicherweise für Waffen gehalten.

Doch auf dem Video tragen nur zwei oder drei der Männer überhaupt Waffen, im Osten Bagdads zu jener Zeit nichts Ungewöhnliches. Stattdessen ist zu sehen, wie die Crews um die Freigabe bitten, auch auf einen zu Hilfe eilenden Kleinbus das Feuer eröffnen zu können – und diese auch bekommen.

Als später eine andere Gruppe Iraker versuchte, in ein Gebäude zu flüchten, feuerten die Hubschrauberbesatzungen mehrere „Hellfire“-Raketen auf das Haus. „Gebäude zerstört, 6 antiirakische Kräfte getötet“, heißt es im jetzt erstmals veröffentlichten Originalbericht vom Ereignistag.

Die brutale Realität des Krieges, festgehalten von der Bordkamera, wird von dem militärischen Berichtswesen, so wie es sich auf WikiLeaks präsentiert, nicht nur nicht erfasst, sondern verzerrt. Die erschossenen, angeblichen „antiirakischen Kräfte“ waren wohl Iraker, die mit zwei Journalisten zur falschen Zeit am falschen Ort waren.

Gleichwohl war die Armee fünf Tage nach dem Vorfall zu dem Ergebnis gekommen, die „Rules of Engagement“ seien nicht verletzt worden. Die beiden schwer verletzten Kinder aus dem beschossenen Kleinbus haben bei dem Angriff ihren Vater verloren, der sie zur Schule fahren wollte – und anhielt, um einem verletzten Reuters-Mitarbeiter zu helfen.

Vorfälle, die solchen Meldungen entsprechen, gibt es im Logbuch des Irak-Krieges viele.

Nur vier Tage nach dem durch das Video bekanntgewordenen Angriff im Osten Bagdads ereignete sich den Dokumenten zufolge ein weiteres „Engagement“ der Amerikaner mit noch mehr toten Zivilisten. Die Militärs, die den internen Bericht verfassten, versehen das Ereignis mit demselben Vermerk wie den Angriff vier Tage zuvor – als Ereignis, das zu politischen oder internationalen Reaktionen führen und in der Presse Aufsehen erregen könnte.

Wieder waren zwei Hubschrauber mit dem Rufnamen „Crazyhorse“ beteiligt, diesmal mit den Nummern 20 und 21 versehen.

Gegen 14 Uhr war an jenem Julitag eine amerikanische Patrouille mit Handfeuerwaffen beschossen worden. Kurz darauf wird aus dem Gebäude des Ministeriums für die Elektrizitätsversorgung auf US-Soldaten geschossen. Die zentrale Einsatzleitung fordert Luftunterstützung für die bedrängten Soldaten an. Neben den beiden Helikoptern kommen zwei F-16-Kampffjets zum Einsatz.



WIKILEAKS / PICTURE ALLIANCE / DPA

Bordvideo eines amerikanischen Kampfhubschraubers: „Schau, diese Bastarde“



Aufzeichnung desselben Angriffs auf Iraker in Bagdad vom 12. Juli 2007



Hubschrauber der privaten Sicherheitstruppe Blackwater über Bagdad 2004: „Ziviles Fahrzeug vollgeballert“

Um 14.55 Uhr meldet „Crazyhorse 20“, zwei „antiirakische Kräfte“ am Boden bekämpft zu haben. Doch nun ruft, so melden es Berichte vom Boden, eine nahe liegende Moschee Kämpfer dazu auf, sich zu versammeln und die Amerikaner anzugreifen, später werden 50 bis 60 „mögliche“ Aufständische gemeldet.

Fast gleichzeitig meldet „Crazyhorse“ einen „final gun run“, also eine letzte Angriffswelle mit der Bordkanone. Die „unbestätigte“ Bilanz laut Bericht: 12 tote sowie 8 bis 10 verletzte Gegner – und 14 tote Zivilisten.

Am 22. Februar 2007 hat die Besatzung von „Crazyhorse 18“ einen Transporter mit schweren Waffen ausgemacht und zerstört ihn daraufhin. Zwei Iraker fliehen in einem Kipplaster vom Ort des Geschehens. Die Kampfflieger machen sich an die Verfolgung und nehmen sie unter Feuer. Da passiert Unerwartetes. Der Wagen hält an, die Iraker „kamen heraus und wollten sich ergeben“, heißt es in dem Dokument zum Vorfall. Die Hubschrauberbesatzung fordert über Funk die Empfehlung eines Militärjuristen, wie sie sich in dieser Situation entscheiden sollen. Der befindet, dass die Iraker „sich einem Fluggerät nicht ergeben können und noch immer legale Ziele sind“. Die „Crazyhorse“-Piloten nehmen die Verfolgung wieder auf und töten die Iraker.

Das Dokument lässt wenig Zweifel daran, dass es sich hier um einen tödlichen Angriff auf Menschen handelt, die sich ergeben wollten. Das dürfte die US-Streitkräfte in Erklärungsnot bringen – trotz der zitierten Einschätzung des Militärjuristen, denn in der Vergangenheit haben die US-Militärs in ähnlichen Fällen anders entschieden. Im Golfkrieg von 1991 hat sich eine Gruppe irakischer Soldaten sogar einer unbemannten Drohne

ergeben, was von den Amerikanern akzeptiert wurde.

Im Sommer 2009 standen noch immer rund 130 000 amerikanische Soldaten im Irak. Aber neben den regulären Militärs kämpft eine kaum weniger eindrucksvolle Schattenarmee: Etwa 100 000 Angestellte von Spezialfirmen arbeiten im Irak für die US-Regierung. Sie bekochen die Soldaten, sie bewachen aber auch Mitarbeiter der US-Diplomaten und deren Botschaften. In diesem Krieg ist das oft die vorderste Front. Rund 1500 US-Mitarbeiter von privaten Service- und Sicherheitsfirmen kamen bislang im Irak ums Leben. Rund 40 000 wurden verwundet.

Die bekannteste private Kriegsfirma nennt sich inzwischen Xe Services und hieß vormals Blackwater. Xe-Söldner haben den Ruf, nicht lange zu fackeln, die Privatkrieger stehen häufig im Feuer, aber sie führen diesen Krieg auch besonders rabiat.

Gleich zu Anfang berichten die Aufzeichnungen über einen Fall, der weltweit Schlagzeilen machte. Am 31. März 2004 griffen Aufständische in Falludscha einen Blackwater-Konvoi an und töteten vier Amerikaner. Die Leichen hängten sie anschließend an eine Brücke über den Euphrat. Am 19. September 2005 rammte ein Selbstmordattentäter sein Auto in einen Blackwater-Konvoi in Mossul. Anschließend eröffneten Komplizen das Feuer auf die stehengebliebenen Fahrzeuge. Vier Amerikaner starben.

Einige Wochen später, ebenfalls in Mossul, schossen dagegen die Blackwater-Männer zuerst, in den geheimen Militärprotokollen heißt es: „Als Blackwater um zwölf Uhr die Provinzverwaltung verließ, näherte sich ein Fahrzeug mit hoher Geschwindigkeit dem Konvoi. Die Einheit versuchte, das Fahrzeug mit Hand- und Armsignalen wegzuwün-

ken. Der Wagen näherte sich weiter, und die Einheit griff das Fahrzeug an, ein Zivilist wurde getötet, ein weiterer verwundet.“

Am 7. Februar 2006 notierte ein Soldat, dass bei Kirkuk „zwei Zivilisten von einem Konvoi aus erschossen wurden, der aus vier schwarzen Geländewagen bestand“ – Blackwater. „Sofort begann eine Demonstration von Einwohnern des Rahim-Awa-Distrikts.“ Armee-Angehörige bemühten sich, den Aufruhr einzudämmen, sie „besprechen die Sache mit örtlichen Politikern auf dem Präsidium der irakischen Polizei“.

Manchmal spricht aus den Berichten des Militärs Befremden über das Benehmen der Kameraden in Zivil: Eine Spezialeinheit berichtet, die Söldner hätten im Mai 2005 in Bagdad „ein ziviles Fahrzeug vollgeballert. Salven wurden auch über unsere Köpfe abgefeuert“. In dem Auto saß eine Familie: Der Vater starb, Mutter und Tochter wurden verwundet.

Das Tagebuch der US-Armee aus dem Irak dokumentiert aber auch, wie die GIs immer stärker am eigenen Krieg leiden: Auf die Suizide, Zusammenbrüche und die Morde an Kameraden reagiert die Militärführung hilflos.

Es war gegen Mittag, am 11. Mai vergangenen Jahres, als im Camp Liberty in der Nähe des Flughafens von Bagdad fünf US-Amerikaner starben. Die Männer wurden regelrecht hingerichtet – von ihrem Kameraden, Unteroffizier John Russell vom 54. Pionier-Bataillon, der bis zu seinem Irak-Einsatz im beschaulichen Bamberg stationiert war. Unter der Rubrik: „Sonstiges, Nicht-Kampf-Ereignis“, notierte der Berichterstatter, Russell sei während seines Behandlungstermins in einem Zentrum für Kriegstraumata „renitent“ geworden. Der Mann habe „auf dem Parkplatz verbal darauf hingewiesen,

dass er Selbstmord begehen werde“.

Daraufhin schickte die Militärpolizei Russell, begleitet von einem anderen Soldaten, wieder zu seiner Einheit zurück. Das war ein Fehler. Denn plötzlich riss Russell „die Waffe seines Bewachers an sich, zwang den Mann aus dem Fahrzeug und kehrte zum Kriegstrauma-Zentrum zurück“. Dort fanden wenig später andere Soldaten „einen Major, einen Korvettenkapitän, einen Unteroffizier und zwei Gefreite mit Schusswunden im Kopf im Wartezimmer. Die zwei Offiziere waren Ärzte in der Klinik“, die drei anderen Patienten, die auf einen Termin gewartet hatten.

Das Kriegstagebuch der US-Armee im Irak liest sich stellenweise wie ein Arztbericht, der in dürren Worten die innere Verfassung einer Truppe beschreibt, die mit sich selbst zu kämpfen hat. Russells Massaker ist die bislang schlimmste Tat eines US-Soldaten im Irak gegen die eigenen Kameraden. Eine Studie der US-Denkfabrik Rand Corporation zeigt, dass ein Fünftel aller Irak- und Afghanistan-Heimkehrer an Symptomen des posttraumatischen Belastungssyndroms (PTBS) leidet.

Nach den Kopfschüssen in Camp Liberty ordnete der damalige Vizekommandeur der US-Streitkräfte im Irak, Charles Jacoby, eine Untersuchung an. Das Ergebnis: Die Armee stand ihren Soldaten mit psychischen Problemen hilflos gegenüber. So waren die Kameraden Russells von seinem Verhalten bereits lange vor der Schießerei alarmiert, er hatte häufig davon gesprochen, sich umbringen zu wollen, auch gegenüber dem Militärseelsorger. Der, auch das stellten die Autoren des Berichts fest, werde routinemäßig als eine Art Suizid-Aufpasser missbraucht.

Russells Vorgesetzter ahnte, wie es um seinen Mann stand. Drei Tage vor dem Massaker hatte er den Schlagbolzen aus Russells Gewehr geschraubt. Am Morgen der Tat war die Einheit von seinem Ver-



Überführung gefallener Soldaten 2004: Demoralisierte Armee

halten so beunruhigt, dass ein Kamerad ihn in die Klinik begleitete. Vorher hatte ein Kommandeur angeordnet, dass ein Mann Russell ständig im Auge behalten müsse. Es habe aber nicht genug Personal gegeben, um das rund um die Uhr durchzuhalten. „Es gibt keine klaren Richtlinien, wie mit Soldaten umzugehen ist, die als selbstmordgefährdet gelten, und wie man sie überwacht“, heißt es im Abschlussbericht.

2008 hatten sich 143 Soldaten der US-Armee selbst getötet. Seitdem ist die Zahl der Selbstmorde noch weiter angestiegen. 2009 brachten sich 163 GIs um; damit starben in diesem Jahr mehr US-Soldaten durch Suizid als durch Anschläge im Irak. Und auch die meisten der Zwischenfälle mit Soldaten, die den Kriegsstress nicht mehr wegstecken können, ereigneten sich 2009 – als eigentlich das Schlimmste im Irak-Krieg längst vorbei war.

Lange bevor John Russell fünf Kameraden erschoss, zeigte sich, wie lückenhaft die Überwachung selbstmordgefährdeter Soldaten funktioniert. Ein Sergeant

in Camp Tadschi, 25 Kilometer nördlich von Bagdad, wurde von Militärärzten bereits wegen psychischer Probleme behandelt. Deshalb hatten ihm seine Vorgesetzten auch das Gewehr abgenommen. Doch der Mann griff sich das Gewehr eines Kameraden und schoss sich damit in den Kopf.

Manche Soldaten mit PTBS-Symptomen wurden sofort ausgeflogen, andere kehrten zu ihrer Einheit zurück und mussten lediglich einen Kurs in Stress-Management belegen.

Das Militär nimmt die Kriegstraumata, die Suizidversuche und Suizide aus dem Irak-Feldzug so ernst, dass das Pentagon alle seine Soldaten von nun an schon vor dem Einsatz geschlossen in Seminare schicken will. Dort sollen die Kämpfer lernen, sich gegen traumatische Belastungen zu wappnen. 117 Millionen Dollar pro Jahr will die Armee für das Präventionsprogramm ausgeben.

Inzwischen hat der Nachfolger von George W. Bush die Kampfhandlungen dieses Krieges ein zweites Mal beendet, die Hilfs- und Ausbildungsmission „Neue Morgenröte“ hat am 1. September die Operation „Irakische Freiheit“ abgelöst. Doch außer diesem überaus optimistischen Einsatznamen waren dabei keine Spuren eines Triumphs zu entdecken, kein Flugzeugträger wurde über die Toppen geflaggt, keine jubelnden Heimkehrer durften bislang den Broadway hochmarschieren.

Die Armee, die nach sieben Kriegsjahren abzog – die vorerst letzten Soldaten verließen das Land in tiefer Dunkelheit und Wochen vor dem angekündigten Abzugstermin –, war eine demoralisierte Armee, die an die hehren Ziele des Feldzugs längst nicht mehr glaubte. Davon, dass die US-Soldaten mit dem Sturz Saddams ein „dramatisches und inspirierendes Beispiel für die Freiheit anderer Nationen in dieser Region“ gegeben hätten, wie Präsident Bush glaubte, war längst nicht mehr die Rede.

Die Dokumente spiegeln das getreulich wider. Das Wort „Demokratie“ taucht in den knapp 400 000 Dokumenten genau achtmal auf, die „improvisierten Sprengsätze“ der Aufständischen, die Amerikas Soldaten zu fürchten gelernt hatten, dagegen 146 895-mal.

HANS HOYNG, CORDULA MEYER,
JULIANE VON MITTELSTAEDT,
FRIEDRIKE OTT, MARCEL ROSENBACH,
GREGOR PETER SCHMITZ,
HOLGER STARK

THAT THE BODY IS TAPED UP AND THE STOMACH IS ABNORMALLY BLOATED. EOD BELIEVES THAT IT CONTAINS EXPLOSIVES. REQUESTS AIR CLEARANCE.\n\n0200: DET COMPLETE\n\n0210: EOD REPORTS THAT THEY WERE UNABLE TO DETERMINE WETHER THE BODY CONTAINED EXPLOSIVES. THE REMAINING FEW PIECES OF THE BODY WERE CREMATED WITH A THERMITE GRENADE. \n\n0211: EOD IS RETURNING TO FALCON.\n\nSUMMARY:\n\n1 X MURDER\n\n1 X DEAD LN\n\nCLOSED

Meldung über eine womöglich mit Sprengstoff versehene Leiche am 11. Oktober 2007

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Wir wollen gleichberechtigt sein“

Russlands Verteidigungsminister Anatolij Serdjukow über die Beziehungen seines Landes zur Nato, eine mögliche Zusammenarbeit beim Aufbau einer Raketenabwehr in Europa und die Widerstände des Offizierskorps gegen die vom Kreml in Gang gesetzte Militärreform

SPIEGEL: Herr Minister, 20 Jahre nach Ende des Kalten Krieges ist eine Frage noch immer ungelöst: das Verhältnis Russlands zur Nato. Nun gibt es Hoffnung, Ihr Präsident wird Ende November zum Nato-Gipfel nach Lissabon reisen. Ein Durchbruch?

Serdjukow: Ja, wir hoffen, dass dieses Treffen einen neuen Impuls gibt für die Beziehungen zwischen Russland und der Nato.

SPIEGEL: Wie könnte ein neues Verhältnis aussehen?

Serdjukow: Es gab eine starke Abkühlung nach den August-Ereignissen ...

SPIEGEL: ... Sie meinen den russisch-georgischen Konflikt vom August 2008 ...

Serdjukow: ... aber jetzt reden wir erneut miteinander – auf der Ebene der Generalstabschefs, der Verteidigungsminister, der Außenminister. Und wir arbeiten wieder zusammen: beim Kampf gegen die Meeresspiraterie, bei der Ausbildung von Spezialisten, bei Militärmanövern.

SPIEGEL: Sieht Russland in der Nato tatsächlich keinen Gegner mehr?

Serdjukow: Ich gehe davon aus, dass wir sie in naher Zukunft als Partner betrachten werden.

SPIEGEL: Aber Russland hat sein Militärbudget gerade kräftig erhöht und will die Ausgaben für neue Waffen fast verdoppeln. Bis 2020 fordern Sie 20 Billionen Rubel dafür, das sind 476 Milliarden Euro. Von wem fühlt Russland sich noch bedroht?

Serdjukow: Die größte Gefahr ist der Terrorismus. Uns beunruhigt außerdem die Weitergabe von Technologien für nukleare, chemische und biologische Waffen. Und natürlich stellt die Annäherung der Nato an die russischen Grenzen, ihre Osterweiterung, eine militärische Gefahr für unser Land dar. Was unsere Waffen angeht – Russlands Armee hat

in den letzten Jahren kein modernes Kriegsgerät mehr beschafft, die Bewaffnung ist weitgehend veraltet.

SPIEGEL: Der Plan der USA, zusammen mit Polen und Tschechien eine Raketenabwehr in Europa aufzubauen – zur Abwehr iranischer Mittelstreckenraketen –,

ist von Barack Obama zu den Akten gelegt worden. Nun soll ein gemeinsamer Nato-Schild errichtet werden, mit Raketen kürzerer Reichweite. Das dazugehörige Radarsystem würde nicht mehr in russisches Territorium bis zum Ural hineinsehen können. Beruhigt Sie das?

Serdjukow: Uns freut diese Entscheidung des Präsidenten natürlich, wir hatten ja mehrfach eigene Vorschläge gemacht. Das Wichtigste für uns ist jetzt aber, die wirklichen Gefahren für Europa zu definieren. Und zweitens, dass Russland zum gleichberechtigten Teilnehmer wird. Erst dann lässt sich eine Raketenabwehr schaffen, die alle Seiten zufriedenstellt. Auch darum wird es in Lissabon gehen.

SPIEGEL: Wie stellen Sie sich einen solchen Schild im Detail vor?

Serdjukow: Nochmals, wir müssen erst die eigentliche Gefahr definieren, dann können wir über technische Dinge sprechen. Derzeit werden die Herausforderungen und Gefahren von beiden Seiten sehr unterschiedlich bewertet.

SPIEGEL: Sie sprechen jetzt von Iran und dessen Mittelstreckenraketen?

Serdjukow: In der politischen Einschätzung liegen wir ganz dicht beieinander. Aber es geht um die technischen Möglichkeiten: Wir teilen nicht alle Ansichten des Westens hinsichtlich der Möglichkeiten des iranischen Atomprogramms.

SPIEGEL: Gleichberechtigung heißt für Sie auch, dass ein russischer Offizier gemeinsam mit einem Nato-Kollegen den Knopf drückt, wenn eine Rakete im Anflug ist?

Serdjukow: Wir müssen alle nötigen Informationen austauschen, um zu klären, ob die tatsächliche Lage mit den Daten unserer Radars und jener Beobachtungsstationen übereinstimmt, die in Europa oder anderen Teilen der Welt stehen.



Anatolij Serdjukow

kehrt in der Armee mit eisernem Besen aus, mit Rückendeckung von Präsident und Premier; zahlreiche Generäle traten aus Protest gegen seine Reformen zurück. Serdjukow, 48, studierte zu Sowjetzeiten in Leningrad, heute St. Petersburg, und arbeitete 15 Jahre im Möbelhandel. Der Chef der Petersburger Steuerbehörde und spätere Premier, Wiktor Subkow, dessen Tochter Julija Serdjukow geheiratet hatte, nahm ihn mit nach Moskau. Dort stieg der promovierte Ökonom zum Leiter der russischen Steuerbehörde auf, im Februar 2007 wurde er Verteidigungsminister.

VEJENY KONDRAKOV / DER SPIEGEL



ITAR-TASS / IMAGO

Minister Serdjukow bei der Parade am 9. Mai in Moskau: „Die Anziehungskraft der Armee war auf einem Tiefpunkt angelangt“

SPIEGEL: Die Amerikaner sind in Wahrheit schon ziemlich weit mit ihren Plänen: Sie sprechen von vier Etappen, in denen sie ihre SM-3-Abwehrraketen in Europa aufstellen werden, sie wissen im Grunde auch, wo, sie planen eine Radaranlage in der Türkei. Sie scheinen gar nicht darauf zu warten, dass Russland sich zur Zusammenarbeit bereit erklärt.

Serdjukow: Wenn unsere Befürchtungen nicht berücksichtigt werden, müssten wir das als unfreundlichen Akt gegenüber der Russischen Föderation werten – und entsprechend reagieren.

SPIEGEL: Das heißt im Klartext, Sie kehren dann zu Ihrem alten Szenarium zurück, moderne „Iskander“-Raketen im Gebiet von Kaliningrad zu stationieren?

Serdjukow: So hatte es Präsident Medwedew vor zwei Jahren angekündigt, als die Amerikaner den Raketenschirm in Polen und Tschechien aufstellen wollten. Gott sei Dank kam es nicht dazu. Wir müssen jetzt eine für alle akzeptable Variante des Raketenschildes finden.

SPIEGEL: Es gibt bei Ihnen viele Skeptiker, auch unter den Militärs, die eine Annäherung an die Nato ablehnen. Werden Sie die Widerstände ausräumen können?

Serdjukow: Ich bin optimistisch, weil der politische Wille da ist. Viele haben ja auch nicht an den neuen „Start“-Vertrag über die Reduzierung der strategischen Rüstungen geglaubt, und doch haben wir es geschafft, ihn dieses Jahr zu unterschreiben.

SPIEGEL: Der frühere deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe hat im SPIEGEL vorgeschlagen, Russland in die Nato aufzunehmen. Können Sie sich vorstellen, dass Ihr Land einmal Mitglied einer Organisation wird, die gegründet wurde, um sich gegen Angriffe Moskaus zu verteidigen?

Serdjukow: Der Gedanke kommt zu früh. Ich sehe auch keine Notwendigkeit dafür, zumindest nicht in naher Zukunft. Wir sollten unsere Zusammenarbeit ausbauen, das reicht erst mal. So wie wir es beim Transit militärischer und ziviler Nato-Güter über unser Territorium nach Afghanistan tun.

SPIEGEL: In Afghanistan zeichnet sich ab, dass auch der Westen das Land nicht befrieden kann, dass er wie einst die Sowjetunion unverrichteter Dinge abziehen muss. Droht dann eine Destabilisierung des zentralasiatischen Raums, Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft?

Serdjukow: Ich hoffe, dass sich die westlichen Friedenstruppen nicht zurückziehen, bevor sie ihre Aufgabe erfüllt haben. Wir verfolgen die Dinge in Afghanistan sehr genau und tauschen mit den Amerikanern unsere Erfahrungen aus. Ein Abzug der Truppen würde sich natürlich auf die Lage in Zentralasien auswirken – wie, das können wir uns derzeit nicht mal ausmalen. Deswegen wollen wir dem Westen ja helfen, unter anderem mit Hubschraubern, über deren Lieferung wir gerade diskutieren. Es geht um mehrere Dutzend Mi-17, die die Nato von uns kaufen wird.

SPIEGEL: Hier, in diesem Raum, haben schon sowjetische Verteidigungsminister gegessen, die an Afghanistan gescheitert sind. Warum sollte gerade der Westen Erfolg am Hindukusch haben?

Serdjukow: Wir haben uns irgendwann eingestanden, dass die Aufgabe nicht zu lösen ist, deswegen haben wir 1989 unsere Armee aus Afghanistan abgezogen. Schon zu Beginn der Nato-Operation haben wir gewarnt, dass sie sehr schwierig wird und dass die Streitkräfte, die anfangs dorthin geschickt wurden, nicht reichen würden. Die Sowjetunion hatte mehr als 100 000 Mann vor Ort, ausreichend vorbereitet

und kampffähig, und trotzdem scheiterte sie. Auch der Westen muss begreifen, dass Afghanistan keine rein militärische Aufgabe ist, er sollte unsere Erfahrungen berücksichtigen.

SPIEGEL: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung steht, dass die letzten amerikanischen Atomwaffen von deutschem Boden verschwinden sollen. Die Nato und Washington verweigern das. Sie berufen sich darauf, dass Russland noch immer viele taktische Atomwaffen im europäischen Teil seines Landes stationiert hat. Sehen Sie eine Chance für ein atomwaffenfreies Europa?

Serdjukow: Es wäre verfrüht, sich jetzt damit zu befassen.

SPIEGEL: Verraten Sie uns, wie viele taktische Atomwaffen Russland besitzt? Der Westen schätzt sie auf 2000 Stück.

Serdjukow: Geredet wird viel.

SPIEGEL: Die russische Armee sei auf dem Niveau der sechziger oder siebziger Jahre, hat einer Ihrer früheren Stellvertreter vor zwei Jahren geklagt. Inzwischen haben Sie den Umbau der Armee vorangetrieben. Was ist der Kern Ihrer Reform?

Serdjukow: Alle Armeen müssen sich immer wieder der realen Bedrohungslage und neuen Herausforderungen anpassen. Wir gehen davon aus, dass die heutigen Bedrohungen für Russland minimal sind. Deshalb hat Präsident Dmitrij Medwedew entschieden, die Streitkräfte bis 2016 auf eine Million Mann zu begrenzen.

SPIEGEL: Von einstmalen fünf Millionen.

Serdjukow: Wir haben vor allem ein grobes Missverhältnis: zu viele Offiziere, zu wenig Unteroffiziere und Soldaten. Auf einen Soldaten kam ein Offizier. In europäischen Armeen liegt der Anteil an Offizieren zwischen 9 und 16 Prozent. Darüber hinaus waren manche Einheiten nicht einsatzbe-

reit, man musste sie im Konfliktfall erst auffüllen. Das haben wir jetzt geändert. Die zweite Aufgabe ist die Umrüstung der Armee, für die wir diese 20 Billionen Rubel brauchen.

SPIEGEL: Wie wollen Sie bei solch ungeheuren Summen die Korruption in der Armee in den Griff bekommen?

Serdjukow: Darüber habe ich mich auch mit US-Verteidigungsminister Robert Gates ausgetauscht. Jede Armee, zumindest die amerikanische und die russische, ist von zwei Krankheiten befallen. Ständig steigen die Kosten von Waffensystemen, ständig werden die Vertragsfristen nicht eingehalten. Deshalb haben wir interne Kontrollmechanismen geschaffen. Und nächstes Jahr beginnt eine neue Agentur zur Waffenbeschaffung ihre Arbeit. Darin sitzen Experten, die für transparente Waffenkäufe sorgen sollen. Keine Militärs, keine Vertreter der Rüstungsindustrie.

SPIEGEL: Russlands Armee gilt seit Jahren als korrupt: Gelder für den Wohnungsbau wurden zweckentfremdet, im Tschetschenien-Krieg verkauften Einheiten Waffen an Untergrundkämpfer. Ist so eine Armee überhaupt reformierbar?

Serdjukow: Die Korruption ist ein Problem der ganzen Gesellschaft, die Streitkräfte stellen keine Ausnahme dar. Aber wir haben die Situation schon tiefgreifend verändert. Wir bemühen uns, die Korruption in der Armee maximal einzudämmen.

SPIEGEL: Was haben Sie denn konkret erreicht?

Serdjukow: Die Armee ist eine geschlossene Organisation. Das führt dazu, dass manche Militärs sich allzu sicher fühlen. Zudem war die zentrale Verwaltung bis über die Grenze der Vernunft hinaus aufgebläht, wir haben sie auf ein Fünftel gekürzt. Wir hatten zu viele Entscheidungsebenen dort, mehr als zehn. Jetzt haben wir drei.

SPIEGEL: Rührt daher der Widerstand gegen die Reform in der Armee?

Serdjukow: Natürlich. Wer ist schon begeistert, wenn er entlassen wird. Wir werden das Offizierskorps in den nächsten drei Jahren um bis zu 150.000 Mann verringern. Gleichzeitig machen wir den Dienst attraktiver, auch durch höheren Sold. Die Anziehungskraft der Armee war auf einem Tiefpunkt angelangt.

SPIEGEL: In anderen Ländern putscht die Armee in solchen Situationen gern.

Serdjukow: Davor habe ich keine Angst. Wir überstürzen ja nichts.



Serdjukow beim SPIEGEL-Gespräch*: „Ich habe keine Angst“

SPIEGEL: Sie haben die Wehrpflicht von 24 auf 12 Monate verkürzt. Strebt Russland eine Berufsarmee an?

Serdjukow: Das ist unser Ziel, allerdings können wir uns das noch nicht leisten.

SPIEGEL: Der deutsche Verteidigungsminister will die Wehrpflicht aussetzen, weil sie ihm zu teuer ist. Sie aber wollen sie vorerst behalten, weil aus Ihrer Sicht eine Berufsarmee zu viel kostet. Wie passt das zusammen?

Serdjukow: Natürlich ist eine Armee, die auf einer Wehrpflicht beruht, billiger als eine Berufsarmee, allein wenn wir an Unterkunft und Sold der Berufssoldaten denken. Wichtiger aber ist: Die Wehrpflicht ermöglicht es, die Bevölkerung für den Ernstfall auszubilden.

SPIEGEL: Sie brechen mit der sowjetischen Tradition, alle Waffen selbst zu produzieren, und wollen nun Hubschrauberträger in Frankreich bestellen; in Israel haben Sie bereits Drohnen eingekauft. Ist Russland außerstande, moderne Waffentechnik zu produzieren?

Serdjukow: Russland kann selbst schwierigste Waffensysteme herstellen. Es ist aber einfacher, billiger und schneller, manches auf dem Weltmarkt zu kaufen. Unsere Industrie ist in den letzten 20 Jahren in einigen Bereichen hinter die führenden Länder zurückgefallen. Die Hubschrauberträger kaufen wir mitsamt der technischen Dokumentation, um sie später auf russischem Boden fertigen zu können.

SPIEGEL: Können Sie sich vorstellen, auch in Deutschland Waffen zu kaufen, etwa U-Boote?

Serdjukow: Wir arbeiten mit dem deutschen Verteidigungsministerium und der deutschen Industrie zusammen. Wir stehen in Verhandlungen.

SPIEGEL: Um welche Waffen geht es?

Serdjukow: Ich möchte nur so viel sagen: Wir haben Probleme mit gepanzelter Technik.

SPIEGEL: Dann verraten Sie uns doch, wo Sie die Drohnen aus Israel einsetzen wollen?

Serdjukow: In unseren Streitkräften.

SPIEGEL: Geht es etwas konkreter?

Serdjukow: Wir haben nur eine geringe Stückzahl gekauft, für unsere Ausbildungszentren. Wir wollen testen, wo wir sie einsetzen können. In erster Linie bei den Landstreitkräften und der Aufklärung.

SPIEGEL: Kann eigentlich nur ein Zivilist Russlands Armee so umkrempeln, wie es jetzt geschieht?

Serdjukow: Ich allein kann nichts ausrichten, wir arbeiten als Team, der Generalstabschef und meine Stellvertreter. Vielleicht fällt mir manches leichter, weil ich nicht an bestimmte Traditionen und Gepflogenheiten der Militärs gebunden bin. Ich schaue auf Probleme gleichsam von außen, ich kann einfacher fragen, warum machen wir es nicht anders?

SPIEGEL: Ein General nimmt doch keinen Zivilisten ernst.

Serdjukow: Ich kann Ihnen versichern, keiner meiner Generäle schaut von oben auf mich herab.

SPIEGEL: Herr Serdjukow, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



* Mit den Redakteuren Georg Mascolo (2. v. l.), Christian Neef und Matthias Schepp sowie Übersetzer Wladimir Schirowok (l.) im Verteidigungsministerium in Moskau.

ESSAY

SARKOZYS STURM

DIE FRANZOSEN KÄMPFEN NICHT FÜR DIE RENTE MIT 60, SONDERN GEGEN DEN ABRISS IHRER REPUBLIK. VON ULLRICH FICHTNER



Präsident Sarkozy, Proteste in Paris vergangene Woche: Volksaufstand gegen eine abgehalfterte Regierung

I.

Auf Abenteuerfahrt über Ozeane und durch ferne Länder wundert sich Obelix, der treue Freund des Asterix, häufig über lokale Sitten und Gebräuche. Der dicke Gallier in der blau-weiß gestreiften Hose macht dann sein überraschtes Gesicht, tippt sich an den rothaarigen Kopf und murmelt, wahlweise: „Die spinnen, die Briten“ oder „Die spinnen, die Römer“ oder wen immer er gerade vor sich haben mag. Dieser Tage, in denen links des Rheins das Volk wieder auf die Barrikaden geht, gegen eine offenkundig notwendige Rentenreform, wie es scheint, stellt sich die Frage anders: Spinnen vielleicht die Gallier? Sind die Franzosen verrückt geworden?

In Marseille streikte vorige Woche die Müllabfuhr, durch Nanterre zogen johlend die Schüler. Busse und Bahnen blieben in ihren Depots in Calais und Dijon, in Toulouse und Nizza, wo der öffentliche Nahverkehr ganze Tage lang fast zum Erliegen kam. In Rennes und Caen, in Montpellier und Grenoble, in insgesamt 24 Universitätsstädten verließen Studenten ihre Hörsäle und machten fröhlich Straßen und Innenstädte unsicher. In Poitiers gab es keine Post, in Paris keine Zeitungen. Weil Raffinerien und Treibstoffdepots blockiert waren, ging an mehr als 300 Tankstellen im Land der Sprit aus. Der Betrieb der Flughäfen in Paris und andernorts war nachhaltig gestört, es fielen reihenweise Fernzüge aus im ganzen Land, Lastwagenfahrer provozierten Staus auf Autobahnen – und die dazugehörigen Bilder, auch solche von kleinen Bränden, gingen um die Welt.

Wer die Ereignisse nur flüchtig verfolgt, wer sich auf die hektischen Kurzmeldungen verlässt, muss zu dem Schluss kommen, dass die Franzosen in diesen Tagen wider alle Vernunft dafür kämpfen, weiterhin mit 60 in Rente zu gehen – und nicht erst mit 62, wie es die Regierung durchsetzen will. Wäre dies die Wahrheit, müsste man die Franzosen tatsächlich für verrückt halten, und Frankreich wäre als ernstzunehmender Partner in Europa bis auf weiteres abzuschreiben. Aber die Wahrheit sieht, zum Glück, ein wenig anders aus.

Ja, es wird in Frankreich derzeit gegen eine fehlerhafte, ungerechte, schlecht gemachte Rentenreform protestiert, und es geht dabei keineswegs nur um die lächerlich kleinen Veränderungen, wie sie gerade überall kolportiert werden. Gleichzeitig aber bietet der Widerstand gegen dieses konkrete Reformprojekt einer sehr breiten, nur lose verknüpften Protestbewegung den willkommenen Anlass, eine länger schon angestaute Wut auf die Verhältnisse im Großen und Ganzen endlich loszuwerden. Zu bezeugen ist in Frankreich in diesen Tagen ein veritabler Volksaufstand gegen eine von Skandalen geschüttelte, nach halber Amtszeit abgehalfterte Regierung. Und der eigentliche Adressat des Unmuts ist Nicolas Sarkozy, der unbeliebteste französische Präsident der letzten 30 Jahre.

II.

Die Parade der kleinen und großen Fehltritte und Affären des zurückliegenden Sommers gibt eine Idee davon, woher die große Wut im Lande rühren könnte und wie sich Politikverdrossenheit auf Französisch heute buchstabiert: Während der Fußball-WM in Südafrika kritisierte etwa die schöne, vorlaute Sport-Staatssekretärin Rama Yade den Fußballverband für die allzu luxuriöse Unterkunft der Nationalmannschaft, ehe öffentlich wurde, dass sie selbst für ihren Besuch am Kap eines der teuersten Luxushotels gebucht hatte. Bald darauf wurde ruchbar, dass Christian Blanc, ein für den Großraum Paris zuständiger Staatssekretär, binnen zehn Monaten 12 000 Euro seines Budgets für kubanische Zigarren ausgegeben hatte, und Blanc verstand noch nicht einmal, warum es darüber einen öffentlichen Aufschrei gab. Andere Regierungsmitglieder, darunter Industrieminister Christian Estrosi, überließen die ihnen vom Staat bezahlten „Funktionswohnungen“ in Paris ihren studierenden Töchtern und diversen Familienmitgliedern. Schuldgefühle? Keine. Entschuldigungen? Aber wofür denn.

Dass Arbeitsminister Eric Woerth, zuständig für die aktuell umkämpfte Rentenreform, überhaupt noch auf seinem Posten

und nicht längst in Untersuchungshaft sitzt, grenzt an ein Wunder. Woerth konnte, zu Zeiten, als er noch Haushaltsminister war, keinen Interessenkonflikt darin erkennen, dass seine Frau in der Vermögensverwaltung der steinreichen L'Oréal-Erbin Liliane Bettencourt arbeitete, und bis heute konnte er noch nicht einmal den Verdacht glaubhaft entkräften, seine Frau gezielt auf diesen Posten bugsiert zu haben. Dass sich Woerth in seiner Funktion als Schatzmeister der Regierungspartei UMP illegale Parteispenden bei ebenjener Madame Bettencourt abgeholt haben könnte, in bar und im Umschlag, steht als Vorwurf weiterhin im Raum, Woerth bestreitet alles.

Das Schlimme ist: In solchen Angelegenheiten besteht im heutigen Frankreich wenig Hoffnung auf Klärung oder gar Bestrafung. In der Ära Sarkozy überlegen sich Richter und Staatsanwälte mittlerweile ganz genau, welche Verfahren sie an sich ziehen, und auch das Parlament ist eine stumpfe Waffe geworden. Es gilt, unter Sarkozy, allerorten einen Verfall der einst so stolzen Republik und ihrer Werte anzuzeigen. Undenkbar in den Jahren vor dem Omnipräsidenten, dass ein französischer Staatschef eine Brandrede auf die nationale „Unsicherheit“ gehalten hätte, wie es Sarkozy im Sommer tat. Undenkbar auch, dass eine Vorgängerregierung eine vergleichbare Vertreibungspolitik wie die Sarkozys gegen die Roma ins Werk gesetzt hätte.

Die Mängelliste der Regierung Sarkozy ist lang. Ihre politischen Folgen werden mit jeder neuen Meinungsumfrage greifbarer. In einer seriösen neuen Erhebung der vergangenen Woche bescheinigten ihm nur noch 6 Prozent der Befragten, dass er seine Sache „sehr gut“ mache; 69 Prozent der Franzosen hielten Sarkozy dagegen für einen „schlechten“ oder „sehr schlechten“ Präsidenten. Zweidrittelmehrheiten finden sich auch zusammen, wenn es darum geht, die Streiks und Protestaktionen gegen die Rentenreform gutzuheißen. Aber sogar daran ist dieser Präsident am Ende selbst schuld.

III.

Es hat sich auch in Frankreich herumgesprochen, dass die solidarischen Rentensysteme nur funktionsfähig bleiben können, wenn sie demografischen und finanziellen Notwendigkeiten angepasst werden. Die aktuelle Lage ist, grob gesprochen, in etwa vergleichbar mit jener in Deutschland vor den Umbauten der vergangenen Jahre. Das gesetzliche Rentenalter liegt bei 65 Jahren (und soll nun auf 67 steigen), die Beitragszeit bei 40,5 Jahren (sie soll auf 41,5 steigen). Dass in der Berichterstattung ständig die Zahlen 60 und 62 auftauchen, resultiert aus verwirrenden Begrifflichkeiten, kulturellen Unterschieden und auch aus dem Versuch, die Positionen der Gewerkschaften und der Sozialisten ins Lächerliche zu ziehen.

Tatsächlich markieren die 60 Jahre nur das frühestmögliche Renteneintrittsalter für Arbeitnehmer, die bis dahin schon 40 Jahre und länger in die Versicherung eingezahlt haben. Wer in Frankreich mit 60 in Rente geht, ohne die volle Beitragszeit hinter sich zu haben, muss hohe Abschläge hinnehmen. Das Problem ist nur: Sarkozy hatte offenkundig nie Interesse daran, eine gesellschaftlich akzeptierte, gewerkschaftlich abgesegnete Reform ins Werk zu setzen, diskutiert wurde die praktisch nicht. Im Grunde wurde das Ergebnis schon vor dem Beginn jedweder Debatte verkündet, das Zukunftswerk am 13. Juli – mitten in den großen Sommerferien – auf einer Kabinettsitzung beschlossen und in seinen Kernpunkten als nicht mehr verhandelbar hingestellt.

Anders gesagt: Die Regierung – und Sarkozy allein ist letztlich Frankreichs Regierung in diesen Monaten – hat die Möglichkeit einer tragfähigen, allgemein akzeptierten Lösung nie gesucht. Sie hat die Rentenreform vielmehr als Kampfansage an Gewerkschaften, Sozialisten und sonstige Oppositionelle benutzt. Die Botschaft sollte von Beginn an sein: Mit euch ist

sowieso kein Staat zu machen. Wir ziehen das allein unsere Pläne durch nichts und niemanden verwässern. Und dahinter stand gewiss auch die Hoffnung, die Linke möge sich neuerlich radikalisieren, um dann in kommenden Wahlkämpfen schlechter auszusehen.

Das Ergebnis ist nun einseitig, schief und krumm. Die Arbeitnehmer – und besonders die Beamten – tragen praktisch alle Lasten der Reform, die Arbeitgeber kommen weitgehend ungeschoren davon. Arbeiter mit extrem langen Beitragszeiten werden dafür noch bestraft, Frauen werden benachteiligt, Härtefälle nicht vernünftig berücksichtigt. Es ist, kurz gesagt, eine unsoziale Reform. Die Art und Weise, wie sie (nicht) verhandelt wurde, ist in politischer Hinsicht vielleicht der größte Skandal und der Aufruhr dieser Tage eine logische Konsequenz.

Es war François Mitterrand, der einst zu Protokoll gab, dass die Ausübung des Präsidentenamts in Frankreich einem „permanenten Staatsstreich“ gleichkomme. Sarkozy nimmt seinen Vorgänger beim Wort. Beharrlich erweitert er seine Macht. Die Riege der Minister ist lange schon nur noch ein Zulieferbetrieb des Elysée-Palasts, Sarkozys Mehrheitsfraktion im Parlament ist zu einem Club der präsidentialen Jasager verkommen. Mediapart-Chef Edwy Plenel nennt Sarkozy mittlerweile nur noch einen „cäsaristischen Hyperpräsidenten“, der seinen Willen durchsetzt, „um jeden Preis, so schnell wie möglich, und sei es mit Gewalt“.

IV.

Die aktuelle Streik- und Protestbewegung hat am 7. September begonnen, seither waren Millionen auf den Straßen, an sechs, sieben nationalen Aktionstagen, und längst nicht alle Demonstranten wurden dirigiert von Gewerkschaften, Oppositionsparteien und sonstigen Verbänden. Es ziehen jetzt Menschen mit, die man vorher bei Demonstrationen nicht gesehen hat, frisch Politisierte, Unorganisierte, die sich vor dem Umbau der französischen Demokratie in die falsche Richtung fürchten und vor dem vermeintlich gesunden Menschenverstand, auf den sich die französische Regierung heute lieber beruft als auf die Verfassung.

Zur großen Mehrheit dieser friedlichen Opposition gesellen sich nun regelmäßig die Abgesandten einer desorientierten Vorstadtjugend, die vom Innenminister Sarkozy einst als Abschaum betitelt wurde und vom Präsidenten nun als solche behandelt wird. Alles, was er ihr versprach, einen „Marshall-Plan für die Vorstädte“, man stelle sich vor, hat sich in Luft und Lügen aufgelöst. Nun sucht sie, es ist nicht weiter überraschend, den Tumult der Straße, um Autos in Brand zu stecken, Läden zu plündern, Scheiben einzuschlagen. Und es wäre nicht überraschend, wenn sich in nächster Zeit Szenen wiederholten, wie sie sich im Ausnahmezustand von 2005 schon einmal abspielten.

Die ungemütliche Wahrheit in Frankreich ist heutzutage die, dass man eigentlich dauernd auf neue Eruptionen wartet; und dass Sarkozy nie, wirklich nie ein versöhnliches Wort findet, dass er nie auch nur den Versuch macht, die Lage zu beruhigen, sondern sich immer aufschwingt, sie noch weiter anzustacheln. Anschließend wird jeder Anflug von Gewalt genutzt, um das oppositionelle Volk zu beschimpfen.

Innenminister Brice Hortefeux, der seit Beginn der Roma-Verfolgung wirkt, als durchlebe er die schönsten Wochen seines Lebens, kommentierte Ausschreitungen in Lyon vergangene Woche mit den Worten: „Frankreich gehört nicht den Randallierern, Plünderern und Steinewerfern“, wobei offenblieb, ob damit nicht eigentlich auch die friedlichen Demonstranten gemeint sein könnten. Und Premierminister François Fillon sagte über die fortgesetzten Streiks: „Niemand hat das Recht, ein Land in Geiselhaft zu nehmen.“ Das mag so sein. Die Frage lautet nur, im Frankreich dieser Tage, wer eigentlich gerade die Geisel ist; und wer der Geiselnnehmer. ◆



Das bisschen Deutschland

Global Village: Von einem ehemaligen Gastarbeiter, der sich so verhielt, wie es sich die Deutschen wünschten. Er fuhr zurück in die Türkei.

Zwei Wörter nur. Sackgasse. Und Einbahnstraße. „Das ist alles, woran ich mich erinnere“, sagt Ismail Bahadir. Den Rest seines deutschen Sprachschatzes, so erzählt der Mann, der einst für wenige Tage eine Berühmtheit war in Deutschland, der Rest sei einfach verschüttgegangen.

Bahadir, 65, ein graubärtiger Herr mit lächelnden Augen, sitzt mit Ehefrau Emine, 61, im Wohnzimmer einer bescheidenen Dreizimmerwohnung am Stadtrand von Konya. Die Industriestadt im Herzen des anatolischen Hochlandes, bekannt für ihre Textilfabriken und tanzenden Derwische, gilt als besonders religiös. „Die grüne Hauptstadt der Türkei“, so nennen die Türken sie. Grün ist die Farbe des Islam.

In die „Hakverdi Sokak“, die „Straße des Gottgegebenen“, zog Bahadir 1982 mit Frau und Kindern ein. Er hatte die Wohnung von dem Geld gekauft, das er in Deutschland als Gastarbeiter verdient hatte.

Bahadir war nicht irgendein Gastarbeiter. Er war der „millionste Gastarbeiter aus Südosteuropa“, der „Millionär“, wie ihn später die Kollegen nannten.

Seine Geschichte beginnt am 27. November 1969, einem kalten Vormittag. Am Hauptbahnhof von München haben sie sich eingefunden, Journalisten, Diplomaten, Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Bundesanstalt für Arbeit. Sie warten auf einen Sonderzug aus Istanbul, mit rund 850 türkischen Männern und Frauen, unter ihnen Ismail Bahadir.

„Als einen nicht messbaren Gewinn“ bezeichnete der Präsident der Nürnberger Bundesanstalt Stingl damals die Arbeit der Ausländer für die Bundesrepublik, es gebe noch immer 280 000 offene Stellen. Zur „Bewältigung des Rentenberges“, zur „Erreichung der Wachstumsziele“ brauche man weitere frische Arbeitskräfte aus dem Ausland. Zitate aus dem Wirtschaftswunderdeutschland, aus einer Zeit, in der es noch keine Integrationsdebatten, keine Sorge um Parallelgesellschaften gab.

Fünf Jahre zuvor hatten Wirtschaftsvertreter den „millionsten Gastarbeiter

in der Bundesrepublik“, einen Portugiesen, bei seiner Ankunft hochleben lassen und ihm ein Moped geschenkt. Jetzt galt es, das Medienspektakel zu wiederholen.

Es gibt ein Foto von damals. Es zeigt Bahadir, höflich, ernst und etwas hager, im Blitzlichtgewitter. Lautsprecher hatten ihn ausrufen lassen. Man schüttelte ihm die Hand, hielt Reden und überreichte dem jungen Türken einen Fernseher als Begrüßungsgeschenk. Kurz darauf wurde der verwirrte Bahadir von einem Deutschen abgeholt und in ein „Heim für Gastarbeiter“ chauffiert. Elf Jahre sollte er nun als Dreher für deutsche Industrierwer-

kisch statt Deutsch lernen, und die deutschen Behörden bestärkten ihn darin. Sie hatten nichts dagegen, dass Bahadir seine Mädchen in den türkischen Klassenzug schickte. Sie legten auch den Eltern nicht nahe, Deutsch zu lernen. Bahadir wollte ja nicht einwandern, er wollte nur Gast sein. Den Deutschen gefiel das, in ihren Augen war der zurückhaltende Mann aus Konya so etwas wie ein idealer Gastarbeiter, ein idealer Türke.

Als sie genügend Geld beisammenhatten und Bahadir befand, die deutsche Realität sei nichts für seine jugendlichen Töchter, reiste die Familie 1981 zurück.

Sie gingen, ohne deutsche Freunde zurückzulassen. Sie hatten ja nicht einmal Kontakt zu den Nachbarn.

Bahadir, der sich für eine Führerscheinprüfung immerhin 50 Fachvokabeln gemerkt hatte – Sackgasse, Einbahnstraße, Vorfahrt –, begann schnell die wenigen Sprachbrocken und Deutschland zu vergessen.

Auf seinem Wohnzimmer liegen Familienfotos: Bilder von einer Tour auf dem Rhein, einem Ausflug nach Kiel, einem Picknick in Mainz – das letzte bisschen Deutschland, das ihnen geblieben ist. Sie können deutsches Fernsehen empfangen, aber was Bahadir

sieht, gefällt ihm nicht: „Die Deutschen haben sich verändert“, sagt er. „Sie waren immer aufrichtig und ordentlich, nun lassen sie sich gehen.“

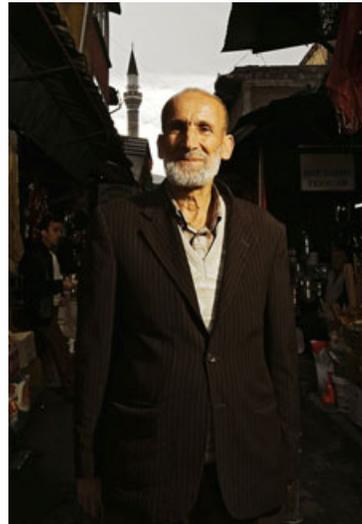
Von der Reise des deutschen Bundespräsidenten in der vergangenen Woche hat er erfahren, aber sie bewegt ihn nicht. Genauso wenig wie die Integrationsdebatte in Deutschland. Dass der Autohersteller Opel, bei dem er einige Monate beschäftigt war, von einer Pleite bedroht ist, das regt ihn mehr auf als die Thesen eines Thilo Sarrazin. Er sagt, wenn Opel bankrottgehe, gehe auch Deutschland bankrott. Er sei immer stolz gewesen auf Opel.

Und heute? Würde Bahadir sich noch einmal in den Zug nach München setzen, wenn er 24 wäre? „Wahrscheinlich nicht. Heute geht es meinem Land gut, heute würde ich Arbeit finden“, sagt er. „Aber damals war es ein gutes Geschäft.“

DANIEL STEINVORTH



Facharbeiter Bahadir*: „Heute geht es meinem Land gut“



DPA / SÜDD. VERLAG (L.); AGATA SKOWRONEK / DER SPIEGEL (R.)

ke arbeiten, in Mainz, in Wiesbaden, in Kaiserslautern. Er war willkommen und erwünscht, ein qualifizierter Zuwanderer aus dem Ausland.

Bahadir kam aus einer Region der Türkei, die unterentwickelt und voller arbeitsloser junger Männer war. Deutschland sah er als seine Chance. Er war fleißig, machte viele Überstunden und schickte das Geld seiner Familie, die ihm schließlich folgte. „Mein erstes Gehalt betrug 730 Mark, später habe ich manchmal über 4000 verdient“, erzählt er stolz. 1971 kamen sie, Emine, seine Frau, und Tochter Ayse. Fünf weitere Töchter wurden später in Deutschland geboren.

Aber Bahadir hatte sich vorgenommen, eines Tages zurückzukehren in die anatolische Provinz. Seine Kinder sollten Tür-

* Links: auf dem Münchner Hauptbahnhof 1969; rechts: im Oktober 2010 in Konya.

BOXEN

„Nicht geschäftsfähig“



FRANK BOXLER
Walter Wagner, 59, verantwortlicher Arzt des Bundes Deutscher Berufsboxer und Unfallchirurg im Klinikum Bayreuth, über Gefahren und Verantwortung

SPIEGEL: Der amerikanische Profiboxer Shannon Briggs musste nach 171 Wirkungstreffern, die er am vorvergangenen Samstag vom Schwergewichtsweltmeister Vitali Klitschko kassierte, auf die Intensivstation. Hätte das verhindert werden können?

Wagner: Wenn ich als Ringarzt vor Ort gewesen wäre, dann wäre der Kampf abgebrochen worden. Es muss egal sein, ob die Zuschauer buhen. Wenn ein Boxer tot im Ring liegt oder an den Folgen eines Kampfes stirbt, wirft das den Boxsport um Jahrzehnte zurück. In erster Linie ist immer die Ecke des Athleten in der Verantwortung.

SPIEGEL: Briggs nimmt seinen Trainer in Schutz: Er selbst habe bestimmen wollen und entschieden, dass er weitermacht.

Wagner: Was der Boxer selbst wünscht, darf keine Rolle spielen. Er ist in der Situation gar nicht mehr geschäftsfähig. Auch der Ringrichter müsste handeln. Der Verband WBC hat das sogenannte Open Scoring: Nach der vierten und achten Runde wird der Punktstand bekanntgegeben. Wenn ich also als Ringrichter sehe, dass Briggs keine einzige von acht Runden gewonnen hat und seinen Gegner nicht in den Hauch einer Bedrängnis bringen konnte, ist die Sache eindeutig. Auch der Ringarzt hätte die Rote Karte zum Abbruch zeigen können. Vitali schlägt wie ein Pferd.

SPIEGEL: Wie groß sind die Gefahren?

Wagner: Ein einziger K.-o.-Schlag ist vergleichsweise ungefährlich, entscheidend ist die Summation. Eine Studie aus den USA zeigt, dass es bei Einzelschlägen zu keinen bleibenden Schäden kommt. Schlagserien mit der gleichen Intensität in kurzen Zeitabständen können dagegen zu Hirn-



Briggs, Klitschko

schäden führen. Für mich sind sogenannte Nehmerqualitäten keine Qualitäten, sondern Zeichen boxerischen Defizits, die zu Spätfolgen wie dem Punch-Drunk-Syndrom führen können: Die Koordination funktioniert nicht mehr, die Menschen reden wie angetrunken.

SPIEGEL: Kommen dem Klitschko-Management und dem übertragenden Sender Boxer wie Briggs zupass – stattlich und furchtlos, letztlich aber ohne Siegchancen? Ihr Stehvermögen garantiert Werbepausen bis zur zwölften Runde.

Wagner: Dazu kann ich nichts sagen. Es soll aber schon Kämpfe gegeben haben, da dauerten die Rundenpausen bis zu 1:35 Minuten statt wie vorgeschrieben 60 Sekunden. Da steht dann schon die Werbung im Vordergrund.

FUSSBALL

Halber Mond

Mesut Özil, neuer Mittelfeldstar von Real Madrid und seit der Weltmeisterschaft eine Art Vorzeige-deutscher im Nationalteam von Bundestrainer Joachim Löw, kommt aus seiner Rolle als Symbolfigur nicht mehr heraus. Der Fußballprofi mit türkischen Wurzeln, geboren in Gelsenkirchen, gilt hierzulande als Beispiel für gelungene Integration. Als er in der EM-Qualifikation gegen das Land seiner Vorfahren spielte und beim 3:0-Sieg der Deutschen ein Tor schoss, wurde er von den türkischen Fans in Berlin ausgepfiffen; er wagte nicht zu

jubeln, aus Respekt vor den Türken. Das anschließend aufgenommene Foto vom halbnackten Özil mit der deutschen Kanzlerin in der Mannschaftskabine sorgte für Aufsehen, auch weil Angela Merkels Kabinenbesuch mit dem DFB-Präsidenten Theo Zwanziger nicht abgesprochen war. Vergangenen Dienstag dann, als Özil ein Tor zum 2:0 für Real Madrid gegen den AC Mailand gelungen war, formte er mit Daumen und Zeigefinger ein Zeichen in Richtung Tribüne. Die spanische



Özil

Zeitung „Marca“ deutete es als einen Halbmond, „der Türkei gewidmet, wo seine Familie herkommt“. Eine Geste an die Angehörigen, die in der Regel bei großen Partien auf der Tribüne sitzen? Oder mehr: ein Bekenntnis? Özils Manager Reza Fazeli sagte dem SPIEGEL auf Anfrage, dies sei eine Fehlinterpretation. Özil, 22, habe ein „C“ geformt – als Zeichen für die Champions League. Es war sein erstes Tor für Madrid in diesem Wettbewerb.

FUSSBALL

Das geheime Leben der 14

Die Trainer schwärmten von seiner Technik, er war Profi bei Hansa Rostock, erzielte sein erstes Tor gegen den FC Bayern. Dann brach die Karriere von Kevin Hansen ab. Der Mann, der einmal Oliver Kahn bezwang, steht jetzt vor Gericht – im größten Kokainprozess Deutschlands.



Hansen-Trikot beim Amateurclub Hamm United: „Weicher Kern und weiche Schale“

Er zog trocken mit rechts ab, der Ball sauste flach ins Tor. Es war der Anschlusstreffer, nun stand es nur noch 2:1, es lief die 82. Minute im Münchner Olympiastadion. Er hob die Arme zum Jubel, seine Mannschaftskameraden beglückwünschten ihn. Dann ging er auf Oliver Kahn zu, der damals im Tor stand beim FC Bayern, klopfte ihm auf die Schulter und sagte: „So, Olli, jetzt kannst du nach Japan zur WM.“

Er war ein Jungprofi, 22 Jahre alt, es war sein erstes Tor in der Bundesliga. Seine Eltern, die immer an ihn geglaubt hatten, waren stolz. Am Abend zeigten die Sportsendungen sein Tor in Zeitlupe.

Jeder konnte sehen, dass Oliver Kahn machtlos war gegen den Schuss von Kevin Hansen.

Jahre später wird Hansen in einem Interview erzählen, dass dieser Treffer am 4. Mai 2002 der größte Augenblick in seiner Karriere war, „der Hammer“, auch wenn Rostock die Partie in München verlor. Weil ein Tor gegen die Bayern etwas Besonderes ist. Weil jeder Fußballer davon träumt.

Weil sich danach für ihn nie mehr etwas so gut anfühlte.

Kevin Hansen sieht immer noch wie ein Fußballprofi aus. Modischer Kurzhaarschnitt, sportliche Figur. Er ist jetzt 31 Jahre alt. Er trägt einen dunklen Pullover, eine dunkle Jeans, schwarze Converse-Turnschuhe. Zwei Beamte des Landeskriminalamts in Zivil begleiten ihn in den Verhandlungssaal 237 des Hamburger Landgerichts. Die anderen Angeklagten, die vor ihm in den Raum geführt wurden, grinsten, machten Witze. Kevin Hansen ist stumm, blass, er blickt zu Boden.

Eine Menge Reporter sind zu dem Prozess gekommen. Sie sitzen hinter einer Scheibe. Panzerglas. Es geht um einen spektakulären Fall, den größten Kokainfund, den es je in Deutschland gab: 1,33 Tonnen reiner Stoff, Marktwert rund 40 Millionen Euro. Es geht um die Mafia in Südamerika, um Hamburger Dealer, um Taschen voller Geld.

Und es geht um die Frage, wie Kevin Hansen in diese aberwitzige Sache hineingeraten konnte.

Er war ein talentierter Fußballer aus Hamburg-Billstedt, er spielte in der Bundesliga. Jetzt steht Kevin Hansen im Zentrum des größten deutschen Kokainprozesses. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm „Beihilfe zum bandenmäßigen unerlaubten Handeltreiben mit Betäubungsmitteln

in nicht geringer Menge“ vor. Er soll Drogengeld in seiner Wohnung gebunkert haben. Hansen hat ausgesagt, wurde ins Zeugenschutzprogramm aufgenommen, wird ständig bewacht. Mit der Mafia ist nicht zu spaßen.

Er sitzt neben seiner Anwältin, wirkt eingeschüchtert. Ein ehemaliger Profikicker, der sich verirrt hat im Leben. Was ist mit Kevin Hansen passiert seit seinem Tor gegen den FC Bayern München?

Uli Schulz, 63, steht auf der überdachten Tribüne im Stadion Hammer Park,

auf ihn aufmerksam. Mit 19 Jahren wechselte Hansen zum Bundesligisten FC Hansa Rostock. Sein Vater, der als Drucker in einer Hamburger Firma arbeitete, fuhr, wann immer es ging, an die Ostsee, um dem Sohn bei Spielen oder beim Training zuzusehen, oft war auch Kevins Bruder dabei. Die ganze Familie träumte vom Profifußball.

Armin Veh hat gerade die Übungseinheit seines Teams beendet. Veh ist Trainer des Hamburger SV, vor acht Jahren war er Coach bei Hansa Rostock. Der

Kevin? Veh muss nachdenken. Dann kommen ihm die Bilder. „Der hatte die beste Schusstechnik, die ich jemals bei einem meiner Spieler gesehen habe“, sagt Veh.

Er holte Hansen damals, 2002, in Rostock zu den Profis. Veh wechselte den jungen Mittelfeldspieler in der Partie gegen die Bayern ein, in der Hansen sein erstes Bundesligator erzielte.

Hansa spielte in der Saison danach gegen den Abstieg. Nach einem verunglückten Auftritt gegen 1860 München im Januar 2003 wurde Hansen ins Oberligateam zurückgestuft. Zwei Wochen später kam er bei einem Spiel nach einem Kopfballduell unglücklich auf, knickte um. Die Schmerzen waren schlimm.

Die Krankenakte von Hansen liegt in der Praxis von Frank Bartel, seit 20 Jahren Mannschaftsarzt in Rostock, das Dossier ist mehrere hundert Seiten dick. Bartel sagt, einen Fall wie den von Kevin Hansen habe er noch nicht erlebt.

Hansen hatte sich den linken Knöchel gebrochen. Die Verletzung im Fuß bewirkte Folgeerscheinungen: Schmerzen in den Zehen, in der Leiste, im Rücken. Die Ärzte versuchten alles. Einlagen, Spritzen, Akupunktur, Lasertherapie. Nichts half. Im Fitnesszentrum im Keller

der Hansa-Nachwuchsakademie, einem Raum mit Steinboden, pinkfarbenen Trainingsgeräten und Schweißgeruch in der Luft, schufete Hansen monatelang immer wieder für sein Comeback. Aber sein Körper wollte nicht mehr. Die Ärzte waren ratlos, Hansen nur noch verzweifelt. „Die Frage nach dem Warum stand immer im Raum, das hat ihn sehr gequält“, sagt Mediziner Bartel.

2007 verließ Hansen den Verein, ging zu Erzgebirge Aue, zweite Liga. Nach einem Jahr wurde der Vertrag aufgelöst, ohne dass er auch nur ein Spiel gemacht hatte. Sein Berater versuchte, ihn bei



Profi Hansen 2006, Kokainfund in Hamburg: Ein ganz großes Ding

einem Amateurplatz im Hamburger Osten. Er ist der Trainer des FC Hamm United, des Vereins, für den Hansen zuletzt spielte. Die Fußballer traben über den Rasen, es gießt in Strömen. Schulz' Blick bleibt auf den Platz gerichtet, als er nach einer langen Pause sagt: „Dabei ist der Kevin doch so ein lieber, netter Kerl.“

Schulz kennt Hansen seit über 20 Jahren, war einer seiner Trainer in den Jugendteams von Vorwärts-Wacker Billstedt. Kevin war nicht der Schnellste, konnte aber mit dem Ball umgehen. Manchmal schoss er einen Eckball direkt ins Tor. Die Talentsucher wurden schnell

GOLIKE / HOCH ZWEI / MAGO (O.); FRANK BRANDEL / DAPD (U.)

Clubs in der dritten und vierten Liga unterzubringen. Aber alle lehnten ab, nachdem sie die Krankenakte gelesen hatten.

Nach der neunten Operation gab Hansen auf. Er wurde Sportinvalide.

Hansen zog zurück nach Hamburg. In seiner Heimatstadt suchte er den Kontakt zu alten Freunden, im Sommer 2008 schloss er sich dem FC Hamm United an, einem Verein im Hamburger Osten, der erst drei Jahre zuvor gegründet worden und seither in jeder Saison aufgestiegen war. Er sei sofort zum „Kopf der Truppe“ geworden, sagt Vereinspräsident Jörn Heinemann. Zwar ließ sein lädiertes Sprunggelenk kaum noch Sprints zu, doch mit seiner Spielintelligenz und seiner Schusstechnik ragte Hansen, der bald auch Teamkapitän wurde, auf Hamburgs Amateurplätzen weit heraus.

Der Club bot Hansen, was er in seinem Leben als Profi vermisst hatte: Geborgenheit. Er trug immer das Trikot mit der Rückennummer 14. Sein Coach ließ Hansen spielen, auch wenn der wegen Schmerzen im Knöchel mal wieder nicht trainieren konnte.

Und einige seiner Mannschaftskameraden traf Hansen fast jeden Abend. Sie hörten Musik von Xavier Naidoo, zogen an den Wochenenden durch die Bars und Clubs auf dem Hamburger Kiez, auf dem Weg nach Hause stürmten sie am frühen Sonntagmorgen gern mal hinter die Theke eines McDonald's und bedienten dort die letzten Gäste.

Große Jungs Ende zwanzig, Anfang dreißig. Wenn sie sich nicht sahen, riefen

sie sich gegenseitig auf ihren Mobiltelefonen an. „Wir waren eine Clique, in der einer dem anderen blind vertraute“, sagt Florian Simon, der neue Kapitän von Hamm United.

Aber einer von ihnen hatte ein großes Geheimnis.

Ende 2009 stand die Hamburger Drogenfahndung unter Hochspannung. Auf dem Kokainmarkt in der Hansestadt herrschte seit Monaten der Ausnahmezustand. Eine Bande, die die Ermittler „Los Paraguayos“ nannten, weil eines der Mitglieder mal für eine gleichnamige Musikbande aufgetreten war, hatte 500 Kilogramm Kokain in Umlauf gebracht. Eine stattliche Menge. Der Verkaufspreis auf der Straße war deshalb bereits von 38 000

sie 1244 Päckchen reines Kokain, Gesamtgewicht 1,33 Tonnen, sorgsam versteckt in eingefrästen Hohlräumen von Holzbriketts.

Es war die größte Menge Kokain, die jemals in Deutschland gefunden wurde. Es war eine Sensation.

Am Tag nach der Razzia erschien ein Kamerateam des Norddeutschen Rundfunks beim Pokalspiel des FC Hamm United in Harburg. Eine Reporterin erzählte von dem Schiff, dem Koks, dem Coup der Polizei. Die Spieler verstanden nicht. Dann stellte die Reporterin Fragen. Wo denn Kevin Hansen sei? „Der ist mit seiner Freundin im Urlaub“, antwortete einer der Spieler. Alle hatten das gedacht.

Ein Schiff aus Südamerika sollte kommen. Ein Schiff voller Koks.

Euro pro Kilo auf 25 000 Euro gefallen. Doch nun sollte noch mehr Stoff Hamburg erreichen. Die Ermittler hatten durch abgehörte Telefonate der „Paraguayos“ davon erfahren.

Ein Schiff aus Südamerika sollte kommen. Ein Schiff voller Koks.

Wochenlang lagen die Fahnder im Hafen auf der Lauer. Sechs verdächtige Container wurden gefilzt, aber nie war Rauschgift an Bord. Bei der siebten Lieferung in einem Frachter, der am Burchardkai festgemacht hatte, wurden die Beamten am 12. April dann fündig. In einem Container aus Paraguay entdeckten

Hansen war nicht im Urlaub. Er saß bereits in Untersuchungshaft.

Florian Simon, der Kapitän von Hamm United, ist ein athletischer junger Mann mit Dreitagebart; ruhige Stimme, fester Blick, Werbekaufmann von Beruf. Er hat die Kapitänsbinde nach der Verhaftung von Hansen übernommen. Kevin ist einer seiner besten Freunde. Ein „herzensguter Mensch“, ein Typ „mit einer weichen Schale und einem weichen Kern“, so beschreibt Simon seinen Kumpel.

Er hat keine Erklärung. Niemand im Verein hat eine Erklärung.

„Bis zum letzten Tag, an dem ich ihn gesehen habe, hat Kevin mir nicht den geringsten Anlass zu dem Verdacht gegeben, dass er irgendwas mit Drogen zu tun hat“, sagt Simon, „und davon bin ich bis heute überzeugt.“

Hansen war ein guter Kicker, außerhalb des Platzes fiel er kaum auf. Sie mochten ihn bei Hamm United wegen seiner gelassenen Art. Er lebte gut, bekam eine Rente als Sportinvalide, 3800 Euro im Monat standen ihm zur Verfügung.

Aber es gab da ein Loch in seinem Leben. Der Traum vom Profi war geplatzt wegen eines kaputten Knöchels. In diesem Februar begann er eine Ausbildung zum Steuerfachangestellten in der Kanzlei des Clubpräsidenten von Hamm United. Der Job machte ihm keinen Spaß. Schon nach wenigen Wochen wollte er hinschmeißen. Hansen hing in der Luft.

Vielleicht fehlt einem in so einer Situation der Blick für Menschen. Vielleicht



Trainer Vohr: „Die beste Schusstechnik, die ich jemals bei einem meiner Spieler gesehen habe“

war Hansen naiv. Schon im Sommer 2009 war an seiner Seite immer häufiger der Deutsch-Griecher Constantin F. aufgetaucht, Spitzname Costa, damals 26. Niemand aus Hansens Clique hatte etwas dagegen. Costa war auch ein guter Fußballer, er hatte bei den Hamburger Oberligisten SV Lurup und Altona 93 gespielt. Manchmal ließ Hansen Costa in seiner Wohnung übernachten, wie er das ganz selbstverständlich auch anderen aus seiner Clique gestattete, die gerade Krach mit ihrer Freundin hatten. So fing alles an.

Costa F. ist der Polizei in Hamburg gut bekannt. Zwischen Februar und August 2006 hatte der Deutsch-Griecher wegen des Verdachts der räuberischen Erpressung schon einmal in Untersuchungshaft gesessen, eines der Opfer soll ein früherer Mitspieler des SV Lurup gewesen sein. Bei dem Prozess vor dem Hamburger Landgericht im September 2006 wurde Costa F. jedoch freigesprochen, weil die Zeugen plötzlich nicht mehr aussagen wollten.

Die Anwältin von Costa F. war für den SPIEGEL trotz Nachfrage nicht zu erreichen.

Beim FC Hamm United glauben sie, dieser Costa sei „ganz gezielt auf Kevin zugesteuert“. Auch die Hamburger Ermittler vermuten, dass es wohl die Bekanntschaft mit Constantin F. war, die Hansen ins Drogenmilieu zog. Im Zuge der Ermittlungen gegen die „Paraguayos“ wurde Costa F. als Mitglied der Bande identifiziert. Man hörte sein Telefon ab.

Damit geriet auch Kevin Hansen ins Visier der Ermittler, denn auch seine Gespräche wurden nun aufgezeichnet.

Hansens Zweizimmerwohnung im Hamburger Rückersweg war bereits, so sehen es die Ermittler, ein Zwischenlager für große Teile des Bargelds, das die „Paraguayos“ durch den Verkauf der 500 Kilo Koks einnahmen. Die Beamten bezeichneten Hansens Apartment als „Bunkerwohnung“. Hansens Hamburger Strafverteidigerin Annette Voges äußerte sich zu den Vorwürfen gegen ihren Mandanten nicht.

5,0175 Millionen Euro Drogengeld sollen bis Ende vorigen Jahres in Hansens Wohnung gehortet und gebündelt worden sein. Zur Ausstattung gehörte nach

„Paraguayos“ so machten, halten die Ermittler für abwegig. Vom 4. bis 21. Dezember vergangenen Jahres war Hansen mit Costa F. nach Miami gereist. Beim FC Hamm United durfte er zu dieser Zeit nicht spielen, weil er nach einer Roten Karte gesperrt war.

Spätestens in Florida, vermuten die Ermittler, habe Costa F. seinem Kompanion von der anstehenden Schiffsladung Kokain berichtet. Seinen Freunden in Hamburg erzählte Hansen am Telefon damals aus den USA nur Unverdächtiges: tolle Frauen, tolles Nachtleben, tolle Partys.

Als die Polizei am 12. April um 8.30 Uhr vor seiner Wohnungstür stand, ließ er sich widerstandslos festnehmen.

Wo Hansen sich aufhält, wenn er nicht im Gerichtssaal sitzt, hält das LKA geheim.

Erkenntnissen der Ermittler auch eine Geldzählmaschine. Einmal soll Hansen einem weiteren Angeklagten auf der Straße vor seiner Wohnung eine Tasche mit Geld übergeben haben.

Im Februar schließlich soll Hansen dem ebenfalls angeklagten Costa F. 3500 Euro überreicht haben – zur Anmietung einer Lagerhalle im Hafengebiet.

Denn das ganz große Ding, das Schiff mit der Ladung Koks, sollte ja erst noch kommen.

Kevin Hansen, so sieht es die Staatsanwaltschaft, hat wohl ein Doppelleben geführt. Dass er nicht wusste, was die „Pa-

Kevin Hansen wurde Mitte Juni aus der Untersuchungshaft entlassen. Seither wird er von der Zeugenschutzdienststelle des Hamburger Landeskriminalamts betreut. Die südamerikanische Drogenmafia hat mindestens 40 Millionen Euro verloren, so viel war der reine Stoff wert. Gestreckt hätten die 1,33 Tonnen Kokain sogar bis zu 100 Millionen Euro einbringen können. Irgendwo in Südamerika gibt es jetzt Drogenbosse, die ziemlich sauer sind. Irgendjemand wird irgendwann bezahlen müssen. Kevin Hansen hat ein Problem, von dem niemand sagen kann, wie groß es wirklich ist.

Wo Hansen sich aufhält, wenn er nicht im Gerichtssaal sitzt, hält das LKA geheim. Er kann mit seinen Eltern telefonieren, seine engsten Freunde darf er anrufen.

Am vorigen Donnerstag, dem dritten Verhandlungstag, sitzt er wieder in Saal 237 des Hamburger Landgerichts. Der Mann, der Oliver Kahn bezwang, der Ecken direkt verwandeln konnte. Er ist wieder sehr blass. Seine Jungs beim FC Hamm United haben sich geschworen, ihn nicht fallenzulassen. In den Wochen nach der Verhaftung trug immer ein anderer Spieler aus der Mannschaft Kevin Hansens Trikot mit der Nummer 14 unter seinem eigenen.

Die Nummer 14, haben sie verabredet, wird bei Hamm United nicht mehr vergeben. Sie ist für Kevin Hansen reserviert, einen guten Kicker mit einem kaputten Knöchel, der vielleicht nie wieder ein normales Leben führen kann.

LUKAS EBERLE, GERHARD PFEIL,
ANDREAS ULRICH,
MICHAEL WULZINGER

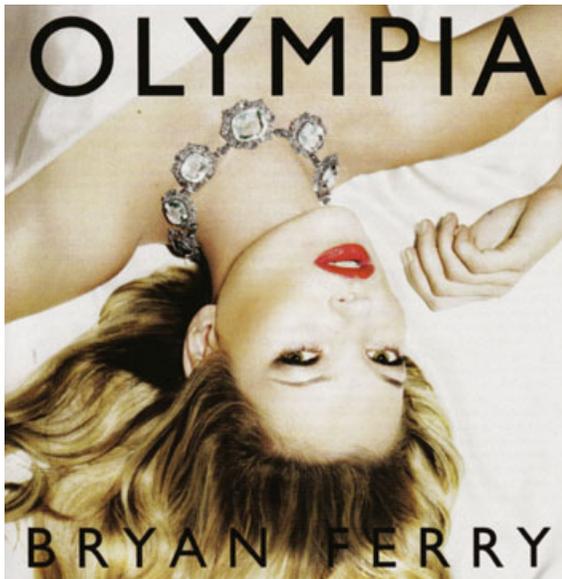


Kapitän Simon (M.), Spieler des FC Hamm United: Sie haben sich geschworen, ihn nicht fallenzulassen

POP

In Würde altern

Viel hat der britische Sänger Bryan Ferry in den vergangenen 20 Jahren nicht zustande gebracht. Er hat ein paar Alben aufgenommen, hauptsächlich mit Coverversionen. Er hat für eine britische Kaufhauskette gemodelt, eine Reihe Konzerte mit seiner alten



Band Roxy Music gegeben, und er trat bei den Miss-World-Wahlen auf. Nichts, was angedeutet hätte, dass ihm noch einmal solch ein Meisterwerk wie „Olympia“ glücken würde. Aber das ist sein neues Album: ein großes Alterswerk, das, was im Pop nur höchst selten gelingt. Neu, aber nicht zu neu. Würdevoll, aber nicht altbacken. Die eigenartig unterkühlte Schönheit, mit der Roxy Music einst den Glamrock erfanden, findet sich hier genauso wieder wie ihre Liebe zu den mattschimmernden Klangflächen. Auch die Tradition, seine Cover mit den schönsten Models zu schmücken, führt Ferry auf „Olympia“ fort, früher waren es Amanda Lear und Jerry Hall, jetzt ist es Kate Moss. Dazu gibt Ferry, 65, den gealterten Lebemann, der die Frauen und die Moden hat kommen und gehen sehen, aber darüber nie das Interesse an ihnen verlor, und den es noch immer durch die Nacht treibt – höchst glaubwürdig, immerhin ist Ferrys Lebensgefährtin die Ex-Freundin seines Sohnes.

Stella-Bild „Harran II“, 1967

AUSSTELLUNGEN

Buntes Bemühen

Rot ist die Liebe, gelb der Neid, und grün soll, so will es der Volksmund immer schon wissen, die Hoffnung sein, Farben transportieren Gefühle – in allen Schattierungen. Nach dem Zweiten Welt-

INTEGRATION

„Wieso sind die Bullen schuld?“

Der Berliner Rapper Harris, 34, über seinen Integrations-Song „Nur ein Augenblick“

SPIEGEL: Harris, Sie wenden sich in Ihrem Song gegen integrationsunwillige Ausländer. Warum?

Harris: Weil die mich schon immer aufgeregt haben. Ich bin in Kreuzberg geboren und mit Arabern, Türken, Afrikanern, Polen, Jugoslawen auf der Straße groß geworden. Alles meine Freunde. Einige wurden kriminell. Wenn die aus dem Gefängnis kamen, haben sie auf die deutsche Polizei geschimpft. Und ich habe immer gesagt: Wieso sind die Bullen schuld, wenn du meinst, Raubüberfälle begehen zu müssen? Die Wahrheit ist: Du hast keinen Bock, morgens um acht arbeiten zu gehen.

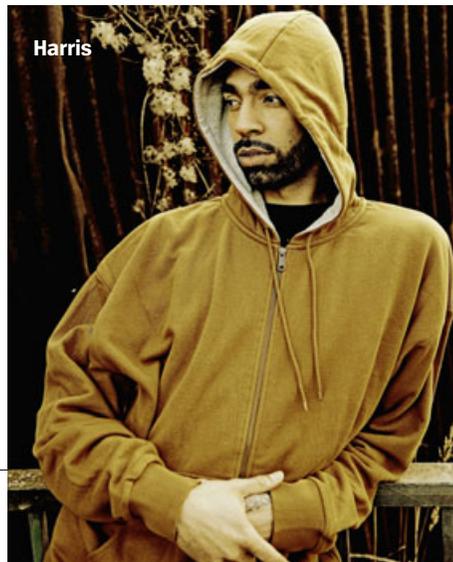
SPIEGEL: Was war deren Antwort?

Harris: Die Rechtfertigung lautete immer: Deutschland gibt uns keine Chance. Aber das stimmt nicht. Ich selber

war auf einer Schule für Schwererziehbare. Da gibt es Förderkurse, da gibt es Extra-Förderkurse und Förderkurse für Förderkurse. Da kann keiner sagen, dass Deutschland nichts für diese Jugendlichen macht. Die wollen nicht! **SPIEGEL:** Aber Rap war ursprünglich mal eine Protestmusik, die den Unterprivilegierten eine Stimme verleihen sollte.

Harris: Richtig, aber mein Song funktioniert nur, weil ich selber ein Schwarzkopf bin.

SPIEGEL: Schwarzkopf?



Harris: Schwarzköpfe, Apachen oder Alis. So nennen wir im Straßenslang alle Ausländer. Wäre ich weiß und käme aus der Mittelschicht, wäre es einfach zu sagen, ich sei Rassist.

SPIEGEL: Sie rappen: „Du hast Glück, bist jetzt hier, also benimm dich / Mach deine Arbeit, werd' erwachsen, sei nicht kindisch.“ Das klingt wie eine Vertonung des Sarrazin-Buchs.

Harris: Den Song habe ich schon vor einem Jahr geschrieben, aber war mir unsicher, ob ich ihn veröffentlichen sollte. Klar: Wenn Sarrazin sagt, dass junge Kriminelle oft Schwarzköpfe sind, hat er damit leider recht. Zumindest in Berlin. Jetzt sagen all die Schwarzköpfe: Scheiß-Sarrazin. Ich sage: Wieso Scheiß-Sarrazin, Alter? Diese kriminellen Alis versauen den Ruf aller gut-integrierten Araber und Türken.

SPIEGEL: Sie sind vergangene Woche in den Bundestag eingeladen worden – als Botschafter der Deutschlandstiftung Integration.

Harris: Ich war aufgeregt. Der Song soll Teil einer Kampagne werden. Die Erkenntnis war: Ich stehe hier im Bundestag, wenn auch nur im Pressesaal, der Adler hängt hinter mir, und ich kann zu Wort kommen. Großartig.

KATJA KÜHL / VANIT / ROBA PRESS

THEATER

Warten auf den Dachdecker

Das Deutsche Schauspielhaus in Hamburg sucht dringend einen Intendanten. Der letzte Chef, der Deutschlands größtes Sprechtheater erfolgreich leitete, heißt Frank Baumbauer. Der 65-Jährige, von 1993 bis 2000 in Hamburg und danach bis 2009 an den Münchner Kammerspielen, ist derzeit ohne festen Posten. In der Theaterszene verdichten sich Gerüchte, Baumbauer könnte Friedrich Schirmer folgen, der sein Hamburger Intendantenamt Mitte September aufgegeben hatte. Doch Baumbauer hält sich bedeckt: „Auf die Idee bin ich noch nicht gekommen, ich sitze in der Toskana und warte auf den Dachdecker.“ Aber Hamburg sei noch immer seine Lieblingsstadt. Und das Schauspielhaus die größte Herausforderung unter allen deutschen Sprechbühnen. Baumbauer: „Natürlich habe ich nachts auch manchmal wach gelegen, wenn wir nur 700 oder 800 Zuschauer hatten. Aber wenn einem an diesem Haus etwas gelingt, dann ist das Vibrieren hier mit keinem Erfolg an einem anderen Theater zu vergleichen.“ Für ein Dementi eine erstaunlich enthusiastische Aussage.

SOLOMON R. GUGGENHEIM MUSEUM, NEW YORK/YG BILD-KUNST, BONN 2010



krieg begann in den USA eine ganze Schule junger Maler, die Farbe als rein abstraktes Vehikel für Emotionen zu entdecken. Ihre revolutionäre Kunst nannte sich Color Field Painting. Bilder der wichtigsten Vertreter dieser Richtung zeigt nun (bis zum 10. Januar) die Ausstellungshalle Deutsche Guggenheim in Berlin-Mitte. Zu sehen sind radikale Farbabstraktionen von Künstlern wie Frank Stella, Mark Rothko oder

Helen Frankenthaler. Die Farbfeldmaler wollten nicht dezidiert gesellschaftskritisch wirken wie die gleichzeitig entstehende Pop-Art von Roy Lichtenstein oder Robert Rauschenberg. Mit ihrem Farbrausch zielen die expressiven Gemälde des Color Field Painting vielmehr auf die optische Überwältigung des Betrachters. Der Kunstmarkt hat das in den vergangenen Jahren mit Höchstpreisen honoriert.

SACHBÜCHER

Umwege zum Glück

Worüber wollen wir denn reden?“, fragt Margarete Mitscherlich. Die berühmte Psychoanalytikerin will es genau wissen. „Über Glück.“ Da muss die 93-Jährige laut lachen. Die Begegnung mit Mitscherlich steht am Anfang des Buchs „Ein gutes Leben“. Es endet mit einem Porträt der 15-jährigen Sophie Bruderer, die nach einer Zeit der Mager sucht wieder Kleidergröße 34 trägt und Glück für etwas hält, mit dem man nach einem Kampf belohnt wird. 78 Jahre Lebenserfahrung liegen zwischen diesen beiden Menschen. Sie verbindet die Beobachtung, dass es in den späten und in den frühen Jahren des Lebens mit dem Glück besonders mühsam zu sein scheint. Mitscherlich, die gern aß und trank, hat heute wenig Appetit. Früher trug sie gern schöne Kleider, mittlerweile empfindet sie das Anziehen als schwere Arbeit. Sophie Bruderer dagegen ist es bisher noch nicht gelungen, sich



über gutes Essen, schöne Kleider und ihren Körper einfach nur zu freuen. 20 sehr unterschiedliche Menschen hat die Autorin Ursula von Arx, 43, getroffen, berühmte und ganz unbekannte Männer und Frauen. Sie hat sie nach ihrem Leben gefragt und nach ihren Erfahrungen mit dem Glück. Entstanden sind 20 wunderbar beobachtete Porträts, in denen die Autorin darauf verzichtet, die Personen zu psychologisieren. Die Texte hat sie schlicht nach dem Alter ihrer Protagonisten sortiert. Weil Arx nur beschreibt, was sie sieht, und notiert, was gesagt wird, hebt sich „Ein gutes Leben“ von den unzähligen Glücksratgebern mit ihren einheitlichen Anleitungen angenehm ab. Schon die Frage, was Glück eigentlich sei, führt bei den Porträtierten zu unterschiedlichen Antworten: Erfüllung, Zufriedenheit, Genuss oder Selbstvergessenheit. Für manche ist es auch einfach überwundenes Unglück.

Ursula von Arx: „Ein gutes Leben“. Verlag Kein & Aber, Zürich; 224 Seiten; 18,90 Euro.

Kino in Kürze

„In ihren Augen“ handelt von einem Ermittlungsbeamten (Ricardo Darín), dem ein viele Jahre zurückliegender Mord auch nach seiner Pensionierung keine Ruhe lässt. Packend erzählt der argentinische Regisseur Juan José Campanella von der Jagd nach einem Täter, von der ständigen Wiederaufnahme eines immer wieder vorschnell für abgeschlossen erklärten Falls. Der Ostzithriller, der in diesem Jahr den Oscar für den besten ausländischen Film gewann, zieht die Zuschauer immer tiefer in seine bewegende Geschichte hinein, bis sie ähnlich leidenschaftlich und unerbittlich nach der Wahrheit suchen wie der melancholische Held.



Soledad Villamil, Darín

CINAMO FILM



MARIO SORRENTI | ART PARTNER - AS SEEN IN ANOTHER MAN

Autor Richards

Der Fluch des Rock'n'Roll

Keith Richards ist eine der großen Heldenfiguren der Rockmusik. Nun, im Alter von 66 Jahren, veröffentlicht der Gitarrist der Rolling Stones seine Memoiren. Sie erzählen die Geschichte eines Überlebenskünstlers, der dem Ruhm, den Drogen und dem Wahnsinn trotzte. *Von Thomas Hüetlin*

Keith Richards ist noch nicht lange wach. Unten auf dem Broadway riecht es nach Abgasen und Billigparfüm, oben im New Yorker Büro seiner Managerin hängen goldene Schallplatten an den Flurwänden. Es wirkt ein wenig langsam und vorsichtig, wie er da entlangschlendert, so als ob sein Körper eine Gitarre wäre, die er erst noch stimmen muss.

66 Jahre ist er jetzt alt, sein Gesicht sieht aus wie ein ungemachtes Bett. Keith Richards trägt ein grünes T-Shirt, auf dem ein Porträt von Keith Richards gedruckt ist, sehr jung, sehr hübsch, es stammt aus einer Zeit, als die langen Nächte, die aufgedrehten Verstärker, der Sex, der Alkohol, das Heroin noch keine Spuren hinterlassen hatten.

Richards bemerkt den erstaunten Blick und sagt: „Das T-Shirt hat Johnny mir geschenkt. Wir haben dieselbe Größe. Wir tauschen die ganze Zeit Klamotten.“

Man könnte jetzt fragen, von welchem Johnny eigentlich die Rede ist, aber so funktioniert Keith Richards nicht. Johnnys T-Shirt, das ist einfach nur der erste Akkord dieses Tages.

Richards hält einen roten Becher in der Hand, die Eiswürfel klimpern, auf dem Tisch steht ein Totenkopf aus rosa Plastik, er nimmt sich eine Zigarette. Die Geschichte kommt ins Rollen.

Das T-Shirt hat Richards seit zehn Jahren, er sagt, er habe es vielleicht einmal gewaschen. Aber das sei nicht wichtig. Wichtig sei, dass Johnny ganz passabel mit einer Gitarre umgehen könne.

Johnny und Richards haben sich über Richards' Sohn Marlon kennengelernt. Manchmal improvisierten die beiden zusammen. Nach zwei Jahren, sagt Keith Richards, habe er Johnny gefragt, was er eigentlich sonst so tue.

Filme, sagte Johnny. Allmählich dämmerte Richards, dass der Typ, mit dem er zwei Jahre lang rumgedaddelt hatte, Johnny Depp war.

Ist nun Keith Richards ein Idiot im Dauerdrogennebel, der nicht mehr mitbekommt, was um ihn herum passiert?

Nicht wirklich. Die Geschichte ist nur typisch für einen Mann, der sich nicht viel aus der Welt der Stars und Prominenten macht, obwohl er jetzt seit 45 Jah-

ren in der obersten Liga mitspielt. Es ist ihm anscheinend egal, ob einer 20 Millionen Dollar für einen Film bekommt oder 200 Dollar oder gar nichts, solange der Typ unterhaltsam ist oder schlau oder wenigstens mit einer Gitarre umgehen kann.

Depp hat Richards dann später gefragt, ob er ihn als Vorbild für eine Rolle nehmen könne. Der Film, um den es ging, heißt „Fluch der Karibik“, und Depp spielt darin diesen merkwürdigen Piraten Jack Sparrow, einen Typen, der seine Augen dunkel schminkt, zu viel Haschisch raucht und sich langsam und tastend wie in Zeitlupe bewegt. Ein Freibeuter, ein Freidenker, der nur das tut, was er will, und der noch auf dem Weg zum Galgen seine Gelassenheit nicht verliert.

Seit 45 Jahren ist Keith Richards eine Lieblingsfigur der Popkultur. In den sechziger Jahren begründete er mit den Rolling Stones das goldene Zeitalter des Rock'n'Roll, und als in den späten siebziger Jahren die Punks gegen die Alten putschten, gehörte Richards immer noch zu den Unantastbaren, weil sie alle, Patti Smith, Mick Jones von The Clash oder Richard Hell, so cool sein wollten wie er. Und heute geistert diese Figur in Hollywood-Blockbustern herum, deren Publikum mit dem iPod aufgewachsen ist und wahrscheinlich keine Ahnung hat, dass Jack Sparrow in Wahrheit den Rock'n'Roll mit-erfunden hat.

Richards ist ein Rätsel, immer noch. Ihn umgibt ein Nebel aus Drogen und Ruhm, Geld und Gitarrenriffs, es ist die Geschichte eines Mannes, die eine große Frage stellt: Wie überlebt man das alles, ohne den Verstand zu verlieren?

Er hat sich lange hinter seinem Image versteckt. Vor über zwei Jahren fotografierte ihn Annie Leibovitz für eine Anzeige von Louis Vuitton. Keith Richards ist darauf zu sehen mit einer schwarzlackierten Gibson. „Einige Reisen“, steht darunter, „kann man nicht in Worte fassen. New York, 3 Uhr morgens. Blues in C.“

Nun ist es drei Uhr nachmittags, und Richards ist in das Büro seiner Managerin

gekommen, um über diese Reise zu sprechen. Zusammen mit dem Autor James Fox hat er seine Biografie verfasst*. 736 Seiten ist das Buch dick, die Rechte wurden auf der Buchmesse in Frankfurt am Main vor drei Jahren versteigert. Es gab 10 Seiten zu lesen, eine kleine Kostprobe, mehr nicht. Nach einem Wettbieten betrug der Vorschuss 5,5 Millionen Euro. Wohl noch nie ist für die Biografie eines Musikers eine solche Summe bezahlt worden.

Angeblich wollten die Leute vom Verlag, dass es „My Life“ heißt. Richards soll den Entwurf genommen und das „My“ durchgestrichen haben.

Die einzige Sorge war, ob sich Richards überhaupt erinnern könne. Und würden diese Erinnerungen irgendetwas mit dem zu tun haben, was tatsächlich passiert ist?

Richards schaukelt auf seinem Stuhl hin und her, sein Oberkörper schwankt wie eine Boje im Wasser, Keith Richards groovt sich ein.

Zeit für die zweite Marlboro. Im roten Becher eine farblose Flüssigkeit. „Limonade“, sagt Richards, „die harten Sachen kommen jetzt erst nach Sonnenuntergang.“ Er wäre lieber auf Tournee gegangen, als dieses Buch zu machen. Aber er war der einzige Rolling Stone, der das wollte. „Es war eine Erleichterung“, sagt er, „als wir feststellten, dass mein Gedächtnis noch ganz gut funktioniert.“ Es folgt ein heiseres

Lachen, das klingt, als hätte jemand einen Betonmischer angeworfen.

Mick Jagger hat sich vor zehn, fünfzehn Jahren selbst einmal an einer Autobiografie versucht und Richards mit Anrufen gequält: „Äh, was haben wir am 15. August Neunzehnhundertirgendwas gemacht?“

„Mick, es ist dein Buch, ich erinnere es nicht.“ Jagger habe schließlich den Vorschuss zurückgezahlt.

„Life“ ist die Geschichte eines Lebens am Limit. Die Geschichte eines Uner-schrockenen, der sich auf dieses damals neuartige Abenteuer namens Rock'n'Roll einlässt, die erzählt von mahagoniblitzen-den Privatjets, von Drogenknästen und

Die einzige Sorge war: Würde sich Keith Richards überhaupt erinnern können?

* Keith Richards mit James Fox: „Life“. Heyne Verlag, München; 736 Seiten; 26,99 Euro.



Gitarist Richards in Südfrankreich 1971*: Er arbeitete lieber nachts, wobei nicht ganz klar war, wann bei ihm die Nacht anfang

abgebrannten Villen, von Orgien und dem Tod der Freunde.

Richards schont niemanden, weder Mick Jagger noch sich selbst. Er beschreibt, wie er in einem Nachtclub unterm Tisch sitzt und um Heroin bittet, er erzählt, wie er seinen knapp siebenjährigen Sohn Marlon mit auf Tour durch Europa nimmt und ihn im Auto anweist, die Landesgrenzen im Autoatlas zu studieren: „Marlon war voll bei der Sache. ‚Noch 15 Kilometer bis zur Grenze, Dad.‘ Das war das Signal, um rechts ranzufahren, einen Schuss zu setzen und das Zeug entweder loszuwerden oder irgendwo zu bunkern.“

Brian Jones, Jimi Hendrix, Janis Joplin und Jim Morrison, das waren die ersten Drogentoten des Rock'n'Roll. Richards führte jahrelang die Liste an, die der britische „New Musical Express“ über Popstars führte, die es als Nächste erwischen könnte. Er gewöhnte sich daran, kokettierte am Ende damit. „Das war die einzige Hitliste, bei der ich zehn Jahre lang an der Spitze stand“, schreibt er heute. „Tatsächlich war ich ein wenig enttäuscht,

als ich ein paar Plätze runterrutschte. Schließlich landete ich auf Platz neun. O mein Gott, jetzt ist alles aus.“ Wieder das Betonmischer-Lachen.

Er hat so lange dem Tod getrotzt, dass er nun als der große Überlebenskünstler des Rock'n'Roll gilt. Der amerikanische Late-Night-Moderator Jay Leno fragte, warum wir keine Flugzeuge bauen können, die das aushalten, was Richards aushält.

Richards kennt diese Scherze und sagt, er sei gern bereit, seinen Körper nach seinem Ableben der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Wölfisches Grinsen. „Aber ich fürchte, dass die Herrschaften ihn ablehnen werden.“

Seine Abneigung gegen diese Herrschaften ist etwas, das er sich über die Jahrzehnte bewahrt hat. Als Mick Jagger vor ein paar Jahren von Prince Charles zum Ritter geschlagen wurde, ist Richards fast durchgedreht vor Wut.

Jagger und Richards kommen aus Dartford, einer Kleinstadt östlich von London. Jagger lebte im besseren Dartford, Richards im hässlichen. Nach Dartford schob London gern die unangenehmen Dinge ab: Pockenkrankenhäuser, Schießpulverfabriken, Irrenhäuser. Richards be-

kam nonstop auf die Schnauze. Von den Lehrern, von den Mitschülern, von der britischen Klassengesellschaft, die Burschen wie ihn über Jahrhunderte in Kriegen und Fabriken verheizt hatte. Das Gitarrespielen lernte er in der Schule auf dem Klo.

Im April 1962 schrieb er einen Brief an seine Tante. „Liebe Pat, ich dachte immer, ich wäre meilenweit der einzige Fan von Chuck Berry, aber dann stehe ich eines Morgens mit einer Platte von Chuck am Bahnhof Dartford, als ein Knabe, den ich von der Grundschule her kenne, auf mich zukommt. Er besitzt alle Platten von Chuck Berry. Der Kerl da am Bahnhof heißt Mick Jagger. Außerdem ist Mick der größte R & B-Sänger auf dieser Atlantikseite, und das meine ich ernsthaft.“

Der Blues. Es ist jetzt ziemlich still in diesem Büro hoch über dem Broadway, als hätte jemand ein Lagerfeuer angezündet. Zeit für die nächste Marlboro. Warum ausgerechnet der Blues?

Die Beatles eroberten das Land damals mit euphorisierendem, rosarotem Pop. Warum identifizierten sich die Stones mit der Musik der Nachfahren schwarzer Sklaven aus dem Mississippi-Delta? Einer

* Mit Freundin Anita Pallenberg, Musiker Gram Parsons und dessen Ehefrau in der Villa Nellcôte.

Musik, die in den weißen Hitparaden nicht vorkam?

„Alles stammt vom Blues ab“, sagt Richards, „sogar der Jazz. Der Blues ist ehrlich und wahr, er ist voller Leiden und Trauer.“ Er und die Jungs hätten damals nicht an Geld gedacht, sie hätten eine Mission gehabt. Sie hieß: die verdammte noch mal beste Blues-Band Londons zu werden.

Der Erfolg kam trotzdem, und damit er noch größer wurde, sperrte Manager Andrew Loog Oldham Jagger und Richards in einer Küche ein. Er zwang sie, ihren ersten eigenen Song zu schreiben: „As Tears Go By“, eine zierliche kleine Ballade. „Wir hielten das Lied für erbärmlichen Dreck“, sagt Richards.

Die Songs wurden rauer, dynamischer, sexier. Schließlich fiel Richards „(I Can't Get No) Satisfaction“ ein, im Schlaf, wie er schreibt. Am folgenden Morgen nahm er sich den Kassettenrekorder neben seinem Bett vor. Er hörte die Gitarre, dann sein eigenes Schnarchen, 40 Minuten lang.

Mit „Satisfaction“ etablierten sich Jagger und Richards endgültig als das neue Kraftzentrum der Stones. Brian Jones, der vielleicht begabteste Musiker der Band, aber auch der eitelste, verkräftete das nicht. Er schwänzte Aufnahmen, wollte nicht auf Tournee, erzählte langatmig von seinen LSD-Trips, verprügelte seine Freundin, die schöne Anita Pallenberg.

Befeuert von Drogen, eskalierten die Streitereien. Richards schreibt in seinem Buch, Jagger und er seien „unglaublich böse“ gewesen zu Jones. Am 8. Juni 1969 warfen sie ihn aus der Band. Einen Monat später trieb Jones tot in seinem Swimmingpool, den Körper voller Alkohol und Drogen. 24 Jahre später soll zwar ein Handwerker namens Frank Thorogood kurz vor seinem Tod den Mord an Jones gestanden haben. Aber es bleibt ein unangenehmer Nachgeschmack. Es ist das schwärzeste Kapitel der Stones.

„Die Band konnte sich nicht mehr auf Brian verlassen“, sagt Richards. „So brilliant Brian war, er war vielleicht einer von den Menschen, für die es besser war, jung zu sterben.“

Ein ziemlich harter Satz.

„Er wollte ein Star sein, und er hielt sich tatsächlich für einen. Aber das ist es nicht, worum es bei den Stones geht. Man kann manchmal so tun, als sei man ein Star, dem Publikum zuliebe.“

Für Sie ist das nicht wichtig?

„Mit Sicherheit nicht. Aber um Platten machen zu können, muss ich das Spiel manchmal spielen.“

Den Konflikt zwischen Blues-Musiker und Popstar gibt es heute immer noch bei den Rolling Stones, die Front aber verläuft längst zwischen Jagger und Richards. In diesem Krieg wurde Richards, möglicher-

weise gegen seinen Willen, selbst zum Star, zu einem Anti-Jagger, weil er die Grundwerte des Rock'n'Roll verteidigte: Spontaneität, Außenseitertum, Risiko, on the road sein, die Dinge auf sich zukommen lassen, in Schwierigkeiten geraten und am Ende den Schlamassel doch einigermaßen geregelt bekommen.

Nie wurde diese Haltung deutlicher als bei den Aufnahmen von „Exile on Main St.“, dem Meisterwerk der Stones.

Es ist das Jahr 1971. Der Band droht der Bankrott. Sie flüchtet wegen gigantischer Steuerschulden nach Südfrankreich. Richards mietet die Villa Nellcôte. Im schlechtbelüfteten Keller wird ein Studio eingerichtet. In den Räumen darüber zerzauste Männer, sehr schöne Frauen und jede Menge Drogen. Vor allem Heroin.

Am liebsten arbeitet Richards nachts, wobei nicht so klar ist, wann bei ihm die Nacht anfängt.

Wenn es hieß, sechs Uhr abends ins Studio, ging es oft erst nach Mitternacht los. Oft verschwand er auf dem Klo, um sich einen Schuss zu setzen. Manchmal blieb er stundenlang weg.

„Während ich mich in dieser abgeschoteteten Welt befand“, schreibt Richards in seinem Buch, „lebten die anderen nach dem Lauf von Sonne und Mond. Sie

wachten auf, gingen schlafen. Wenn man diesen Kreislauf durchbricht und vier, fünf Tage lang auf den Beinen ist, nimmt man all die anderen Menschen, die gerade aufgestanden sind oder ein Nickerchen machen, nur noch sehr entfernt wahr. Du arbeitest, schreibst Songs, überspielt Bänder, und dann kommen diese Leute reinge-

schlurft, die eben noch geschlafen haben. Die haben sogar was gegessen!“

„Exile“ ist eine Richards-Platte, eine Heroin-Platte. Und im Grunde hat Jagger seinem Kollegen „Exile“ nie verziehen.

Er habe, sagt Richards an diesem Nachmittag im Oktober 2010, Heroin auch als Schutzschild benutzt. „Mit Heroin kann man den Bullshit der Showbusiness-Welt besser ertragen. Man kann einen Schritt zurücktreten, die Sache in einem anderen Licht betrachten und trotzdem das Spiel spielen.“

Es gelang ihm in den Siebzigern immer schlechter. Er sah aus wie ein Zombie, wurde von der Polizei gejagt, schlief mit einem Revolver unterm Kopfkissen, fuhr im Auto voller Plastikbeutel mit Kokain, Meskalin, Gras und Peyote durch die Gegend, wurde wieder erwischt, das Einreisen in die USA und nach Frankreich kompliziert.

Zusammen mit dem Banker Rupert Prinz zu Löwenstein hatte Jagger begonnen, die Finanzen der Band zu sanieren. Löwenstein war englisches Establishment, die Band wurde allmählich ein smart ver-

„Mit Heroin kann man den Bullshit der Showbusiness-Welt besser ertragen.“

netztes, modernes Unternehmen. Als Richards Ende der siebziger Jahre den Entzug schaffte, wollte er wieder mitreden. Aber Jagger sagte immer öfter: „Ach, halt's Maul, Keith. Erzähl keinen Mist.“

„Es war ein kleiner Schock“, sagt Richards, und der Ausdruck kleiner Schock ist englisches Understatement für: Es war richtig widerlich. „Mick hatte sich anscheinend in der Zwischenzeit daran gewöhnt, Mr. Rolling Stones zu sein. Er hatte keine Lust, mich wieder reinzulassen. Mick wäre gern ein guter Geschäftsmann, und er ist es auch, aber ...“

Was hätten Sie anders gemacht?

„Ich will, zum Beispiel, keine persönlichen Beziehungen zu den Bossen von Plattenfirmen. Der ganze Punkt der Stones ist ein anderer: Wir sind eine verschworene Gemeinschaft, wir sind gefährlich, wir wahren Distanz. Es war dasselbe Problem wie mit Brian Jones. Wenn einer aus der Reihe tanzt, werde ich ziemlich ungemütlich.“

Mitte der achtziger Jahre knallte es richtig. Richards fand heraus, dass Jagger im Windschatten eines 20-Millionen-Dollar-Vertrags der Rolling Stones einen millienschweren Solo-Deal mit CBS platziert hatte.

Jagger war auf dem Absprung. Die Plattenfirma sprach davon, er könne so groß werden wie Michael Jackson. Es begann das, was Richards den „dritten Weltkrieg“ der Stones nennt.

„Wenn er statt mit den Stones mit irgendeiner Schmock'n'Balls-Band auf Tour geht, dann schneide ich ihm die Gurgel durch“, sagte Richards.

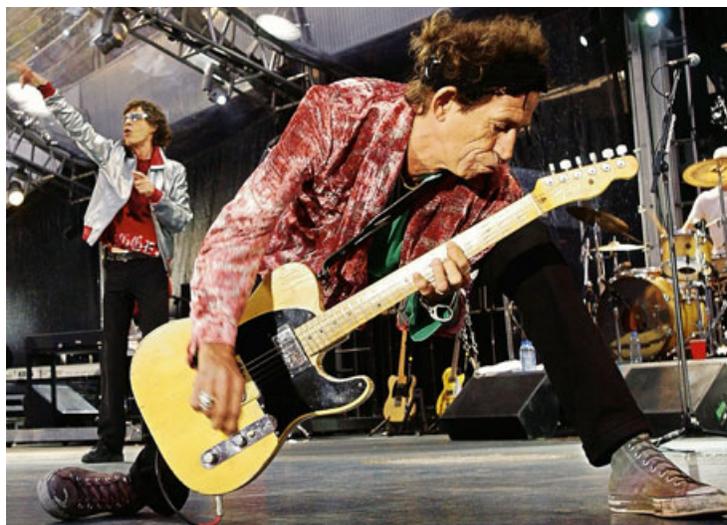
„Ich liebe Keith, ich bewundere ihn“, konterte Jagger, „aber ich glaube kaum, dass wir je wieder zusammenarbeiten können.“

Jahrelang ging das so. Jagger nahm Solo-Platten auf, zelebrierte mit Ballonfahrten über seinem Schloss an der Loire den, wie Richards schimpft, Lebensstil der „schwachsinnigen oberen Zehntausend“.

Ende der achtziger Jahre meldete sich Jagger wieder bei ihm, die Solo-Karriere funktionierte nicht, er fragte, ob man es nicht noch mal versuchen wolle. Richards willigte ein. Für ihn ist die Band fast alles.



Newcomerband Rolling Stones Mitte der Sechziger*: Blues aus Dartford



Musiker Jagger, Richards in München 2003: „Halt's Maul, Keith“

Immer noch. „Die Rolling Stones zusammen sind eine sehr, sehr gewaltige Kraft“, sagt Richards an diesem Nachmittag in New York.

„Aber getrennt sind sie niemand.“

Heute sind sie wieder eine der größten Bands der Welt, die immer neue Superlative aufstellt, noch mehr Zuschauer, noch mehr Einnahmen. Jagers Vermögen wird heute auf 218 Millionen Euro geschätzt, Keith Richards' auf 201 Millionen. Aber es ist ein merkwürdiger Triumph.

Die Stones der vergangenen 20 Jahre, das ist die berühmteste dysfunktionale Familie des Rock'n'Roll, eingemauert in das Mausoleum ihres Erfolgs, angeführt von zwei Männern im Rentenalter, die sich nur noch begegnen, wenn es sich überhaupt nicht vermeiden lässt.

Keith Richards zündet sich seine sechste Marlboro an. Er wirkt heiter, sanft

* In der Besetzung mit Bill Wyman, Brian Jones, Charlie Watts, Mick Jagger, Keith Richards.

getrieben von dieser strubbeligen Keith-Richards-Energie, bereit, wieder auf große Fahrt zu gehen.

Aber will das auch Mick? Sie sprechen, wie gesagt, nicht oft miteinander.

Dann sagt Richards: „Charlie Watts ist der erstaunlichste Mensch in der Band.“ Wenn er wissen wolle, was los sei bei den Stones, rufe er Charlie an. Mick mache es genauso. Inzwischen.

Richards bläst den Rauch vorbei an seiner Hand, an einem Finger steckt ein silberner Totenkopf.

Es gibt da eine berühmte Anekdote über Charlie Watts und die Stones, sie spielt 1984 in Amsterdam. Jagger und Richards gingen gemeinsam einen trinken. Richards ließ Jagger ein Jackett, das er bei seiner Hochzeit getragen hatte, die Nacht war kühl. Als sie um fünf Uhr früh wieder im Hotel erschienen, wählte Jagger die Nummer von Charlie Watts: „Wo bleibt mein Schlagzeuger?“, fragte er in die Muschel.

20 Minuten später klopfte Watts an die Tür. Maßanzug aus der Savile Row, Krawatte, aufpolierte Schuhe, frisch rasiert. „Nenn mich nie wieder deinen Schlagzeuger!“, sagte Watts und schlug sofort zu. Mit der Faust. Jagger taumelte. Richtung Fenster. Richtung Gracht. Richards fing Jagger auf.

Später, sagt Richards, habe Watts gefragt: „Warum hast du ihn festgehalten?“

„Er hatte mein Hochzeitsjackett an.“

Richards drückt die Marlboro aus, er steht auf, sagt: „Komm, ich zeig dir was.“

Er reißt die Tür auf, es ist das Büro seiner Managerin Jane Rose, die ihn Ende der Siebziger zum Entzug zwang, die tagelang an seinem Bett saß, so lange, bis er das Heroin herausgeschwitzt hatte, und die Mick Jagger später rauswerfen wollte.

Die Nachmittagssonne scheint in das Zimmer, Jane Rose ist etwas erschrocken, draußen vor den Fenstern der weite Himmel über New York.

„Da“, sagt Richards und deutet auf die Wand hinter Rose. Ein Foto von Che Guevara ist zu sehen, daneben, gerahmt, eine Aquarellzeichnung. Sie zeigt eine Faust.

„Das ist die Faust von Charlie“, sagt Richards. „Ich habe sie gemalt.“

Es ist der letzte Akkord, den er spielt an diesem Nachmittag. ◆

EINSPRUCH

Wahrheit und Wirklichkeit

Einspruch: Ferdinand von Schirach über die Prozesse gegen Verena Becker und Jörg Kachelmann

Schirach, 46, ist Strafverteidiger und Schriftsteller in Berlin. Für den SPIEGEL schreibt er monatlich die Kolumne „Einspruch“.

Als ich das erste Mal das Johannes-Evangelium abschreiben sollte, war ich zwölf Jahre alt. Ich ging auf ein Jesuiteninternat, und wir hatten wieder etwas angestellt. Ich weiß nicht mehr, was es war, wahrscheinlich hatten wir den ausgestopften schwarzen Orang-Utan vors Lehrerzimmer gestellt, oder wir waren in die Domkuppel geklettert, irgendetwas in dieser Art jedenfalls. Die Strafe war drakonisch, das Johannes-Evangelium ist für einen zwölfjährigen Jungen wirklich sehr lang. Der Pater sagte, er meine es gut mit uns. Wir saßen an unseren Pulten und schrieben und schrieben. Die Fenster standen offen, draußen war es warm, wir konnten die anderen Kinder auf dem Sportplatz hören. Wir sahen uns an und waren uns sicher, dass das ganze glückliche Leben für immer ohne uns stattfinden würde.

Nach drei Stunden wurde die Strafe erlassen. Aber der Pater las uns zum Abschluss eine Stelle aus dem Evangelium vor. Ich weiß nicht, warum er es tat, vermutlich wollte er uns klarmachen, was Schuld ist. Damals hörte ich zum ersten Mal bewusst den seltsamen Dialog zwischen Jesus Christus und Pontius Pilatus. Pilatus kannte ich natürlich aus dem Glaubensbekenntnis, dort kam er nicht gut weg. Ich stellte ihn mir als brutalen Mann vor, der Jesus quälte und ihn schließlich verurteilte. Seine kluge Frage nach der Wahrheit habe ich erst viel später verstanden.

In Wirklichkeit war Pilatus der Statthalter des römischen Kaisers Tiberius in der Provinz Judäa. Es gibt zahllose Legenden über ihn, aber historisch gesichert ist wenig. Wahrscheinlich war er ein durchschnittlicher Staatsbeamter, abgestellt in der Provinz, weit weg von Rom, überarbeitet, angestrengt und genervt von dem neuen Verfahren. Pilatus war nach römischem Recht der höchste Richter in der Provinz, er traf die letzten Entscheidungen. Jesus wurde ihm vorgeführt, die Anklage hatte Tod durch Kreuzigung beantragt. Nach dem Johannes-Evangelium sagte er zu Jesus: *Also bist du doch*

ein König? Jesus antwortete: Du sagst es, ich bin ein König. Ich bin dazu geboren und dazu in die Welt gekommen, dass ich für die Wahrheit Zeugnis ablege. Jeder, der aus der Wahrheit ist, hört auf meine Stimme. Pilatus sagte zu ihm: Was ist Wahrheit? (Joh. 18,38). Und nun kommt es: Pilatus wartet nicht auf die Antwort, er wendet sich ab und erklärt, er fände keinen Grund, Jesus zu verurteilen.

Ich stelle mir vor, dass Pilatus nur mit den Schultern zuckte und sagte: „Was ist schon Wahrheit.“ Der Tatnachweis gegen Jesus war nicht zu führen, er beanspruchte kein weltliches Reich. Pilatus überließ die Entscheidung dem Volk und wusch seine Hände in Unschuld. Vielleicht hat er aber mit seiner Frage nach der Wahrheit nur die Antwort gegeben, die auch 2000 Jahre später jeder Richter geben muss. Sie ist ärgerlich, aber es gibt keine andere, und jeder, der in der Strafjustiz arbeitet, muss sie mühsam lernen: Die Wahrheit eines Verfahrens ist nur eine Theorie über die Wirklichkeit.

Zurzeit beschäftigen zwei Hauptverhandlungen die Öffentlichkeit, zwei Indizienprozesse, und wieder wird in beiden Verfahren die Antwort auf die Frage nach der Wahrheit unbefriedigend sein.

Verena Becker ist wegen Mordes an dem Generalbundesanwalt Siegfried Buback angeklagt. Buback wurde 1977 er-

mordet, die Anklage geht davon aus, sie sei dabei gewesen. Bubacks Sohn sagt, er wolle nur die Wahrheit wissen. Aber er verschwie, dass er vor anderthalb Jahren einen Hinweis auf den Verbleib des Motorrads erhielt, das von den Tätern bei der Tat benutzt wurde. Natürlich ist so ein Beweismittel enorm wichtig. Buback erklärte, er habe es den Behörden verschwiegen, weil seine früheren Mitteilungen nicht richtig beachtet worden seien. Offensichtlich misstraut er den Anklägern, aber das halte ich für grundfalsch: Das Gericht scheint in diesem Verfahren unabhängig die Vorwürfe zu prüfen, ganz anders als die Gerichte und Ankläger in den Stammheimprozessen.

Damals schien die noch recht junge Bundesrepublik unsicher, Richter, Staatsanwälte und Politiker glaubten, sie müsse verteidigt werden, und die fehlerhaften Prozesse dieser Zeit dürften mitverantwortlich dafür sein, dass für viele die RAF noch immer ein verklärter Mythos ist. Aber die Zeiten haben sich geändert. Als Otto Schily, der damals die RAF-Terroristin Gudrun Ensslin vertrat, im Gericht durchsucht werden sollte, brüllte er: „Wir führen gegen die Macht das Argument des Rechts ins Feld.“ So richtig der Satz war, so lächerlich klänge er heute im Gericht. Schon längst geht es in diesen Prozessen nicht mehr um die Macht des



Zeugenvernehmung im Kachelmann-Prozess: Der Wunsch nach eindeutigen Beweisen ...

Staates, wir wollen nur noch wissen, was passiert ist. Aber alles scheint zu lange her, die Zeugen erinnern sich kaum, manches aus dieser Zeit ist in den Akten selbstsam. Wenn Verena Becker freigesprochen wird, so ist das nur ein Urteil über die Beweise, die man heute noch hat – nicht mehr und nicht weniger.

Auch das Verfahren gegen den Wettermoderator Jörg Kachelmann ist ein Indizienprozess. Eine Frau behauptet, sie sei vergewaltigt worden, der Mann streitet es ab. Aussage steht gegen Aussage. Die Beweislage ist schwierig. In den Akten finden sich 1400 Seiten Chat-Protokolle – sie sind abscheulich. Die Frau wurde über Jahre seelisch zugrunde gerichtet, sie tat nach und nach, was von ihr sexuell verlangt wurde. Und auch wenn alles freiwillig war, ist es gar keine Frage: Kachelmanns moralische Schuld wiegt schwer.

Aber ein Strafprozess ist nun mal keine Messe, nicht jede Gemeinheit ist strafrechtliche Schuld. Der Richter darf nicht beliebig entscheiden, wem er glaubt, er kann nicht raten wie beim „Tatort“ am Sonntagabend. Er braucht objektive Beweismittel. Lässt sich wissenschaftlich prüfen, ob die Frau die Wahrheit sagt? Sachverständige können damit beauftragt werden, Helfer des Gerichts. Es gibt eine Menge Gutachten in dem Verfahren. Zunächst war der Psychiater, der die Zeugin betreut, überzeugt, sie sage die Wahrheit. Er ist Traumaforscher, aber natürlich kann er hier kein Sachverständiger sein, das Arzt-Patienten-Verhältnis schließt das aus, die Nähe ist zu groß.

Die Staatsanwaltschaft beauftragte Luise Greuel, Professorin für Psychologie in Bremen. In der Strafjustiz ist sie hochangesehen. Greuel war gründlich, ihr Gutachten ist wissenschaftlich einwandfrei. Sie sagt, dass man nicht bestätigen könne, ob die Frau das, was sie behauptet, auch tatsächlich erlebt habe. In anderen Pro-

zessen wäre das schon fast ein Freispruch. Aber das Greuel-Gutachten gefiel der Staatsanwaltschaft nicht. Sie verfasste einen umfangreichen Schriftsatz dagegen. Die Verteidigung beauftragte daraufhin einen weiteren Hochschullehrer, er sollte die Einwände der Staatsanwaltschaft prüfen und das Gutachten der Gutachterin begutachten, also eine Art Obergutachten erstellen. Beauftragt wurde Günter Köhnen, Professor für Rechtspsychologie in Kiel. Seine Ausführungen sind ebenso klar. Er hält die Argumente der Staats-

Ein Prozess ist nun mal keine Messe, nicht jede Gemeinheit eine Schuld.

anwaltschaft, die das Greuel-Gutachten erschüttern sollten, für abwegig. Schließlich beauftragte das Gericht den vielleicht renommiertesten psychiatrischen Sachverständigen in Deutschland, Hans-Ludwig Kröber. Er sollte alles noch einmal prüfen, aber weil ein weiteres Gutachten zu dem gleichen Thema kaum zu rechtfertigen war, sollte Kröber nur klären, ob die Zeugin überhaupt fähig war, wahrheitsgemäß auszusagen.

Außerdem sollte er die Differenzen zwischen der Stellungnahme des Traumaforschers und dem Greuel-Gutachten untersuchen. Sein Gutachten kann man brillant nennen. Es ist ein Lehrstück über das, was Psychologie und Psychiatrie bei der Beurteilung einer Zeugenaussage leisten können. Kröber kommt zu dem Schluss, dass die Aussagetüchtigkeit der Zeugin nicht beeinträchtigt war, und er bestätigt nochmals die Richtigkeit des Greuel-Gutachtens. Auch das heißt natürlich nicht, dass die Zeugin nicht vielleicht doch die Wahrheit sagte, aber es bedeutet, dass es viele Zweifel gibt – zu

viele, als dass man den Angeklagten nur wegen der Aussage der Zeugin wieder ins Gefängnis stecken könnte.

Vielleicht wäre das alles gar nicht notwendig gewesen. Es ist die ureigenste Aufgabe der Richter, die Glaubwürdigkeit von Zeugen zu prüfen. Und außerdem wies das Oberlandesgericht Karlsruhe in seinem Beschluss zur Aufhebung des Haftbefehls gegen Kachelmann schon darauf hin: Die Zeugin habe im Rand- und im Kernbereich die Unwahrheit gesagt, den Beschuldigten könne man deshalb nicht weiter in Haft halten.

Der Vorsitzende Richter musste die Zeugin belehren. Sie darf auf jede Frage, die sie belasten könnte, schweigen. Sie hatte ja bereits gelogen und muss nun fürchten, selbst in einem Strafverfahren beschuldigt zu werden. Zunächst wollte der Vorsitzende das nicht. Trotz der Gutachten und trotz des Beschlusses eines höheren Gerichts taten die Richter einfach so, als wäre alles mit der Zeugin in Ordnung. Die Verteidigung hat daraufhin das Gericht als befangen abgelehnt. Natürlich ist so eine Belehrung nur eine Formalie, aber die Strafprozessordnung steht nicht zur Disposition der Richter. Wenn Richter bewusst gegen sie verstoßen, müssen sie als voreingenommen gelten. Es ist noch nicht einmal entscheidend, ob sie wirklich befangen sind – es reicht, dass sie einem verständigen, unabhängigen Beobachter so vorkommen. Geschützt wird eben nicht nur der Angeklagte, sondern auch das Ansehen der Gerichte in der Öffentlichkeit.

Trotzdem machte die Verteidigung einen Fehler: Der Vorsitzende kann nämlich den Zeitpunkt wählen, zu dem er die Zeugin belehrt. Solange nur Fragen zu ihrer Biografie gestellt werden, war eine Belehrung noch nicht nötig. Die Verteidigung kann recht haben, und der Vorsitzende wollte die Zeugin überhaupt nicht belehren, vielleicht wollte er damit deutlich machen, dass er ihr trotz allem glaube. Aber das hätte man erst erfahren, wenn ihr die entscheidenden Fragen gestellt werden – der Ablehnungsantrag kam also zu früh. Er wurde zurückgewiesen, die Begründung ist juristisch haltbar. Trotzdem war er richtig: Ein Strafprozess lebt von Streit um das Recht. Und auch ein gescheiterter Befangenenantrag kann bewirken, dass Richter umdenken.

Wir wünschen uns eindeutige Beweise, wir sehnen uns nach einer Klarheit ohne Zweifel, nach einer Welt, in der die Dinge schwarz oder weiß sind. Aber so ist die Wirklichkeit nicht. Strafprozesse sind kompliziert, ihre Wahrheit ist formell und selten einfach, sie wird immer nur schwer zu ertragen sein. Am Ende können wir uns nur auf die Strenge der Strafprozessordnung verlassen, sie ist immer noch das Beste, was wir haben, um die Schuld eines Menschen zu beurteilen. ◆

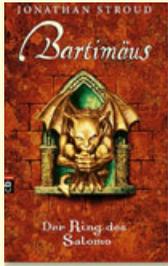


Verurteilung Jesu: ... nach einer Klarheit ohne Zweifel

Bestseller

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Ken Follett**
Sturz der Titanen
Bastei Lübbe; 28 Euro
 - 2 (3) **Jussi Adler-Olsen**
Schändung
dtv; 14,90 Euro
 - 3 (4) **Jussi Adler-Olsen**
Erbarnten
dtv; 14,90 Euro
 - 4 (2) **Cornelia Funke**
Reckless – Steinernes Fleisch
Dressler; 19,95 Euro
 - 5 (7) **Jonathan Franzen**
Freiheit
Rowohlt; 24,95 Euro
 - 6 (–) **Jonathan Stroud**
Bartimäus – Der Ring des Salomon
cbj; 18,99 Euro
- 

Vierter Band der Reihe um den jungen Zauberer Nathanael und seinen Diener, einen Dschinn
- 7 (6) **Ildikó von Kürthy**
Endlich!
Wunderlich; 17,95 Euro
 - 8 (5) **Tommy Jaud**
Hummeldumm
Scherz; 13,95 Euro
 - 9 (8) **Cordula Stratmann**
Sie da oben, er da unten
Kiepenheuer & Witsch; 13,95 Euro
 - 10 (10) **Melinda Nadj Abonji**
Tauben fliegen auf
Jung und Jung; 22 Euro
 - 11 (11) **Ian McEwan**
Solar
Diogenes; 21,90 Euro
 - 12 (17) **Terry Pratchett**
Der Club der unsichtbaren Gelehrten
Manhattan; 17,99 Euro
 - 13 (9) **Janne Teller**
Nichts – Was im Leben wichtig ist
Hanser; 12,90 Euro
 - 14 (13) **Félix J. Palma**
Die Landkarte der Zeit
Kindler; 24,99 Euro
 - 15 (12) **Haruki Murakami**
1Q84
DuMont Buch; 32 Euro
 - 16 (14) **Don Winslow**
Tage der Toten
Suhrkamp; 14,95 Euro
 - 17 (16) **Ferdinand von Schirach**
Schuld
Piper; 17,95 Euro
 - 18 (–) **Ildefonso Falcones**
Die Pfeiler des Glaubens
C. Bertelsmann; 24,99 Euro
 - 19 (15) **Bernhard Schlink**
Sommerlügen
Diogenes; 19,90 Euro
 - 20 (18) **Isabel Allende**
Die Insel unter dem Meer
Suhrkamp; 24,90 Euro

Sachbücher

- 1 (1) **Thilo Sarrazin**
Deutschland schafft sich ab
DVA; 22,99 Euro
 - 2 (2) **Ronald Reng**
Robert Enke
Piper; 19,95 Euro
 - 3 (3) **Kirsten Heisig**
Das Ende der Geduld
Herder; 14,95 Euro
 - 4 (4) **Natascha Kampusch**
3096 Tage
List; 19,95 Euro
 - 5 (6) **Richard David Precht**
Die Kunst, kein Egoist zu sein
Goldmann; 19,99 Euro
 - 6 (5) **Roger Willemsen**
Die Enden der Welt
S. Fischer; 22,95 Euro
 - 7 (7) **Thilo Bode**
Die Essensfälscher
S. Fischer; 14,95 Euro
 - 8 (8) **Stephen Hawking/Leonard Mlodinow**
Der große Entwurf
Rowohlt; 24,95 Euro
 - 9 (9) **Peer Steinbrück**
Unterm Strich
Hoffmann und Campe; 23 Euro
 - 10 (–) **Rhonda Byrne**
The Power
MensSana; 16,99 Euro
 - 11 (12) **Axel Hacke/Giovanni di Lorenzo**
Wofür stehst Du?
Kiepenheuer & Witsch; 18,95 Euro
 - 12 (10) **Margot Käßmann**
In der Mitte des Lebens
Herder; 16,95 Euro
 - 13 (19) **Dieter Nuhr**
Nuhr auf Sendung
WortArt/Edel; 13,95 Euro
 - 14 (13) **Ulrich Detrouis**
Höllennritt – Ein deutscher Hells
Angel packt aus
Econ; 18 Euro
 - 15 (15) **Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?
Goldmann; 14,95 Euro
 - 16 (–) **Loki Schmidt**
Auf dem roten Teppich und fest auf der Erde
Hoffmann und Campe; 20 Euro
 - 17 (14) **Eckart von Hirschhausen**
Glück kommt selten allein ...
Rowohlt; 18,90 Euro
 - 18 (11) **Thomas P.**
Der Racheengel
Riva; 19,95 Euro
 - 19 (–) **Ingrid Betancourt**
Kein Schweigen, das nicht endet
Droemer; 22,99 Euro
- 

Die ehemalige Geisel über die Folgen ihrer sechsjährigen Gefangenschaft im kolumbianischen Dschungel
- 20 (18) **Jonathan Safran Foer**
Tiere essen
Kiepenheuer & Witsch; 19,95 Euro

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Ich fühle mich pudelwohl hier“

Der Schriftsteller Feridun Zaimoglu über die Erfolgsgeschichte der Einwanderung in Deutschland, sein Plädoyer für Sanktionen gegen integrationsunwillige „Fremddeutsche“ und seine eigene Schulzeit in München

SPIEGEL: Herr Zaimoglu, Sie wurden in der Türkei geboren, schreiben in deutscher Sprache und gehören zu Deutschlands bekanntesten Autoren mit Migrationshintergrund.

Zaimoglu: Was für ein hässliches Wort.

SPIEGEL: Warum?

Zaimoglu: Es ist eine Kopfgeburt, ein Begriff aus dem Soziologieseminar. Ich sage „Fremddeutsche“ oder „Ethnodeutsche“. Mich stört am Wort Migrationshintergrund, dass selbst diejenigen, die es in höflicher Rede benutzen, viel zu oft den deutschen Vordergrund vergessen. Man sucht einen Begriff für Menschen, die man nicht verletzen will, und legt sie auf ihre Vergangenheit fest. Für mich zeugt der Begriff „Migrationshintergrund“ von Feigheit vor dem Feind, vor jener meist schweigenden Minderheit von Deutschen, die sich nicht trauen, offen zu sagen „Wir mögen keine Ausländer“. Diese Deutschen wüten gegen die sogenannten Integrationsunwilligen. Und suchen Bestätigung im Abschaffungsbuch von Herrn Sarrazin.

SPIEGEL: Haben Sie Sarrazins Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ gelesen?

Zaimoglu: Von Anfang bis Ende, und das, obwohl ich Muslim bin, ein Mensch mit Gendefekt. Wie seltsam sind diese Zeiten, in denen Schriftsteller über die Gesinnungstraktate von Bürokraten sprechen müssen! Aber wenn einer wie Sarrazin mit einem Insektenforscherblick auf die Menschen schaut und behauptet, Religionszugehörigkeit sei die prägende Konstante, dann bin ich nicht mehr als ein Insekt an der Leimrute.

SPIEGEL: Sarrazin argumentiert nicht nur mit den Genen, sondern auch mit Mentalitätsunterschieden.

Zaimoglu: Das ist genau die gleiche Falle! Es ist wieder eine Zuordnung aufgrund der Herkunft. Man kommt da nicht raus.

SPIEGEL: Sie sind 1965 nach Deutschland gekommen, als Sie ein paar Monate alt waren. Wie ausgeprägt war der Integrationswille in Ihrer Familie?

Zaimoglu: Gleich null. Meine Eltern kommen aus Anatolien, mein Vater, ein Bauernsohn, ist abgebrochener Student und hatte in Deutschland erst einmal den Status eines ungelernen Arbeiters. Ich wurde im Alter von fünf Monaten nach Deutschland reingetragen. Meine Mutter



ACHENBACH & PACINI / DER SPIEGEL

Feridun Zaimoglu verblüffte Leser und Kritiker in seinem Debüt „Kanak Sprak“ (1995) als literarischer Pionier jenes rudimentärdeutschen Kauderwelsches, das heute auf vielen Schulhöfen und Comedy-Bühnen gesprochen wird. Der in der Türkei geborene Deutsche schrieb hochgelobte Romane wie „Leyla“ (2006) und „Liebesbrand“ (2008), lieferte die Vorlage für den Film „Kanak Attack“ (2000) und zusammen mit Günter Senkel Theaterstücke wie „Schwarze Jungfrauen“ (2006) sowie wegen ihrer Derbheit umstrittene Neuübersetzungen von Shakespeares „Othello“ und „Hamlet“. Zaimoglu, 45, lebt in Kiel.

putzte und half in Berlin in einem Gastarbeiterlager, wie das damals hieß, mein Vater hatte eine feste Stelle in einer Metallfabrik. Damals war Kontakt zwischen den Türken und den Deutschen von der Firmenleitung verboten. Das wurde sehr streng gehandhabt. Meine Eltern waren Gäste, Leiharbeiter von Staats wegen.

SPIEGEL: Empfanden Sie das als Schmach?

Zaimoglu: Nein. Meine Eltern gehörten zu einer goldenen Generation, über die ich später dann auch schrieb. Denen ging es nicht um Sprachkurse, sondern ums Ar-

beiten, und nach ein paar Jahren wollten diese Leute wieder zurück. So war das abgemacht, im Abkommen zwischen Deutschland und der Türkei. Man wollte keine Ärzte und keine Wissenschaftler, man wollte Menschen, die körperlich arbeiten. Die kamen am Münchner Hauptbahnhof an und wurden in den ehemaligen Luftschutzbunker hinuntergeleitet. Sie mussten sich da aufstellen, ihre Zähne und Muskeln wurden angeguckt, und dann bekamen sie ihre Arbeitsstellen.

SPIEGEL: Das klingt grob.



Bilder aus dem Fotoalbum der Zaimoglus: „Ein evakuiertes, zungenbetäubtes Kind“

Zaimoglu: Für die, die kamen, war es eine ungeheure Chance. Und für ihre Kinder erst recht. Was wäre mit uns in der Türkei passiert? Wir wären Arme-Leute-Kinder geblieben. Sehen Sie, aus dieser Zeit kommt meine glühende Liebe zu Deutschland. Ich fühle mich pudelwohl hier. Da kann Thilo Sarrazin aber so was von abstinken mit seinem Patriotismus!

SPIEGEL: Wie kamen Sie als Kind in Deutschland zurecht?

Zaimoglu: Ich hatte keine Förderung und ging in keinen Kindergarten. Ich konnte

kein Deutsch, als wir nach München umzogen und es dort mit der Schule losging. Deshalb hat man mich fast in die Sonderschule abgeschoben. Ich gehörte zu den stummen Krauskopfkindern im Klassenzimmer, damals in München-Moosach, das war keine feine Adresse.

SPIEGEL: Wie lange blieben sie stumm?

Zaimoglu: Lange. Ich war ein evakuiertes, zungenbetäubtes Kind in einem Wunderland. In einer fremden Welt habe ich die Menschen angeguckt und zugehört, wie sie gesprochen haben. Ich habe nichts

verstanden. Es war, als hätte man am Regler eines Fernsehers herumgedreht. Alles um mich herum war ein Spielfilm. **SPIEGEL:** In dem man, um wirklich mitspielen zu können, die deutsche Sprache beherrschen musste.

Zaimoglu: Natürlich. Es ist vollkommen richtig zu sagen: Wir leben in diesem schönen Land, man spricht deutsch hier, und wenn ihr Fremdstämmigen euch als Teil dieses Landes begreift, dann nehmt teil und sprecht deutsch. Es kommt nur auf den Ton an, in dem man das sagt. Und da beginnt das Problem: in der Überhitzung der gegenwärtigen Diskussion, die den deutschen Alltag, in dem wir viel weiter sind, fast völlig ignoriert.

SPIEGEL: Haben Sie nicht selbst zur Erhitzung beigetragen, als Sie einen offenen Brief an den Bundespräsidenten mitunterzeichneten, in dem eine allgemeine „Feindseligkeit“ beklagt wurde?

Zaimoglu: Wenn einer wie der Journalist Peter Scholl-Latour öffentlich sagt, der Präsident der Muslime in Deutschland sei nicht Christian Wulff, sondern Herr Erdogan in der Türkei, dann sehe ich mich bestätigt. Ich fand Wulffs Rede am 3. Oktober schön und unaufgeregt. Es war kein Utopiegefasel. Er hat gesagt, was ist – gerade mit seinem Satz, dass auch der Islam zu Deutschland gehört.

SPIEGEL: Sie waren in der Deutschen Islamkonferenz als sogenannter Vertreter der Zivilgesellschaft. Warum haben Sie diesen Job bald wieder ruhen lassen?

Zaimoglu: „Zivilgesellschaft“ klingt gut. Ich war einer von mehreren unorganisierten Muslimen. Von Anfang an war da viel von Kopftuchfrauen die Rede, aber ich sah in der Runde keine einzige junge gläubige Muslimin. Ich war verblüfft. Ich mag es nicht, wenn man Menschen denunziert, die sich nicht wehren können. Ich rede ja auch nicht von Stiefelettdamen. Niemand sollte nach dem Tragen eines Kleidungsstücks beurteilt werden. Ich bin Muslim, aber ich bin nicht besonders religiös. Ob eine Frau ein Kopftuch trägt oder nicht, ist mir egal. Aber ich bin dagegen, dass man junge Frauen für Fingerpuppen von Männern hält, nur weil sie ein Schamtuch benutzen, wie ich es nenne.

SPIEGEL: Was stört Sie am Wort Kopftuch?

Zaimoglu: Dass dieses Wort gleichgesetzt wird mit einem Demokratiedefizit, mit einem ideologischen Bekenntnis. Viele Medien erwecken derzeit den Eindruck, dass eine Frau mit Kopftuch etwas Hochinfektiöses sei. Dabei haben viele der fremdstämmigen jungen deutschen Frauen, die ein Tuch tragen, für sich selbst die zentralen Fragen der Identität längst ganz selbstverständlich geklärt: Sie sind Deutsche und tragen Kopftuch.

SPIEGEL: Sollte es auch Lehrerinnen in allen deutschen Bundesländern erlaubt sein, ein Tuch auf dem Kopf zu tragen?

Zaimoglu: Ja. Das Verbot ist genauso falsch wie ein Verbot von Kruzifixen in bayerischen Klassenzimmern. Deutschland hat, wie nun völlig zu Recht gesagt wird, eine christlich-jüdische Tradition. Das ist die weltanschauliche Matrix dieses Landes. Warum sollen in Schulen keine Kruzifixe hängen?

SPIEGEL: Weil die Verfassung die grundsätzliche Trennung von Staat und Kirche festschreibt.

Zaimoglu: Je weniger religiöser Einfluss auf die Menschen ausgeübt wird, desto gesünder ist es. Aber ich plädiere für einen entspannten Laizismus. Das Kruzifix und die Tücher sollen bleiben, eben weil wir eine freiheitliche Verfassung haben.

SPIEGEL: Empört es Sie, dass in Frankreich demnächst Geldstrafen verhängt werden können gegen Frauen, die in der Öffentlichkeit die Burka tragen?

Zaimoglu: Ich kann gut verstehen, dass Menschen beim Anblick dieser Ganzkörperverschleierung Angst kriegen und verärgert reagieren. Was sind das für seltsame schwarzgekleidete Schlossgespenster? Aber wie viele Burkaträgerinnen gibt es überhaupt in Frankreich? Die Verharmloser sagen 40, die Dramatisierer 80.

SPIEGEL: Von offizieller Seite hört man, es seien 2000.

Zaimoglu: Ich bezweifle diese Zahl. Ohnehin gibt es wichtige Debatten. Zum Beispiel sollten wir über junge Frauen sprechen, die in Deutschland nicht am Sportunterricht teilnehmen. Wegen der Körperfeindlichkeit ihrer Eltern, die ihr Menschenbild aus dem traditionellen Bauern-Islam nach Deutschland mitbrachten. Das geht nicht.

SPIEGEL: Wie viele Migrantenkinder waren in Ihrer Klasse in München?

Zaimoglu: Ich war das einzige Türkenkind. In der Grundschule habe ich schnell kapiert, dass vor allem die Jungs hart drauf

waren. Das waren Arbeiterblagen aus dem einheimischen White Trash. Wir brauchten keine Übersetzer. Es war mir klar, dass ich eine gescheuert bekomme. Was fiel mir auch ein, in diese Welt einzubrechen? Es gibt in der ganzen Welt kein Land, in dem das Fremde vorbehaltlos willkommen geheißen wird. Und wie sah ich überhaupt aus? In diesem weinroten, von Mutti gestrickten Pullunder. In diesen Woolworth-Jeans, in diesen Fake-Turnschuhen, mit zwei Streifen, nicht drei. Darauf haben die Mädchen geguckt. Ich war ein Stinker, nicht wegen meiner Herkunft, sondern wegen meiner

Armut. Mein Vater war damals schon Übersetzer. Aber Geld war trotzdem nicht da. Deshalb verstand ich mich mit den Jungs auch bald prächtig. Weil wir alle zur Unterschicht gehörten.

SPIEGEL: Die Armut war Ihr sozialer Kitt?

Zaimoglu: Das ist doch das Prägende in der Unterschicht. Nicht die Religion, nicht die Sprache. Es ist die Enge, die einen fertig macht. Man hört ständig den Fernseher. Man hört alle Familienmitglieder. Man ist nie für sich. Im Elternschlafzimmer unserer Münchner Wohnung war eine Nachtkommode, das war der Kleiderschrank für

wollte diese Auseinandersetzung. Deshalb wird er jetzt hart angegangen. Es gibt für mich keinen Zweifel, dass Sarrazin ein Rassist ist.

SPIEGEL: Sarrazin und seine Anhänger werfen die Ablehnung als Akt eines linken Mainstreams, der Sprechverbote verhängt.

Zaimoglu: Er tritt auf wie ein Verfolgter. Aber: Hat jemand ein Verbot dieses Buchs gefordert? Ist er mit diesem Buch nicht Millionär geworden? So eine PR-Welle gab es doch selten! Der SPIEGEL hat Teile des Buchs vorabgedruckt. Das fand ich richtig. Narren entlarven sich selbst. Ich

leugne die Probleme gar nicht. Viele aus der Unterschicht werden es nicht schaffen. Aber um ihnen eine Chance zu geben, braucht es Geld, nichts anderes.

SPIEGEL: Geld wofür?

Zaimoglu: Für die, die nicht auf der Strecke bleiben wollen. Für sogenannte Integrationskurse, in denen Fremdstämmige Deutsch lernen. Wenn der Staat solche Kurse finanziert, dann kann er tatsächlich mit Sanktionen drohen, ich finde es richtig zu sagen: Liebe Leute, wir haben viel Geld ausgegeben für diese Kurse, wir wollen euch zu einem Souveränitätszugewinn im Alltag verhelfen. Dafür müsst ihr dann aber auch kommen.

SPIEGEL: Hat bei Ihnen irgendwer Druck ausgeübt?

Zaimoglu: Meine Lehrerin, Frau Hübl. Ich war schwach in der Grammatik, schwach überhaupt in der deutschen Sprache. Sie sagte: Entweder du lernst Deutsch, oder du fliegst raus. Ich hatte gar keine Chance zur Verweigerung. Die Troublemaker wurden hart angegangen.

SPIEGEL: Also hatten damals die Schüler vor den Lehrern Angst?

Zaimoglu: Es ist eine große Leistung, dass es die Lehrer geschafft haben, aus uns ruppigen Arbeiterkindern anständige Jungs zu machen. Meine Lehrerin hat nicht gesagt: Du

bist ein Türkenkind. Und du bist ein Arbeiterkind. Stattdessen sagte sie: In diesem Klassenraum wird nicht gerülpt, nicht geschrien und nicht geschlagen. Sie war streng, aber wir liebten sie, weil sie uns nicht kleingemacht hat.

SPIEGEL: Gab es eine Koranschule?

Zaimoglu: Wenn ja, dann wussten wir nichts davon. Wir haben zu Hause auch nicht gebetet. Meine Eltern glauben an den lieben Gott, dass es Gut und Böse gibt, dass die Schlechten nicht ungestraft davonkommen. Meine Eltern sagten: Traut den Pfaffen nicht, die schieben sich zwischen Gott und die Menschen.



Musliminnen in Berlin: „Die Tücher sollen bleiben“

die ganze Familie. Da mussten wir morgens herumwühlen und vorher anklopfen, ob wir das dürfen. Viele der Probleme, von denen Sarrazin schreibt, haben mit Religion und Kultur und Mentalität nichts zu tun. Sie haben nur mit Geld zu tun.

SPIEGEL: Die Armut kommt in Sarrazins Buch durchaus vor.

Zaimoglu: Dieser Mann hat kein Erbarmen im Leib. Wie eigenartig, dass gerade ein Bürgerlichkeitsapostel sich über die Regeln bürgerlichen Benimmens so hinwegsetzt. Er ist ein Rüpel. Sarrazin sagt, er rede jetzt mal Klartext. Dann wundert er sich, wenn einer wie ich das auch tut. Er

HECHTENBERG / CARO

SPIEGEL: Wie haben Ihre Eltern Sie gefördert?

Zaimoglu: Sie haben meine Schwester und mich mit preußisch-osmanischer Strenge erzogen. Und sie haben uns von einem Tag auf den anderen den Umgang mit türkischen Kindern verboten. Schon deshalb verstehe ich Eltern, die ihre Kinder nicht in Schulen stecken wollen, in denen fast nur Kinder von Fremddeutschen sind. Weil diese Kinder nicht deutsch sprechen.

SPIEGEL: Ist es in Ordnung, wenn Neuköllner Eltern aus deutschen Familien ihre Kinder woanders in die Schule schicken?

Zaimoglu: Sie haben doch recht. Ich meine, es sind doch ihre Kinder!

SPIEGEL: Und wie wollen Sie mit den Neuköllner Klassen umgehen, in denen die Migrantenkinder einen Anteil von über 80 Prozent haben? Sie auflösen?

Zaimoglu: Ganz genau. Klar wird es dann Proteste geben. Aber sonst wird die Zukunft der Kinder versauerte. Entweder man zuckt die Schulter und sagt, na ja, so ist es nun mal. Oder man löst die Schulklassen auf und verteilt die Kinder auf andere Stadtteile. Das ist eine harte Maßnahme, aber der Menschenverstand weiß: So wie es ist, bringt es nichts.

SPIEGEL: Sie sagen, richtiges Deutschlernen sei die Voraussetzung für Integration. Mit Ihrem Buch „Kanak Sprak“, 1995 erschienen, haben Sie andererseits dem Rudimentärdeutsch, das auch in vielen Problemvierteln gesprochen wird, ein Denkmal gesetzt. Wie passt das zusammen?

Zaimoglu: Das Buch ist kein Denkmal, sondern ein Dokument. Es wurde so viel über die Fremdstämmigen gesprochen, und ich dachte, die sollen endlich selbst zu Wort kommen. Es ist ja nicht die Privatsprache eines Indianerstamms im Reservat, die diese Jungs sprechen, sondern ein deutscher Jargon.

SPIEGEL: War es richtig, dass Ihre Eltern Sie nicht mehr mit Türkenbuben spielen ließen?

Zaimoglu: Ja, ich nehme meine Mutter in Schutz wie die Mutter aus Neukölln, die ihr Kind nicht in einer Ethno-Oase aufwachsen lassen will. Ich bin weder für Wehklagen noch für Hysterie noch für Denunziation. Aber ich verbitte mir auch jede Verklärung. Es gibt die Missstände. Wir müssen Wege und Mittel finden, sie zu lösen. Und es wird passieren. Menschen wie Sarrazin tun so, als gebe es in Deutschland jede Menge Ghettos und No-Go-Areas. Die gibt es, sicher, aber nicht in großer Zahl. Und sie ändern nichts daran, dass die Geschichte der Einwanderung in Deutschland nach dem



Autor Sarrazin: „Ein Rassist, kein Zweifel“

Zweiten Weltkrieg eine Erfolgsgeschichte ist.

SPIEGEL: Woran machen Sie das fest?

Zaimoglu: Sie müssen nur vergleichen: Wo waren wir vor 40 Jahren? Hunderttausende von kleinen Erfolgsgeschichten beweisen: Diese Menschen gaben nicht auf, die sind nicht an den harten Verhältnissen zerbrochen. Viele sind großartige, hochmotivierte deutsche Muslime und ein Teil der kommenden Elite in Deutschland. Was wir jetzt erleben, sind doch die Rückzugsgefechte von Vertretern des Ancien Régime. Es ist lächerlich, dass Politiker wie Horst Seehofer noch immer davon träumen, den Zuzug einzufrieren, statt sich über den Aufbruchgeist zu freuen.

SPIEGEL: Wo sehen Sie diesen Aufbruchgeist konkret?

Zaimoglu: Ich nehme durchaus wahr, dass es viele, vielleicht sogar die meisten der Fremddeutschen nicht schaffen werden. Dass es weiter ein Oben und ein Unten gibt. Aber ich bin Optimist, weil ich Realist bin. Es gibt großartige Möglichkeiten in diesem reichen Land.

SPIEGEL: Auch für muslimische Frauen? Sie haben im Stück „Schwarze Jungfrauen“ deren eingeeengten Bewegungsspielraum beschrieben. Was entgegnet Sie Politikern, die behaupten, der Islam sei



Zaimoglu (l.) beim SPIEGEL-Gespräch*
„Ich verbitte mir jede Verklärung“

an sich eine frauenverachtende Religion?

Zaimoglu: Denen sage ich: Vorsicht, wenn CSU-Politiker für Frauenrechte kämpfen. So reden die nur, wenn es sich um Muslime handelt. So viel Frauenverachtung auf einem Haufen wie in der CSU erlebt man an keinem anderen Ort. Aber wenn ein Junge von einem Familienrat dazu verhetzt wird, seine eigene Schwester zu töten, weil Eltern statt mit ihrer Angst und mit ihrer Bauernmoral mit dem Islam argumentieren, dann ist das hochkriminell.

SPIEGEL: Islamkritikerinnen wie Necla Kelek unterstellen Ihnen Verharmlosung.

Zaimoglu: Nicht alle Islamkritikerinnen halte ich für Rassistinnen. Ich will nicht gegen Frauen kämpfen, die sich völlig richtig darüber empören, dass man Frauen, nur weil

sie Frauen sind, einsperrt, mit Säure übergießt oder umbringt. Aber ich würde mir wünschen, dass sie sich aus dem Gefängnis ihrer Feindbilder herausrauen. Ich verstehe zum Beispiel nicht, warum Frauen anderen Frauen, bloß weil sie ein Schamttuch tragen, jede Vernunft absprechen.

SPIEGEL: Sie haben vor Jahren in Ihrem Roman „Abschaum“ die Parallelwelten beschrieben, Familien, die von Drogenhandel und Diebstahl leben.

Zaimoglu: Ich leugne nicht, dass vieles falsch läuft. Es gibt junge Leute in der Unterschicht, die Abkürzungen nehmen und sich nicht den Buckel schuften wollen. Die kommen sich so klug vor. Zum Glück gibt es Mittel, um mit ihnen fertig zu werden. Kriminalität lässt ganze Viertel untergehen. Es ist trotzdem falsch, alle Fremdstämmigen zu denunzieren.

SPIEGEL: Leben Sie selbst eher in einer türkischen oder in einer deutschen Welt?

Zaimoglu: Ich habe mehr deutsche Freunde, wenn Sie das meinen. Und meine Eltern amüsieren sich über mein schlechtes Türkisch. Ich habe einen deutschen Akzent im Türkischen, der Satzbau, die Metaphern, das ist bei mir alles eins zu eins aus dem Deutschen übersetzt. Ich habe mich in die deutsche Sprache verliebt. Es mag pathetisch klingen, wenn ich sage: Ich lasse mir Deutschland nicht kaputt machen. Nur: Da ist eine Biografie dahinter.

SPIEGEL: Empfinden Sie das Schwinden Ihres türkischen Anteils als Identitätsverlust – oder als Preis für die Integration?

Zaimoglu: Die einzigen Menschen, die heute Identitätsprobleme haben, sind die Konservativen. Das sind die, die über ihre Unbehauetheit jammern. Mich hat es unendlich viel reicher und freier gemacht. Deshalb kann ich sagen: Ich bin ein gutgelaunter Deutscher.

SPIEGEL: Herr Zaimoglu, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Anke Dürr und Wolfgang Höbel in einem Hamburger Café.

ESSAY

DIE LEHREN DER GESCHICHTE

ÜBER DEN MISSBRAUCH VON SCHULD

VON PETER SCHNEIDER



Schneider, 1940 in Lübeck geboren, ist Romanautor und Essayist. Er gehörte in den sechziger Jahren zu den Aktivisten der Studentenbewegung. Seine literarische Karriere begann 1973 mit der Erzählung „Lenz“, in der er das Lebensgefühl nach der Revolte beschrieb. Zuletzt erschien von ihm das Buch „Rebellion und Wahn“.

Wer im Ausland an einem Gespräch über Deutschland teilnimmt, bekommt oft ein Lob zu hören: Kein anderes Volk habe sich so ehrlich und so rücksichtslos seiner Vergangenheit gestellt wie das deutsche.

Der deutsche Gesprächspartner errötet angesichts solcher Komplimente, aber kann den Befund nicht ernsthaft in Abrede stellen. Wenn man andere Kandidaten für die Entwicklung eines fälligen kollektiven Scham- und Schuldgefühls zum Vergleich heranzieht, schneiden die Deutschen ziemlich gut ab: Österreich etwa gab sich jahrzehntlang als Opfer des bejubelten Einmarsches der Nazis aus. Die Franzosen brachten das Kunststück fertig, sich als Nation des Widerstands zu präsentieren, an dem – so schätzen amerikanische Historiker – gerade mal zwei Prozent der Bevölkerung teilnahmen. In Italien verteidigt Silvio Berlusconi immer noch das Erbe Benito Mussolinis. Und wie viele Schergen des millionenfachen Gulag-Mordes wurden eigentlich in Russland vor Gericht gestellt?

Allerdings hatten die Deutschen angesichts der Einzigartigkeit der Nazi-Verbrechen und einer bedingungslosen Kapitulation auch keine Chance, ihre Schuld auf Dauer zu verleugnen oder sich gar als Opfer darzustellen. Tatsache ist, dass die Mehrheit der Deutschen, wenn auch mit 20- bis 30-jähriger Verspätung, diese Schuld anerkannt und „verinnerlicht“ hat.

Wohl keine andere Formel genießt in der Bundesrepublik so viel Autorität und erzeugt so viel Resonanz wie der Verweis auf die „Lehren der Geschichte“. Kaum eine Weichenstellung nach dem Krieg wurde denn auch ohne den ausdrücklichen Rekurs auf die „Lehren der Geschichte“ vollzogen – ob es nun um die Wiederbewaffnung, um die Wiedervereinigung oder um Militäreinsätze in Bosnien und im Kosovo ging.

Keine andere Formel ist aber auch so oft missbraucht worden. Denn was genau sind eigentlich die Lehren der Geschichte? Und wer bestimmt, welche Lehren die richtigen und wie diese Lehren anzuwenden sind? Das Beunruhigende an dieser Formel ist doch, dass man ganz verschiedene, ja sogar gegensätzliche Lehren aus ein und derselben Geschichte ableiten kann – und

abgeleitet hat. Bekanntlich hat sich auch die RAF auf die Lehren der Geschichte berufen.

Unter den vielen „Nie wieder“-Lehren der Nachkriegszeit stand die Lehre „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ weit oben. Die DDR ist ein eindrucksvoller Fall für eine missglückte Anwendung. Ihre Gründerväter glaubten, der Nazi-Faschismus sei das Produkt von Kapitalismus und Imperialismus gewesen – und vertraten damit ähnliche Positionen wie die 68er, deren Refrain lautete: Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muss weg! In der DDR ließ man sich nicht durch den Einwand beirren, dass andere kapitalistische Staaten wie Großbritannien, Dänemark und die USA keineswegs faschistisch geworden waren, sondern vielmehr alle Kräfte einsetzten, um den Faschismus zu bekämpfen. Millionen Deutsche wurden

in dem Glauben erzogen, dass die Errichtung eines sozialistischen Arbeiter-und-Bauern-Staats auf deutschem Boden die einzig mögliche und konsequente, die „wahre“ Antwort auf den Faschismus sei. Die Bindekraft dieses Glaubens war groß: Bis kurz vor dem Ende der DDR waren viele ihrer Bürger überzeugt, dass sie trotz aller wirtschaftlichen Defizite und der Verweigerung ihrer Freiheitsrechte – zumindest im Prinzip – im „besseren Deutschland“ lebten.

Aber auch im westdeutschen Staat, der auf Demokratie und soziale Marktwirtschaft setzte, entfalteten eher gefühlte als reflektierte Lehren der Geschichte ihre Wirkung. Ein Beispiel ist der Umgang der Republik mit ihren Zuwanderern. Bekanntlich wurde

die Entscheidung, Hunderttausende billige Arbeitskräfte aus dem europäischen Ausland nach Deutschland einzuladen, zunächst aus rein wirtschaftlichen Gründen getroffen. Zur Zeit der Ölkrise kamen deutsche Ökonomen und Politiker 1973 zu dem Schluss, einen Anwerbestopp zu verkünden. Schon vorher entschlossen sich Politik und Wirtschaft, den Gastarbeitern zu gestatten, ihre nächsten Familienangehörigen nach Deutschland zu holen. Viele sehen in dieser Entscheidung heute den Ursprung aller Fehlentwicklungen. Aber der Familiennachzug hätte nicht zur Überlastung der Sozialsysteme und zur Ausbildung von Parallelgesellschaften geführt, wäre er durch klare Integrationsforderungen – obligatorische Sprachlehrgänge, strikte Durchsetzung der Schulpflicht, Einübung in die einzige verteidigungswerte deutsche „Leitkultur“ namens Verfassung – begleitet worden.

Die CDU entzog sich dem Problem, indem sie sich gut 40 Jahre lang blind stellte. Noch Ende der neunziger Jahre, als in manchen Grund- und Hauptschulen großer Städte bereits mehr



Protest gegen die Notstandsgesetze 1968

Der Refrain der 68er lautete: Kapitalismus führt zum Faschismus.

als jedes zweite Kind von Migranteneltern stammte, behaupten CDU- und CSU-Politiker, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Die SPD und die Grünen, die auf eine Anerkennung der Realitäten drängten, waren in ihrer Wahrnehmungsfähigkeit durch die „Lehren der Geschichte“ behindert. „Nie wieder Rassismus!“ hieß eine weitere Lektion aus der Vergangenheit, an der im Ernst doch niemand zweifeln konnte. Nur – wie sah die Anwendung dieser Lehre aus? Wann immer jemand obligatorische Deutschkurse für Migranten verlangte, hieß es: „Wir können doch unschuldigen Ausländern nicht unsere Sprache aufzwingen!“ Von „Zwangsgermanisierung“ und von der deutschen „Mördersprache“ war die Rede. Es kam zu einer unheiligen Allianz zwischen linken Schuldgefühlen und dem Abscheu der Konservativen vor den unvermeidlichen Kosten der Integration.

Der kuriose Erfolg von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ ist vor allem der reflexartigen Ablehnung durch fast die gesamte politische Klasse und die Talkshow-Prominenz zu verdanken. Zugegeben: Sarrazin hat es seinen Gegnern durch seine täppischen Spekulationen über ein „jüdisches Gen“ und über die Erblichkeit der Intelligenz leichtgemacht, ihn auf die Strafbank des Rassismus und völkischen Gedankenguts zu setzen. Aber die Fixierung der Meinungsführer auf diesen Nebenaspekt seiner Argumentation – den Sarrazin gar nicht benötigt hätte, um seinen Punkt zu machen – hat eine überraschende Solidarisierung mit ihm ausgelöst, auch weil viele das Gefühl haben, dass man ihnen ihre Wahrnehmung einer unbestreitbaren Fehlentwicklung durch das Warnschild „Achtung, Rassismus!“ verbieten will. Ist es etwa kein Missstand, wenn ein guter Teil der muslimischen Einwanderer vom Tag ihrer Ankunft an in den sozialen Netzen der Bundesrepublik landen, in denen sie oft über Generationen bleiben? Besteht kein Grund zur Sorge, wenn 72 Prozent der türkischstämmigen Migranten zwischen 20 und 64 Jahren keinen Berufsabschluss haben und nur für Hilfsarbeiterjobs in Frage kommen, die immer weniger benötigt werden? Ist nicht tatsächlich die Zukunft in Gefahr, wenn immer mehr junge Muslime in Deutschland – zu denen sich, was Sarrazin vernachlässigt, auch junge Deutsche ohne Berufsabschluss gesellen – nicht mehr am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen und sich in aggressiven und demokratiefernen Parallelwelten einmauern? Kein Zweifel, unter denen, die Sarrazin zustimmen, finden sich auch erklärte Rassisten. Aber will man all denjenigen, die Sarrazin verteidigen, ernsthaft einen kollektiven Rückfall in Rassismus attestieren? Vielleicht verlangen sie mehr Rücksicht auf die Gegenwart als auf die Vergangenheit. Es gibt keine Lehre der Geschichte, die es den Deutschen verbieten würde, sich die Zuwanderer, die das Land dringend benötigt, auszusuchen und Anforderungen an die zu stellen, die bereits in zweiter und dritter Generation in Deutschland leben – vorausgesetzt, das Gastland stellt die Mittel zur Integration bereit und lässt den Willen zu einem gleichberechtigten Miteinander erkennen.

Das schwierigste Kapitel unter den Lehren der Geschichte betrifft den Umgang mit den deutschen Verbrechen an den Juden und das Verhältnis zu Israel. Auf keinem anderen Gebiet war die Forderung an die Deutschen, sich den Lehren der Ver-

gangenheit zu stellen, dringlicher und zwingender. Angesichts der Einzigartigkeit der deutschen Schuld schienen diese Lehren eindeutig zu sein und auf der Hand zu liegen. Bekanntlich bedurfte es jedoch zahlloser Mahnungen und Proteste Israels und der internationalen Öffentlichkeit, um Deutschland an die Bringeschuld zu erinnern, die aus dem Eingeständnis seiner Schuld folgte. Nach jahrzehntelangem Streit um die Höhe der „Wiedergutmachung“ und die Rückgabe beziehungsweise Entschädigung jüdischen Eigentums scheint ein Zustand der Einigkeit erreicht. Auch die Verpflichtung der Bundesrepublik, das Existenzrecht Israels zu verteidigen, hat zu einem neuen Vertrauen zwischen Deutschland und Israel geführt. Aber wiederum: Was folgt aus diesen Lehren für die Gegenwart und die Zukunft?

Folgt daraus, dass die Deutschen auch die Siedlungspolitik der gegenwärtigen Regierung Israels – und fast aller vorangegangenen Regierungen – verteidigen müssen? Hat ein Freund Israels, der davon überzeugt ist, dass diese Siedlungspolitik die Existenz Israels gefährdet, das Recht, in Deutschland für seine Meinung zu streiten? Darf er Zweifel am Demokratieverständnis eines Staates anmelden, der seinen arabischen Bürgern nicht dieselben Rechte gewährt wie seinen jüdischen Bürgern? Selbstverständlich darf er das, antworten die meisten jüdischen Verbände. Aber in der Praxis sieht sich ein solcher

Bedenkenträger, zuerst übrigens von besonders eifrigen nicht-jüdischen Vergangenheitsbewältigern, eben doch in die Ecke des Antisemitismus gestellt. Der große kürzlich verstorbene jüdische Historiker Tony Judt, der sich mit solchen und anderen Bedenken das Etikett „self-hating jew“ erworben hatte, wurde in New York von Veranstaltungen ausgeladen oder sagte sie ab.

Im vergangenen Jahr hörte der damalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier von seinem Gastgeber Benjamin Netanjahu, „Judäa und Samaria“ dürften nicht „judenrein“ werden. Hat irgendjemand hierzulande diesen Satz als das bezeichnet, was er ist: eine moralische Erpressung? Darf ein deutscher

Beobachter am Friedenswillen einer israelischen Regierung zweifeln, die Friedensgespräche unterbricht, um das Territorium Israels zu erweitern?

Während in Israel und unter jüdischen und nichtjüdischen Intellektuellen in den USA eine Debatte über diese Fragen geführt wird, ist bei uns eher eine Vermeidungshaltung zu beobachten.

Ich rede hier keineswegs irgendeiner „Schluss-Debatte“ das Wort. Die Erforschung der Nazi-Verbrechen und die Anerkennung der aus ihnen resultierenden Schuld bleibt eine der wichtigsten Leistungen der deutschen Nachkriegspolitik, und ich denke, meine Generation hat einiges zu dieser Leistung beigetragen. Aber wenn Schuldgefühle zu quasi automatischen Vermeidungshaltungen führen und ihr Einfluss auf politische Entscheidungen nicht benannt wird, bringen sie unweigerlich Tabus und politische Verrenkungen hervor.

Offensichtlich ist es eine Sache, ein kollektives historisches Versagen anzuerkennen, eine andere Sache ist es, daraus die richtigen Lehren zu ziehen. Keineswegs ist ausgemacht, dass aus dem Eingeständnis einer Schuld wie von selbst eine kluge, in die Zukunft weisende Politik entsteht. Die Fixierung auf die Vermeidung begangener Sünden kann durchaus zu einer Blockierung des Denkens und zu neuen Sünden führen. ♦



Protest gegen Sarrazin

Viele haben das Gefühl, dass man ihnen ihre Wahrnehmung verbieten will.

Geisterfahrer des Schicksals

Literaturkritik: Frédéric Beigbeders Familiengeschichte „Ein französischer Roman“

Muss ein Schriftsteller gelitten haben, um einen wirklich guten oder zumindest hintergründigen Roman schreiben zu können? Nach zehn Büchern, die ihm den Ruf eines talentierten Luftikus mit Sinn fürs Grotteske eingetragen haben, bekennt sich Frédéric Beigbeder ohne Zögern zu dieser Maxime. Mit „39,90“, einer Farce aus der Scheinwelt der Werbeagenturen, war dem Franzosen vor zehn Jahren auch international der Durchbruch gelungen.

Nun also hat dieser „Popliterat“, wie er sich selbst kokett bezeichnet, die Macht der Schwermut entdeckt. Er liebt Geschichten, sagt er, die schmerzen. Sein Problem ist nur, er hat gar nicht wirklich gelitten. Er war ein Wohlstandskind, ein Homo festivus und mondäner Eremit, der mit Freunden die Pariser Nächte durchmachte, allen zu gefallen trachtete und in der Leichtigkeit seines Daseins aufging. Der Hedonist vertrat die Partei der Antimetaphysik, die nur einen Feind kennt – die existentielle Langeweile – und die hartnäckig das Bedürfnis nach Transzendenz leugnet, wie es durch Lebensleid, Liebeskummer oder Trauer im Anblick des Todes geweckt wird.

Oder durch einen Sturz in den Abgrund. Beigbeder, Jahrgang 1965, hat nun sein zweifellos ehrlichstes Buch vorgelegt. „Ein französischer Roman“ rekonstruiert eine Familiengeschichte und eine Kindheit, die dem Verfasser aus dem Gedächtnis entglitten waren. Und mit der Erinnerungsarbeit gewinnt Beigbeder eine Identität wieder, die sich in der jahrelangen Jagd nach dem permanenten Vergnügen fast völlig aufgelöst hatte.

Das Ergebnis ist verstörend: Der Erwachsene erkennt sich in dem Kind, dessen Aquarellporträt ihn engelhaft anblickt, nicht wieder. Nichts in der Entwicklung des kleinen schwächlichen Jungen scheint den Mann, der aus ihm geworden ist, vor-

aussehen zu lassen: Zwei Lebensabschnitte und kein Bindeglied dazwischen, nur ein dunkles Loch im Selbst.

Literatur kann manchmal über die menschliche Natur mehr aussagen als die Wissenschaft. Für Beigbeder kam das Erweckungserlebnis am 28. Januar 2008, als er nach dem Verlassen eines Nachtclubs auf offener Straße mit seiner Clique von der Polizei beim Koksen erwischt wurde. „Wir flitzten davon wie Karnickel. Karnickel mit taillierten Jacken. Karnickel in Stiefeln mit glatten Sohlen.“ Keine

„wie mit unsichtbarer Tinte“ geschriebene Biografie mit hervorgekehrten Erinnerungen.

So entsteht die Geschichte einer Familie aus dem Baskenland, einer Mischung aus Bourgeoisie und Aristokratie, Heroischem und Banalem. Der Urgroßvater fiel im Ersten Weltkrieg, der Großvater schwankte im Zweiten zwischen Anpassung und Widerstand, die Eltern frönten in den Wirtschaftswunderjahren der Konsumwut, die nach 1968 dann auch die gesellschaftlichen Sitten und familiären

Bande zersetzte. Frédéric ist eine Scheidungswaise, seine Bezugsperson ist nicht der abwesende Vater, sondern der ältere Bruder, an dem er sich misst und dem er doch nicht naheifern will – gewissermaßen eine Ersatzvariante des Ödipuskomplexes.

Mit den Generationen zieht die neuere Geschichte Frankreichs vorbei, einer Nation, die ihren Abstieg nicht verkraftet und deshalb mit Aufständen protestiert. Das alte Frankreich habe „Selbstmord“ begangen, meint Beigbeder, und damit ihn und seine Altersgenossen zu Geisterfahrern des Schicksals gemacht, bar jeder Bewährungsprobe.

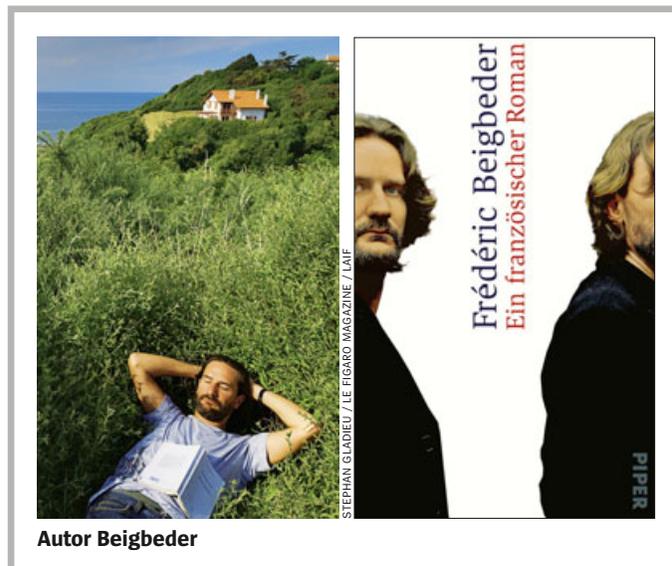
Natürlich kann nur ein Narziss das Fehlen von

Unglück, Dramen, Unfällen und Trauerfällen als Defizit der Persönlichkeit bedauern. Der kleine Junge Frédéric wollte anders werden als sein Vater und ist ihm in seinem Eskapismus doch ähnlich geworden. Der erwachsene Frédéric, längst selbst geschieden, ahnt, dass seine geliebte Tochter Chloë in die gleichen Hindernisse und Fallen stolpern wird.

Im poetischen Epilog spaziert Beigbeder mit Chloë an einem Wintertag über den Strand und zeigt ihr, wie man flache, runde Kiesel über das Wasser flitschen lässt. Einst hatte sein Großvater ihm den Dreh beigebracht. Der Stein fliegt hinaus aufs Meer, springt hoch, fällt herab und schnell wieder empor, „sechs-, sieben-, achtmal, als wollte er ewig fliegen“.

Ein Sieg über die Schwerkraft. Aber ein Sieg, der nicht lange dauert.

ROMAIN LEICK



Autor Beigbeder

Chance: Wie ein Idiot flüchtet der Schriftsteller in einen Metro-Eingang, dessen Gatter zu dieser Stunde aber herabgelassen ist. „An diesem frühen Morgen endete meine nicht enden wollende Jugend.“

Der bekannte Autor bekommt einen Prominenten-Malus: 36 Stunden Polizeigewahrsam in einer Zelle mit Wänden voller Graffiti, getrocknetem Blut und Rotz. Die Zeit vergeht sehr langsam unter der flackernden Neonlampe: „Sperr jemanden in einen sehr kleinen Raum, und er wird zwanghaft grübeln und vergebens versuchen, die aufsteigende Panik zu unterdrücken.“

Zum Selbstschutz beginnt Beigbeder, sein Buch im Kopf zu schreiben, ein anstrengender Versuch, die disparaten Teile eines Lebens zusammenzufügen, das bis dahin „eine hohle Form“ war. Wie ein Archäologe füllt der Autor seine leere,

Frédéric Beigbeder: „Ein französischer Roman“. Aus dem Französischen von Brigitte Große. Piper Verlag, München; 256 Seiten; 19,95 Euro.

VERHALTENSFORSCHUNG

Gute Chefs, schlechter Charakter

Schlechte Charaktereigenschaften bringen Menschen in die Chefetage. Das haben Forscher der University of Nebraska herausgefunden. „Wir haben uns die dunkle Seite des Charakters angeschaut und wie sie die Leistung und Entwicklung von Führungspersönlichkeiten beeinflusst“, berichtet Studienautor Peter Harms. Das Ergebnis: Menschen, die zum Überdramatisieren und zu Narzissmus neigen, die häufig andere kritisieren und die extrem auf die Einhaltung von Regeln achten, steigen eher in Führungspositionen auf als solche, die diese negativen Charaktereigenschaften nicht haben. Die Wissenschaftler hatten 900 Soldaten der US-Offizierschmiede West Point über Jahre untersucht. „Zusammengenommen spielten die negativen Eigenschaften eine wichtige Rolle dabei zu bestimmen, welche Kadetten Führungsqualitäten entwickelten“, sagt Harms. Waren die negativen Eigenschaften allerdings zu stark ausgeprägt, behinderten sie den Aufstieg. Übergroße Skepsis erschwerte in jedem Fall den Weg nach oben. Das Fazit der Forscher: In Maßen ist ein schlechter Charakter gut für die Karriere.



OLIVER BERG / AP

Bankchef
Josef Ackermann



EVENTPRESS HERRMANN

MEDIZIN

Überleben dank Östrogen

Frauen haben bessere Chancen, als Männer. „Weibliche Sexualhormone scheinen Frauen bessere Widerstandskraft gegen Extremverletzungen zu verleihen, während männliche Hormone das Überleben schwerer machen“, erklärt Chirurg Adil Haider von der Johns Hopkins University in Baltimore. Haider und seine Kollegen werteten die Daten von 48000 Patienten aus, die mit lebensgefährlichen Verletzungen in die Notaufnahme kamen. Frauen zwischen 13 und 64 hatten statistisch eine um 14 Prozent höhere Chance zu überleben; bei den anderen



RENE TILLMANN / DPA

Unfallpuffer

Altersgruppen gab es keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern. Östrogene stärken offenbar das Immunsystem der Frauen, führen andererseits auch zu häufigeren Autoimmunerkrankungen. Die Wissenschaftler wollen nun erforschen, ob es die Überlebenschancen schwer verunglückter Männer erhöht, wenn deren Ärzte die körpereigene Produktion von Androgenen mit Medikamenten vorübergehend stoppen. Die Chirurgen hatten mit ihrer Forschung begonnen, nachdem ein Mann mit Schusswunden in Brust und Hoden in ihrer Klinik eingeliefert worden war. Die Hoden waren fast komplett zerstört. Die Ärzte hatten dem Schussopfer kaum eine Chance gegeben. Aber der hormongeschwächte Mann überlebte.



Gauguin-Gemälde mit Fehi-Bananen, Sumpftaro

BOTANIK

Rettung für Gauguins rote Bananen

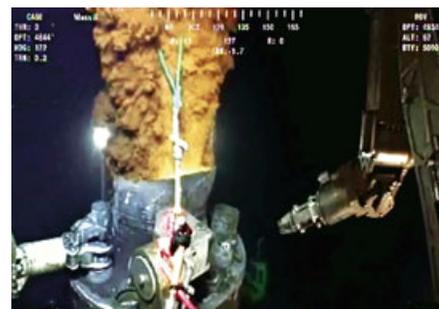
Biologen von neun Pazifikinseln wollen über tausend seltene Nutzpflanzen aus der Region vor dem Aussterben retten – darunter auch die roten Fehi-Bananen, die Südsee-Bewohner Paul Gauguin in einem berühmten Gemälde verewigte. Die vitaminreichen Bananen sind heute kaum noch auf Feldern zu finden. Forscher aus Tahiti haben aber bereits 100 Proben der Art von isolierten Farmen in Französisch-Polynesien genommen, um diese in Gen-Banken zu sichern. Die Samen der seltenen Niu-Afa-Kokospalme konnten ebenfalls noch von einer Insel gerettet werden, bevor diese zu einem Straflager wurde. Bewahrt werden soll auch der Sumpftaro, der auf salzigem, sandigem Untergrund gedeiht und früher die Menschen auf Atollen ernährte. Biologen

wollen die braunen Wurzeln, die wie Kartoffeln gekocht werden, in Gärten des Zentrums für pazifische Nutzpflanzen und Bäume züchten. Zusätzlich werden noch Pflanzen konserviert und ultratiefgefroren. Es geht den Forschern aber nicht nur um den Pflanzenschutz in der Pazifikregion, die 22 Länder und 7500 Inseln umfasst. Weil dort kaum Mais, Reis oder Weizen wächst, ernährten sich die Menschen früher hauptsächlich von stärkehaltigen Früchten und Wurzeln. Gesundheitsexperten plädieren für eine Rückbesinnung auf diese Nahrung. Denn durch moderne westliche Kost sind die Bewohner von Mikronesien, Tonga und Samoa zu den übergewichtigsten Völkern der Welt geworden. Die Inselbürger sind dicker als die Amerikaner und haben höhere Diabetes-Raten.

BIOLOGIE

BPs beste Helfer

Mikroben am Grund des Golfs von Mexiko können Reste der BP-Ölpest noch besser beseitigen als bislang gedacht. Wegen der gewaltigen Vorräte unter dem Meeresgrund sickern Öl und Gas dort ohnehin auf natürliche Weise aus dem Boden. „Ganze Mikrobengemeinden haben sich dort entwickelt, die von den Lecks leben“, sagt Peter Girguis von der Harvard University. „Und sie konsumieren Methan zehn- bis hundertmal schneller, als wir angenommen haben.“ Methan war ein Bestandteil des Öl-Gas-Gemischs, das über drei Monate aus dem Bohrloch der „Deepwater Horizon“ ausgetreten war. Die Forscher hatten die natürliche Methankonzentration am Meeresboden unterschätzt, weil große Mengen des austretenden Gases von den Mikroben zersetzt werden, bevor sie die Oberfläche erreichen. Dennoch geben die Biologen nicht komplett Entwarnung: An dem zerstörten Bohrloch wurden so gewaltige Mengen des potenten Treibhausgases freigesetzt, dass selbst die gefräßigen Mikroorganismen überfordert sein könnten.



Ausströmendes Öl-Gas-Gemisch



Autistischer Junge mit Therapiehund

PSYCHOLOGIE

Hunde als Therapeuten

Eltern autistischer Kinder versuchen alles, um ihrem Nachwuchs zu helfen – meist ohne greifbaren Erfolg. Doch es gibt auch Therapeuten, die wirklich helfen: Hunde. Die Schwanzwedler haben offenbar einen positiven Einfluss auf Kinder mit der schweren Entwicklungsstörung, wie Ärzte an der Universität von Montreal herausfanden. Die Forscher untersuchten das Stresshormon Cortisol im Blut autistischer Kinder. Die Hormonkonzentration war deutlich niedriger, wenn geschulte Hunde im Haus der Familie lebten. „Ich habe einen solch drastischen Effekt noch nicht gesehen“, sagt Neuropsychologin Sonia Lupien. Außerdem berichteten die Eltern über weniger problematisches Verhalten ihrer Kinder, wenn ein Therapiehund bei ihnen lebte.



MARTIN H. SIMON / DER SPIEGEL

BIOLOGIE

Brooke, unsterblich

Die Amerikanerin Brooke Greenberg ist fast volljährig, verharret geistig und körperlich jedoch auf dem Stand eines Babys. Ein US-Mediziner versucht, das Geheimnis des Kindes zu ergründen. Er will der Menschheit ewiges Leben bescheren.



Brooke Greenberg und Familie*

„Am Anfang war es hart“

„Brooke ist ein Wunder“, sagt Howard Greenberg, der Vater. „Brooke ist ein Rätsel“, sagt Lawrence Pakula, der Kinderarzt. „Brooke ist eine Chance“, sagt Richard Walker, Genetiker vom University of South Florida College of Medicine.

Und sie meinen alle das Gleiche: Das Mädchen aus dem kleinen Örtchen Reisterstown im US-Bundesstaat Maryland könnte in seinem zarten Körper die Antwort auf ein Menschheitsrätsel hüten. Es geht um nichts Geringeres als die Unsterblichkeit. Denn Brooke Greenberg wird scheinbar nicht älter.

Das Mädchen hat keine hormonellen Probleme. Seine Chromosomen wirken normal. Allein, Brooke wächst quasi nicht. „Extrem langsam“ verlaufe ihre Entwicklung, sagt Walker. Wenn es gelinge, den Grund für die Störung herauszufinden, sollte es möglich sein, das Altern selbst zu entschlüsseln: „Dann haben wir den Heiligen Gral gefunden.“

Altersleiden wie Krebs, Demenz oder Diabetes hofft der Mediziner einfach abschaffen zu können. Wer nicht mehr altert, wird auch nicht mehr krank, lautet sein Credo. Und selbst das ewige Leben hält er für denkbar: „Biologische Unsterblichkeit ist möglich“, sagt Walker, „wenn Sie nicht unters Auto kommen oder vom Blitz erschlagen werden, könnten Sie vermutlich mindestens tausend Jahre leben.“

Brooke Greenberg wird am 8. Januar 1993 im Sinai-Krankenhaus in Baltimore, Maryland, geboren. Sie ist ein Frühchen und wiegt nur 1800 Gramm. Schon bald wird deutlich, dass das Kind nicht normal ist. Fast alle Organsysteme sind verändert. Ihre Hüfte ist verdreht. Die Beinchen zeigen linkisch hinauf zu den Schultern. Kaum geboren, muss das Mädchen ins Gipsbett.

Die ersten sechs Lebensjahre sind eine Tortur für Kind und Eltern. Einmal müssen sieben Löcher in Brookes Magenwand gestopft werden. Weil immer wieder Essen statt in den Magen in die Luftrohre rutscht, wird das Mädchen bald per Sonde ernährt, die durch die Bauchwand führt. Mit vier Jahren fällt Brooke für 14 Tage in ein Koma. Dann diagnostizieren die Ärzte einen Hirntumor, der sich allerdings später als Fehldiagnose erweist. „Die Greenbergs hatten bereits einen Sarg gekauft und mit dem Rabbi gesprochen“, erinnert sich Kinderarzt Pakula.

Der Doktor praktiziert in einem Ärztehaus unweit der Greenbergs. Seine Krautwatte ist mit Comic-Flusspferden bedruckt, um die Kinder aufzuheitern. Auf dem Schreibtisch liegt ein halbmeterho-

Es ist möglich, dass sich der Schlüssel zur Unsterblichkeit in diesem zarten Mädchen verbirgt, kaum 76 Zentimeter groß und sieben Kilogramm schwer. Die Arme und Beine sind fragil wie die Äste einer jungen Buche, die Augen sind haselnussbraun. Ihr Lachen hört sich an wie das Fiepen eines Welpen. Und wenn Brooke Greenberg zu ihrer Mama möchte, streckt sie die Ärmchen aus, wiegt den Kopf und verzieht ihr Gesicht zu einem schiefen Flunsch.

„Komm her, Brooke, ja, du bist ein hübsches Mädchen.“ Melanie Greenberg, 49,

nimmt das zerbrechlich wirkende Kind auf den Arm und streichelt zärtlich über seinen Rücken. „Sie liebt es, gehalten zu werden“, sagt die vierfache Mutter. Emily, Caitlin, Carly heißen die Schwestern. Brooke ist die Zweitjüngste.

Im Januar wird sie 18 Jahre alt.

Sie müsste ein Teenager sein, eigentlich. Die Gleichaltrigen machen den Führerschein, gehen Tanzen, schlafen mit dem ersten Freund. Doch für Brooke ist die Zeit gleichsam eingefroren. Geistig und körperlich verharret das Mädchen auf dem Stand eines elf Monate alten Babys.

* Mutter Melanie, Vater Howard und die jüngere Schwester Carly, 14.

her Stapel mit Brookes Krankenakten. „Das darf nicht verlorengehen“, sagt der Arzt und legt seine Hand auf die Papiere. Er weiß um den Schatz, den er hütet.

Denn vor allem verblüfft Brooke die Welt, weil sie kaum altert. Mit zwei Jahren hört ihr Körper auf zu wachsen. Keinen Millimeter mehr. Kein Pfund dazu. Pakula spritzt Wachstumshormone – ohne Wirkung. Er arbeitet sich durch medizinische Fachartikel und konsultiert Spezialisten in der ganzen Welt. „Brookes Fall wurde jedem halbwegs bedeutenden Fachmediziner vorgestellt, doch niemand hatte jemals zuvor etwas Vergleichbares gesehen“, berichtet der 77-Jährige.

Die Greenbergs warten, hoffen, ein Jahr, zwei Jahre, zehn Jahre, nichts geschieht. Die Gesichtszüge des Kindes bleiben unverändert. Anzeichen von Puber-

legt es sich der Vater zurecht, „so ist es leichter zu ertragen“, relativiert er später.

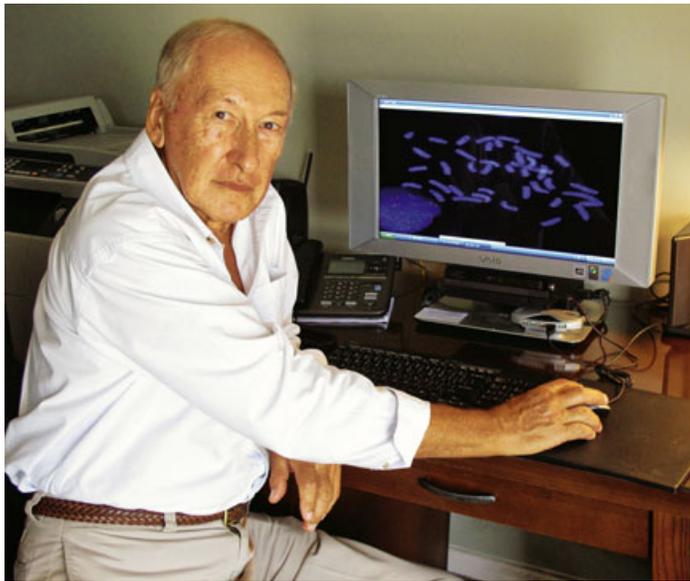
Anfangs sorgt die Mutter noch allein für Brooke. Inzwischen erhält sie Hilfe. Zehn Stunden täglich dauert es allein, um Brooke über ihren Magenzugang zu ernähren. Von halb acht bis halb vier ist sie in der Behindertenschule. Die restliche Zeit verbringt sie zumeist in ihrem Kinderzimmer. Er sitzt dann in ihrem Babybett und schaut fern. Oder sie wippt in ihrer hellblauen Babyschaukel.

„Sie kann das stundenlang machen“, sagt Melanie Greenberg. Die Mutter hebt die Tochter in die Höhe und stellt sie vorsichtig auf die dünnen Beinchen mit den nach innen verdrehten Füßen. „Natürlich war es hart am Anfang“, sagt sie dann, „aber ich bin sicher, dass es einen Grund dafür gibt, dass Brooke hier ist. Irgendet-

Das Ergebnis ist ernüchternd und faszinierend zugleich. „Wir haben bislang keine Abweichungen von der Norm gefunden“, sagt Walker, „doch für mich ist das nur ein Anreiz weiterzusehen.“

Die Einzigartigkeit des Mädchens liege gerade darin, dass sein Erbgut normal erscheine, es selbst aber ganz offensichtlich nicht normal sei, sagt der Professor. Denn trotz der überraschend ergebnislosen Erbgutanalyse herrscht im Körper der Kleinen heilloses Durcheinander.

Während Brookes Gehirn kaum weiterentwickelt ist als das eines Neugeborenen, haben ihre Knochen ein biologisches Alter von etwa zehn Jahren. Das Gebiss des Kindes wirkt mit seinen Milchzähnen wie das einer Achtjährigen. Die Länge der Telomere dagegen entspricht ihrem tatsächlichen Alter. Zudem ist die Entwicklung



Mediziner Walker*, Biologe de Grey: „Verschiedene Teile ihres Körpers scheinen sich voneinander abgekoppelt zu entwickeln“

tät gibt es nicht. „Brookes Pflegerinnen, ihre Lehrer, selbst ihr Vater können Fotos von ihr nicht zuverlässig in eine chronologische Reihenfolge bringen“, sagt Pakula. Nur Haare und Fingernägel des Mädchens wachsen normal.

Vater Greenberg zeigt im Haus der Familie in Reisterstown die Fotos an den Wänden: Brooke mit drei Jahren neben ihrer einjährigen Schwester Carly, die schon damals größer war als sie; Brooke im Strampler an ihrem zwölften Geburtstag; Brooke mit 14 bei ihrer Bat-Mizwa, dem jüdischen Initiationsfest. Greenberg eilt von Bild zu Bild. Immer die gleiche Brooke, immer der gleiche schiefe Mund, die eine Winzigkeit zu weit auseinanderliegenden Augen: „Sie ist ein Wunder.“ Das muss gesagt werden, immer und immer wieder. „Was verpasst sie im Leben? Nichts; sie ist glücklich; sie ist nicht kaputt; wir sind es, die kaputt sind“ – so

was ist in ihr; irgendetwas, das Millionen Menschen helfen könnte.“

Indian Rocks, Florida. Richard Walker, emeritierter Professor der Medizin und Spezialist für die Biologie des Alterns, wohnt in einem Haus direkt an der Lagune des kleinen Küstenorts. Der Mediziner wird 2005 auf Brooke Greenberg aufmerksam. „Ich habe gleich gedacht, dass sie eine einzigartige Mutation in bestimmten Schlüsselgenen haben muss, die Entwicklung und Altern steuern“, sagt er.

Der Forscher nimmt Kontakt mit den Greenbergs auf. Er überzeugt den Vater, Brooke Blut abnehmen zu dürfen, um ihr Erbgut zu untersuchen. Er prüft die Zahl und Beschaffenheit der Chromosomen. Er analysiert die sogenannten Telomere an den Enden der Erbgutstränge, deren Länge über das Zellalter Auskunft geben. Er füllt winzige, Mikroliter fassende Reagenzmulden von Biochips mit Erbgutschnipseln und prüft die Aktivität verschiedenster Gene.

verschiedener Organsysteme wie etwa des Verdauungstrakts „nicht synchronisiert“, wie es der Professor nennt.

„Verschiedene Teile ihres Körpers scheinen sich voneinander abgekoppelt zu entwickeln – als wären sie nicht Teil ein und desselben Organismus“, erläutert Walker. Für ihn gibt es nur eine Erklärung: das Versagen zentraler Steuergene.

Ein feinorchestriertes genetisches Programm lässt im Normalfall aus einer winzigen Eizelle einen ausgewachsenen Körper entstehen. Ist dieser Masterplan jedoch beschädigt, misslingt das Wunderwerk. Genau das ist bei Brooke geschehen, glaubt Walker. Wichtige Gene der Körperentwicklung sind entweder ausgeschaltet oder fehlerhaft. „Wenn wir diese Gene identifizieren, sollte es möglich sein, die Entwicklung und damit letztlich auch die Alterung des Körpers zu verstehen“, so der Forscher.

Walker hat eine Theorie. Er glaubt, dass Altern lediglich die Fortsetzung der Entwicklung des Körpers ist. Der Forscher wählt als Bild ein Haus: Zunächst

* Auf dem Bildschirm sind die Chromosomen von Brooke Greenberg zu sehen.

wird es gebaut. Wenn es fertig ist – im Fall des Körpers bei Erreichen der Geschlechtsreife –, sollten die Handwerker eigentlich abrücken. Doch beim Menschen bleiben sie und bauen einfach weiter – indes mit einem Plan, der längst erfüllt ist, und mit einem Chef, der nur noch dummes Zeug redet. An einer Stelle entsteht noch ein verwinkelter Erker, an einer anderen eine wackelige Gaube. Tragende Pfeiler werden plötzlich abgesägt. Dann stürzen erste Mauern ein. Schließlich versinkt das Bauwerk in Schutt und Asche: Der Tod holt den Körper ein.

„Altern geschieht, wenn Entwicklungsgene Chaos verbreiten, weil sie sinnlosen Anweisungen folgen“, sagt Walker. Seine Idee ist es, die Mastergene der Entwicklung einfach abzuschalten. Dann, so hofft er, hört der faule Zauber auf. Hat Walker recht, wären die Konsequenzen dramatisch: Ein so manipulierter Körper würde sich nicht mehr verändern, sondern nur noch Reparaturarbeiten ausführen. Das ewige Leben wäre greifbar.

Der Professor hat sich in seinem schweren Sessel warm geredet. Jetzt schweift sein Blick hinaus auf das glitzernde Wasser. Direkt vor der Terrasse hat er einen Privatanleger mit Jolle und Motorboot. Ein Surfbrett liegt auf dem Steg. Der Mediziner segelt, surft, fährt Ski. Er ist 71. Er hängt an seinem Leben.

Wollen Sie unsterblich sein, Herr Professor? „Natürlich will ich ewig leben“, sagt er. „Ich könnte noch Mathematik studieren; ich könnte noch so viel lernen; für mich wäre es das größte Geschenk.“ Viele Menschen hätten die Vorstellung, ewiges Leben gleiche ewiger Mühsal und Vergreisung. „Doch so wäre es ja nicht“, sagt Walker. Idealerweise würde man die Entwicklung natürlich kurz nach Erreichen der Geschlechtsreife stoppen.

Und die gesellschaftlichen Folgen? Wer dürfte ewig leben, wer nicht? Wem wären noch Kinder vergönnt? Walker zögert. „Das sind keine wissenschaftlichen Fragen“, sagt er dann, „das müssen Philosophen und Priester diskutieren.“

Walkers Theorien sind umstritten. Der britische Biologe Aubrey de Grey etwa schätzt den US-Kollegen zwar sehr. Er glaubt aber, dass Vergreisung und Entwicklung nicht zusammenhängen. Der Fall Brooke Greenberg habe „absolut nichts mit Altern zu tun“. De Grey verweist auf die Lebensphase zwischen 20 und 40, in der sich der Körper kaum verändere. „Sollen in dieser Zeit die Entwicklungsgene einfach schweigen? Das ist sehr unwahrscheinlich“, sagt er.

Biologe de Grey vertritt die gängige Theorie, dass die Körperzellen über die Jahre schlicht abnutzen, Giftstoffe in ihrem Innern anhäufen und die Fähigkeit



Brooke in ihrer Babyschaukel: *Es dauert zehn*

zur Regeneration verlieren. Er hat sieben Todbringer wie beispielsweise Zellverlust oder Erbgutveränderung identifiziert, die er künftig mit Stammzelltherapien oder speziellen Impfungen bekämpfen will.

Doch Walker ficht die Kritik nicht an. „Der Verfall der Körperzellen ist ja gerade eine Folge der unregulierten Aktivität



MARTIN H. SIMON / DER SPIEGEL

Stunden täglich, sie zu ernähren

von Entwicklungsgenen“, argumentiert er. Seine Theorie ist in gewisser Weise bestechend: Während Biologen wie de Grey an den zahllosen Symptomen der Vergreisung herumdoktern, will Walker das Altern einfach gleich ganz abschaffen.

„Stellen Sie sich vor, wir könnten den Verfall des Körpers schlicht verhindern“,

schwärmt der Forscher. „Altersbedingte Krankheiten wie Diabetes, Alzheimer, Demenz oder viele Krebsleiden würden gar nicht erst entstehen.“

Um seine Theorie zu beweisen, braucht Walker allerdings Menschen wie Brooke Greenberg, bei denen die Mastergene der Entwicklung versagen und genau aus diesem Grund im Erbgut lokalisierbar werden. Tatsächlich hat er inzwischen zwei ähnliche Fälle entdeckt. Die sechsjährige Gabrielle K. aus Billings im US-Bundesstaat Montana, geboren am 15. Oktober 2004, altert offenbar ebenfalls so gut wie nicht. Gleichzeitig wirken ihre Chromosomen genau wie Brookes völlig normal.

In Esperance in West-Australien wiederum lebt Nicky Freeman, ein 40-jähriger Mann, der im Körper eines Jungen gefangen scheint. Sein biologisches Alter wird auf 10 Jahre geschätzt.

Können Gabrielle oder Nicky den Weg zum Jungbrunnen weisen? Walker weiß es noch nicht. Im Moment konzentriert er sich auf Brooke. Bald will er zusammen mit Experten der Duke University in Durham, North Carolina, die komplette DNA des Mädchens sequenzieren. Finden sich Mutationen in Brookes Erbgut, plant Walker, die entsprechenden Gene bei Laborratten zu lokalisieren und anschließend zu blockieren. Das Kalkül:

Bleiben die dann genmanipulierten Tiere jung, haben die Forscher tatsächlich deren Entwicklung lahmgelegt.

„Brooke ist der Schlüssel zu allem“, sagt Walker. Der Forscher möchte vorankommen, schnell. Ihm rennt die Zeit davon. Doch Howard Greenberg windet sich. Er hat längst das Gefühl, einen wertvollen Schatz in seinem rotgeklinkerten Familiendomizil zu hüten. Greenberg hat Juristen eingeschaltet. Es geht um die Rechte an Brookes Erbgut. Der Vater weiß, dass er die Zeit auf seiner Seite hat. Die Ärzte sagen ihm, dass seine Tochter bei guter medizinischer Versorgung noch sehr lange leben kann.

Im Heim der Greenbergs hat die Mutter inzwischen einen Beutel mit Komplett-nahrung an Brookes Magenzugang angeschlossen. Langsam rinnt die bräunliche Flüssigkeit durch einen Schlauch in den kleinen Körper hinein.

Howard Greenberg blickt auf seine Tochter hinab. In weißrot geringeltem T-Shirt und weißer Hose schwingt das Mädchen in seiner Babyschaukel hin und her, monoton wie ein Uhrpendel.

„Ich habe immer gedacht, dass sie vor mir sterben wird – aber inzwischen denke ich das nicht mehr“, sagt der 53-Jährige nach einer Pause. „Brooke kann für immer leben; sie wird für immer hier sein.“

PHILIP BETHGE

GESCHICHTE

Offen für Qualen

Ein Bielefelder Forscher hat das mittelalterliche Strafrecht untersucht. Grausame Hinrichtungen sollten auch dem Seelenheil des Verurteilten dienen.

miert der Bielefelder Rechtswissenschaftler Wolfgang Schild.

Trotzdem empfiehlt der Gelehrte in seinem soeben erschienenen Buch eine Neubewertung der Rechtsprechung im scheinbar finsternen Zeitalter^{**}: „Trotz aller Grausamkeit ging es im Strafrecht damals auch um das Seelenheil des Verurteilten.“

Ein neuer Zugang zu vorhandenen Quellen wie Rechtsbüchern und Flugschriften ermöglicht Schild einen milde-

geprügelt und gequetscht werden. Die „peinliche Halsgerichtsordnung“ Karls V. von 1532 wollte bei Anwendung der Folter die „ermessung eins guten vernunftigen Richters“ sichergestellt wissen.

Der Scharfrichter, der heute als Inbegriff des sadistischen Erfüllungsgehilfen gilt, war in Wirklichkeit zu Mäßigung und Augenmaß aufgerufen. Ein Schuldspruch erforderte „strenge Beweisregeln“, so Schild. Zweifel an der Schuld des Angeklagten mussten „mit den allergewisten zeüknüssen und clarer dann das liecht überwunden“ sein, forderte der „Klagspiegel“ – das älteste deutsche Gesetzbuch, das der Stadtschreiber von Schwäbisch Hall, Conrad Heyden, um 1436 niederschrieb.

Ein bloß auf Indizien gestütztes Verdikt wäre den Gesetzeshütern von einst nicht stichhaltig genug gewesen. Die über jeden Zweifel erhabene Wahrheit allerdings wurde dem Beklagten mit allen Mitteln entlockt – etwa, indem er in den sogenannten trockenen Zug gespannt und unter Schmerzen gestreckt wurde.

Um Erkenntnisgewinn rangen die abergläubischen Ermittler von einst auch mit psychologischen Tricks – etwa durch Anwendung der Bahrprobe, bei der ein potentieller Mörder die Wunden des Mordopfers küssen musste, „wann das Gott villicht wolt, das die grosse morderig an tag kaem“. Die Missetäter sollten konfrontiert werden mit den Folgen ihrer Schandtät – und dann hoffentlich zusammenbrechen und gestehen.

Die Verurteilung zum Tode versetzte die aufs Jenseits fixierten Bürger des Mittelalters nicht in Aufregung. „Allgemein spricht vieles dafür, dass die damals Lebenden die Grausamkeit der Hinrichtung nicht in einer für uns vergleichbaren Weise empfunden haben, weil sie von tiefem Sündenbewusstsein erfüllt und daher offen für Qualen waren“, glaubt Schild.

Zornig reagierte das bei den grundsätzlich öffentlichen Hinrichtungen anwesende Volk indes, wenn die Vollstrecker ihr Handwerk nicht sauber verrichteten und den Verurteilten über Gebühr leiden ließen. So wurde der betrunkene Scharfrichter von Chur im schweizerischen Graubünden 1575 vom Publikum gesteinigt. Zu unappetitlich schien dessen Versuch, tokelnd drei Verbrecher zu enthaupten.

Mitunter tauschten gütige Scharfrichter einen grausamen Tod des Schuldigen – etwa auf dem Scheiterhaufen – auch nur vor; die Exekutoren entzündeten reichlich feuchtes Stroh und vernebelten so den Schauplatz der Hinrichtung. Unbemerkt vom Publikum wurde der Verurteilte derweil hinter dichten Rauchschwaden erdrosselt.

In Schilds Abhandlung finden sich etliche mittelalterliche Darstellungen festlich inszenierter Vollstreckungen. Das Buch sei dennoch geeignet, „abends bei einem Glas Wein“ genossen zu werden, versichert der Autor.

FRANK THADEUSZ



Körperstrafen im 16. Jahrhundert*: Milderer Blick auf die Vergangenheit

Zu allen Zeiten hätte Peter Nirsch als Bestie gegolten. Während er durch Deutschland Richtung Süden durchwanderte, schnitt er unterwegs mit Vorliebe schwangeren Frauen die Kinder aus dem Bauch. Über 500 Menschen metzelte Nirsch hin, ehe er, im September 1581, nahe Nürnberg gefasst wurde.

Die Gerichtsbarkeit verfuhr wenig zimperlich mit dem Massenmörder: Der Delinquent wurde zunächst gefoltert, seine Wunden wurden mit heißem Öl übergossen. Anschließend spannte man den Übeltäter aufs Rad und brach ihm Arme und Beine. Zuletzt ließ man ihn vierteilen.

Auf einen derart entschlossenen Strafvollzug traf, wer sich wie Nirsch im Mittelalter in Deutschland für schwere Verbrechen zu verantworten hatte.

Die Gesetzeshüter peinigten Verdächtige mit glühenden Zangen oder siedeten sie bei lebendigem Leib in kochendem Wasser. „Das Vollstrecken unmenschlicher Urteile gehörte zum Alltag“, resü-

ren Blick auf die Vergangenheit. Viele Darstellungen aus alter Zeit seien „verzerrt und übertrieben“ worden, um „die Vergangenheit besonders finster und die Gegenwart strahlend erscheinen zu lassen“, meint Schild.

Der Renaissance-Dichter Petrarca etwa trieb diese Art Fiktion auf die Spitze. Er ersann den „glühenden Ochsen“ – einen Hohlkörper aus Metall, der von unten befeuert wurde, während die Verurteilten darin bei lebendigem Leib brutzelten.

Doch nicht solch sadistische Impulse trieben die Henker im Mittelalter. Sie hofften vielmehr – zum Wohl aller –, den „beleidigten Gott“ milde zu stimmen. „Die christliche Obrigkeit bestrafte Missetäter auch grausam, um ihnen das ewige Leben zu ermöglichen“, sagt Schild. Erst wenn der renitente Körper weichgeklopft war, so die damalige Auffassung, war die Seele befreit und bereit für Gott.

Der feste Glaube an die reinigende Kraft körperlicher Pein war allseits verbreitet. Etliche Beschuldigte ließen sich sogar freiwillig martern, um auf diese Weise ihre Unbescholtenheit unter Beweis zu stellen oder ihr Leben im Jenseits zu sichern. Es sollte jedoch nicht blindlings

* Kolorierter Holzschnitt aus dem Jahr 1512.

** Wolfgang Schild: „Folter, Pranger, Scheiterhaufen“. Bassermann Verlag, München; 192 Seiten; 16,95 Euro.

ETHIK

Schwere Schäden

Fast überall in Europa werden Erbguttests an Embryonen vorgenommen – gerade in katholischen Ländern. Nur Deutschland tut sich mit der PID-Methode schwer.

Vor 21 Jahren spielte Alan Handyside Gott. Tausende Männer, Frauen und Kinder danken es ihm noch heute.

Der britische Embryologe nahm eine Pipette in die Hand, entnahm drei Tage zuvor im Reagenzglas gezeugten Embryonen jeweils eine einzelne Zelle und untersuchte das Erbgut. Anschließend ließ er nur jene Embryonen einpflanzen, die von der schweren Erbkrankheit der Familie nicht betroffen sein würden. Am 15. Juli 1990 wurden die gesunden Zwillinge Natalie und Danielle geboren – die ersten Kinder, die ihr Dasein der Präimplantationsdiagnostik (PID) verdanken.

Alan Handyside verhilft auch heute noch Paaren zu gesunden Kindern und hat seine Methode ständig weiterentwickelt. Für die in Deutschland neuentbrannte PID-Debatte hat er nur Kopfschütteln übrig: „Deutschland“, kritisiert Handyside mit britischem Understatement, „hat eine sehr isolierte Auffassung.“

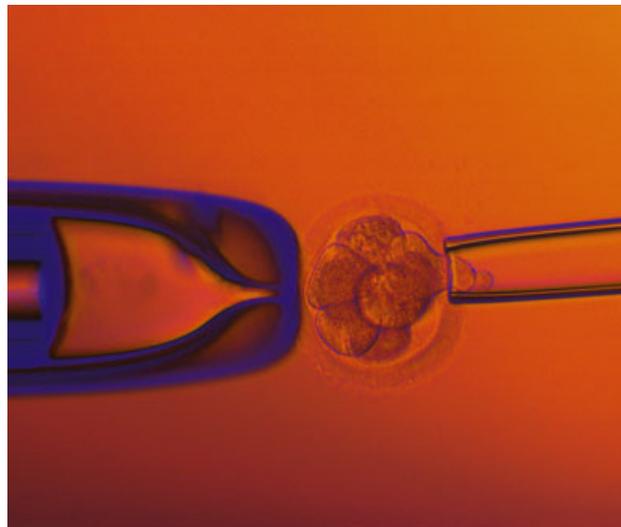
Wohl wahr: Weltweit nur eine Handvoll Länder haben die PID ausdrücklich verboten, darunter Chile, Algerien und die Philippinen. Praktiziert wird der Erbgut-Check nach einer künstlichen Befruchtung hingegen in rund 60 Ländern. Insbesondere in Europa kommt die PID fast flächendeckend zum Einsatz – von Portugal bis Finnland. Sogar die lange zögerlichen Schweizer tüfteln an einem Gesetz, das die Methode legalisieren soll.

Doch in Deutschland melden sich derzeit die Bedenkenräger lautstark zu Wort. Im Juli hatte der Bundesgerichtshof entschieden, dass die PID auch hierzulande zulässig ist, „um schwere genetische Schäden“ zu verhindern. Seither sind die konservativen Christen unter den deutschen Politikern in Aufruhr – vor allem in der Union.

Eine Selektion wie bei der PID sei „mit einer Politik auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes nicht vereinbar“, wettete Maria Flachsbarth, die Kirchenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Schützenhilfe bekam sie vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch. Er kritisierte, dass sich der Mensch bei dieser

Methode zum Herrn über das Leben mache: „Das ist unerträglich.“

Am Dienstag werden sich Vertreter von Union und FDP treffen, um über eine gemeinsame Position zu beraten. Eine Einigung gilt als unwahrscheinlich. Ausgerechnet die Kanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel, die als Naturwissenschaftlerin sonst zu rationalen Urteilen neigt, hat sich auf die Seite der PID-Gegner geschlagen – aus parteitaktischen Gründen. Sie sprach sich am vorvergangenen Wochenende überraschend klar für ein Verbot aus.



Zellentnahme für PID, Forscher Handyside: „Mehr Mitgefühl“

„Merkels Position ist ein Versöhnungsangebot an die konservativen Katholiken in der Partei“, analysiert der Bonner Politikwissenschaftler Gerd Langguth. Im vorigen Jahr hatte es sich die Kanzlerin mit diesem Parteiflügel verscherzt, weil sie den Papst öffentlich kritisiert hatte.

„Merkel gilt eigentlich als forschungsfreundlich“, sagt Langguth. Sie ist Physikerin und hat sich 2007 beim Parteitag in Hannover „nach langem Überlegen“ dafür eingesetzt, die Regeln für die Forschung mit menschlichen embryonalen

Stammzellen zu lockern. Auch das hat einige konservative Christen verärgert.

Nun steht Merkel wieder vor einem Parteitag und fürchtet einen Aufstand der Konservativen gegen die PID. Dabei gibt es durchaus christlich orientierte Abgeordnete, die keinerlei Probleme mit der PID haben – im Gegenteil: Peter Hintze zum Beispiel leuchtet die Ablehnung seiner Parteifreunde nicht ein. Er war einmal Pfarrer und CDU-Generalsekretär, jetzt ist er Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Bei einem Embryo in der Petrischale mag er noch

nicht von einem Menschen sprechen. Er redet von Zellen. Die Präimplantationsdiagnostik ist für ihn eine Methode, Paaren mit einer schweren genetischen Vorbelastung die Entscheidung für ein Kind zu erleichtern.

„Ein Christ, der sich für ein Ja zum Leben einsetzt, muss die PID in diesen Grenzsituationen befürworten“, sagt Hintze. Er möchte keine Gesetzesänderung, sondern fordert, dass die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs bestehen bleibt. Die PID wäre damit in bestimmten Fällen zulässig.

Auch ein CSU-Abgeordneter, der sich noch nicht öffentlich bekennen mag, ist klar für die PID – weil er gegen Abtreibungen ist. Die Abtreibung eines Fötus ist laut Strafgesetzbuch bis zum Ende der Schwangerschaft erlaubt, wenn „die Gefahr einer schwerwiegenden Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren“ besteht. Bei der Abtreibung werde ein Lebewesen aktiv getötet, meint der CSU-Mann;

nach einer PID hingegen lasse man ein vielleicht werdendes Leben absterben. Das sei ein moralischer Unterschied.

Warum eine Abtreibung christlicher sein soll, als einen Zellklumpen gar nicht erst einzupflanzen, entzieht sich in der Tat der Logik. So praktizieren gerade viele katholische Länder in Europa einen liberalen Umgang mit dem Erbgut-Check nach der künstlichen Befruchtung.

Spanien etwa hat sich (neben Belgien) zu einem der wichtigsten Ziele für PID-Tourismus in Europa entwickelt. Für viele

verzweifelte deutsche Paare, die in der Regel schon ein schwerbehindertes Kind und mehrere „Schwangerschaften auf Probe“ mit anschließenden Abtreibungen hinter sich haben, ist Spanien seit vielen Jahren die letzte Hoffnung.

„Wir haben den Leuten die Telefon- und Faxnummern von Kliniken etwa in Brüssel oder Barcelona zugeschoben“, erzählt Eberhard Schwinger, bis 2006 Direktor des Instituts für Humangenetik der Universität Lübeck, „und immer darauf geachtet, dass diese nicht in den offiziellen Arztbriefen aufgetaucht sind.“

Auch im überwiegend katholischen Irland, wo Abtreibungen bis auf ganz wenige Ausnahmen verboten sind, gibt es kein Gesetz, das die PID in irgendeiner Weise einschränken würde. „Wir befinden uns allerdings in einem rechtlichen Vakuum“, sagt Declan Keane, Leiter der IVF-Praxis ReproMed Consultancy Services in Dublin. Auf der Internetseite von ReproMed wird die PID im Leistungskatalog geführt. Es ist allerdings nur eine sogenannte Satelliten-Behandlung: „Wir betreuen die Frauen zwar – organisieren für sie die eigentliche PID jedoch an einer unserer kooperierenden Kliniken in Europa“, erklärt Keane.

Noch überraschender ist die Praxis im erzkatholischen Polen, wo Abtreibungen ebenfalls bis auf wenige Ausnahmen verboten sind. Die Fortpflanzungsmedizin und die PID hingegen sind gesetzlich nicht eingeschränkt. Immer wieder reisen Paare aus Brandenburg, Berlin oder Sachsen zur Präimplantationsdiagnostik nach Polen – während verzweifelte Polinnen umgekehrt nach Deutschland reisen, um hier einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen zu lassen. Europa paradox.

Allerdings wird auch in Polen derzeit über ein neues Fortpflanzungsmedizin-gesetz gestritten. Während ein Gesetzesentwurf vorsieht, die künstliche Befruchtung künftig sogar vom Nationalen Gesundheitsfonds mitfinanzieren zu lassen, möchte die katholische Kirche die Methode am liebsten ganz verbieten – und droht allen Abgeordneten, die für das Gesetz stimmen, mit Exkommunikation.

Beruhigt hat sich die Lage in Italien, wo an Privatkliniken sogar schon über 60-Jährige noch zu Müttern gemacht wurden. 2004 erließ die konservative Berlusconi-Regierung zwar ein Gesetz, das die moderne Reproduktionsmedizin stark einschränkte und die PID für illegal erklärte.

Doch schon vier Jahre später wurde die PID nach Klagen betroffener Paare wieder zugelassen.

„Ich wünschte mir“, sagt PID-Pionier Handyside, „dass die deutschen Politiker auch etwas mehr Mitgefühl mit den Betroffenen hätten.“

KATRIN ELGER,
VERONIKA HACKENBROCH



SPL / AGENCY FOCUS

Niesattacke: Kompromisslose Abwehr

MEDIZIN

Friedliche Invasion

Erkältungen gelten als Zeichen einer schwachen Konstitution – zu Unrecht, sagen Mediziner. Erst ein gesundes Immunsystem ruft die lästigen Symptome hervor.

Zwei Umstände machen dem Erkältungskranken das Leben schwer: Es plagen ihn Schnupfen, Husten und Abgeschlagenheit. Zudem quält ihn psychisch die Erkenntnis, dass sein Immunsystem wieder einmal versagt hat.

Niedergestreckt auf das Krankenlager, stellt der Patient sein Leben auf den Prüfstand: Arbeitet er zu viel? Treibt er zum Ausgleich zu wenig Sport? Isst er zu viel Fleisch und zu selten Obst?

Derlei fiebrige Selbstzerknirschung könnte künftig überflüssig sein, denn die US-Wissenschaftsjournalistin Jennifer Ackerman hat verblüffende neue Erkenntnisse über die weitverbreitete Pein zusammengetragen*. Eine schwere Erkältung ist demnach eher sogar Ausweis einer überaus gesunden Körperabwehr.

Denn nicht die Viren verursachen Triftnase, Gliederschmerzen und Druck auf der Brust; es ist der wehrhafte Körper selbst, der die quälenden Symptome produziert.

Lange glaubten Wissenschaftler, die in den Leib eindringenden Schnupfen-Viren würden – ähnlich wie die Grippe-Erreger – menschliche Zellen regelrecht zerreißen und auf diese Weise ein lästiges Arsenal an Beschwerden heraufbeschwören. Weit gefehlt.

Die Erreger eines grippalen Infekts docken ganz harmlos an die

menschlichen Zellen an, indem sie ihnen vorgaukeln, von Nutzen zu sein. Die Invasion geht weitgehend friedlich vonstatten. Erst danach schlägt der Körper Alarm und reagiert mit heftiger Gegenwehr.

Der wunde Schlund und der zermürbende Druck auf die Stirn sind sichere Zeichen, dass ein gesundes Immunsystem gerade auf Hochtouren arbeitet. „Es scheint paradox“, sagt der Virologe Jack Gwaltney von der University of Virginia, „aber offenbar leiden all jene Betroffenen

weniger an einer Erkältung, deren Körper nur zu einer geringeren oder schwachen Gegenwehr in der Lage ist.“

Die jüngsten Erkenntnisse werfen auch ein neues Licht auf die Präparate und Lebensmittel, die dem Leidenden eine Stärkung des Immunsystems versprechen. „Dass die Körperabwehr noch zusätzlich angekurbelt wird, ist vermutlich das Letzte, was man tun sollte“, warnt Ackerman – denn dadurch würden die lästigen Symptome nur noch verstärkt.

Experten warnen sogar davor, die eigentlich sehr effektiven Schutzmaßnahmen des Körpers durch Medikamente oder Nahrungsergänzungen aus dem Gleichgewicht zu bringen. „Es wäre besser, die entzündlichen Prozesse im Körper nicht zu unterdrücken“, rät die Hals-Nasen-Ohren-Ärztin Birgit Winther von der University of Virginia, „denn dadurch blockiert man womöglich auch die Bildung von Antikörpern“ – eine allem Unwohlsein zum Trotz durchaus erwünschte Nebenwirkung.

Denn der Körper verfährt prinzipiell recht kompromisslos mit seinen Gegnern. Ein Virus, das er einmal erfolgreich hinausgeworfen hat, kommt nie wieder hinein – dafür sorgen Antikörper, die den Erreger bei einer sich anbahnenden Zweitinfektion umgehend blockieren.

Misslich ist nur, das der Mensch von über 200 verschiedenen Erkältungsviren befallen werden kann. Über 50-Jährige trifft der zumeist sieben Tage währende Tort jedoch nur halb so oft wie Teenager – im fortgeschrittenen Alter haben die Betroffenen bereits gegen etliche Erreger Antikörper gebildet. Kinder ziehen aus diesem Grund „Erkältungen an wie ein Magnet“, so Ackerman.

Die Begleitumstände der so lästigen wie vergleichsweise harmlosen Malaise bleiben für alle Kranken gleichermaßen irritierend. Der Verstopfung in der Nase etwa versuchen viele mit heftigem Schnauben beizukommen – vergebens. Denn nicht Schleim blockiert die Nasenhöhlen, sondern angeschwollene Blutgefäße, die unter allzu großem Pressen bersten können.

Auch wodurch man sich grippale Infekte einfängt, sei vielen Menschen noch immer nicht wirklich klar, hat Autorin Ackerman herausgefunden. Längst als widerlegt gilt unter Immunologen das Vorurteil, eine Erkältung werde tatsächlich durch Kälte oder Nässe hervorgerufen.

In diversen Studien ließen Forscher ihre Probanden mit nackten Füßen in Eiswasser baden oder mit durchnässter Kleidung draußen frieren. Ergebnis: Derlei Umstände sind zwar unangenehm, führen aber nicht zwangsläufig zu einer Erkältung. Tatsächlich wännen Experten die Ge-

Der Weg der Viren

Die meisten Erkältungsviren gelangen über Nase und Augen in den Körper, nicht über den Mund. Etwa 16-mal fasst sich der Mensch innerhalb einer Stunde an die Nase oder reibt sich die Augen.



Küssen ist bei den meisten Virenarten kein Problem, Händeschütteln dagegen hochansteckend.



Die Gefahr, sich zu infizieren, ist in geschlossenen Räumen größer als draußen in der Kälte.



Viren lauern auf Gegenständen, gelangen aber nur selten durch das Trinken aus der Tasse eines Erkälteten in den Körper.



DER SPIEGEL

* Jennifer Ackerman: „Ah-choo!“. Twelve, New York; 256 Seiten; 18,99 Euro.

fahrt nicht im Freien, sondern in geschlossenen Räumen, wo sich den Erregern viele Möglichkeiten zur Verbreitung bieten.

Erst allmählich enträtseln Wissenschaftler, wie die Erkältungsviren überhaupt in den Körper gelangen. Lange Zeit glaubten Mediziner, dass die infektiösen Partikel während des Niesens durch die Luft geblasen würden. Inzwischen scheint klar, dass sich die Erreger vor allem auf Händen, Tastaturen oder Türgriffen niederlassen, wo sie stundenlang überleben können.

Anders als lange gedacht, gelangen die Erkältungen auslösenden Rhinoviren auch keineswegs durch den Mund zu ihrem Wirt, sondern über Nase und Augen. Daher kann ein Gesunder seinen kranken Partner folgenlos küssen und auch dieselbe Kaffeetasse mit ihm teilen.

Der Gesundheit weit abträglicher ist vermeintlich harmloses Händeschütteln oder nur das Berühren eines virenverseuchten Türknaufs. Wissenschaftler können mittlerweile sehr genau sagen, wo die Gefahr lauert: Auf den Armlehnen im Zug, den Müllbehältern in der U-Bahn oder den Hanteln im Fitnessstudio fanden sich Erreger zuhauf; schon eine einzige Mikrobe reicht für eine Infizierung aus.

Jeder Klodeckel ist um ein Hundertfaches sauberer als ein Schreibtisch. Auf Geldscheinen überleben Rhinoviren sogar für Wochen. Jeder „Start“-Knopf eines Faxgeräts im Büro ist eine mögliche Gefahrenquelle. Und Hotelzimmer können trotz oberflächlicher Sauberkeit noch tagelang die Viren des Vormieters beherbergen – etwa auf der Fernbedienung des Fernsehers oder auf dem Lichtschalter.

Als verhängnisvoll erweist sich in diesem Zusammenhang die Angewohnheit des Menschen, sich immer wieder mit der Hand durchs Gesicht zu streichen und die Augen zu reiben. Eine Studie der University of California in Berkeley ermittelte jüngst, dass sich Probanden während eines Untersuchungszeitraums von drei Stunden 30-mal an die Nase fassten – ein regelmäßiger Transport des Erregers zum Einfallstor ist also garantiert.

Auch der Frage, was gegen das Leiden helfen könnte, ist Ackerman nachgegangen. Das Ergebnis ist ernüchternd: Die Suche nach einem Impfstoff wird vermutlich vergebens bleiben. Welches Mittel sollte die Bandbreite von 200 Virenarten abdecken, zudem billig sein und umgehend wirken? Auch müsste das Vakzin wohl absolut risikolos einzunehmen sein; denn Nebenwirkungen würde mutmaßlich kaum ein Patient wegen einer letztlich doch harmlosen Erkältung tolerieren.

Ein altes Hausrezept ist da eher zu empfehlen: Mehrere Studien haben jüngst die symptomlindernde Wirkung von Hühnersuppe nachgewiesen.

FRANK THADEUSZ

DATENSCHUTZ

Sicherheitsleck bei Bauer

Der Hamburger Bauer-Verlag („Das Neue Blatt“, „Tina“, „Laura“) ignoriert offenbar seit Monaten ein Sicherheitsleck in seinem Online-Abo-Shop. Internen Unterlagen zufolge wird die Datenbank „nicht den zeitgemäßen Sicherheits- und Datenschutzanforderungen gerecht“. Bereits im April wurde das Problem bei einer Strategiepräsentation angesprochen, die in Gegenwart der Verlegerin Yvonne Bauer stattfand – die Mängel hat der Verlag bis heute nicht behoben. Die Sicherheitslücken waren von einer externen Firma festgestellt worden, die sich um eine Zusammenarbeit mit Bauer beworben hatte. Bereits „oberflächliche Checks“, so monierte diese in einer E-Mail an den Verlag, seien „beunruhigend“ ausgefallen. Erst vor zwei Wochen war bekanntgeworden, dass

Daten von Abonnenten der Wochenzeitung

„Die Zeit“ übers Internet ausspioniert worden waren. Der Zeit-Verlag informierte seine Kunden darüber per E-Mail und gab an, die Datenbank „vor weiteren Zugriffen gesichert“ zu haben. Der Bauer-

Verlag hingegen lässt auf Anfrage lediglich wissen, die Sicherheitsvorkehrungen im Abo-Shop würden „intern regelmäßig überprüft und angepasst“. Darüber hinaus vertraut das Zeitschriftenhaus anscheinend auf das Gute im Menschen: „Ein unberechtigter Zugriff auf geschützte Daten des Abo-Shops“, so eine Sprecherin, „ist ohne kriminelle Energie ausgeschlossen.“



Bauer-Titel



Jauch bei „Stern TV“

STEFAN GREGOROWIUS / ACTION PRESS

TV-MAGAZINE

„Ein frisch geöltes Fahrzeug“

Steffen Hallaschka, 38, über das RTL-Magazin „Stern TV“, das er ab Januar moderieren wird



MARCUS KRUEGER / NDR / DAPD

SPIEGEL: Seit Monaten wurden Namen wie Markus Lanz oder Nazan Eckes kolportiert. Dass auf Günther Jauch nun ein eher unbekannter Moderator wie Sie nachfolgen soll, hat viele überrascht. Sie auch?

Hallaschka: Es wird Sie nicht wundern: Ich halte die Entscheidung nicht für falsch. Mich freut es, dass die Produktionsfirma I&U und RTL nicht nur auf einen prominenten Namen setzen.

SPIEGEL: Im NDR-Verbrauchermagazin „Markt“ haben Sie bislang die Qualität von Pfifferlingen geprüft und erklärt, welche Waschmittel Flecken tilgen.

Hallaschka: Und das recht erfolgreich, mit knapp einer Million Zuschauer. Aber ich habe auch politische Sendungen moderiert und Talks. Schön, dass

ich bald alles unter einem Dach machen kann. „Stern TV“ ist die große Manege, das abwechslungsreichste Magazin im deutschen Fernsehen ...

SPIEGEL: ... anders gesagt: ein riesiger Gemischtwarenladen.

Hallaschka: Von Hartz IV über die Kühlschrankhygiene der Deutschen bis zum Musiker Joey Kelly, der von der Meeresküste bis zur Zugspitze wandert, kann hier alles Thema sein.

SPIEGEL: Was werden Sie ändern?

Hallaschka: „Stern TV“ ist seit 20 Jahren ein Erfolg – da werde ich nicht leichtfertig am Konzept herumschrauben und über die Presse gute Empfehlungen geben. Ich setze mich in ein gut gewartetes, frisch geöltes Fahrzeug, das seine gerade Bahn zieht ...

SPIEGEL: ... auch wenn nicht mehr Günther Jauch am Steuer sitzt?

Hallaschka: Gehen wir einfach mal davon aus, dass es gutgeht.

FUSSBALLRECHTE

Wehende Eckfähnchen

Wem gehört der Fußball? Diese Frage soll von Donnerstag an der Bundesgerichtshof klären. Mit der Verhandlung geht ein jahrelanger Rechtsstreit zwischen dem Württembergischen Fußballverband (WFV) und den Betreibern der Internetseite hartplatzhelden.de in eine neue Runde. Auf dem Online-Portal, Spitzname „Kreisklassen-YouTube“, können

Hobbyfilmer Aufnahmen von Amateurspielen veröffentlichen. Das kann man als kostenlose Werbung für das Freizeitkickertum verstehen. Oder dadurch die Rechte an der Vermarktung der Spiele gefährdet sehen, wie der WFV es tut, der im Internet ebenfalls die besten Szenen, Tore und Interviews präsentiert. Bereits 2007 verlangte der Verband eine Unterlassung und bekam Recht in zwei Instanzen. Seither dürfen die Hartplatzhelden keine Ausschnitte mehr aus Spielen württembergischer Mannschaften zeigen.

„Wenn wir vor dem BGH verlieren würden, könnten weitere DFB-Landesverbände mit Verboten nachziehen“, sagt Hartplatzhelden-Leiter Oliver Fritsch, 38, im Hauptberuf Redakteur beim Internetauftritt der Wochenzeitung „Die Zeit“. „Wir müssten die Seite dichtmachen. Oder könnten nur noch wehende Eckfähnchen und leere Spielfelder zeigen.“ In dieser Woche küren die Hartplatzhelden wieder das Tor des Jahres, in der Jury sitzen unter anderen Günther Jauch und der frühere Nationalspieler Marco Bode.

BOULEVARD

Ottis Feldzug

In München steht ein ehemaliger „Bild“-Journalist vor Gericht. Er soll den Schauspieler Ottfried Fischer mit einem Sexvideo dazu gedrängt haben, dem Blatt ein Interview zu geben. Der Fall gibt einen Einblick in das Beziehungsgeflecht zwischen Prominenten und der Boulevardpresse.

Manch aufmerksamer „Bild“-Leser stellte sich die Frage schon damals, als Ottfried Fischer in dem Blatt so freimütig über seine Probleme mit ein paar Prostituierten redete, die ihn mit falschen Kreditkartenabrechnungen betrogen hatten: Warum tut er sich das an?

Warum erzählte er von seiner „schweren Zeit“, in der er „die Dame meines blöden Vertrauens“ kennenlernte, die irgendwann die Freundin mitbrachte, „die dich, das männliche Wundertier, auch kennenlernen will“, davon, wie er „mit offenen Augen durch die Münchner Kneipenszene schwirrte, in welcher sich zu später Stunde die Milieus mischen“ und „die Unterdrückung des männlichen Jagdinstinkts auf eine harte Probe gestellt wird“.

Und was sollte diese verschwurbelte Geschlechtsprosa, es „mit Frauen zu treiben“ sei „grundsätzlich nicht verwerflich“ und bereite „manchmal Spaß, wenn beide sich fürs Wohlbefinden nur benutzen“? Warum zerstörte da ein Schauspieler, den das Publikum in seiner Parade-rolle als keuscher Pfarrer Braun liebt, die letzten Reste seines mühsam aufgebauten Images auch noch selbst?

Heute scheint zumindest eins sicher: Fischer hatte Angst.

Er fürchtete, dass ein Film an die Öffentlichkeit kommen würde, der nicht nur peinlich ist, sondern das Ende seiner Karriere bedeuten könnte. Ein Video, das ihn beim Sex mit ebenjenen Huren seines blöden Vertrauens zeigt, die ihn via Kreditkarte um eine beträchtliche Summe erleichterten. Nur deshalb, sagte er aus, gab er das Interview.

Ziemlich genau ein Jahr später werden sich deshalb der Interviewer und der Interviewte im Gerichtssaal als Kontrahenten wiederbegegnen. Fischer fühlte sich von dem mittlerweile von „Bild“ zu einem Hamburger Großverlag gewechselten Journalisten zur Zusammenarbeit gedrängt. Er soll ihn mit jenem Sexfilm unter Druck gesetzt haben. Die Staatsanwaltschaft hält das für Nötigung.

Wenn es zu einer Verurteilung kommt, wäre das ein schwarzer Tag für „Bild“. Denn künftig könnte jedermann behaupten, ein Journalist dieses Blattes hätte



Schauspieler Fischer
(als Pfarrer Braun)

METODI POPOV / FOTEX

auch schon mal mit kriminellen Methoden gearbeitet.

Es gibt zwar immer wieder Gerüchte, wie „Bild“-Reporter Prominente drangsaliieren, sie mit schmutzigen Details aus dem Privatleben unter Druck setzen. Aber bislang konnte vor Gericht keiner dieser Vorwürfe bewiesen werden.

Als etwa die TV-Moderatorin Charlotte Roche dem „Stern“ erzählte, sie sei nach dem Unfalltod ihrer drei Brüder am Telefon von „Bild“-Journalisten bedrängt worden, wehrte sich der Springer-Verlag.



Doch das war wohl nur die heitere Miene zum traurigen Spiel. Einige Zeit später, zwei Wochen vor Weihnachten, gab Fischer bei der Münchner Staatsanwaltschaft zu Protokoll, er habe das Interview nur gemacht, weil zugesagt worden sei, dass „Bild“ im Gegenzug auf die Veröffentlichung des Videos verzichten werde.

Die Frage ist, was ihn zu dieser Kehrtwende bewog. Immerhin musste er das schon wissen, was auf ihn zukommen würde. Sein Kampf gegen „Bild“ würde



Nach Aussage von Mike P. trafen sich die zwei in der Cafeteria des Springer-Verlags in Berlin. P. überreichte ihm die CD mit dem Film in einer Plastiktüte. Später zahlte der Springer-Verlag ihm 3500 Euro. Wofür genau, ist unklar. Der Kontoauszug vermerkt bloß: „INFOHON OTTI FISCHER“.

Irgendwann in diesen Tagen meldete sich der „Bild“-Mann zunächst bei Ottfried Fischer, der nach der ersten Frage auflegte. Anschließend sprach er mit Fischers Agentin. Diese sagte später aus,



Schlagzeilen der Sensationspresse: Wenn es zu einer Verurteilung kommt, wäre das ein schwarzer Tag für „Bild“

Ein Gericht entschied schließlich, es sei nicht zweifelsfrei erwiesen, ob diejenigen, die Roche am Telefon drangsalierten, tatsächlich „Bild“-Leute gewesen seien oder sich bloß als solche ausgegeben hätten.

Auch diesmal sieht sich der Springer-Verlag im Recht. Die Münchner Staatsanwaltschaft „kriminalisiert die journalistische Recherche“. In den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gebe es keine Anhaltspunkte, die die Vorwürfe stützten.

Doch es könnte eng werden für „Bild“. Das liegt vor allem an Ottfried Fischer, der entschlossen scheint, es mit dem mächtigen Boulevardblatt aufzunehmen. Sein Mandant wolle einen „Feldzug für die Gerechtigkeit“, sagt Fischers Anwalt Florian Ufer.

Auch der Staatsanwalt lässt es an Bisigkeit nicht fehlen. Als sich der Anwalt des Journalisten bei ihm über eine Durchsuchung bei seinem Mandanten beschwerte, vermerkte er spitz, man solle sich nicht mit Allgemeinplätzen wehren, sondern sich schämen und Abbitte leisten und bei „Bild“ darauf hinwirken, dass die auf fragwürdige Weise beschaffte CD mit dem Film der Justiz ausgehändigt werde.

Es hat auch bei Fischer ein bisschen gedauert, bis er sich dazu entschlossen hat, sich das Ganze nicht mehr gefallen zu lassen. Er spielte das Spiel zunächst mit, wiegelte im ARD-Talk „Beckmann“ sogar noch jeden Verdacht ab, er sei zum Interview gedrängt worden. Ganz im Gegenteil behauptete er: „Ich habe beschlossen, mich mit der ‚Bild‘-Zeitung zu vertragen.“

selbst zum Thema – und jedes Mal die Hurengeschichte, so wie hier, noch einmal miterzählt werden. Die ihn kennen, sagen, er sei wirklich sauer und habe sich einfach nicht mehr wegducken wollen.

Die Vorgeschichte, die man erzählen muss, um alles zu verstehen, ist schmutzig und bizarr. Sie handelt im Kern vom deprimierenden Gefühlsleben eines Promis und davon, wie er ziemlich skrupellos ausgenutzt wurde.

Fischer, nach der Trennung von seiner Freundin einsam, hatte sich mit zwei Frauen angefreundet, die sich später als Prostituierte herausstellten. Er dachte, sie träfen sich privat und man möge sich tatsächlich. Sie fälschten Kreditkartenbelege und rechneten ohne sein Wissen Honorare für Liebesdienste ab. Insgesamt 74 366 Euro

Ein Kompagnon der Damen, der Ex-Polizist Mike P., hatte eine Firma gegründet, über die er solche Dienstleistungen auch per Kreditkarte abrechnen konnte. Doch der Plan ging nicht auf. Fischer erhob Einspruch beim Kreditkartenunternehmen, als er die Abrechnung sah – immer noch nicht ahnend, wer ihn da über den Tisch zog. Danach wurde es richtig schmutzig.

Um den Anspruch auf Bezahlung zu beweisen, drehten die Frauen in der Wohnung Ottfried Fischers heimlich ein Video, das ihn beim Sex zeigt. Fotos davon wurden an das Kreditkartenunternehmen weitergereicht. Doch Mike P. ging noch einen Schritt weiter. Er bot den Film dem damaligen „Bild“-Journalisten an.

der „Bild“-Mann habe sie damit konfrontiert, dass er einen Film habe, der Fischer und zwei Frauen beim Sex zeige. Es seien Aufnahmen, die keiner sehen wolle. Am Ende, so die Agentin, habe jedenfalls der „Deal“ gestanden, dass der Film im Gegenzug für das Interview im Giftschränk verschwinde.

Wie der Dialog genau ablief, ist schwer zu sagen, da der Ex-„Bild“-Mann sich zur Sache nicht äußert. Klar ist: Es gibt in den Aussagen der Agentin keine Stelle, an der er explizit droht. Hier liegt der Schwachpunkt der Anklage, weshalb es vor Gericht am Ende für den Beweis der Nötigung vielleicht nicht reicht.

Andererseits liest sich die ganze Schilderung der Agentin so, als sei Explizites auch gar nicht nötig gewesen.

Der Journalist habe zwar gesagt, dass der Film für sein Blatt zu heiß sei. Doch da er nicht der Chefredakteur der „Bild“ war, sei sie nicht sicher gewesen, ob das Blatt die Aufnahmen nicht doch verwenden würde, so die Agentin. Und so bot sie das peinliche Exklusivinterview selbst an.

Wurde Druck ausgeübt? Zumindest gab die Agentin am selben Tag den Druck weiter: In einer Mail an Fischer vom Abend beschrieb sie sehr exakt, was droht, wenn der Film öffentlich würde. Dann „verlierst Du nicht nur den Werbevertrag, sondern sicher auch den Pfarrer Braun“.

Das war der Punkt, an dem Fischer Angst bekommen haben muss. Und er kuschte. Zunächst.

MARKUS BRAUCK, JULIA JÜTTNER



Verleger Constantin Neven DuMont vor Ahnenporträts: „Du darfst jetzt nicht Pleite machen“

VERLAGE

Der Junior mag nicht mehr

Beim viertgrößten deutschen Zeitungshaus könnte der Verlags-erbe bald den Vorstand verlassen. Eine skurrile Affäre beschädigt Constantin Neven DuMont.

Vielleicht dachte sich Alt-Verleger Alfred Neven DuMont nicht viel dabei, als er diesen einen Satz in der Geburtstagsrede für seinen Sohn Constantin unterbrachte. Wehmütig hatte der 83-Jährige vor einer illustren Gästerunde mit Außenminister und Oberbürgermeister daran erinnert, dass das Haus DuMont das letzte große Familienunternehmen Kölns sei. Dann gab er seinem Sprössling zum 40. Geburtstag mit auf den Weg: „Du darfst jetzt nicht Pleite machen.“

Manchen Gästen stockte der Atem. Die meisten lachten. Man hätte den Satz von damals ganz vergessen können, wenn er nicht genau zum Ausdruck gebracht hätte, was einige Chefredakteure und Führungskräfte des Konzerns seit langem fürchten: dass der Sohn nicht der Richtige ist, das Lebenswerk des Alten zu bewahren.

Doch im Hause M. DuMont Schauberg ist man traditionell sehr loyal gegenüber den Verlegerfamilien, und so blieb die Kritik am Junior diskret. Noch hatte der Sohn ja keinen Schaden angerichtet.

Seit vergangener Woche ist das anders. Da äußerte der Berliner Medienjournalist

Stefan Niggemeier den Verdacht, dass der Verlagserbe Niggemeiers Blog mit kritischen Kommentaren geradezu geflutet habe, unter eigenem Namen und unter dem Deckmantel von mehr als hundert Pseudonymen. „Gandhi“, „Schlauberger“, „Hans Wurst“ und „Bitterfeld“ lieferten sich nicht nur Fehden mit dem Blogger, sie führten auch untereinander Scheindebatten und beschimpften auffallend häufig die „Frankfurter Allgemeine“ („FAZ“): „Mir ist kein großer Verlag in Deutschland bekannt, der sich in der letzten Dekade vergleichbar zurückentwickelt hat.“

Sohn Constantin hält dagegen, nicht er habe da geschrieben, sondern zwei Bekannte, die Zugang zu seinem Computer hätten. Wer die beiden seien, möchte er nicht sagen, um sie zu schützen. Selbst das wäre befremdlich, denn welcher Top-Manager überlässt seinen PC einfach irgendwelchen Helfern? Doch ob Neven DuMont persönlich agierte oder nicht, ist beinahe schon egal. Die Affäre ist für das Verlagshaus äußerst peinlich.

Pikant sind vor allem die Angriffe auf die „FAZ“, da das Blatt seit einiger Zeit mit der zum DuMont-Reich gehörenden „Frankfurter Rundschau“ („FR“) kooperiert und über eine weitere Zusammenarbeit verhandelt, etwa im Druckgeschäft. „Schlicht geschäftsschädigend“ nennt ein DuMont-Entscheider deshalb diese Passagen in dem Blog. „So kann es nicht mehr weitergehen.“

Der starke Mann im viertgrößten Zeitungshaus der Republik ist Vater Alfred, doch der nimmt sich immer mehr zurück und ordnet sein Erbe. Den Herausgeberposten bei der „FR“ trat er an den Sohn ab, der zudem im Vorstand für Strategie zuständig ist. Doch Constantin sei der

Rolle nicht gewachsen, glauben seine Kritiker.

Schon seit Monaten wuchs eine interne Front gegen den Verlagserben. Und auch er selbst hat das Gefühl, mit seinen Ideen, etwa einer Stärkung des investigativen Journalismus, bei den Chefredakteuren nicht mehr durchzudringen. Zunehmend herrscht Unverständnis auf beiden Seiten. Die Blogger-Affäre hat den Konflikt nur akut verschärft.

Einzelne wichtige Entscheider trugen ihren Unmut dem Patriarchen auch schon persönlich vor. Mancher sähe es gern, der Sohn würde aus dem Vorstand in den Aufsichtsrat weggelobt.

Es sind nicht die kleinen Spleens des Juniorverlegers, die Anstoß erregen: sein Ayurveda-Haus, das Faible für kompostierbare Sofas oder gefiltertes Brunnenwasser etwa. Vor allem im täglichen Geschäft drifte der Verlegerspross allzu oft ab, etwa in Vorträge über digitalen Wandel, Aufklärung oder demokratische Verantwortung für Köln und die Welt.

Konstantins Ideen zu Medientrends seien durchaus respektabel, finden seine Kritiker zwar. Aber in der konkreten Geschäftspolitik fänden sie wenig Niederschlag.

Das eigentlich Tragische an der Kölner Konstellation ist, dass auch Konstantin selbst schon seit einiger Zeit darüber nachdenkt, aus dem Verlagsvorstand auszuscheiden, wie er dem SPIEGEL sagte. Er sei letztlich „doch mehr auf der kreativen Seite“ zu Hause, nicht so sehr „Verwalter“. Und die Idee, dass er in den Aufsichtsrat wechselt, finde er mittlerweile reizvoll. Am liebsten wäre ihm, er könnte seine Energie in kleinere Eigenproduktionen etwa über Öko-Themen stecken.

Bei einer Vorstandssitzung in der vergangenen Woche habe Konstantin das Thema selbst zur Sprache gebracht, heißt es in Unternehmenskreisen. Er habe den Wunsch geäußert, das operative Geschäft zu verlassen. Doch ganz so einfach ist das nicht. Wenn er geht, müsste wohl an seiner Stelle jemand anderes die Familie im Unternehmen repräsentieren. Noch in dieser Woche werde sich deshalb die Familie rund um Patriarch Alfred treffen, um gemeinsam zu beratschlagen.

Und was denkt der Vater? Alfred Neven DuMont selbst teilt mit, es handle sich um „Gerüchte“, die ihm selbst nicht bekannt seien. Formal steht der Patriarch eh nur dem Aufsichtsrat vor, im Vorstand sind mittlerweile Konstantin und sein Cousin Christian DuMont Schütte. Doch wer tatsächlich das Haus beherrscht, stand stets außer Frage.

Die Rolle des Nachfolgers wäre allerdings auch für robustere Charaktere keine leichte. Ein Vertrauter sagt: „Die Frage ist, ob Alfred sich überhaupt vorstellen kann, dass ihn jemand ersetzen kann.“

MARKUS BRAUCK,
ISABELL HÜLSEN, OLE REISSMANN

Impressum

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo, Mathias Müller von Blumencron (V. i. S. d. P.)

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO Leitung: Dirk Kurbyjuweit, Michael Sauga (stellv.), Christoph Schwennicke (stellv.). **Redaktion Politik:** Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Wiebke Hollersen, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. **Autoren, Reporter:** Henryk M. Broder, Markus Feldenkirchen

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Peter Müller, Alexander Neubecher, Christian Reiermann. **Autor:** Jan Fleischhauer

DEUTSCHLAND Leitung: Konstantin von Hammerstein, Alfred Weizierl. **Redaktion:** Jan Friedmann, Michael Fröhlingdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Guido Kleinhubert, Bernd Kühn, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheumann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet, Äntje Windmann. **Autoren, Reporter:** Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstadt, Gisela Friedrichsen, Bruno Schrepf, Hans-Ulrich Stoldt, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro Leitung: Holger Stark, Frank-Ulrich (stellv.). **Redaktion:** Markus Deggerich, John Goetz, Sven Röbel, Marcel Rosenbach, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. **Autor:** Stefan Berg

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. **Redaktion:** Susanne Amann, Markus Brauck, Isabel Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Jan-ko Tietz. **Autoren, Reporter:** Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schiefel

AUSLAND Leitung: Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). **Redaktion:** Dieter Bednarz, Manfred Ertel, Jan Puhl, Sandra Schulz, Helene Zuber. **Reporter:** Clemens Höges, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Mathieu von Rohr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf. **Redaktion:** Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Beate Lakotta, Cordula Meyer, Hilmar Schmudt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadesez, Christian Wüst. **Autorin:** Rafaela von Bredow

KULTUR Leitung: Lothar Gorris, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). **Redaktion:** Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Julia Bonstein, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Elke Schmitter, Claudia Voigt, Martin Wolf. **Autoren, Reporter:** Georg Diez, Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellerhoff (verantwortlich), Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sander

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). **Redaktion:** Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Dialika Krahe, Takis Würger. **Reporter:** Uwe Buse, Ullrich Fichtner, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hüetlin, Alexander Osang

SPORT Leitung: Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. **Redaktion:** Lukas Eberle, Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN Leitung: Dietmar Pieper, Norbert F. Pötzl (stellv.). **Redaktion:** Annette Bruhns, Angela Gatterbug, Annette Großbondgardt, Uwe Klufmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzweid, Dr. Rainer Traub

PERSONALIEN Katharina Stengelmann; Petra Kleinau

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Huhnkehl, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reiner Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlotterbeck, Tapio Sirikka, Ulrike Wallentels. **Sonderhefte:** Karl-Heinz Körner

BILDEREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Claudia Jeczawitz, Claus-Dieter Schmidt; Sabine Döttling, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. **E-Mail:** bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unsel (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammett, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Wail

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhuhe (stellv.), Reinhilde Wurst (stellv.); Michael Abke, Christel Basilon, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Petra Gronau, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Martina Treumann, Doris Wilhelm

Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

PRODUKTION Christiane Stauder, Petra Thormann

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershorn Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND

BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 88668-100, Fax 88668-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 88668-200, Fax 88668-222

DRESDEN Maximilian Popp, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Schalenbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstien, Conny Neumann, Steffen Winter, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 290, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, Tel. (0066) 22584037

BRÜSSEL Hans-Jürgen Schlamp, Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL Daniel Steinvorth, PK 9 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2432080, Fax 2432079

KAIRO Volkhard Windführ, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (004420) 32394776, Fax 75045867

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schupp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Klaus Brinkbäumer, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS Dr. Stefan Simons, 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Andreas Lorenz, Dr. Wieland Wagner, Sanlitun Dongsanjie Gongyu 2-1-31, Peking 100 600, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SINGAPUR Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 05-04, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

STAVANGER Gerald Traufetter, Ryggiaveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

TEL AVIV Juliane von Mittelstaedt, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

WARSAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtona 26, PL- 03-912 Warszawa, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Huijer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DUKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkens, Heinz Egleder, Johannes Eltzschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immisch, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensiscki, Jan Kerbusk, Ulrich Klötzer, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Werner Nielsen, Margret Nitsche, Malte Nohrn, Sandra Ofner, Thorsten Oltmer, Thomas Kiedel, Andrea Sauerberg, Maximilian Schäfer, Marko Scharrow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimn, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamsner, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelbandt, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreislste Nr. 64 vom 1. Januar 2010

Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden

Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Fried von Bismarck, Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saife

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is \$350 per annum. K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631. Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Leserkreisen nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris

Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966

E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop

Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948

Fax: (040) 3007-857050

E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196

E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,
Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,
20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857006

* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: info@blista.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt

Frankfurt am Main

Telefon: (069) 955124-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 189,80

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 709,80

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 145,60 inkl.

6-mal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 351,00

Europa: zwölf Monate € 244,40

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 322,40

DER SPIEGEL als E-Paper:

zwei Monate € 189,80

Halbjahresaufträge und befristete Abonnements

werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

für € 3,65 pro Ausgabe (Normallieferung)

für € 13,65 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten

Straße, Hausnummer oder Postfach

PLZ, Ort

Ich zahle

bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)

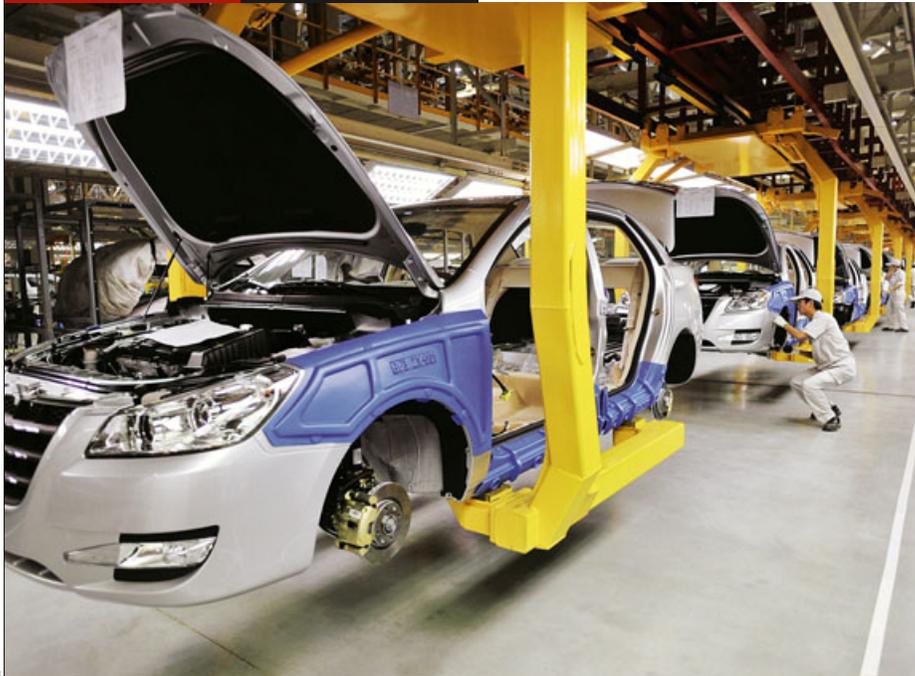
Bankleitzahl

Konto-Nr.

Geldinstitut

nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.

Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten SP10-001-WT127



Fabrik des Herstellers Dongfeng: Chinas Autobauer geben Gas

WIRTSCHAFT | Die Daimler der Zukunft

Die chinesischen Autobauer holen auf, der Vorsprung von Volkswagen und Co. schmilzt. SPIEGEL ONLINE stellt vielversprechende Motorenschmieden aus dem Reich der Mitte vor.

POLITIK | Kampf um die Basis

Parteichef Seehofer will die Frauenquote durchsetzen, sein Rivale Guttenberg die Bundeswehrreform durchboxen. SPIEGEL ONLINE berichtet vom CSU-Parteitag in München.

AUTO | Rekordraser

Pierre-Henri Raphanel stellte im Bugatti Veyron Super Sport den Rekord im schnellsten Serienauto der Welt auf. Im Interview erzählt der Franzose, warum er bei 431 Stundenkilometern Angst bekam.

WISSENSCHAFT | Nahkampf mit Nagern

Im Osten Brandenburgs siedeln sich immer mehr Biber an. Umweltschützer jubeln, doch die Tiere gefährden lebenswichtige Deiche im Oderbruch. SPIEGEL ONLINE über einen unterirdischen Konflikt.

SPORT | Karacho-Jubilar

Formel-1-Boss Bernie Ecclestone feiert seinen 80. Geburtstag. Ein Porträt des skandalumwitterten Millionärs, der einfach nicht in Rente fahren will.

einstages.de | Kinokönig



CHRIS PIZZELLO / AP

Was haben Jack Nicholson, James Cameron und William Shatner gemeinsam? Sie verdanken ihren Karrierestart dem Billigfilmer Roger Corman: In 50 Jahren produzierte er mehr als 350 B-Movies, drehte rund 50 Streifen selbst – einen davon in nur zwei Tagen. einstages.de beschreibt die sagenhafte Hollywood-Laufbahn des Kultregisseurs.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

DIENSTAG, 26. 10., 23.15 – 0.15 UHR | VOX

SPIEGEL TV EXTRA
Airbus A380 –
Take-off eines Megaliners, Teil 2

Der Airbus A380 ist ein fliegender Superlativ und das neue Flaggschiff der Lufthansa. Mit ihrem Vorzeigejet



Airbus A380

setzt die deutsche Airline auf Größe und Effizienz. Insgesamt hat das Unternehmen 15 Maschinen zum Listenpreis von rund 340 Millionen Dollar pro Stück in Auftrag gegeben.

SAMSTAG, 30. 10., 9.30 – 11.35 UHR | VOX

SPIEGEL TV THEMA
Im Namen des Herrn –
Leben hinter Klostermauern

Wie sieht das Leben im Kloster zu Beginn des 3. Jahrtausends wirklich aus? SPIEGEL TV zeigt den Alltag von Nonnen verschiedener Glaubensrichtungen.



Nonnen im Kloster Landshut

SONNTAG, 31. 10., 22.35 – 23.20 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN
Millionengewinne – Die neuen Geschäfte der Immobilienabzocker; **Lebendig begraben** – Die Mumie Sophie von K.; **Mehr Grün wagen** – Renate und Co. auf dem Weg an die Macht.



Klaus Wowereit, Renate Künast

WOLFGANG KUMM / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Wann immer sich Helmut Schmidt seiner frühen Jugend erinnert, gibt es eine Geschichte, die er besonders gern erzählt: Sie handelt von seiner Zeit Ende der zwanziger Jahre, als er die reformpädagogische Hamburger Lichtwarkschule besucht und schon in der Sexta keinem Streit aus dem Weg geht. Weil er aber „klein, mager und spillerig“ ist, wirft sich für ihn eine gleichaltrige Klassenkameradin in die Bresche, die ihn damals noch um Haupteslänge überragt. Ihrer bemerkenswerten Schlagkraft wegen wird sie ehrfurchtsvoll „Schmeling“ genannt.

Und dieses Mädchen, die im proletarischen Stadtbezirk Barmbek geborene Hannelore („Loki“) Glaser, entpuppt sich auch später als Chefin im Ring. Anfang des Krieges, als sich mit ihren Worten die ursprünglich „dicke Freundschaft“ fast schon erledigt hat, will sie es noch einmal wissen.

Da sitzen in Berlin der zum Wehrmachtsoffizier avancierte Helmut Schmidt, der sich auf seine Teilnahme am Russlandfeldzug vorbereitet, und die aus Hamburg angereiste Lehrerin stundenlang unter der Hochbahn am Nollendorferplatz und verloben sich spontan. Das große Versprechen, sich nie mehr zu trennen, das sie 1942 mit ihrer Heirat bekräftigen, hält 69 Jahre.

Nach der Eheschließung beginnt vor allem für Loki eine von bitteren Schicksalsschlägen beschwerte Zeit. Der im Juni 1944 zur Welt gekommene Sohn „Moritzelchen“ bleibt nur wenige Monate am Leben, und an Heiligabend 1945 erleidet sie die erste von sechs Fehlgeburten. Einziges Kind bleibt die 1947 geborene Susanne.

Aber die Tochter eines Werftarbeiters, die mit ihrem Mann zudem noch bei den Bombenangriffen Hab und Gut verloren hat, lässt sich nicht klein kriegen. Da sie als ehemalige BDM-Führerin zunächst vom Lehramt ausgeschlossen wird, geht sie kurzerhand putzen und schneidert Kinderkleider, um ihrem Helmut das Volkswirtschaftsstudium zu finanzieren. Von ihrem Beruf sieht sie erst ab, als der politisch überaus erfolgreiche Sozialdemokrat 1969 das Verteidigungsministerium übernimmt.

Fünf Jahre später steigt sie sogar zur „Kanzlergattin“ auf, doch bei allem Spaß, den sie an den unvermeidlichen Repräsentationspflichten durchaus hat, ist sie nie nur „die Frau an seiner Seite“. Je mehr der vielzitierte „Weltökonom“ auch international an Gewicht gewinnt, desto stärker achtet seine agile Lebenspartnerin auf die eigene Identität. So erfüllt sie sich 1976 den Traum, ein „Kuratorium zum Schutze gefährdeter Pflanzen“ zu gründen, und kreierte ab

nutzt“, erklärt sich Loki Schmidt das Renommee – eine vielleicht etwas kokette Bemerkung, die aber andererseits ihrem häufig entwaffnenden Understatement entspricht. Die Deutschen bewundern sie als eine im besten Sinne des Wortes hanseatische Nonkonformistin, die sich in ihrer aparten Unmittelbarkeit selbst vor Königsthronen treu zu bleiben versucht.

Und der Ehemann, der zu seinen Amtszeiten mehr aus fachlichen Gründen respektierte zweite sozialdemokratische Regierungschef der Republik, weiß zu schätzen, was er an ihr hat. Dass er als Elder Statesman zunehmend verehrt wird und in den letzten Jahren gar in die Rolle eines Praeceptor Germaniae hineinwächst, verdankt er nicht zuletzt seiner allzeit stabil geerdeten Frau.

So ist es nur folgerichtig, wenn der Altkanzler in einem Vorwort zu ihrer jüngst erschienenen Autobiografie eine Art Liebeserklärung abgibt. Sie sei „oft Volkes Stimme“ für ihn gewesen, schreibt Helmut Schmidt und lässt dann in bewegten Skizzen den gemeinsamen Lebenslauf Revue passieren.

Dass es in ihrer Zweisamkeit in früheren Phasen auch Anfechtungen gegeben hat, haben beide nie geleugnet. Aber ein im Laufe der Jahre unzertrennliches Paar sind sie ohne Zweifel geworden. Bei ihren meist gemeinsamen Auftritten live oder im Fernsehen nimmt die Öffentlichkeit ihre Schmidts danach zusehends als eine langsam verschmelzende Einheit wahr. Und sie tun ja auch einiges dafür: Selbst geraucht wird praktisch synchron.

Die Geschichte von Loki und Smoky – wie die „Süddeutsche Zeitung“ schreibt, „eine der größten Liebesgeschichten unserer Zeit“ – endet am frühen Donnerstag vergangener Woche. Als sie 91-jährig einschläft, weilt er in Berlin, wo er am Vorabend ihres Todes auf einer Veranstaltung noch herzerwärmende Anekdoten von seiner Frau zum Besten gibt. Im heimischen Haus in Hamburg-Langenhorn wacht die Tochter Susanne am Krankenbett.

Am Morgen danach soll die von Hannelore Schmidt ausgeguckte „Blume des Jahres 2011“ präsentiert werden. Es ist diesmal die Moorlilie.

HANS-JOACHIM NOACK



SVEN SIMON / IMAGO

NACHRUH

Loki Schmidt

1919 bis 2010

1980 in einer Stiftung die „Blume des Jahres“.

Die Russische Akademie der Wissenschaften ernennt die akribisch arbeitende Botanikerin zum Dr. h. c., während ihr der Hamburger Senat die Ehrenprofessur verleiht – beides Auszeichnungen, die sie sich bis ins hohe Alter hinein mit Forschungsreisen in die entlegensten Gegenden verdient. Zu Hause erwirbt sie sich, wie es ihr die Bundeskanzlerin Angela Merkel bestätigt, den Ruf einer über alle Parteigrenzen hinweg geachteten „Naturschützerin der ersten Stunde“.

Sie habe halt den Namen ihres prominenten Mannes „schamlos ausge-

GESTORBEN

Thomas Harlan, 81. Er war der Sohn eines verlorenen Vaters, sein Leben verstrickt in die Schuld, die der Nazi-Regisseur Veit Harlan mit dem schlimmsten Werk des deutschen Kinos, „Jud Süß“, auf sich geladen hatte. Als Kind erlebte Thomas Harlan, was es hieß, zu einem Clan der Nazi-Günstlinge zu gehören: Propagandaminister Goebbels ließ dem Geburtstagskind das arisierte Kaufhaus Wertheim aufschließen und beschenkte es mit einer Märklin-Eisenbahn. Das Erwachen aus den Kinderträumen nach dem Krieg war brutal. Der Regisseurssohn stellte sich der Schuld, die sein Vater nie eingestanden hatte, mit bewundernswerter Konsequenz. Er führte das Leben eines linken Kämpfers im Schatten des Leidens an Deutschland. Der zornige Wahrheits-sucher hinterließ kein großes Werk; er machte Filme („Wundkanal“) und schrieb Romane („Heldenfriedhof“). Vom Grauen sagte der schwer Lungenkranke resigniert: „Ich hab’s angefasst, aber nicht be-griffen.“ Thomas Harlan starb am 16. Oktober in Schönau bei Berchtesgaden.



REINHOLD / DPA

Bob Guccione, 79. In einem New Yorker Stadthaus residierte er zwischen Marmor und Gold. Sein Vorbild war der für seine Ausschweifungen bekannte römische Kaiser Caligula, über den er 1979 einen Film drehen ließ. Guccione hatte als Cartoonist gearbeitet und als Geschäftsführer einer Reinigung, dann gründete er das Herrenmagazin „Penthouse“ 1965 in London, 1969 erschien das Blatt auch in seiner Heimat, den USA. Eine deutsche Ausgabe von „Penthouse“ kam 1980 auf den Markt. Vom älteren Rivalen „Playboy“ unterschied sich das Heft nicht nur dadurch, dass die Mädchen nicht „Bunnys“ hießen, also Häschen, sondern „Pets“, Haustiere. Vor allem zeigte „Penthouse“ mehr als das Konkurrenzblatt; Geschlechtsteile blieben gänzlich unverhüllt. Lange Zeit zählte Guccione zu den reichsten Männern Amerikas. Bob Guccione starb am 20. Oktober in Texas.



GARY / GLOBE / ZUMA / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Benoît Mandelbrot, 85. Magisch und bunt verschlungen wie das Leben selbst kann Mathematik sein – das hat der Vater der „Fraktale“ allen Formelhassern bewiesen.

Sein „Apfelmännchen“, das aus einer simplen Rechenvorschrift sympathisch krause, unendlich verfeinerbare Muster auf den Computerbildschirm zauberte, wurde zum Klassiker. Dabei ging es dem gebürtigen Warschauer, der in Paris studiert und dann lange Jahre in der Nähe von New York für IBM geforscht hatte, um Grundsätzliches: Sein Buch „Die fraktale Geometrie der Natur“ (1982) beschrieb von Küstenlinien bis zum Blumenkohl, welche Rolle „selbstähnliche“ Strukturen beim Aufbau der Welt spielen. Dass die Zufut ihn eher als netten Ideenjongleur sah, nahm er gelassen: Auch sein geistiger Lebensweg ähnele ja einer fraktal umwegigen Linie. Benoît Mandelbrot starb am 14. Oktober in Cambridge, Massachusetts.

Ari Up, 48. Selbst in der durchgedrehten Londoner Punkszene war sie eine auffällige Figur. Lang waren die Dreadlocks, schrill und laut war ihre Stimme. Mit bürgerlichem Namen hieß sie Ariane Forster, ihre deutsche Mutter heiratete Ende der Siebziger Johnny Rotten, den Sänger der Sex Pistols. Ari Up gründete mit 14 Jahren die Band The Slits, eine frühe Mädchen-gruppe jener Szene, die mit ihrer Verbindung von Punk und Reggae überaus einflussreich werden sollte. Anfang der Achtziger lösten sich die Slits auf, und Ari Up zog später in die Karibik, wo sie sich dem Reggae widmete. Im neuen Jahrtausend tauchte sie wieder auf, 2009 veröffentlichten die Slits noch einmal ein Album. Ari Up starb am 20. Oktober in Los Angeles.



DAVID ATLAS / RETNA / CORBIS

Joachim Herz, 86. Die Opernwelt kannte ihn als bodenständigen Intellektuellen: beneidenswert belesen, sozial engagiert, schonungslos kritisch – auch in Auseinandersetzungen mit der DDR-Führung. Dennoch genoss der studierte Opernregisseur und Musikwissenschaftler Reisefreiheit, inszenierte an den großen Häusern in Ost und West: Berlin, Moskau, Wien, London. Sein Schaffensschwerpunkt aber lag in Leipzig. Dort war der gebürtige Dresdener 1959 bis 1976 Direktor des Opernhau-ses, inszenierte Prokofjew, Strauss, Schostakowitsch. Einen Meilenstein setzte Herz 1973 mit seinem sozialkritisch-gegenwarts-bezogenen „Ring des Nibelungen“, der wie das Gros seiner Werke im Zeichen des realistischen, die Historisierung vermeidenden Musiktheaters stand. Er schlafte elf Stunden nachts und eine am Nachmittage, bekannte er kürzlich, „das brauche ich, damit mein Grips arbeitet“. Joachim Herz starb am 18. Oktober in Leipzig.



Bettina und Christian Wulff

Christian Wulff, 51, Bundespräsident, und seine Frau **Bettina**, 37, gerieten beim Staatsbesuch in der Türkei in Turbulenzen. Beim Anflug auf die Stadt Adana kam die Maschine des Präsidenten unvermittelt in heftige Böen. Die Präsidentengattin, die sich gerade für den nächsten Termin fertig machte, konnte sich noch geistesgegenwärtig an einem kleinen Waschbecken festhalten, um einen Sturz zu verhindern. Wulff selbst riss das plötzlich absackende Flugzeug dagegen von den Beinen. Im vergeblichen Bemühen, einem Sturz zu entgehen, zog er eine Lampe aus der Wandbekleidung mit zu Boden. Beim Aussteigen erzählte der Präsident der Besatzung von dem Vorfall. Er habe allerdings den Eindruck, so Wulff augenzwinkernd, dass die Verkleidung schon früher einmal abgefallen sei. Möglicherweise hätten die Bundeskanzlerin oder der Außenminister es versäumt, die Sache zu melden. Wulff, der seinen heiklen Türkei-Besuch erfolgreich bewältigte, nahm den Vorfall gelassen: „Wenn das die einzige Turbulenz war, kann ich mich nicht beklagen.“



Mourinho

José Mourinho, 47, Trainer des spanischen Rekordmeisters Real Madrid, kann sich beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) bedanken. Seinem Verein drohte nach einem Freundschaftsspiel beim FC Bayern München am 13. August ein Zwangsgeld in Höhe von 50 000 Euro, weil Mourinho ein Hemd mit dem Schriftzug des Sportwettenanbieters bwin getragen hatte. Werbung für Glücksspiel ist in Deutschland nach dem Glücksspielstaatsvertrag verboten. Der EuGH erklärte die deutsche Regelung jedoch am 8. September in Teilen für unzulässig. Die Rechtslage

ist seitdem unübersichtlich. Real Madrid hat beim Verwaltungsgericht München gegen die Androhung des Zwangsgeldes Klage eingereicht. Ein Sprecher des Gerichts erklärt nun, dass man nach dem EuGH-Urteil erst einmal die Verhandlung vor dem Bundesverwaltungsgericht im November abwarten müsse, ehe man über das Zwangsgeld für Real Madrid entscheide.

Peter-Michael Diestel, 58, erster frei gewählter Innenminister der DDR, kennt keine musikalischen Tabus. Bis heute nutzt der gelernte Melker und Rechtsanwalt die Becher-Hymne „Auferstanden aus Ruinen“ als Handy-Klingelton: weil er „froh darüber“ sei, dass die DDR „ohne einen Schuss“ abgeschafft wurde. In einem Radio-Interview mit dem SWR verriet der ehemalige stellvertretende Ministerpräsident der letzten DDR-Regierung nun, wer seine anderen favorisierten Musiker sind. Nach Bach und Beethoven höre er am liebsten die Brutalo-Hardrock-Band Rammstein, „wenn mir nach dem Fitnesstraining das Wasser im Arsch kocht“. Seit der Trennung von seiner Partnerin kommt Diestels Abkühlmethode häufig zum Einsatz, da er „gern den Körper strafft“, denn „die Konkurrenz schläft nicht“.

Condoleezza Rice, 55, ehemalige US-Außenministerin, ist sich selbst ein Stück nähergekommen. Die als kühl, perfekt und hyperintelligent geltende Rice stellt dieser Tage ihre Autobiografie „Ungewöhnliche gewöhnliche Leute“ vor. Darin erzählt sie von ihrer Kindheit in Alabama, ihrer Familie und ihrem Aufstieg in der republikanischen Partei. Ihre Eltern haben sie



Rice

offenbar nicht nur geradezu vergöttert, sondern für die Erziehung und Bildung ihres einzigen Kindes zum Teil bitteren Verzicht für sich selbst in Kauf genommen. Bei der Arbeit an dem Buch, erzählt Rice, sei ihr deutlich geworden, dass sie das damals nicht zu würdigen gewusst habe. Dass sei erst viel später, im Erwachsenenalter, der Fall gewesen. Und in etwas gewundenem Diplomaten-sprech gesteht sie: „In dieser Hinsicht kann ich sagen, dass mir beim Schreiben klar wurde, dass ich eventuell etwas egozentrisch als Kind war.“



Elvis Presley, 1977 verstorbener King of Rock'n'Roll, bringt russische Kommunisten auf die Barrikaden. Ein regionales Internetportal in der südrussischen Stadt Woronesch präsentierte auf mehreren Reklametafeln einen Vorschlag für die Neugestaltung des Stadtzentrums: Auf dem Sockel des Lenin-Denkmal ist ein tanzender Elvis mit Gitarre zu sehen, während ein Hubschrauber die Statue des Führers aller Proletarier hinfortträgt. Die Kommunisten der Stadt reagierten empört und forderten die Stadtverwaltung auf, die Plakate zu entfernen: Die Aktion sei eine Provokation, mit der ihre Initiatoren „die Grenzen der politischen Gepflogenheiten“ verletzt hätten. Anfang des Jahres hatten russische Medien berichtet, die Stadt Woronesch werde den Bronze-Lenin verkaufen, weil die Kosten zur Erhaltung der 14 Tonnen schweren Statue zu hoch seien.

Hilary Duff, 23, amerikanische Schauspieler, Sängerin und Autorin, entwickelt sich vom Computermuffel zum Internetjunkie. Noch vor wenigen Monaten gestand das Multitalent, ohne die Hilfe ihres Mannes Mike Comrie überhaupt nichts auf die Reihe zu bringen: „Ich bin wirklich schlecht. Wenn ich etwas im Internet suche, muss Mike kommen und mir zeigen, wie das geht.“ Die Nachhilfestunden waren offenbar erfolgreich; Duff ist im World Wide Web angekommen: beim Internetdienst Twitter. Einer von Duffs ersten Tweets lautete: „Ich kann echt nicht glauben, dass ich nun auch endlich diesem ganzen Twitter-Ding verfallen bin. Ich muss echt im Mittelalter gelebt haben.“

Duff

Zaha Hadid, 59, eigensinnige Stararchitektin, schlägt leise Töne an. Hadid, eine der wenigen weiblichen Baumeister von Weltrang, galt lange Zeit als Phantastin, ihre Gebäude schienen zu extravagant und unpraktisch. Inzwischen heimst sie alle wichtigen Ehrungen ein – zuletzt den begehrten Stirling-Preis –, doch wirklich akzeptiert in der männlich dominierten Architekturbranche fühlt sie sich nicht. „Als Frau hast du nicht zu jeder Welt Zutritt“, sagte sie dem „Guardian“. Die als kratzbürstig geltende Hadid scheint sich jedoch mit ihrer Außenseiterrolle arrangiert zu haben: „Ich sage nicht, dass ich draußen bleiben will, aber wenn ich da gelassen werde, agiere ich eben von dort. Es ist ein guter Platz.“

Arnold Schwarzenegger, 63, kalifornischer Gouverneur, wurde in Moskau als Schwarzfahrer ertappt. Nach Gesprächen mit Präsident **Dmitrij Medwedew**, 45, den Schwarzenegger für seinen Modernisierungskurs als „Visionär“ lobte, begab sich der Terminator in den Untergrund.



Schwarzenegger, Medwedew

Zusammen mit den Botschaftern Österreichs und der Vereinigten Staaten fuhr der US-Politiker Metro. Weil er kein Ticket gelöst hatte, bekam er die ganze Härte russischer Kontrolle zu spüren: Die blitzschnell ausfahrende Zugangsschranke verpasste ihm einen Schlag gegen das Schienbein. Schwarzenegger marschierte einfach weiter und erfüllte damit das Rollenklischee, für das ihn Millionen Russen lieben: Im Action-Streifen „Red Heat“ hatte der Ex-Bodybuilder 1988 einen strengen sowjetischen Polizisten gespielt, der rücksichtslos gegen sich und andere Drogenhändler jagt.

Hermann Otto Solms, 69, FDP-Finanzexperte, will an seinem Geburtstag nicht von seiner Partei gefeiert werden. Der Liberale, dessen 65. Geburtstag noch mit einem aufwendigen Empfang im „Tipi“ am Kanzleramt auf Kosten der Partei begangen wurde, lädt aus Anlass seines 70. Geburtstags am 24. November seine Fraktion nur zu einem Umtrunk ins Thomas-Dehler-Haus – auf eigene Rechnung. Dieses Jahr wolle er „keine politische Aktion“ aus seinem Geburtstag machen lassen, sagt Solms. „Und ich will auch niemandem zu Dank verpflichtet sein.“ In den Oppositionsjahren galt Solms als die steuerpolitische Instanz seiner Partei, er entwickelte den Stufentarif für das Steuersystem und wurde als sicherer Kandidat für das Amt des Bundesfinanzministers gehandelt. Als das Ministerium in den Koalitionsverhandlungen Wolfgang Schäuble (CDU) zufiel, zog Solms sich aus der Öffentlichkeit stark zurück. In der FDP-Fraktion heißt es, Solms sei von der Parteiführung und dem Umgang mit ihm „sehr enttäuscht“.

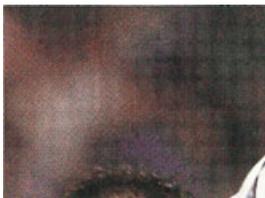
Bildunterschrift in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“: „Nie allein: Sarrazin mit Verlegern, Fan und mit Bratwurst“.

Katzen-Kastrationsaktionswochen der Stadt Bonn

Aus dem Bonner Anzeigenblatt „Wir in Beuel“

Aus der „Braunschweiger Zeitung“: „Das achtjährige Mädchen nahm eine Flasche Parfüm an sich und versteckte den Flakon unter ihrer Jacke. Die Frau schirmte das Kind ab. Ladendiebe ertappten die beiden jedoch auf frischer Tat.“

Aus dem „Tagesspiegel“: „Das ist nicht gerade eine Ermutigung für Mäzene, der öffentlichen Hand unter die Arme zu greifen.“



Der Mann des Abends: Claudio Pizarro, hier gegen Volta Foto: rtr

Aus der „Westfälischen Rundschau“

Aus der „Neuen Westfälischen“: „Bis vor wenigen Jahren zog er seinen Campinganhänger noch allein nach Kroatien. Heute sind es seine Enkelsöhne.“

Aus der „Main-Post“: „Die Kripo ging dem Verdacht nach, bei der zerstückelten Leiche im Badesee könne es sich um eine Frau aus einer nahen Gemeinde handeln, die tags zuvor von ihrem Ehemann als vermisst gemeldet worden war – und bei dem Bahntoten um ihren Gatten. Ob ein Verbrechen vorliegt, ließ sich zunächst nicht sagen.“

Ihr Gesäß in guten Händen

Die chirurgische Abteilung der Klinik Tönning verfügt auch über einen proktologischen Schwerpunkt – also über ...

Anzeige im „Friesenanzeiger“

Aus der „Süddeutschen Zeitung“: „Der jüngsten Erhebung von Forsa zufolge liegen Sozialdemokraten mit je 24 Prozent Kopf an Kopf.“

Zitate

Die „Financial Times Deutschland“ zum SPIEGEL-Titel „Die fabelhaften Guttenbergs – Paarlauf ins Kanzleramt“ (Nr. 42/2010):

Er könnte einfach das sagen, was man so sagt, wenn man für ein hohes Amt gehandelt wird ... Doch Karl-Theodor zu Guttenberg sagt im SPIEGEL auf die Frage, ob es ihn ehre, dass ihn so viele als besten Kandidaten für alle möglichen Spitzenämter sehen: „Nein. Es ist eher so, dass einen das erschreckt, weil es dem hoffentlich vorhandenen Restmaß an Realitätssinn völlig widerspricht.“ ... Überhaupt findet Guttenberg an dem Hype um ihn allerhand „bizarr“ ... „Ein gewisser Absturz hätte bei mir längst kommen müssen. Weil er bislang nicht gekommen ist, kann er stündlich kommen“, sagt er ... Die Koketterie mit der eigenen Bescheidenheit funktioniert nur so lange, wie sie auch glaubwürdig ist. Erscheint sie als kühles Kalkül, könnte das selbst einem Umfragekönig wie ihm mehr schaden als alle Spekulationen über seine Kanzlerfähigkeit.



Der SPIEGEL berichtete ...

... in Heft Nr. 42/2010 „Nationalmannschaft – Kanzlerin im Sperrgebiet“, wie es nach dem Länderspiel am 8. Oktober zwischen Deutschland und der Türkei zu einem Foto kam, das Angela Merkel mit dem türkischstämmigen deutschen Spieler Mesut Özil in der Kabine zeigt.

Nach Erscheinen des Artikels wurde bekannt, dass Merkels Besuch für schwere Verstimmung beim DFB gesorgt hatte. Die Kanzlerin führte mit DFB-Präsident Theo Zwanziger schon einen Tag nach dem Vorfall „ein klärendes Gespräch“, bei dem „alle Wogen geglättet“ wurden. Merkel versprach, künftig nicht mehr ungefragt die Kabine der Nationalelf betreten zu wollen.

Ehrung

Gerald Traufetter, 38, SPIEGEL-Redakteur, wird mit dem „Deutschen Journalistenpreis für Luft- und Raumfahrt“ und dem Technikjournalismuspreis „Punkt 2010“ ausgezeichnet. Die Ehrungen erhält er für die SPIEGEL-Titelgeschichte „Captain Computer“ (Nr. 31/2009) über die Automatisierung des Fliegens.